This is a digital copy of a book that was preserved for generations on library shelves before it was carefully scanned by Google as part of a project to make the world's books discoverable online.

It has survived long enough for the copyright to expire and the book to enter the public domain. A public domain book is one that was never subject to copyright or whose legal copyright term has expired. Whether a book is in the public domain may vary country to country. Public domain books are our gateways to the past, representing a wealth of history, culture and knowledge that's often difficult to discover.

Marks, notations and other marginalia present in the original volume will appear in this file - a reminder of this book's long journey from the publisher to a library and finally to you.

Usage guidelines

Google is proud to partner with libraries to digitize public domain materials and make them widely accessible. Public domain books belong to the public and we are merely their custodians. Nevertheless, this work is expensive, so in order to keep providing this resource, we have taken steps to prevent abuse by commercial parties, including placing technical restrictions on automated querying.

We also ask that you:

+ *Make non-commercial use of the files* We designed Google Book Search for use by individuals, and we request that you use these files for personal, non-commercial purposes.

+ *Refrain from automated querying* Do not send automated queries of any sort to Google's system: If you are conducting research on machine translation, optical character recognition or other areas where access to a large amount of text is helpful, please contact us. We encourage the use of public domain materials for these purposes and may be able to help.

+ *Maintain attribution* The Google "watermark" you see on each file is essential for informing people about this project and helping them find additional materials through Google Book Search. Please do not remove it.

+ *Keep it legal* Whatever your use, remember that you are responsible for ensuring that what you are doing is legal. Do not assume that just because we believe a book is in the public domain for users in the United States, that the work is also in the public domain for users in other countries. Whether a book is still in copyright varies from country to country, and we can't offer guidance on whether any specific use of any specific book is allowed. Please do not assume that a book's appearance in Google Book Search means it can be used in any manner anywhere in the world. Copyright infringement liability can be quite severe.

About Google Book Search

Google's mission is to organize the world's information and to make it universally accessible and useful. Google Book Search helps readers discover the world's books while helping authors and publishers reach new audiences. You can search through the full text of this book on the web at `http://books.google.com/`

Friedrich der Vorläufige, die Zietz und die Anderen von „A"

Verlag der Täglichen Rundschau, Berlin.

LIBRARY
OF THE
UNIVERSITY
OF
CALIFORNIA

23.5.24.
f. Jaita.
3.-

J Zietlow.

Friedrich der Vorläufige, die Zietz und die Anderen

Die Weimarer Nationalversammlung

1919 – Februar/August – 1919

Von

„A"

31.—40. Tausend

Verlag der Täglichen Rundschau / Berlin
1920

Alle Rechte vorbehalten
Copyright 1919 by Verlag der Täglichen Rundschau, Berlin

Druck
der Spamerschen
Buchdruckerei in Leipzig

DD 249
S688

Inhalt

		Seite
2. 9. 1919	Ein Nachwort zuvor	7
5. 2. „	Der Einzug der Gäste	12
6. 2. „	Der Eindruck der ersten Sitzung	15
7. 2. „	Die Wahl ins Parlaments-Präsidium	18
8. 2. „	Das deutsche Konklave	22
10. 2. „	Annahme des Notgesetzes	27
11. 2. „	Friedrich der Vorläufige	29
12. 2. „	Ebert an die Presse	32
13. 2. „	Unsere Sprecher	34
14. 2. „	Sprüche zum Konkurs	40
15. 2. „	Wie der Hase läuft	43
17. 2. „	Aus Erzbergers Diktatheft	46
18. 2. „	Gretchens Reinigung	47
19. 2. „	„Wir“	51
20. 2. „	Neuorientierung	55
21. 2. „	Gewalt	59
24. 2. „	Ein Monolog	62
25. 2. „	Reichswehr	65
27. 2. „	Entmakelt	68
28. 2. „	Volksredner und Staatsmänner	70
1. 3. „	Wir treiben!	75
3. 3. „	Verfassung und Auflösung	77
4. 3. „	Sozialismus Asiaticus	81
5. 3. „	Polen hat gesiegt	83
8. 3. „	Hugenberg zur Sozialisierung	86
13. 3. „	Eröffnung des Preußenhauses	88
14. 3. „	Hoffmanns Erzählungen	91
15. 3. „	Die Filiale von Weimar	93
17. 3. „	Nutzloses Gerede	96
19. 3. „	Unsere Staatsgewalt	98

M332422

			Seite
20.	3.	1919 Noch „vorläufig“, aber „gesetzlich“	100
21.	3.	„ Los von Preußen!	102
22.	3.	„ Preußens Schwächung	105
25.	3.	„ Anzapfungen	107
26.	3.	„ Scheidemann gegen Ludendorff	110
27.	3.	„ Der feine Ton	113
28.	3.	„ Es war einmal	117
29.	3.	„ Die Angst	119
9.	4.	„ Milliarden hin, Milliarden her	122
10.	4.	„ Die Psyche des Parlaments	124
11.	4.	„ Krisengerüchte und Kleinigkeiten	127
12.	4.	„ Mitgegangen, mitgefangen	129
14.	4.	„ Regierung und Ernährung	132
15.	4.	„ Das Friedensfest	135
7.	5.	„ Etatdebatte am Versaillestag	138
8.	5.	„ Der Widerhall im Landtage	140
12.	5.	„ Fichte zu Füßen	142
23.	5.	„ Heine und Haenisch	146
28.	5.	„ Die Landesverräter	150
30.	5.	„ Unter dem neuen System	152
19.	6.	„ Die Feigheit schwillt	155
20.	6.	„ Unsere Zugrunderichter	157
21.	6.	„ Am Ende	159
22.	6.	„ O Deutschland, tief in Schanden!	163
23.	6.	„ Unter dem Fronvogt	167
24.	6.	„ Schwankende Gestalten	170
25.	6.	„ Nachklänge zu Weimar	173
26.	6.	„ Voll Vertrauen und Angsten	175
27.	6.	„ Experimente	176
1.	7.	„ Zu neuer Arbeit	179
2.	7.	„ Schwarz-Rot-Gold	182
3.	7.	„ Vaterländische und Partei-Taktik	186
4.	7.	„ Reichstag, Reichspräsident	188
5.	7.	„ Wichtiges und Nichtiges	192
7.	7.	„ Vor halbleeren Bänken	195
8.	7.	„ Der „kleine“ Aderlaß	197
9.	7.	„ Das Urteil hat Rechtskraft	200
10.	7.	„ Richter Lynch	204
11.	7.	„ Grundrechte	206
12.	7.	„ Weimar—Berlin	209

			Seite
14.	7.	1919	Der Schrei nach Rente 211
15.	7.	„	Der Tag der Ziet 214
16.	7.	„	Immer noch mehr Grundrechte 219
17.	7.	„	Vielrednerei 222
18.	7.	„	Die verschacherte Jugend 225
19.	7.	„	Die Verabschiedung der Königstreuen 228
21.	7.	„	Bis zum Räteparagraphen 231
22.	7.	„	Erst die Schande, dann die Angst 234
23.	7.	„	Programmreden 237
24.	7.	„	Interpellationen 241
25.	7.	„	Der Reichsschaumschläger 244
26.	7.	„	Niedriger hängen! 248
28.	7.	„	Kampf 251
29.	7.	„	Nach dem Sturm 256
30.	7.	„	Paragraphengalopp 260
31.	7.	„	Der Abschluß 263
1.	8.	„	Verfassung und Beamtenstand 267
2.	8.	„	Wie lange noch? 270
7.	8.	„	Die zweite Kriegsabgabe 273
8.	8.	„	Die große Unordnung 276
9.	8.	„	Reichsdraht 278
11.	8.	„	Wucherbodensteuer und Rauchnotopfer 281
12.	8.	„	Hypnose 284
13.	8.	„	Nur keine Millionäre! 289
14.	8.	„	Versickernde Debatten 292
15.	8.	„	Das Gespenst 294
16.	8.	„	Auf der Suche 297
17.	8.	„	Frauen im Parlament 300
18.	8.	„	Abhalfterung 304
19.	8.	„	Gesetzgebungs-Hypertrophie 307
20.	8.	„	Auf dem Wege zur Verlumpung 309
21.	8.	„	Der Eid 315
22.	8.	„	Mit weißer Weste 319

Ein Nachwort zuvor

Berlin, 2. September

„Ich bin ein Idiot! Ein vollkommener Idiot! Das muß jeder sagen, der das liest!“

Er ächzt, er knüllt sein Zeitungsblatt zusammen, er sinkt vernichtet in den Klubsessel. Ein Glück, daß wenigstens diese Sessel, aus dem Berliner Reichstag herübergebracht, hier im Foyer in Weimar stehen. Der Parlamentarier hält darin kurz vor Beginn der Nachmittagssitzung sein Schläfchen. Der Pressevertreter kommt in ihnen auf seine besten Gedanken. Besonders wenn Mutter Pollin, die Theaterwirtin, oder Lotte, ihre rosig dralle Nichte, ein Schälchen „echten Mokka“ danebengestellt hat. Aber man erlebt auch manchen Zusammenbruch in diesen Sesseln. Hierher wankt der Abgekämpfte aus dem Parkett oder von der Bühne, der Abgeordnete oder der Regierungsmann.

Genau so tut es unser Kollege, der gerade seinen angeblichen Idiotismus ausgestöhnt hat. Er hatte seiner Zeitung durch den Draht so wunderbar schöne Dinge übermittelt, aber der Drahtfehlerteufel zwickte entscheidende Stellen ab, schüttelte ein paar Ungereimtheiten dazu, machte aus Erhebendem Lächerliches und aus Klarem einen großen Mist.

Wir alle haben darunter gelitten. Ich, dank unseren guten Telephonstenographen, noch am wenigsten. Aber auch ich.

Ich schleudere am späten Abend meine Sätze wie die Speere. Jeder haftet zitternd mitten im Schwarzen. Da

hat jedes Komma und jeder Gedankenstrich seinen Sinn, da ist es wesentlich, ob ich in Jamben behaglichen Erzählens schwimme oder in Anapästen dramatischen Erlebens mich überstürze, da ist alles mit zusammengebissenen Zähnen scharf gepackt. Am nächsten Morgen bringt die Luftpost die Zeitung aus Berlin. Ich lese mit Genugtuung mich selbst. Die Aufnahme und Übertragung ist wieder einmal vortrefflich. Da, beim letzten Absatz, wird mir plötzlich schwarz vor den Augen: ich hatte doch von „Lebensinteressen" der Nation geschrieben und nun steht da „Nebeninteressen"; aus „epischer" Ruhe ist „ethische" geworden, aus dem „vorurteilslosen" Herrn v. Graefe ein „urteilsloser"; und die deutschen Bundesstaaten haben nicht auf „eigene Gesandten" verzichtet, sondern auf — „eigene Gedanken". Fallet über mich, ihr Hügel, bedecket mich, ihr Berge!

Nun erscheinen die Stimmungsbilder hier in Buchform ohne alle die Zufallsfehler. Sie sind aufs neue durchgesehen, die abgestoßenen Stellen poliert. Was ich für die Tägliche Rundschau, wenn der Redaktionsschluß drängte, manchmal im letzten Augenblick auf die Hälfte zusammenstreichen mußte, ist hier wieder ganz. Dazu kommen einige wegen Verspätung überhaupt nicht gedruckte Aufsätze und zur Ergänzung einige Momentaufnahmen aus dem Preußenparlament. Ein Stück Zeitgeschichte unseres schier verlorenen Volkes wird festgehalten, ehe es entrollt; festgehalten, so wie es in heißen Stunden gesehen wurde, festgenagelt im Wortlaut auch mancher Satz, nach dem man später suchen wird.

Persönlich denkt jeder von uns Großstädtern gern an Weimar zurück, auch wenn er wie ich als steinerner Gast dasaß, in dem Leid des deutschen Vaterlandes verstummt. Man empfand doch als Bürger eines Gemeinwesens, war nicht mehr nur ein Sandkorn unter drei Millionen zusammengeschaufelter Berliner. Man kannte schließlich

jedermann, nicht nur die Parlamentshabitués in den Rängen des Theaters, die zumeist zur Damenwelt Weimars gehörten, man kannte die „S. Z. am Mittag", die vor dem Gange zur Nationalversammlung allmittäglich pünktlich in der Schillerstraße auftauchte, man kannte sämtliche Tapetenentwürfe einer anderen jungen Dame, der Tochter aus dem hochbegabten Cheruskerhause, man wußte im Fürstenkeller oder im Goldenen Adler, in dem schon Goethe saß, in dem Erbprinzen oder dem Elefanten, dessen Wirt einst Hermann und Dorothea nahen sah, so gut Bescheid wie in der unvergeßlichen Steinhöhle des Künstlervereins, diesem alten Refektorium mit den gebräunten hohen Säulen, dem Urväterhausrat, dem Riesenkamin, dem alla Campagna Romana frisierten Vorgarten und allen seinen lieben Mitgliedern und Gästen, die gegen 2 Uhr morgens zwar nicht die soziale Frage zu lösen versuchten, aber sophokleische Bruchstücke oder Ännchen von Tharau deklamierten oder zum siebzehnten Male sich die Geschichte vom Scheich der Senussi und der Schiffstreppe erzählen ließen. Man kannte fast jede alte Dame aus der zersprengten Hofgesellschaft Weimars, da man jedermann jeden Tag traf, unausweichlich in der kleinen Stadt, man unterschied schließlich sogar die einzelnen „Parkschlangen", die paarweis geführten Mädchenpensionate, die an der Ilm so üppig ringeln, man wußte besser als selbst die Weimaraner die Stellen, wo sich etwas hamstern ließ, Himbeersaft oder Stiefel oder Kalbskeulen oder Gummiband, man war heimisch in jedem verträumten Patrizierhause, man trieb Genealogie an den vermorschten Grabsteinen des alten Kirchhofs. Man bedauerte nur eines. Man bedauerte die Galeerensklaven der Politik: sich selber und vor allem die Abgeordneten der Nationalversammlung.

Für unsere aufreibende Arbeit fanden wir Pressevertreter, nachdem die anfänglichen Schwierigkeiten überwunden waren,

hervorragendes Verständnis und unermüdliche Unterstützung durch die himmlischen Scharen oben hinter dem 2. Rang, die zumeist aus Berlin dorthin kommandierten Fernsprechgehilfinnen unter ihrem Vorstand, dem jungen Telegraphensekretär Stahl.

Nach allen Richtungen der Windrose haben hier ihre Chronistenpflicht 76 Zeitungsleute zu erfüllen, ungerechnet diejenigen, die nur mit behäbiger Briefpost arbeiten. An Trommelfeuertagen bringen sie es zusammen bis auf mehr als 4000 Ferngespräche. Wie in der Befehlszentrale eines Kriegsschiffes ziehen sich hier die Kabelwürste an den Wänden entlang. Die Damen haben alle Hände voll zu tun. Ein kleiner liebenswürdiger Rotkopf kommandiert. „Für Ullstein Zelle 14 frei!“ „Herr von Wangenheim, Düsseldorf ist da!“ „Hirsch soll gestrichen werden!“ „Rundschau, bitte, kommt in 2 Minuten!“ Türen klappen auf und zu, Apparate knacken, klingeln, schnurren, unerzogene Sprecher reklamieren grob; aber mit stets gleichbleibender Freundlichkeit schweben und huschen die Fernsprechgehilfinnen umher, suchen die Zeitungsmenschen auf der Tribüne, in der Wandelhalle, im Flur, im Lesezimmer auf, holen sie heran und „verbinden“ sie ohn' Ermatten.

In der hastigen Arbeit ist man kaum zu ruhigem Umblick gekommen. Man stand im Kampfe. Jetzt sieht man auf das Schlachtfeld zurück. Aus jenem Getümmel haftet am meisten das Bild des niedergebrochenen Parlamentariers. Niedergebrochen waren zum Schluß fast alle. Die moderne Gesetzgebungsmaschine ruiniert Nerven und — Intellekt.

Das sind die mildernden Umstände, die unseren Parlamentariern zugebilligt werden müssen: das Parlament ist die große Verdummungsanstalt.

Vormittags hat das Mitglied der Nationalversammlung Ausschußsitzung, nachmittags Plenarsitzung, abends Fraktions-

sitzung. Der Geplagte hört täglich 14 bis 16 Stunden andere oder sich selber reden. Und was für ein Zeug manchmal! Zum Studieren kommt er gar nicht. Nur eine von den Fraktionen für ihre Mitglieder scharf durchgeführte Arbeitsteilung ermöglicht überhaupt die Fortführung der Geschäfte. So kommt es, daß einer über Kalipreise Bescheid weiß, ein anderer über die Zigarettenbanderole, ein dritter über Moorkultur, auch wenn er beruflich diesen Dingen ganz fernsteht. Aber einen Überblick hat niemand. Jeder gewöhnliche Zeitungsleser weiß von Tagespolitik mehr als der Abgeordnete; denn der liest nichts. So wird er von jeder „Enthüllung" zunächst glatt erschlagen. Hat er ein Leben voll reicher Erfahrung hinter sich, so mag er daraus schöpfen, — solange noch etwas da ist. Auch das geht einmal zu Ende. Im Laufe von fünf Jahren aber vertrottelt auch der Klügste rettungslos, wenn er das Parlament nicht eifrig — schwänzt.

Nun werden aber nicht einmal immer die Klügsten gewählt. Manchmal die Gerissensten. Oft aber auch nur die Maulaufreißer. Und zuweilen gar nur irgendwelche lokalen Parteihonoratioren ohne jede hervorstechende Eigenschaft.

Man schämt sich, wenn man versucht, sich die Elite der Nation so vorzustellen, wie sie da sitzt. Es ist nicht die Elite. Es ist, allerdings mit einigen glänzenden Ausnahmen, eine Herde der Mittelmäßigen, über der die Peitsche des Parteitreibers knallt. Wenn man jetzt wieder die Sitzungen in Weimar, von der ersten bis zur letzten, Revue passieren läßt, so fröstelt es einen; wie ist es nur möglich, daß das Volk der Dichter und Denker sich die heutige parlamentarische Regierung mit ihrer Plattheit und Feigheit und ihrem leichtfertigen Verwirtschaften aller nationalen Güter gefallen läßt!

Über dem Reichstagsgebäude in Berlin, in das die Nationalversammlung jetzt einzieht, steht die Inschrift: „Dem deutschen

Volke.“ Wir könnten uns aber kaum verteidigen, wenn ein Fremder käme und ſagte, richtiger hieße es: „Der Frechheit und Ignoranz.“

Der Einzug der Gäſte

Weimar, 5. Februar

Die Frau Abgeordnete hat das Wort. Und ſie behält es von Berlin bis Weimar. Sie ſitzt mir gegenüber, und neben mir ihre Sekretärin, eine elegante, junge Kriegswitwe aus gutem Hauſe. In allen Parteien, ſcheint es, treten die Damen vom Reichsneubau ſo zu zweit auf, wenn ſie es ſich nur irgend leiſten können. Die Sekretärin iſt nicht etwa zum Zuhaken der Bluſe da. Auch nicht nur zum Schreiben. Sondern ſie beſorgt, ſichtet, ordnet den Stoff für die Reden und die ſonſtige Geiſtesarbeit ihrer Erwählten. Kurz nach Halle legt die Frau Abgeordnete eine Frühſtückspauſe ein. Und die Sekretärin fängt ſofort an zu ſtudieren und anzuſtreichen. Die Sache wird ernſt genommen. Die Witzblätter werden enttäuſcht ſein ...

Da die Reichsleitung ſich für „gute und ſchnelle Verbindung zwiſchen Berlin und Weimar“ verbürgt hat, haben wir zweieinhalb Stunden Verſpätung. Die Droſchkenkutſcher haben lange auf uns warten müſſen und laſſen ſich die Wartezeit bezahlen; mit zwanzig Mark für eine Fahrt in die Stadt ſchlagen ſie es heraus. Weimar iſt ja ein alter Thing- und Verſammlungsort, und jedermann hier weiß, daß die Herkommenden Geld mitbringen. Man wird es ihnen ſchon in Scheffeln abnehmen, bis man ſelber unter der Preisſteigerung leidet. Ganz geheuer iſt den Ilm-Athenern freilich ſchon heute nicht, und die

Familien, die in der Nähe des Nationaltheaters wohnen, möchten für die nächsten Wochen am liebsten verreisen, weil allerlei wilde Gerüchte erzählen, die Nationalversammlung werde „gesprengt“ werden und dabei könnten auch die umliegenden Häuser in die Luft fliegen. Man sieht die Einquartierung, soweit man selber an ihr beteiligt ist, gern. Auch wenn „nur“ die Höchstpreise bezahlt werden, stehen sich die Vermieter nicht schlecht. Außerdem soll jeder, der einen Regierungsbeamten, einen Abgeordneten, einen Pressevertreter beherbergt, reichlich Kohlen erhalten, und das ist augenblicklich eine sehr ersehnte Sache. Nur sind noch nicht genug Kohlen da. Ein Kohlenzug ist vom Arbeiter- und Soldatenrat Eisenach abgefangen worden, ein anderer anderswo. Je näher man Weimar kommt, desto enger wird das Netz dieser Raubritter und Zollerheber. Die Hohenzollern sind bei uns abgeschafft; und die Zustände bei uns ähneln nachgerade auch ganz denen, die wir vor den Zeiten der „Faulen Grete“, die den damaligen Schnapphähnen das Handwerk legte, gehabt haben.

In Weimar selbst jedoch braucht man keine Angst zu haben, denn da ist — Berliner Schutzmannschaft eingezogen. Wir haben so viel über den Polizeistaat geschimpft. Jetzt hält er aber den Revolutionsstaat über Wasser. Ohne die Kräfte des „alten Systems“ wäre das „neue System“ schon zusammengebrochen. Auch Soldaten — vom Landesjägerkorps, mit schwarzweißroten Kokarden und sonstigen Abzeichen — sieht man in beruhigender Menge. Ich glaube an keinerlei Gefahr in Weimar, dem stillen Residenzstädtchen und Pensionopel, das kaum Fabrikvolk hat. Es wird ganz friedlich sein.

Nur sehr unbequem. Es fehlen nicht nur die Berliner Räume für Beratung und Arbeit, für Parteien und Presse. Es erweist sich nicht nur das Post- und Fernsprechwesen als

ganz unzulänglich, da vorerst nur wenige Drahtleitungen zur Verfügung stehen und die wenigen immer wieder von den Großgeschäften Ullstein und Mosse durch allerlei Schieberkünste belegt werden. Sondern es sind auch keine „Vorgänge“ da, auf die jeder gewissenhafte Parlamentsredner zurückgreifen möchte, keine staatsrechtliche Bücherei, keine Bände mit stenographischen Reichstagsberichten. Die großherzogliche Bibliothek enthält im wesentlichen nur Germanistik. Die Abgeordneten werden zumeist aus der Tiefe ihres Gemütes schöpfen müssen, besonders wenn sie keinen Sekretär haben. Und auch die Sekretäre sollen, wie Fama behauptet, vor allem auf das Mitbringen von Goethe-Literatur bedacht gewesen sein. Die Grippe in Weimar ist im Erlöschen. Aber die Zitatenseuche kommt sicher.

Der Herr Geheimrat v. Goethe wird von Hinz und Kunz als Nothelfer benützt werden. Aber auch eine Fülle von lebenden Exzellenzen drängt sich in seiner Musenstadt, eine Fülle von Ministerkollegen. Ihr Dienstalter stuft sich von rechts nach links ganz regelmäßig ab: von den ganz alten, den Delbrück und Posadowsky, über die Preuß und Erzberger hinweg, die aus der kurzen Prinz-Max-Ära stammen, bis zu dem reichlichen Dutzend ganz junger, die die äußerste Linke gestellt hat. Die vielen englischen und amerikanischen Pressevertreter, die in Weimar eingetroffen sind, finden sich in dieser Exzellenzen-Fülle noch nicht ganz zurecht. Der lebhafte kleine Italiener, der schon vor 1914 jahrelang in Berlin als Berichterstatter des römischen „Avanti“ wirkte, muß ihnen Bescheid geben.

Diese Herren der Welt machen steinerne Gesichter. Sie sind zur Tagung eines „Eingeborenen-Parlaments“ gekommen; ob das in Weimar oder Pretoria oder Kalkutta ist, das ist ihnen gleichgültig. Sie brauchen es zur Unterschrift unter den Frieden, den sie diktieren. Im übrigen ist ihnen

unſer Staatsneubau Hekuba. Ihre Preſſe wird uns nicht um den Hals fallen, auch wenn wir noch demokratiſcher werden, als es zu unſerer Schwächung von ihnen verlangt wurde.

Der Eindruck der erſten Sitzung

Weimar, 6. Februar

Die geſittete regierende Sozialdemokratie legt vorläufig Wert darauf, nicht unter die Bilderſtürmer zu geraten, ſondern ſoliden, ſtaatserhaltenden Eindruck zu machen. Der Präſidentenſtuhl trägt nach wie vor den Reichsadler und die Kaiſerkrone, und für Dörchläuchting Ebert iſt eine Ehrenkompagnie in Paradeuniform vor dem Theater aufgebaut. Ganze Treibhäuſer ſind für den Blumenſchmuck der Eſtrade ausgeräumt. Wenn Herr Ebert Sattler geblieben wäre, hätte es bei ſeinem fünfzigjährigen Handwerksjubiläum nicht ſchöner ſein können.

Aber auch kaum banaler. Satt und ſelbſtzufrieden erzählt der Gefeierte, ein wie heruntergewirtſchaftetes Geſchäft er eigentlich übernommen habe. Wehrlos gemacht habe uns nicht die Revolution, ſondern der Waffenſtillſtand, der von der „kaiſerlichen“ Regierung des Prinzen Max eingeleitet ſei; als ob Herr Ebert nicht genau wüßte, daß erſt die Revolutionsregierung unverlangt das Heer vorzeitig aufgelöſt und daß Scheidemann ſchon ſeit Jahren den Vernichtungsfrieden vorbereitet hat! Und ſaß dieſer Mann etwa nicht in der „kaiſerlichen“ Regierung des Prinzen Max? Die heutige republikaniſche Regierung war ſchon im Oktober 1918 allmächtig, aber gerade ſie wagt kein heißes „Lever dot as

Slaw!“ Der während des ganzen Krieges reklamierte Herr Erzberger, der trotzdem, rosig und wohlgenährt, in bewährter Taktlosigkeit als einziger von allen Abgeordneten mit dem Eisernen Kreuz am weißschwarzen Bande auf der Brust erschienen ist, wird weiter alle vernichtenden Bedingungen unterschreiben. Die regierenden Spießbürger haben eben immer noch Angst vor der eigenen Courage. Sie haben ja nicht einmal die Revolution gewollt, behaupten sie, sondern seien ganz wider Willen plötzlich Konkursverwalter des Reiches geworden. Die Firma, die er übernommen habe und die er sanieren werde, war, wie Meister Ebert erzählt, schauderhaft verkracht: „Alle Scheuern, alle Lager leer, der Kredit erschüttert, die Moral tief gesunken.“ Er wird nicht einmal rot dabei, während er das von seinem Manuskript abliest. Wer bestiehlt denn unsere Lager, — ist das nicht erst seit der Revolution Mode? Oder ist das Sinken unserer Valuta gerade in den letzten Monaten nicht zum Stürzen geworden? Und kann jemand behaupten, daß die Moral in Deutschland seit dem vorigen November sich besonders gehoben habe? Über alle diese Dinge läßt sich kaum streiten, aber die Sozialdemokraten müssen eben, um die eigene Schuld zu verhüllen, das frühere Regime anpöbeln, sofort in der ersten Sitzung der Nationalversammlung. Die Revolution, sagen sie, je nun, die kam über Nacht und schwemmte sie nach oben; nun ringen sie nach Worten.

Selbstverständlich paßt in dieses spießbürgerliche Idyll kein leidenschaftlicher Aufschrei. Die nationale Wärme, zu der Ebert in einzelnen Sätzen sich versteigt, kommt nicht mit dem Blutstrom aus dem Herzen, sondern aus einer Thermosflasche. Er warnt die Entente davor, uns vor die Frage „Hunger oder Entehrung“ zu stellen. Aber die Behauptung, daß die jetzigen Machthaber die Entbehrung der Entehrung vorziehen würden, klingt nicht ganz glaubhaft.

Selbstverständlich muß Herr Ebert auch Goethe zitieren und entgleist dabei, wie immer. Den schönen antirevolutionären Spruch aus Goethes „Hermann und Dorothea" wider die Menschen schwankenden Sinnes in schwankenden Zeiten setzt er der staatserhaltenden Sozialdemokratie als Helmzier aufs Haupt und ruft pathetisch, der Geist von Weimar, der Geist der großen Dichter- und Philosophen müsse uns wieder erfüllen. Ganz wie vor hundert Jahren jene brave Berliner Metzgersfrau, die bei einem Goethebesuch in Weimar von diesem gefragt wurde, ob sie etwas von ihm kenne, ihm antwortete: „Großer Goethe, wer sollte Ihnen nich kennen: Festjemauert in die Erde ..." Das ist der Geist von Eberts Geist, nicht Geist von Weimar, den man beschwören möchte.

Nicht Geistreichelei ist nötig, sondern Mannhaftigkeit. Ebert hat nicht den Mut, auch sein Verschulden an der Revolution zu gestehen, sondern belastet die Monarchie allein, die — niemals wiederkehren werde. Diese Verbeugung vor Wilson erregt den stürmischen Widerspruch der nationalen Minderheit. Ein Staatsmann sollte niemals „Niemals" sagen. Allgemeine Zustimmung dagegen finden die Begrüßung Deutsch-Österreichs und der Aufruf zum Wiederaufbau durch Arbeit.

Das Zentrum hat seinen Platz links genommen, so daß die Deutsche Volkspartei jetzt rechts, Stresemann neben Delbrück, Rießer neben Roesicke zu sitzen kommen. Diese Zusammenballung der Nationalen kann man vielleicht als Ouverture deuten. Die vom Auswärtigen Amt eingeführten amerikanischen und englischen Pressevertreter sind auf ihren Plätzen im zweiten Range mit der heutigen Sitzung im übrigen zufrieden und beschweren sich nur, daß auf der ersten Reihe die deutschen Pressevertreter und nicht sie placiert sind. Sie sind sehr anspruchsvoll und behandeln die jetzige deutsche Regierung en canaille. Nach England aber wird noch kein Deutscher gelassen. Wir sind klein, ganz klein geworden.

Die Wahl ins Parlaments-Präsidium

Weimar, 7. Februar

Zwischen „Lachen“ und „Heiterkeit“ ist im Sprachgebrauch der Parlamente ein gewaltiger Unterschied. Wir erleben heute beides im neuen Hause. Das Lachen ist etwas gezwungenes, ist die Opposition der Verlegenheit. Es soll höhnende Ablehnung bedeuten. So wird auf der äußersten Linken bei der Verlesung einer Depesche gelacht, in der ein Kapitän Bender-Neubabelsberg die Absetzung aller Arbeiter- und Soldatenräte und die Wahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten empfiehlt. Die Heiterkeit dagegen, die befreiende, zwerchfellerschütternde, ist eine einfache Reflexbewegung gegenüber unfreiwilliger Komik. Sie wirft heute jeden Widerstand vor sich nieder und erfaßt unterschiedslos sämtliche Parteien, als eine zweite Depesche, von einem Herrn Eugen Müller-Stockholm, zum Reichspräsidenten den „von Freund und Feind gleich hochgeachteten weitblickenden Walther Rathenau“ vorschlägt. Dann faßt man sich wieder mühsam. Besonders auf den Regierungsbänken im Bühnenraum werden den Gesichtern erneut die Falten des ehrbaren Ernstes angezwängt. Man schämt sich. Man ist so gewöhnlich gewesen. Sowas schickt sich doch nicht.

Emporkömmlinge sind ein dankbares Objekt für Witzblätter. Erstürbe einem in dieser Elendszeit nicht jedes Scherzwort auf der Zunge, so läge es nahe, die politischen Kriegsgewinnler von heute, die regierenden Sozialdemokraten, in ihrem ängstlichen Ringen um den guten Ton und das vornehme Gehaben abzumalen. In der Nationalversammlung sitzen nicht weniger als 19 sozialdemokratische Exzellenzen. Diese funkelnagelneuen Minister, Staatssekretäre, Gesandten, die nun im Geh-

rock paradieren, eine Perle in den Selbstbinder stecken und die Goldkapseluhr verdächtig oft ziehen, sind im Grunde bedauernswert. Mit ihrem Regierungslatein sind sie längst zu Ende, das graue Elend grinst ihnen überall in Deutschland entgegen, und sie haben alle zusammen im Lande noch nicht so viel Autorität wie früher ein einziger königlicher Gendarm.

Auch die sozialdemokratischen Unterstaatssekretäre und Vortragenden Räte, auch die Arbeiterräte, Soldatenräte und sonstigen Räte und Unräte wissen, daß die Revolution uns in den Sumpf gekarrt hat. Wer den Karren herausziehen soll, davon ist noch gar nicht die Rede. Wer aber die Verantwortung für das Steckenbleiben zu tragen haben wird, das will man festlegen: die regierenden roten Parvenüs haben ein dringendes Interesse daran, daß das Bürgertum sich an der Regierung und an der Parlamentsleitung beteiligt und dadurch ihnen selber die moralische Entlastung vor den Wählern erteilt. Gestern und heute ist unablässig darüber zwischen den Parteien verhandelt worden. Innerhalb der Fraktionen selbst, die ja zum Teil eine ganz andere Zusammensetzung haben als im vergangenen Reichstage, brodeln die Ansichten darüber widereinander; die Neulinge und die Alten, die Draufgänger und die Bedächtigen reden sich gegenseitig heiß. Es geht um die Frage, ob die bürgerlichen Parteien mitmachen und sich zwei Plätze im Präsidium geben lassen oder den gesamten Vorsitz in der Nationalversammlung und dementsprechend auch sämtliche Ministerposten der demokratisch-sozialdemokratischen Mehrheit zuschieben sollen. Und damit die Verantwortung. Und damit auch die Folgen der grenzenlosen Enttäuschung und Wut, die über kurz oder lang im Volke aufflammen werden!

Unter den Sozialdemokraten ist besonders Scheidemann, der sich im übrigen schon seit Wochen sehr zurückhält, um seine Aussichten auf den Posten des republikanischen Reichsver-

weſens nicht zu verderben, eifrig und gefliſſentlich bemüht, den drei bürgerlichen Parteien das Mitrepräſentieren zu empfehlen. Die Sozialdemokratie denke gar nicht an ein einſeitiges Parteiregiment, ſie wolle auch den Deutſchnationalen ihrer Stärke entſprechend den dritten Vizepräſidenten zubilligen. Es ſteckt geradezu Nervoſität in dieſem dringlichen Zureden. Der Sozialdemokratie wird in ihrer Gottähnlichkeit bange, ſie krampft die Finger nach Unterſtützung aus dem anderen Lager. In ihrem eigenen hat ſie ſchon Schwierigkeiten bei der Beſtimmung eines erſten Präſidenten für die Nationalverſammlung: nacheinander haben Hildenbrand, Bauer, Loebe und, wenn das Gewiſper recht hat, noch andere rote Parteigrößen abgelehnt, bis dann Dr. David, der Ideologe der Partei, ſich in die Breſche ſtellte.

Dr. David wird gegen 22 weiße Zettel der Unabhängigen vom ganzen Hauſe gewählt. Seine Antrittsrede iſt ein ſozialdemokratiſcher Leitartikel. Bisher vermieden die Präſidenten es ſtets, parteipolitiſch ſich einzuführen. David wie Pfannkuch — dieſer Alterspräſident hat geſtern ausdrücklich als Sozialiſt wie Moſes das gelobte Land begrüßt — dachten anders. Nun gut. Wir ſind ja vieles gewöhnt geworden und wundern uns auch nicht mehr darüber, daß über dem Regierungsſitz im Weimarer Schloß immer noch ein rotes Parteiläppchen, die alte Seeräuberflagge, das Panier der Geſetzloſigkeit, ſtatt der Reichsfahne hängt. Aber David findet doch wenigſtens herzenswarme Töne über das Selbſtbeſtimmungsrecht des Volkes in Elſaß-Lothringen und über „kraftvolle Geltendmachung der deutſchen Lebensrechte nach außen“, und brauſender Widerhall im Hauſe lohnt ihm das Wort. Haben ſeine Lebenswege ihn auch zur Internationale geführt, ſo ſtammt er doch nicht umſonſt aus einem Hauſe, aus dem ein Bruder, der evangeliſcher Pfarrer iſt, dem nationalen Verein deutſcher Studenten angehört hat. Dem Präſi-

denten Dr. David bringen auch die bürgerlichen Parteien trotz seines sozialdemokratischen Leitartikels Vertrauen entgegen.

In dem Augenblick, in dem nun der alte Rauschebart Gröber vom Zentrum das Wort zur Geschäftsordnung verlangt, weiß man, was die Glocke geschlagen hat. Die bürgerlichen Parteien *wollen* durch Beteiligung an der Leitung „die Kontrolle nicht verlieren" und *werden* dadurch Mitträger der Verantwortung für alles Unheil, das — seit dem 9. November ganz zwangsläufig — noch über uns kommt. Die regierende Sozialdemokratie hat ihren ersten großen Sieg erfochten. In keinem anderen parlamentarisch regierten Staate würde man ihr so auf die Leimrute kriechen.

Die Sozialdemokraten atmen auf: man sieht lächelnde Gesichter. Und auch Herr Matthias Erzberger kann frohgemut in die Zukunft blicken, denn diese Abstimmung sichert ihm sein Staatssekretariat. Das Amt ist gerettet. Fiele der Mantel, müßte der Herzog nach, so aber kann Erzberger sich weiter in die Toga hüllen und den Ausverkauf Deutschlands fortsetzen. Die bürgerlichen Parteien sind „regierungsfähig" geworden. Aber majorisiert werden sie doch. Sie können nichts Gutes schaffen, sie können nichts Böses verhindern. Sie können nur Sündenbock werden und das kommende Volksgericht über die Revolution schon im Entstehen — schwächen.

Unsere Parteien haben ihr Blut erneuert. Daß ein freisinniger, eine Zeitlang sogar amtsentsetzter Pfarrer wie Dr. Traub und eine führende Frauenrechtlerin wie Dr. Käte Schirmacher von der äußersten Rechten als Kandidaten aufgestellt und gewählt werden, wäre früher undenkbar gewesen. Ähnliche Wunder finden wir überall. Aber das viele neue Blut hat uns, scheint es, doch nicht den notwendigen *einen* großen Führer der bürgerlichen Opposition geschenkt. Der Fraktionspartikularismus bucht erfreut seinen kleinen Gewinn.

Fehrenbach und Haußmann und Dietrich nehmen ihre Ämter als neugewählte Vizepräsidenten an. Nun können sie an „großen Tagen“ über Karten für die Präsidialloge im Reichstage verfügen. Lieb' Vaterland, magst ruhig sein.

Die Taktiker unserer bürgerlichen Fraktionen wissen noch nicht, daß sie dazu da sind, um die Opposition zum Siege über eine Regierung zu führen, die unser Vaterland ruiniert. Sie sind auf dem besten Wege dazu, diese Regierung zu retten, während das Reich zugrunde geht.

Das deutsche Konklave

Weimar, 8. Februar

Alle früheren Sünden seien der Regierung vergeben, meint ein Spötter, denn die Nationalversammlung beginne ja, wie man beim Namensaufruf höre, mit einem — großen Ablaß. Auf den Demokraten Dr. Bruno Ablaß folgt dann im Verzeichnis die „Unabhängige“ Frau Lore Agnes. Der erste von einer Frau an der Spitze gezeichnete Antrag, der überhaupt bei der Nationalversammlung eingelaufen ist, stammt von ihr und lautet: „Die Deutsche Nationalversammlung ist sofort von Weimar nach Berlin zu verlegen.“ Es fehlt nicht viel, und sämtliche Pressevertreter in Weimar schicken der Unabhängigen Agnes Blumensträuße ins Haus, denn die Arbeit vollzieht sich hier vorläufig unter so erschwerenden Umständen, daß man sich sobald als möglich nach Berlin zurückwünscht. Eilbriefe gehen zwei Tage, dringende Depeschen langsamer als ein Personenzug. An den Fernsprecher gar gelangt man nur, wenn man mit einem ganzen Belagerungsheer ihn tagsüber berennt.

Die Presse ist also nahezu lahmgelegt. Auch die Abgeordneten, die Herren „M. d. N.“, seufzen unter allerlei Unannehmlichkeiten bei den beengten Verhältnissen im Weimarer Musenstall. Es fehlt ihnen vor allen Dingen die Berliner Reichstagsbücherei. Überdies haben sie nicht einmal Schreibgelegenheit auf ihren Plätzen, es sei denn, daß sie die Knie als Unterlage benutzen. Sie müssen schon in das „eigens“ eingerichtete Schreibzimmer gehen, den bisherigen — Ankleideraum der Chordamen. Alles Duftige ist daraus freilich verschwunden. Aber man kann dort seine Hände in Unschuld waschen: vier Riesenbecken an der Wand spenden warmes und kaltes Wasser.

Es ist alles behelfsmäßig, alles unzulänglich, aber trotzdem sind diejenigen Parlamentarier, denen es auf ernsthafte Arbeit ankommt, mit Weimar gar nicht unzufrieden. Das System der Kasernierung der Abgeordneten bewährt sich nämlich trefflich zur Förderung der Arbeit. Die Deutsche Volkspartei ist im Hotel Mende, die Deutschnationale im Hotel Erbprinz untergebracht, in anderen Gasthöfen und im Volkshause wohnen und tagen die übrigen Fraktionen, und die Führer haben ihre Leute vom ersten Frühstück bis zum Nachtmahl in der Hand. Die Sitzungen sind vollzählig besucht. Und die Neuen werden schnell bekannt und lernen die Erprobten schnell kennen. Ablenkung gibt es wenig. „Zu Ehren der Nationalversammlung“ sind natürlich einige Kabarette eröffnet worden, und eine gute, alte Weinstube hat es riskiert, sich 10 000 Austern kommen zu lassen, aber so leicht entfernt sich niemand aus seinem behaglichen Gasthof in die Winterkälte, um irgendwo „Betrieb“ zu machen. Das kommt also der Arbeit zugute. In Berlin pflegte doch gut die Hälfte aller „M. d. N.“ in der Großstadt unterzutauchen und den Fraktionssitzungen fernzubleiben.

Ebenso kann die Arbeit im Plenum hier schneller vor sich

gehen. Der Abg. Dr. Stresemann und andere Parteiführer, die anfangs vielleicht mit leisem Grauen an Weimar dachten, sagen es offen heraus: in Berlin würde man lange nicht so prompt die vorläufige Reichsverfassung unter Dach und Fach bringen wie voraussichtlich hier. Man ist in Weimar ganz ungestört. Mit der Eisenbahn kommt niemand ohne besonderen Ausweis her, und auch sämtliche Landstraßen sind in weitem Umkreis abgesperrt. Selbst der Bauer, der zu Markte fährt, braucht einen Paß. Wie bei der Papstwahl die Kardinäle in Rom zum Konklave eingemauert werden, so sind hier die Abgeordneten in Klausur, bis sie den Grund zum Reichsneubau gelegt haben.

In Berlin würde die Demonstrationsfreiheit, die die Republik uns gebracht hat, dauernd zu Aufzügen vor dem Reichstag führen. Man müßte ständig Abordnungen empfangen. Und wenn das souveräne Volk „seine Vertreter sehen will", dann müssen sie sich eben sehen lassen. Der Weimaraner dagegen sagt seelenruhig: „Mir sin nich neichierich, mir blei'm ze Hause!" — und sogar die für das Publikum offenstehenden Hintersitze in den drei Rängen sind bisher noch an keinem Tage ganz besetzt gewesen. Welch ein Massenansturm dagegen an „großen Tagen" in Berlin! Weder der Reichstagsdirektor, noch die Abgeordneten können sich dort der Leute erwehren, die unter allen Umständen Weltgeschichte miterleben möchten.

Und nicht zuletzt: Das Weimarer Landestheater ist blitzsauber, der Berliner Reichstag aber heute, nach den verschiedenen Tagungen von allerlei „Räten", nach den Schießereien des Januar, nach der Einquartierung der republikanischen Schutzwehr — gelinde gesagt, der Reinigung dringend bedürftig. Nach Monaten vielleicht erst ist er brauchbar wie ehedem. Und so muß denn auch die Presse, die am härtesten die Ungunst der Umstände in Weimar empfindet, um der

gesetzgeberischen Arbeit willen sich darein fügen und auf einen Fackelzug zu Ehren von Frau Lore Agnes verzichten. Zumal es noch nicht ganz heraus ist, ob die Unabhängigen vielleicht nur die Unabhängigkeit der Nationalversammlung zur Strecke bringen wollen; in Weimar stehen die Maschinengewehre mit dem Rücken zum Parlament, in Berlin wünschen manche Leute es umgekehrt.

Es ist erschütternd, mit welcher Inbrunst die Nationalversammlung aus allen deutschen Gauen andepeschiert wird. Ganz wie einst die Paulskirche; und ganz wie damals spreizt sich das Wohlbehagen der Abgeordneten bei der Verlesung. Wie bei uns immer, so läßt es sich auch hier manch unbekannter Gernegroß eine Depesche kosten, um mit einem banalen Gruß und seinem Namen in dem stenographischen Bericht verewigt zu werden. Aber es kommen auch Hilferufe von bedrängten Volksgenossen, aus Posen, aus Deutschböhmen, aus Tirol. Wieder regt sich die alte deutsche Hoffnung auf Reden und Majoritätsbeschlüsse, die uns schon einmal bitter enttäuscht haben, bis schließlich Blut und Eisen uns half.

Ein kleines Satyrspiel leitet dann zur Tagesordnung über. Der Unabhängige Geyer verpetzt beim Präsidenten den Mehrheitssozialisten Fischer, weil dieser bei der gestrigen Schriftführerwahl an einem Stimmzettel etwas abgerissen habe. Die ersten Proben von Lungenkraft der Unabhängigen. „Mißbrauch des Amtes! Grobe Ungehörigkeit!“ schreit Haase als Chef der Claque. Unter den Schlußrufen des Hauses wird die Lappalie begraben.

Und nun erleben wir die eigentliche Eröffnung des deutschen Konklave durch ein halbstündiges, nicht ungeschicktes Kolleg des Handelshochschulprofessors Preuß, derzeitigen Staatssekretärs des Innern. Er hebt mit den Worten Gagerns aus der Paulskirche an: „Wir sollen schaffen eine Verfassung!“ Dieser Satzbau liegt ihm besonders, dem Herrn Preuß. Im

übrigen ist er als Redner nicht sehr wirkungsvoll, so sorgfältig stilisiert auch alles ist; man denkt immer, es tue ihm irgend etwas weh, so verzieht er seine Hängelippe beim Sprechen. Der Vortrag ist nicht gerade hinreißend. Ein älterer deutscher Volksparteiler, seines Zeichens auch Professor, nickt mit dem Kopfe vornüber; auf die linke Schulter des mütterlich stillhaltenden Fräuleins Behm sinkt das müde Haupt eines Deutschnationalen. Auch bei Preuß' Fraktionsgenossen, den Demokraten, schwanken die Köpfe. Es wird so wunderlich traumhaft, und der Redner vermeidet es, irgendwo anzustoßen, damit niemand auffährt. Er sagt, 1849 sei die Einigung an dynastischen Widerständen gescheitert, nun seien die Dynastien weggefegt, aber partikularistische Widerstände erhöben sich gegen die Zentralisierung. Es sei vorläufig ein Kompromiß über ein Notgesetz von neun Paragraphen unter Ausschluß der Entscheidung über wichtige Zuständigkeitsfragen beschlossen worden. Das müsse schnell, sehr schnell angenommen werden, damit wir verhandlungsfähig würden. Seine umfangreiche eigene Verfassungsarbeit, einschließlich der Zersplitterung Preußens, hat Preuß also wirklich vorerst begraben müssen. Ein mattes „Deutschland über alles" soll diesem Solisten einen guten Abgang verschaffen. Aber Chor und Orchester fallen nicht jubelnd ein. Man reibt sich die Augen und erfährt, daß die Sitzung zu Ende sei.

Dann wird in der großen Halle des Landestheaters weiter für die Weltgeschichte gearbeitet, indem man sich vor dem Photographen aufstellt. Gruppenbild der regierenden sozialdemokratischen Partei. Massenwirkung. Der bescheidene Scheidemann hat sich versteckt, wird aber von den Damen der Partei unter Hallo herbeigezerrt. „Bitte, bitte, für die amerikanische Presse!" sagt der Photograph. Und aus den Reihen der Aufgebauten antwortet das ehrfürchtige Gemurmel: amerikanische Presse, amerikanische Presse ...

Annahme des Notgesetzes

Weimar, 10. Februar

Die sogenannte vorläufige Reichsgewalt ist in den Sattel gesetzt worden, wenn auch vorerst nur auf dem Papier. In allen drei Lesungen ist das Notgesetz angenommen, das die Satzungen für den neuen Verein der deutschen Wahlberechtigten enthält, den wir an Stelle des alten Reiches bekommen haben. Das Reichsschwert ist zerbrochen, nachdem die Reichskrone dahingerollt war, und eine Reichsgewalt ist überhaupt nicht mehr da; in Weimar verteilt man den Ornat, und anderswo wird noch scharf geschossen. Das ist die wahre Lage. Daran ändert auch das halbe Pfund Fett nichts, das die Amerikaner jedem Deutschen versprechen, wenn wir es doppelt bezahlen und außerdem unsere Flotte ganz abliefern. Die Reichsgewalt, die in Spaa und Trier kaum mehr stammelt, sondern nur noch nach Diktat schreibt, reicht vorerst kaum über das Landestheater in Weimar hinaus. Schon in den Dörfern um Weimar herum, wo die Regierungstruppen einquartiert sind, wird verhandelt. Ein Teil der Truppen hat gestern erklärt, es sei zum Auswachsen langweilig, und wenn es nicht anders werde, machten sie nicht mehr mit. Daraufhin sind diesen Schutzherren der Reichsgewalt zwei „Heitere Abende" wöchentlich zugesagt worden, für die man Kräfte der hiesigen Hofoper verpflichtet hat.

Auch in der Nationalversammlung selbst hat es heute den ersten heiteren Abend gegeben, nachdem während der bisherigen drei Sitzungstage nur je ein Leitartikel von betrüblichem Mittelmaß gesprochen worden war. Die Deutsche Volkspartei und die Deutschnationalen geben nur die kurze, würdige Erklärung ab, daß sie, um uns überhaupt verhand-

lungsfähig zu machen, unter Hintansetzung aller Bedenken das Notgesetz annehmen. Schon Payer von den Deutschen Demokraten kann sich einer kleinen Programmrede nicht enthalten. Das Zentrum spaltet sich öffentlich. Der Bajuvare Dr. Heim, der stets ein rücksichtsloser Taktiker war und nie nach Ornaten schielte, will samt seinen Landsleuten die ganze Sache nicht mitmachen, weil die neue Reichsgewalt das Recht haben soll, über Landesgrenzen zu bestimmen. Auch die vorgesehene Volksabstimmung würde dann die Pfalz den Bayern nicht mehr retten, würde außerdem vielleicht ganz Franken abtrennen wollen. Soweit verläuft alles in epischer Ruhe und, wenn man das Wort nicht scheut, Größe.

Dann aber wird es auf einmal nicht nur dramatisch, sondern sogar östlich-allzuöstlich durch das gemeinsame Auftreten der quecksilberig behenden Rechtsanwälte Haase und Cohn, die von der Sowjetgrenze aus Ostpreußen und Oberschlesien gebürtig sind. Die Unabhängigen wollen kein Reichshaupt, sondern einen Fünf-Männer-Ausschuß, keine parlamentarische, sondern eine Soldatenratsregierung, sie wollen überhaupt die Revolution als Dauerzustand. Auch macht das Pentagramma ihnen Pein: ein Deutsches Reich soll es selbst auf dem Papier des Notgesetzes nicht mehr geben. Überall wünschen sie statt dessen das Wort „Republik". Nicht einmal der „Freistaat" im Text genügt ihnen, der ist offenbar noch zu deutsch. Cohn droht. Die Revolution sei doch nicht deshalb abgeschlossen, weil eine Parlamentswahl stattgefunden habe! Nein, nur die erste Phase der Revolution sei vorüber. Es hagelt Zwischenrufe. Cohn fängt sie mit den Händen in der Luft auf. Haase sekundiert mit den Händen und allen übrigen Extremitäten. Die beiden verlangen auch sofortige diplomatische Waffenstreckung Deutschlands durch Öffnung aller Geheimschränke, müssen sich da aber unter stürmischer Zustimmung der Versammlung von einem ihnen gar

nicht so fernstehenden Abgeordneten, dem Herrn Waldstein, sagen lassen: dann sollten zunächst sie selber ihre persönlichen Verhandlungen mit einer ausländischen Regierung — gemeint ist die Sobelsohn-Braunstein-Joffesche russische — fortan nicht mehr im geheimen führen.

Im allgemeinen wird das Notgesetz unverändert angenommen. In der lebhaften Debatte über Einzelheiten stellt sich heraus, daß nicht alle Erwählten und Erleuchteten der Nation die deutsche Sprache so weit beherrschen, um zu wissen, was „einfache" Mehrheit ist, so daß man zu den alten Begriffsbestimmungen „relativ" und „absolut" zurückkehrt. Auch über die Bedeutung von „Zustimmung" und „Einwilligung" wird gestritten. Der geistige Pegel der Nationalversammlung steht nicht sehr hoch. Das merkt man am deutlichsten in den Verhandlungen hinter den Kulissen des Theaters, die endlich dazu geführt haben, daß die beiden größten bürgerlichen Fraktionen nun wirklich ihren Anteil an der „Reichsgewalt" übernehmen. Man könne doch nicht, so sagen sie, dem Auslande eine rein sozialistische Regierung vorstellen. Dank dem Zentrum atmen nun vor allem die Demokraten auf. Sie hatten schon kalte Füße bekommen.

Friedrich der Vorläufige

Weimar, 11. Februar

Friedrich Ebert heißt unser Präsident.

Zoll um Zoll ein Napoleon; Dritter natürlich, nicht Erster. Die gedrungene, kurzhalsige Gestalt, der Knebelbart, die Speckfalte im Nacken: Lui! Bloß hat er kein Steinleiden und braucht sich nicht männlich-braun anzuschminken. Er ist

kerngesund. So einer, wie der große Julius Cäsar sie liebte: „Laßt wohlbeleibte Männer um mich sein, die nachts gut schlafen!“ Noch heute geht sozusagen der herb-frische Duft von Juchtenleder von ihm aus, das er früher verarbeitete.

Nun ist ihm von der Nationalversammlung die „vorläufige Reichsgewalt“ übertragen. Mit der Reichsgewalt und der Wohnung im Schloß Bellevue und dem großen Gehalt sind er und unsere nunmehrige Landesmutter ganz einverstanden. Weniger mit dem Vorläufigen. Aber Eberts ehedem Intime bei den Unabhängigen, die ihn Friedrich den Unüberwindlichen nennen, behaupten, sein Sitzfleisch sei das Dauerhafteste an ihm. Wo er einmal sitze, da gebe es gleich eine Dynastie. Daher auch das verzweifelte Bestreben des verfassunggebenden Nationalversammlungsmitgliedes Cohn, an Stelle eines einzigen Präsidenten einen Fünf-Männer-Ausschuß zu setzen. Da könnte die Reichsgewalt doch wenigstens reihum gehen. Nach dem ABC natürlich. Und da käme Cohns hohes C vor dem E unseres Ebert.

Nicht nur unsere Landkarten, sondern auch unsere Geschichtsbücher stehen vor neuen Auflagen. Die Genealogen und Biographen zücken schon den Bleistift, um festzustellen, daß Friedrich der Vorläufige, der am 4. Februar 1871 in Heidelberg geboren wurde, schon gegen den Frankfurter Gewaltfrieden Einspruch erhoben hat. Er war revolutionär schon in den Windeln, Sozialist schon als Sattlerlehrling, das gegebene Reichsoberhaupt schon als Brotwagenfahrer, Kneipwirt, Gerichtssaalreporter.

Etliches wird man freilich verschweigen müssen. Jeder große Mensch hat Momente der Schwäche. In einem solchen Moment, am 22. Oktober 1918, hat Ebert im Reichstage gesagt: „Gelingt es den Herrschenden der feindlichen Länder, uns einen bedingungslosen Frieden aufzuzwingen, dann wird die deutsche Arbeiterklasse schwer getroffen; ihr

Kampf um den sozialen Aufstieg würde um Jahrhunderte zurückgeworfen." Diesen Satz, der aus dem Vokabularium der Gewaltpolitiker, der Tirpitze und anderer „von der Großindustrie bezahlten Subjekte" stammen könnte, dürfen gesinnungstüchtige Historiker, an denen es uns nicht fehlen wird, auf keinen Fall bringen. In der Tat hat Friedrich der Vorläufige, als er am 9. November 1918 nach gesundem Nachtschlaf von der Revolution überrascht wurde, bereits umgelernt gehabt. Und im Februar dieses Jahres konnte er bereits von der Herrlichkeit des neuen Zeitalters predigen.

Er hat's raus, der Ebert. Er hört das Gräschen wachsen, der Ebert. Sein heimlicher Gegenkaiser, Scheidemann, hat im Sommer vor zwei Jahren in Dresden erklärt, es sei ihm unverständlich, wie jemand nur daran denken könne, unseren Feldgrauen in den Rücken zu fallen, den Frieden um jeden Preis zu erkaufen: „Aus der deutschen Arbeiterklasse würde dann ein Haufen von Bettlern werden, unter den Trümmern Deutschlands läge am tiefsten die Arbeiterklasse begraben!" Aber Ebert weiß es besser. Ebert hat es wirklich raus. Wir haben nicht Deutschland in Trümmer geschlagen, sondern nur die Verderber Deutschlands, die Monarchen. Am ersten Tage der Nationalversammlung hat Ebert der Welt die Wahrheit verkündet: wir sind „vom Imperialismus zum Idealismus" gekommen, „von der Weltmacht zur geistigen Größe."

Nämlich von Bismarck zu Ebert. Das nennt Friedrich der Vorläufige den Geist von Weimar.

Riesengroß wächst bei seinen Worten eine hoheitsvolle Gestalt im Theaterraum empor, die Goethes Züge trägt. Er sieht sie nicht. Er hört sie nicht. So entgeht es ihm auch, daß sich ein Brausen erhebt und daß aus den Schauern der Ewigkeit eine Stimme erklingt: „Du gleichst dem Geist, den du begreifst, nicht mir!"

Friedrich Ebert ist schon überall einmal Vorsitzender ge-

wesen. In der Partei, in der Fraktion, in dem Hauptausschuß des Reichstages, in dem Ausschuß der Volksbeauftragten. Das Sitzen versteht er, das muß der Neid ihm lassen. Er saß auch getreulich und fest in der Reichskanzlei, als es nicht mehr aus noch ein ging, bis dann Potsdamer Gardejäger und Unteroffizierschüler die Bewegungsfreiheit in Berlin wiederherstellten. Er war nie ein Hans Dampf in allen Gassen, wie es gewisse üble Monarchen zu sein pflegten, war nie ein Anreger, ein Wegbereiter, ein Vorstürmer. Wenn man jetzt seine Genossen fragt, was sich eigentlich aus seinem Leben erzählen lasse, so sagen sie: Man hat eigentlich nie viel von ihm gehört; er muß also ein bannig kluger Kerl sein; sonst wäre er doch auch sicher nicht Reichspräsident geworden.

Die Sicherheit dieser Schlußfolgerung ist nicht gerade überzeugend. Vielleicht ließe sich weit eher der Satz verfechten, daß durch die Revolution überhaupt die Unzulänglichkeit auf den Thron gekommen ist. Sitzen kann Friedrich der Vorläufige, das steht fest. Auch auf dem Dache sitzen kann ein gewisser Greis.

Goethe hat einmal gesagt: „Ein großer Geist irrt sich, weil er keine Schranken kennt, ein kleiner, weil er seinen Horizont für die Welt nimmt."

Ebert hat den Horizont einer Käseglocke. Unser Präsident kann nie „uferlos" werden.

Ebert an die Presse

Weimar, 12. Februar

Das sogenannte alte System wäre nicht zusammengebrochen, wenn es eines besser verstanden hätte: auf dem Instrument

der öffentlichen Meinung zu spielen. Schon vor vierhundert Jahren wußte ein Dr. Martin Luther, wie man Herrn „Omnes“ zu behandeln habe; mit seinen Flugblättern stürzte er Rom, schuf er ein deutsches Volk. Aber die stärkste Macht Europas, das kaiserliche Deutschland von 1914, vermochte die Wirkung des bedruckten Papiers nicht recht einzuschätzen und erlag den Northcliffe, Joffe und Rosa Luxemburg. Die neuen Machthaber des Reiches versichern sich nun sofort der Mitwirkung der Weltmacht Presse. Schon am Lendemain seiner Wahl versammelt Ebert die in Weimar anwesenden Pressevertreter im Theaterfoyer um sich, stellt sich ihnen, da er in jungen Jahren nach Aufgabe seines Sattlerhandwerks, in dem er es zu nichts brachte, Reporter einer sozialdemokratischen Provinzzeitung war, als Kollege vor, der alles für sie tun wolle, was er könne, und bittet um Entgegenkommen auch von ihrer Seite in gemeinsamer Arbeit für das Vaterland.

Das geschieht schlicht und natürlich, ohne große Aufmachung, wenn auch der Photograph dabei nicht fehlt, der im neuen Deutschland mindestens so häufig bemüht wird wie ehedem bei Staatsaktionen. Die unter sozialistischer Führung geeinte Mehrheit ist mit ihrem Programm fertig, sie hat, wie Ebert sagt, die Demokratie für Deutschland in einem Umfange gesichert, wie kein anderes Land ihn kennt. Der Demokratie werde die Sozialisierung folgen, alles in organischem Wachstum. Auf diesem Wege werde man die Mitarbeit einer von jeder Beschränkung entbundenen freien Presse mit ihren Anregungen und Vorschlägen zu schätzen wissen. Diese captatio benevolentiae Eberts macht auf die Versammelten, die doch zum großen Teil letzten Endes sentimentale Deutsche sind, offensichtlich tiefen Eindruck. Man war solche Töne sonst nicht gewöhnt. Man lächelt nicht einmal darüber, daß Serenissimus selbst diese wenigen Worte nicht frei spricht, sondern von

einem Zettel ablesen muß, nachdem er sich umständlich die große Brille aufgestülpt hat.

Aus der Mitte der Versammelten spricht Georg Bernhard, der Direktor des Ullstein-Verlages, namens der Presse für Eberts Worte seinen Dank aus, wozu er das Mandat von dem eigens von ihm für die Weimarer Tagung begründeten Journalistenverein hat. Bernhard unterstreicht den Gedanken der Vereinheitlichung Alldeutschlands, wie wir ihn aus der Verfassungsarbeit des Staatssekretärs Preuß schon kennen, und schließt mit einem Hoch auf Ebert, den „Führer zum einigen freien Reich aller deutschen Stämme". Stimmung, Stimmung, pflegte der sogenannte König der Bohemiens Danny Gürtler zu rufen und schlug auf den Tisch, daß die Gläser tanzten. Die Stimmung ist nun da, das elektrische Fluidum zwischen Regierung und Presse gefunden. In der nüchternen Alltagsarbeit aber wird es sich zeigen, daß auch die geschickteste Benutzung der öffentlichen Meinung schließlich versagen muß, wenn man ihr keine vaterländischen Erfolge aufweisen kann, das Reich nicht stark und achtunggebietend macht.

Unsere Sprecher

Weimar, 13. Februar

Die neue Regierung ist da. Sie ist ein Kind mit drei Köpfen und nur einer schwachen Andeutung von Armen und Beinen, sitzt dafür aber auf der breiten Basis einer Dreiviertelmehrheit. Heute reden zum erstenmal die drei Köpfe widereinander. Alle drei wünschen sich einen starken Arm. Den soll Noske erst schaffen. Im übrigen behauptet der siamesische Drilling, daß er beileibe nicht siamesisch sei, sondern erstens sozialistisch, zweitens christkatholisch, drittens demokratisch.

Ehe die drei Köpfe nach drei Richtungen sprechen, wird die Ministerliste verlesen, aus der wir ersehen, daß wir fortan von vier Parteijournalisten, vier Parteibeamten, drei Juristen, einem Diplomaten, einem Bergrat a. D. und einem Handelshochschullehrer a. D. regiert werden sollen. Der einzige Fachmann darunter ist der Staatssekretär des Auswärtigen Amts, der Graf v. Brockdorff-Rantzau. Gerade darum wird man ihn nicht lange behalten. Schon Bismarck schrieb 1853 an Schleinitz, es gäbe niemanden unter uns Deutschen, der nicht alles, von der Politik bis zum Hundeflöhen, besser verstünde als der Fachmann. Es sind noch viele Parteimänner da, die gerne das mystische Auswärtige übernehmen würden, etwa der persönlich so nette Essener Rechtsanwalt Bell, der vorläufig Kolonialsekretär geworden ist. Weiß der Himmel, warum. Oder Adolf Hoffmanns Freund in Neisse, der sich fürs Auswärtige in einem ebenso offenherzigen wie unorthographischen Brief bereits gemeldet hat. Im allgemeinen bringt die Ministerliste keine Überraschungen. Nur der fürs Ernährungsamt bestimmte Zentrumsabgeordnete Herold hat noch rechtzeitig die Finger von diesem dornenbesetzten Portefeuille gelassen.

Der Jacques Bonhomme der Sozialdemokratie, Ebert, ist aus der Regierung ausgeschieden, da er Landesvater geworden ist; auf ihn kann die Partei am ehesten verzichten, er ist nichts weniger als ein überragendes Talent, darum gibt sie ihn her. Der Gerissenste unter den Sozialdemokraten, Landsberg, und der Klügste unter ihnen, Scheidemann, sind geblieben, dazu noch fünf weniger beträchtliche Herren. In die anderen sieben Ministerposten teilen sich Demokratie und Zentrum.

Scheidemann eröffnet den heutigen Reigen mit einer Programmrede. Er ist der erste Kopf des neuen Kindes. Er verkündet, daß wir die Aufgabe hätten, das Werk der Revolution methodisch fortzuführen.

Der zweite Kopf, der mit dem wallenden Rübezahlbart Gröbers, meint dagegen, da wir nun eine Koalitionsregierung hätten, dürfe der Ausdruck „sozialistische Republik“ fortan nicht mehr gebraucht werden.

Der dritte, der Naumanns, ist von den Runen mancher Volksversammlung zersägt; dieser beste Demagoge Deutschlands suggeriert den Hörern ein drittes Programm, das der Demokratisierung und Vereinheitlichung Alldeutschlands.

Der erste will von allen „gottgewollten Abhängigkeiten“ nichts wissen und in allen Dingen die Bahn frei haben. Der zweite sagt, alle Obrigkeit stamme von Gott, also auch die Republik, und Religion vor allem müsse sein. Politisch, militärisch, wirtschaftlich und finanziell sei die Revolution ein Unglück gewesen. Der dritte aber macht wiederum ein Nebenköpfchen des zweiten madig und verflucht in nationaler Empörung Erzbergers Auslieferung unserer Kauffahrteiflotte.

Scheidemann muß als Ministerpräsident naturgemäß sich den Anschauungen der beiden anderen mitregierenden Parteien ein wenig nähern. Er muß auch so etwas wie Sprachrohr der deutschen Nation sein. Er findet daher das kräftige Wort, man habe sich nicht darum der Alldeutschen erwehrt, um jetzt wie ein stummer Hund alle Bedrückung durch die ausländischen Allfanatiker hinzunehmen. Er wird vielleicht noch mehr — in Worten, versteht sich, nicht in Taten — an die Seite der anderen gedrängt werden, ehe die erste Regierungskrise kommt und das dreiköpfige Kind operiert wird. Für dieses Drängen sorgen schon die Unabhängigen mit ihren ewigen Zwischenrufen. Der mildeste von heute lautet: „Blutbefleckte Heuchler!“ Als es zu arg wird, muß Scheidemann auf den Tisch schlagen und in den Sturm hineinrufen: „Das ist doch der deutsche Reichstag und nicht der russische!“

Im übrigen sorgt Scheidemann schon selbst durch maßlose

Heftigkeit gegen die Rechte dafür, daß die äußerste Linke in ihm immer noch den Genossen sieht. Zum zweitenmal in diesen wenigen Weimarer Tagen macht er „Schwerindustrie, Alldeutsche, Ludendorff" für den Verlust des Krieges verantwortlich, also jene — an sich gar nicht zusammengehörige — Dreiheit, die gerade das Durchhalten gegen eine Welt von Feinden uns eingehämmert hat, während die Scheidemann und Erzberger die Stimmung zermürbten.

„Als unsere starke Front ins Wanken geriet und schließlich der geniale Hasardeur des Weltkrieges Ludendorff mit dem Geständnis seines Bankerotts vor uns hintreten mußte, da fiel die Binde von den Augen des Volkes und es erkannte taumelnd die Wahrheit", sagt Scheidemann; die Empörung auf der Rechten wallt hochauf; die Linke dröhnt Beifall. Wieder einmal entscheidet Lungenkraft ein weltgeschichtliches Fehlurteil. Wodurch ist denn eigentlich unsere Front ins Wanken geraten? Ist auch daran Ludendorff schuld, oder sind es nicht vielmehr die Leute um Scheidemann? Sie sind es, die hasardierten, als sie alles auf die eine Karte Wilson setzten und dann verloren; sie haben uns so in den Bankerott getrieben.

Was Gröber sagt, das hätte er ebenso vor einem Jahre sagen können. Im Zentrum hat sich nichts verändert. Es findet in der Monarchie wie in der Republik sein Feld zum Ackern.

Unstreitig den tiefsten Eindruck, namentlich auf die Zuhörertribünen, macht heute der Volksredner Naumann, der im Hause der Nationalversammlung nicht seinesgleichen hat, Traub allein vielleicht ausgenommen. In der Studierstube dieses ehemaligen Pfarrers aus einem Elendsdorfe sind nicht nur die Gesichter zerarbeiteter Leute aufgetaucht, sondern auch die Gesichte aus der ganzen geschichtlichen Vorzeit unseres Volkes. Kaum ein anderer vermag so wie er die Glocken der versunkenen Vineta zum Ertönen zu bringen.

Man lauscht — und man meint nicht, daß es eben nur Musik ist. Vinetaglocken als Begleitung zur Flöte des demagogischen Rattenfängers. Wie rührt er an die Herzen der Deutschdenkenden, wenn er sagt, wir dürften die Zeiten des grandiosen deutschen Aufstiegs vor dem Umsturz nicht vergessen, wir würden die Romantik des vergangenen deutschen Königtums in Wort und Lied fortsetzen, wir dächten nicht daran, uns unsere frühere Geschichte in den Schmutz ziehen zu lassen! Dieser unpolitische Träumer, dem jeder harte Tatsachensinn fehlt, sieht wieder einmal ein großes deutsches Mitteleuropa vor sich und ruft, indem er auf der Rednerkanzel die Arme weit ausbreitet, den Deutschen Österreichs über die Alpen zu: „Kommt! Wir warten!“

Bravorufen, Händeklatschen, Jubelsturm; Ekstase bis zum 3. Rang, Rührung auf allen Bänken. Man ist hingerissen. Wie nach der großen Arie in der Oper. In diesem Augenblick komme ich mir fast wie ein verbrecherischer Störenfried vor, weil ich nüchtern bleibe. Die Deutschen Österreichs sind uns, deucht mir, durch den Ententesieg ferner gerückt als je, und unsere schwächliche Regierung hat nur zentrifugale Wirkung auf alle Randdeutschen. Der da oben in schönem Rausche spricht, der ist nicht Führer, sondern Verführer, weil er den Sumpf nicht sieht, wo ihm die demokratischen Irrlichter leuchten. Wir brauchen keine Schwärmer. Wir haben eiserne Männer mit scharfem Auge nötig.

Immerhin findet Naumann einige tapfere Worte wider unsere brutalen auswärtigen Feinde. Auch wider die Republik: in einer Republik bestehe stets die Gefahr, daß die Regierung sich nicht — sauber halte. Aber gleich darauf spricht er mit Herzenswärme zu den Sozialdemokraten, ja er hat sogar für die Unabhängigen und ihre Theorien eine Verbeugung; er ist und bleibt eben nur der große Werber, der auf das Locken aus ist, ganz gleich, zu welchem Fähnlein

er gerade gehört, augenblicklich zu den Demokraten, früher zur freisinnigen Vereinigung, noch früher zu den Nationalsozialen, zu allererst zu den Jungkonservativen.

Den Abgesang hören wir heute von Erzberger, der es für eine Legende erklärt, daß wir unsere Schiffe ausgeliefert hätten. Wenn es überhaupt noch einen Verlaß auf einen völkerrechtlichen Vertrag gäbe, so würden wir sie behalten. Du ahnungsvoller Engel, du!

„Die Behauptung, als ob die deutschen Schiffe ausgeliefert würden, ist ein Grundirrtum. Die Schiffe sind nicht ausgeliefert, sondern werden zur Verfügung gestellt. (Zuruf: Abwarten!)

Es ist geradezu unerhört, wenn Sie solche Zwischenrufe machen! Die Sicherheit des Vertrages ist gewährleistet; wenn das nicht der Fall sein sollte, könnten Sie überhaupt keinen Waffenstillstand oder Friedensvertrag abschließen."

Der Mann muß es ja wissen, aber bisher hat er uns noch stets hereingelegt, so hereingelegt, daß im Volke das — selbstverständlich falsche — Gerücht auftauchte, er stünde im Dienste der Entente. Mögen sich seine Kollegen im Kabinett mit ihm auseinandersetzen. Wir draußen können nur die Regiekunst dieser Regierung bewundern. Es ist jetzt schon eine Woche lang in Weimar geredet worden, ausschließlich von der Regierung. Zuerst nur von dem sozialdemokratischen Kopf, heute von allen dreien. Noch ist niemand von der nationalen Minderheit zum Wort in einer Programmrede gekommen.

Das Kind mit den drei Köpfen hat aber leider noch immer keinen Arm, um sich der paar Polen erwehren zu können, die mit Steinen nach ihm werfen. In dem Regierungsprogramm ist ein neues Heer freilich vorgesehen, aber vorerst hat man in Weimar anscheinend dringendere Aufgaben.

Sprüche zum Konkurs

Weimar, 14. Februar

Auf dem Stuhle Davids ſitzt Herr Fehrenbach, der bisherige erſte „Vize“, iſt alſo in der Reichsredehalle um einen Platz aufgerückt, und für ihn tritt Schulz-Oſtpreußen die Stelle des Vizepräſidenten an. Das iſt eine rein dekorative Verſchiebung, ſo wie man Ehrenjungfrauen im letzten Augenblick noch manchmal verſtellt. Es bedeutet dies keinen Machtzuwachs für das Zentrum, ſondern einen Verzicht auf Macht, da dafür die Sozialdemokraten alle wirklichen Regierungsposten beſetzt haben. Fehrenbach ſchwingt die Glocke, Scheidemann trägt das Zepter; ſo ward beſchloſſen und gewählt.

Statt Schiffers, der eigentlich heute über unſeren Finanzjammer berichten ſollte, ſpricht Graf Brockdorff-Rantzau, ſtößt in die demokratiſche Poſaune und pfeift etwas gedämpft, aber würdevoll auf der nationalen Flöte. Man könne ſehr wohl Demokrat und zugleich Graf ſein, bekennt er vor allem Volk. Der deutſchen Nation iſt es ſicher gleichgültig, ob Rantzau als Graf oder als Demokrat empfehlenswerter iſt, aber einen Staatsmann braucht ſie, und wenn er es wird, dann wird man ihm weder Demokratie noch Grafenkrone verübeln. Wie in dieſen Tagen alle Redner, die unbelaſtet ihr Amt antreten möchten, ſo ſpricht auch er von der Konkursmaſſe des alten Syſtems, die er verwalten müſſe. Unſere hiſtoriſche Schuld habe ſchon mit unſerer ſchroffen Haltung auf dem Haager Kongreß begonnen. Jetzt aber werde die Welt nach der neuen Moral Wilſons aufgebaut mit Rantzau als Bauleiter für Deutſchland. Des deutſchen Volkes Würde ſei zum Teil in ſeine Hand gegeben, und er gelobe, ſie zu bewahren. Optime, optime. Des Beifalls langgehemmte Luſt befreit

nun aller Hörer Bruſt. Nur das mit der Konkursmaſſe hat ebenſowenig glaubhaft geklungen wie vorher aus dem Munde der ſozialdemokratiſchen Programmredner.

Die Wahrheit iſt, daß wir unſere Kapitulation anſagen mußten, als die Revolte in München, in Kiel und anderswo ausgebrochen war. Bis dahin war die Oberſte Heeresleitung gegen einen vernichtenden Waffenſtillſtand geweſen und hatte weiteren Widerſtand gefordert. Alſo das neue Syſtem war der Konkurs; da erſt mußte der zuſammengebrochene Schuldner die Hände hinſtrecken und ſich die Daumſchrauben anlegen laſſen.

Das braucht der Mehrheitsſozialiſt Keil, der nun zu Wort kommt, von Partei wegen nicht zu wiſſen. Er ſetzt uns die älteſten Ladenhüter der roten Wahlrhetorik vor. Es wendet ſich der Gaſt mit Grauſen. Die Bänke der Abgeordneten veröden. Selbſt die Genoſſen oben auf der Regierungseſtrade flüchten gelangweilt. Unentwegt ſetzt Keil ſeine Volksverſammlungsrede fort, über die Konkursmaſſe natürlich, über die Schuld des alten Syſtems, — eine Anklage gegen einen bereits ſiebenmal totgeredeten Angeklagten. Und doch: ein Satz aus ſeiner Rede, der ein lebhaftes „Sehr richtig!“ in den Reihen ſeiner Parteigenoſſen auslöſt, verdient es, als Bekenntnis der Wahrheit feſtgehalten zu werden. Keil ſagt: „Die kurzfriſtige Kanzlerſchaft des badiſchen Prinzen war bereits das erſte Stadium der Revolution.“ Sagt es unter allgemeiner Zuſtimmung ſeiner Genoſſen, die ſich wohl kaum mehr daran erinnern, daß Sereniſſimus Ebert am Eröffnungstage der Nationalverſammlung der „kaiſerlichen“ Regierung des Prinzen Max die Schuld an unſerer Wehrlosmachung durch den Waffenſtillſtand zugeſchoben hat. Alſo den Konkurs.

In ſehr ſpäter Stunde kommt — zum erſtenmal in dieſem Hauſe — ein Vertreter der Minderheit zu Wort. Der Graf Poſadowsky. Die Deutſchnationalen haben keinen Volks-

redner herausgestellt, sondern einen Staatsmann. Das ist in dieser Umgebung fast Verschwendung. Die Unabhängigen versuchen es zunächst, ihn durch die Taktik lärmender Zwischenrufe mundtot zu machen, müssen endlich aber doch widerwillig mit anhören, was der Graf im Bart, dieser alte Verkünder der sittlichen Verpflichtung des Staates zur Sozialreform, zu sagen hat. Er sagt manch bittere Wahrheit ohne Ansehen der Person, zum allgemeinen Erstaunen mitunter auch an die Adresse des alten Systems. Aber in seiner unwiderstehlich sachlichen Art, in der überlegenen Ruhe seiner Beweisführung zwingt er die Zuhörer schließlich doch über alle Konkurslegenden hinweg zu der Wahrheit, daß trotz aller ihrer Versäumnisse die Monarchie unvergleichlich viel herrlicher, größer, gerechter gewesen sei als ihre Rechtsnachfolgerin bei uns, die neue Republik. Die Rechte sei gegen jeden gewaltsamen Umsturz, sei also auch für eine gewaltsame Gegenrevolution nicht zu haben, bekenne sich aber nach wie vor zum Kaisertum als dem besten Bande unserer Einheit und hoffe auf zunehmende politische Erkenntnis des Volkes. Posadowsky stellt das alte Deutschland, wo die Oberrechnungskammer jeden Pfennig nachprüfte, dem neuen Deutschland der Revolution gegenüber, wo Milliarden unbesehen verwirtschaftet werden, er schildert als alter Finanzpolitiker das über uns hereinbrechende Unheil und kritisiert die nationale Ohnmacht der jetzigen Regierung. Still wird es im Hause, ganz still. In diese Stille hinein dringt kurz und klar und scharf die Erklärung des Redners, die Auskünfte Erzbergers hätten nicht befriedigt, und man werde um die Frage nicht herumkommen, „ob unser Unterhändler seiner Aufgabe gewachsen war oder nicht".

Der Staatssekretär ohne Portefeuille und ohne Eignung, Herr Matthias Erzberger, hat gewiß eine gesunde Epidermis. Trotzdem möchte heute wohl niemand in ihr stecken.

Wie der Hase läuft

Weimar, 15. Februar

Im alten Reichstag zu Berlin, der noch nicht auf dem Königsplatz, sondern in der Leipziger Straße stand, gab es einen gemeinsamen Erfrischungsraum, denselben für Abgeordnete und Minister und Publizisten. Da konnte man Bismarck neben Windthorst sehen, Puttkamer neben Richter, und im Handumdrehen kannte sich alles, zumal da die Mehrheit zum „Bowlenklub" gehörte. In der Nationalversammlung zu Weimar sind wir wieder auf ein einziges Foyer angewiesen, wo männiglich sein markenfreies Schinkenbrötchen (Hört, hört!) sich kaufen und dazu seine Tasse Kaffee mit Milch und Zucker trinken kann, und auch hier wird man schnell miteinander bekannt. Aber vorerst verfällt unsereins, der bis vor kurzem im Felde stand, noch aus einem Erstaunen ins andere, denn Leute, die man vor viereinhalb Jahren mit violetten Hektographenfingern in irgendeinem sozialdemokratischen Berichterstatterbureau sah, sind heute mindestens Unterstaatssekretäre.

Doch hat die Revolutionswelle auch einzelne Männer an den Regierungsstrand gespült, die man, wenn sie sich jetzt schütteln und die Glieder strecken, als wahre Prachtkerle bezeichnen kann; natürlich nur im Vergleich zu den übrigen Gestalten dieser Jammerzeit. So einer ist der Reichswehrminister Noske. Als er einst bei einem Infanterieregiment seine zwei Kommißjahre abriß, hat er sicher den geheimen roten Strich im Überweisungsnationale mitbekommen, und trotzdem brachte er es zum Unteroffizier. Dieser ehemalige Unteroffizier Noske — und sein Unteroffizier ist noch gute Friedensware — fühlt jetzt alles in sich wieder erwachen,

was an Strammheit und Bestimmtheit in ihm gelebt hat und ihm anerzogen worden ist, und er greift in Tat und Wort so gut durch, wie man es von einem alten Treffenträger nur erwarten kann. Heute nimmt er sich den Haase vor, den Schieber der Unabhängigen und Geschobenen der Spartakisten, der vor ihm in stundenlanger Rede eine Totenklage um die unschuldigen Lämmer Liebknecht und Luxemburg gehalten und wilde Angriffe gegen die „blutrünstige" Regierung gerichtet hat. Noske beherrscht mit seinem mächtigen Kommandoton den Saal noch weit mehr als der Kriegsminister von Falkenhayn den Reichstag am Zaberntage, und befindet sich im übrigen ungefähr in derselben Lage, umheult von der äußersten Linken. Wie Beilhiebe krachen seine Worte da hinein. Den Soldatenräten, die überall, wo sie den Unabhängigen nahestehen, den Grenzschutz Deutschlands verhindern und durch ihre sonstigen Taten „das Reich atomisieren", liest er zuerst den Text, dann aber den Haase und Genossen selbst. Am 5. Dezember, so sagt Noske, habe er sich unter das Berliner Volk gemischt und überall gehört, wie die niedrigsten Instinkte und der Blutrausch der Menge aufgereizt wurden. Am 6. Dezember seien diese Reden dann von Lastautos herunter gehalten worden, die bereits mit Maschinengewehren bestückt waren. „Wo war da Herr Haase, als Menschenleben in Gefahr waren?" schmettert Noske in die Versammlung. Vermutlich ist der Hase damals eiligst zu Holze gehoppelt. Sein Genosse Henke war genau so in den kritischen Tagen Bremens von dort abwesend. Als dort die Kugeln pfiffen, war auch der unabhängige Stadtkommandant plötzlich unauffindbar. Heute, wo doch nur Worte pfeifen, ist Herr Haase zum Schluß ebenfalls verschwunden. Es ist ihm wohl nicht ganz geheuer. Er hat zuerst leidenschaftliche Zwischenrufe gemacht und ist dabei immer wieder von dem tosenden Entrüstungssturm der Umsitzenden übertönt

worden. „Es wäre vielleicht gut," meint Noske mit schneidender Schärfe, „wenn Sie uns den Schießerlaß vorlesen wollten, den Sie erlassen haben, als Sie Waffen mit russischem Gelde an Ihre Leute verteilten!" Beifallsorkan im ganzen Hause. Haase windet sich und schweigt.

Dieser Zweikampf zwischen zwei Männern und — das kann man wohl ruhig sagen — zwei Rassen wird von Reden Schiffers und Rießers eingerahmt. Die Statistiken der Reichsschatzsekretäre sind sonst sehr spröde. Heute ist es lebendiger, denn es fallen dröhnende Keulenschläge wider die Revolution, die in der Tat Milliarden verwirtschaftet hat und noch heute monatlich 900 Millionen Mark mehr für den jämmerlichen Rest unseres Heeres ausgibt, als früher das ganze kostete; die es duldet, daß die Leute im Zentralmarinerat neben freier Wohnung, Verpflegung und Bekleidung noch bis zu 37 Mark täglich Löhnung erhalten. Wenn man die Forderungen der Entente nicht einmal einrechnet, haben wir fortan im Reiche vierzehn statt wie vor dem Kriege fünf Milliarden jährlich aufzubringen. Es wird einem schwindlig, ganz schwindlig. Erst zu ganz später Stunde — das gehört zur Regiekunst der herrschenden Mehrheit — kommt Geheimrat Rießer für die Deutsche Volkspartei zu Wort. Er lehnt eine geschichtswidrige Kritik unserer ruhmreichen Kaiserzeit ab. Trotzdem wolle seine Partei ehrlich an der Republik mitarbeiten. Leider habe die Revolution unsere Wirtschaft völlig verwüstet, so daß große Werke mit drei bis neun Millionen Mark Betriebsverlust monatlich arbeiteten. Was dann Rießer über die Gefahren der Sozialisierung und die Notwendigkeit der Privatwirtschaft ausführt, das ist so zwingend und so geschlossen in der Beweisführung, daß man das Stenogramm sofort als programmatische Druckschrift herausgeben könnte. Das Haus hört ruhig zu. Man ist erschöpft von dem vorhergegangenen Sturm.

Aus Erzbergers Diktatheft

Weimar, 17. Februar

Es ist althergebracht, daß man eine Sitzung zum Zeichen der Trauer aufhebt. Die heutige Sitzung der Nationalversammlung wird aufgehoben, nachdem Erzberger das Ergebnis seiner Arbeiten in Trier vorgelegt hat.

Diesmal hat Erzberger nur drei Sätze schreiben müssen, natürlich wie immer nach dem Diktat des Feldmarschalls Foch: 1. ist uns jeder Angriff gegen die aufständischen Polen in unserem eigenen Lande jenseits einer Linie, die im wesentlichen die Provinz Posen von uns abschnürt, verboten, wodurch auch Gemeinden mit rein deutscher Bevölkerung dem polnischen Blutdurst ausgeliefert werden; 2. wird der sogenannte Waffenstillstand fortan jederzeit binnen drei Tagen kündbar sein, da die Franzosen noch neue härtere Bedingungen demnächst ganz unvermittelt von uns erpressen wollen; 3. sollen unsere bisherigen Zugeständnisse unter Aufsicht des Oberkommandos der Entente nunmehr bis aufs letzte durchgeführt und eingetrieben werden.

Derselbe Erzberger, der sich einst vermaß, uns den Frieden sofort zu besorgen, wenn er sich nur zwei Stunden lang mit Lloyd George darüber unterhalten dürfte, unterschreibt jetzt schon dreiundeinhalb Monate lang nur Diktate. Wir liefern alles ab, was unser Reichtum war und was unseren Wiederaufstieg bedeuten könnte; wir geben das Hemd vom Leibe her, nur müssen wir alles dieses vorerst noch verwalten, der Entente also auch diese Arbeit abnehmen. Wenn wir inzwischen noch unsere großen Betriebe sozialisieren, so ist das um so bequemer für den Feind, da er sich dann das Staatseigentum einfach überschreiben lassen kann. Hilflos starrt Erzberger den

französischen Dolmetscheroffizier an, der ihm Foch übersetzt, dann unterschreibt er, und zuletzt, wenn er aus der Betäubung erwacht, sendet er dem Diktat einen wirkungslosen Protest hinterher.

Diesmal ist Erzberger freilich durch die Regierung gedeckt. Er hat von Scheidemann die telegraphische Genehmigung zum Unterschreiben bekommen. Gegen einen Hindenburg-Frieden hat die Mehrheit von 1917 sich gewehrt. Nun haben wir endlich den Scheidemann-Frieden bekommen. Es hat Monarchen bei uns gegeben, die bereit waren, mit Ehren unterzugehen; der Alte Fritz hat manchesmal nahe davor gestanden. Aber niemals hätte einer von ihnen unterschrieben, was jetzt das Diktatheft Erzbergers uns auferlegt und was die Scheidemann-Regierung genehmigt hat. Dazu war keiner von ihnen schwächlich genug, keiner von ihnen unbeschlagen genug auf dem Gebiete der großen Politik.

Im Februar 1915 veröffentlichte Erzberger in der deutschen Presse einen Artikel unter der Überschrift „Nur keine Sentimentalität!" Darin heißt es: „Mag der Feind alles von uns sagen, so soll er beim Friedensschluß nur nicht das eine konstatieren können, daß die Deutschen die Dummen gewesen seien."

Der Feind konstatiert dieses. Und unser Unterhändler heißt Erzberger.

Gretchens Reinigung

Weimar, 18. Februar

„Gerichtet!" ruft eine Stimme, „Gerettet!" ein ganzer Chor. Dieser Chor besteht freilich nicht aus Engeln wie in

Goethes Faust, sondern aus den Politikern der Mehrheit. Die decken Erzberger mit ihren Leibern und ihrer Lungenkraft. Daß die Minister im neuen Deutschland dem Parlament verantwortlich sind, ist eine Farce: sie sind aus der Mehrheit genommen, und die Mehrheit stimmt für sie, Sela.

Es geht heute in dem deutschen Verfassungshause zu wie in einer beliebigen roten Volksversammlung, in der ein Bürgerlicher auftritt. Man hört ihn an oder brüllt ihn nieder, auf jeden Fall aber hat ein Roter das letzte Wort und den „überwältigenden" Beifall. Dazwischen sprechen noch viele, sehr viele Rote; alle unter überwältigendem Beifall. Denn keiner antwortet auf die Fragen des Einsamen. Sagt dieser: „Draußen ist Glatteis!", so erwidern jene: „Dein Vetter hat einen Zylinderhut." Die Zungengeläufigkeit ist die Hauptsache. Der Zuhörer darf nur ja nicht merken, daß man die wesentlichen Einwände des Bürgerlichen überspringt.

Der Deutsche Volksparteiler Dr. Voegler, Generaldirektor von Deutsch-Luxemburg, tut heute den schweren Gang, geht mitten hinein in die Mehrheit und stracks auf Erzberger zu. Millionen Deutscher da draußen begleiten ihn im Geiste. Er weist bei der Begründung der Interpellation Heinze über die Führung unserer Geschäfte in Spaa und Trier nach, daß Erzbergers „Waffenstillstände" dem Deutschen Reich die Kirchhofsruhe des wirtschaftlichen Todes bringen, daß Erzberger mit einem Mindestmaß an Sachkunde ein Höchstmaß an Anmaßung gegenüber dem Angebot sachverständiger Beratung verbindet. Seit dem 9. November hätten wir schon 21 Hochöfen in Rheinland-Westfalen ausblasen müssen; unsere große Industrie erstarre und vereise.

Die Mehrheit aber sagt: „Ludendorff war unser Unglück im Kriege."

Dr. Voegler stellt fest, daß in dem amtlichen Protokoll der Waffenstillstandskommission, also einem geschichtlichen Akten-

stück, die Zustimmung der Führer unserer Handelsschiffahrt, Heineken vom Norddeutschen Lloyd und Cunow von der Hamburg-Amerika-Linie, zu Erzbergers Abgabe unserer Kauffahrteiflotte verzeichnet sei, während beide in Wahrheit an der Sitzung überhaupt nicht teilgenommen haben. Die Seeberufsgenossenschaft protestierte ja auch leidenschaftlich gegen die neue Vergewaltigung.

Die Mehrheit aber sagt: „Brest-Litowsk war das Verbrechen unserer Gewaltpolitiker."

Selbstverständlich geht es auch sonst dabei zu wie in einer Volksversammlung. Pfuirufe scheinen parlamentarisch werden zu sollen, und als Voeglers Ausführungen zu einer immer wuchtigeren Anklage sich verdichten, erhebt sich wüstes Gebrüll. „Schluß, Schluß!" rufen zwanzig, fünfzig, hundert dröhnende Stimmen auf einmal.

Erzberger lacht. Er lacht bei schmerzhafter vaterländischer Klage. Er weiß, daß er in dieser Versammlung den äußeren Sieg in der Tasche hat. Dann legt er in seiner wasserfallartigen Redegeschwindigkeit los, vermeidet jedes wirkliche Eingehen auf den Vorredner und holt zu einem wüsten Angriff gegen Hugo Stinnes aus, den rheinischen Großindustriellen, der die Seele des Ausbeutertums gegenüber dem besetzten Belgien und Frankreich gewesen sei. Aber Erzberger macht auch eine historische Feststellung, die man zunächst in tiefer Erschütterung als wahr hinnehmen muß, obwohl sie bitter weh tut und bisher Geglaubtes über den Haufen wirft. Nämlich unsere Oberste Heeresleitung (in der Ludendorff, beiläufig bemerkt, längst durch Groener ersetzt war) habe zwar erklärt, die Abgabe von rollendem Material in dem verlangten Umfange werde uns den wirtschaftlichen Zusammenbruch bringen, und man müsse da vor allem auf Milderung dringen, im übrigen aber sei der Waffenstillstand anzunehmen, selbst wenn nichts erreicht werde. Auch das sei eine

Legende, sagt Erzberger, daß der Marschall Foch zunächst für einen annexionslosen Frieden zu haben gewesen und erst nach der Revolution mit verschärften Bedingungen herausgekommen sei. Sagt Erzberger. Leider ist ja kein Hindenburg oder Winterfeldt im Saale, den man sofort darüber befragen könnte. Die Mehrheit sitzt mit offenem Munde da, staunt über die Allwissenheit ihres Erzberger, fühlt sich beglückt durch die Erleuchtung ihrer eigenen Ignoranz und ist tief befriedigt.

Nun setzt der Chor mit dem „Gerettet!“ ein. Zwei Schwaben, Haußmann und Gröber, halten ihren Schild über den Landsmann. Vater Gröber versteigt sich sogar zu dem Satze, der noch vor einigen Monaten im Zentrum selbst den heftigsten Widerspruch erregt hätte: „Wir freuen uns, in unserer Mitte ein Mitglied wie Herrn Erzberger zu haben, der mit so außerordentlicher Begabung und so riesigem Fleiße für das Vaterland leistet, was kein anderer zu leisten imstande wäre!“ Auch die Sozialdemokraten Müller und Haase und Scheidemann pauken auf Erzbergers Gegner los. Der Chor ist vollzählig. Das „Gerichtet!“ wird übertönt.

Der Deutschnationale v. Graefe nimmt es wieder auf. Als erprobter Fechter, der sich durch keinen Zwischenruf beirren läßt, schlägt er der Mehrheit die Paraden durch, indem er nachweist, daß sie noch am 22. Oktober gegen den Unterwerfungsfrieden sich verwahrt hat, den sie am 11. November annahm, — und daß in der Tat nur die Revolution uns dazu gezwungen hat. Jetzt könne, selbst wenn er es wollte, nicht einmal Wilson uns helfen, da wir unter Erzbergers Führung die vierzehn Punkte selber durch vertragliche Unterschrift aufgäben.

In der Form versöhnlich, in der Sache scharf vertritt Dr. Stresemann noch einmal den Standpunkt der Deutschen

Volkspartei. Er deckt die Ausflüchte Erzbergers auf. Er weist mit dem Finger auf die ehemaligen „Annexionisten“ im Zentrum und in der Demokratie. Er findet warme Worte für Ludendorff, den Retter Ostpreußens.

Das Schlußwort spricht diesmal greisenhaft und weitschweifig der sonst doch geistig noch frische Sozialdemokrat Dr. David. Schuld an allem seien — die anderen. Also kann Erzbergers reine Seele wieder in lichten Höhen schweben. Unten liegt zerschmettert das deutsche Volk. Zu ihm aber hat sich ein Mann gesellt, von dem heute leider gar nicht die Rede war, der General v. Winterfeldt, der seine Ablösung erbeten hat, weil er die Schmach in Spaa und Trier nicht mehr mitmachen wollte.

Nur Erzberger macht alles.

„Wir“

Weimar, 19. Februar

„Sind wir nicht zum Herrschen auserkoren?“ rufen einander seit nun schon zwei Wochen tagtäglich die Leute der Mehrheit zu. Man sieht lauter leuchtende Gesichter. Sie können sich noch kaum fassen, sie kommen immer wieder darauf zurück, sie spreizen sich höhnisch vor der Minderheit. Es ist erstaunlich, und ganz Europa wundert sich nicht wenig, welch ein neues Reich entstanden ist. Nur ist es ein wenig anders organisiert als in dem schönen Liede. Seine Funktionäre berauschen sich nur an Worten.

Das Wort des Herrn Freudenthal von 1848, wir sollten uns „auf den Boden der gegebenen Tatsachen“ stellen, ist 1918 geflügelt wieder auferstanden. Gegebene Tatsache ist

heute eine Parteiregierung, die Arm in Arm mit Matthias Erzberger das Jahrhundert und den gesunden Menschenverstand in die Schranken fordert. Gestern hat sie den Freispruch ihres Barrabas erzielt. Heute läßt sie ihn schon triumphieren. Die Nationalversammlung in Weimar ist für solche internen Aufführungen trefflich geeignet. Schon im Berliner Reichstag ging es manchmal nicht gerade vornehm zu, aber der mächtige löwengelbe Raum dort — „doch eine Würde, eine Höhe entfernte die Vertraulichkeit“ — verschluckte alle Zwischenrufe auch ermunternder Art. In Weimar versteht man jedes Wort, wird der Beifall der Parteiclaque zu einem Schlachtendonner, der alles vor sich niederwirft. So ist gestern Erzberger gerettet, Voegler gerichtet worden. Laut Stenogramm hat Erzberger gesagt:

„Nun hat uns Herr Dr. Voegler eine ganze Reihe von Depeschen des Vereins der Deutschen Stahlindustriellen verlesen, nur von einer hat er uns nichts mitgeteilt, sie lautet: ‚Wenn Hugo Stinnes nicht in Luxemburg als Sachverständiger zugezogen wird, entsendet der Verein überhaupt keinen Sachverständigen.‘ (Hört, hört! Bewegung und Pfuirufe.) Unter solchen Terrorismus suchen Sie die Regierung zu setzen, aber ich kann Ihnen sagen, Ihre Herrschaft ist vorbei!“ (Stürmischer Beifall.)

Von diesem Telegramm, um dessen Abgangsdatum Erzberger vergeblich ersucht wurde, hatte er „leider“ keine Abschrift bei sich. Heute erhält er nun als erster das Wort. Er habe nur einen kleinen Irrtum begangen, sagt er; es handele sich nicht um ein Telegramm, sondern um einen Brief. Im übrigen sei alles, was er gesagt, „unantastbar“, denn in dem Briefe, den er vom Reichswirtschaftsamt bekommen habe, stehe wörtlich: „Da Herr Dr. Voegler, falls nicht Stinnes zugezogen wird, seine eigene Wahl als Sachverständiger abgelehnt haben soll ...“ Also dieser amtliche Brief bestätige alles.

Stürmischer Beifall! Große Bewegung! Ein wilder Radau, Zustimmung zu Erzbergers Worten gemischt mit Verwünschungen gegen die Rechte, durchwogt die Volksversammlung, es fehlt nur noch, daß Erzberger von den Begeisterten auf die Schultern gehoben wird. Der Gesunde aber faßt sich an den Kopf. Also auch der Brief ist nicht vom Stahlverband. Und Dr. Voeglers Ablehnung wird nur als Gerücht in dem Briefe des sozialdemokratischen Staatssekretärs Dr. August Müller erwähnt. Der Stahlverband hat keine Schwierigkeiten um Stinnes' willen gemacht. Er hat eine ganze Anzahl von Sachverständigen ruhig zur Verfügung gestellt, auf die Erzberger verzichtete. Auch hat Voegler nicht seine eigene Zuziehung abgelehnt. Es war also alles, was Erzberger in dieser Sache von der Ministerbank aus gestern vorbrachte, unwahr.

Und dennoch: „Gebt uns Barrabam frei!"

Die Masse ist auf dem Marsch, die Masse macht Weltgeschichte, und diese Weltgeschichte ist immer dieselbe. Einen Unterschied zwischen Regierung und Partei gibt es nicht mehr. Wenn jemand auf der Ministerbank das „Wir" in der Rede gebraucht, so weiß man nie, ob es der Pluralis Majestátis der Regierung ist oder ob es heißen soll: Wir Sozialdemokraten. Unter Brüdern ist das ja auch ganz egal. In der Wahlbewegung haben wir es ja auch erlebt, daß an den Mauern Plakate klebten, die mit „Genossen!" als Überschrift anfingen und die Unterschrift „Die Reichsregierung" trugen. Partei ist alles. Unsere alten Landräte mit ihrer Wahlbeeinflussung waren da wirklich Waisenknaben. Die Regierungsestrade ist voll von einer schwatzenden Menge der neuen Regenten, Unterstaatssekretäre, Geheimräte und Schlüsselbewahrer. Sie arbeiten für die Partei; sie leben von der Regierung. Es geht da so lebhaft zu wie auf der Fondsbörse um 12 Uhr mittags, so daß Präsident Fehrenbach

sich schließlich energisch Ruhe verschaffen muß, weil er nicht mehr verstehen könne, was dicht vor ihm am Pult der Redner vorbringe. Wie sagte doch Ebert so treffend? Von der Weltmacht seien wir „zur geistigen Größe“ gekommen...

Aus dem Munde des jetzigen Kriegsministers, des Obersten Reinhard, erfahren wir, daß die Abschaffung der Achselstücke einen symbolischen Akt der Unterwerfung der Offiziere unter die neue Regierung in Deutschland bedeuten solle. Nun wissen sie es. Als Reinhard dann sehr behutsam auf die Untersuchung über die Tötung Liebknechts und der Frau Luxemburg zu sprechen kommt, kreischt Haase „Schamlose Verdrehung!“ Er wird erst wieder ruhig, als „Wir“ zu Worte kommen. In allen drei Ausgaben.

Die Sozialdemokratin Frau Juchacz, ein ehemaliges Dienstmädchen, liest dem Grafen Posadowsky ein Kolleg über hohe Politik; sie liest es säuberlich und silbenweise ab, so daß die sonst so geplagten Stenographen behaglich nachmalen können. Der Zentrums-Mayer aus Kaufbeuren, Doktor der Staatswissenschaften und bewandert in den Fragen des Handels und der Großindustrie, gibt eine Variation dessen, was der Reichsschatzsekretär uns neulich erzählt hat. Der Kölner demokratische Rechtsanwalt Falk aber kommt uns als besetzter Linksrheiner zuerst deutsch, dann demokratisch; von nun an seien Demokratie und Republik up ewig ungedeelt und fest verkittet. Das alte monarchische System sei für immer verschwunden. Jenes scheußliche alte System, unter dem von den hervorragenden Männern, die jetzt auf der Ministerbank säßen, kaum einer es auch nur zum Königlich Preußischen Referendar gebracht haben würde.

Das ist ganz glaubhaft. Herr Falk ist überhaupt ein kleiner Schwerenöter. „Hab' ich's gut gemacht?“ fragt er nachher im Wandelgang Herrn Erzberger. „Aber gewiß!“ Nämlich Erzberger hat an den deutschen Teil der deutsch-demokratischen

Rede anknüpfend als letzter der heute Aufgerufenen „flammend national“ für unsere Kriegsgefangenen und Linksrheiner sprechen können. Schlußapotheose mit Feuerwerk. Ganz wie im Wandertheater auf den Dörfern. „Wir“ sind die Vaterlandsretter.

Neuorientierung

Weimar 20. Februar

Fritze Ebert, der neue Landesvater, läßt sich jetzt im Schlosse von einem Bildhauer modellieren und hat auch sonst noch Dinge zu tun, die die monarchische Erbschaft so mit sich bringt. Aber abends findet er doch Zeit, sich unter das Volk zu mischen. Noch eifriger als er pokulieren seine Genossen von der Reichsregierung. Einer dieser Minister, des vielen Weines ungewohnt, ist jüngst mit einer mächtigen Hellebarde, die er sich aus der Waffensammlung im Schlosse geholt, nächtens herumgezogen. Ein anderer, noch höherer, kommt meist erst beim Hähnekrähen in so guter Laune nach Hause, daß in den von ihm durchwanderten stillen Straßen die Einwohner erschreckt erwachen. Wie man sieht, behagt den Herren die „politische Neuorientierung“ Deutschlands durchaus. Das bißchen Verantwortung vor der Nationalversammlung wird im Handumdrehen nebenbei erledigt, und zwar alltäglich mit neuen, leichten Siegen. Nach der Geschäftsordnung des Reichstags, die vorerst auch hier gültig ist, muß einem Regierungsvertreter jederzeit das Wort verstattet werden. Wenn also ein Mitglied der Minderheit auch nur „Piep“ sagt, so wird es gleich von etwa einem halben Dutzend Reichsregenten totgeredet, seziert, zerfasert, verbrannt. Sogar der alte Mephisto Landsberg läßt

heute, nachdem er als Reichsjuſtizminiſter das Wort verlangt hat, dieſe Robe ſofort fallen und fährt in unverhüllter Schönheit fort: Wir Sozialdemokraten alſo ...

Vielleicht hat der ſelige Staatsmann Oxenſtierna gerade dieſe Zuſtände vorausgeahnt, als er ſagte, man wiſſe nicht, mit wie wenig Weisheit die Welt ſich regieren laſſe. Es brauchen bloß immer ſechs gegen einen zu reden, dann ſchlägt's allmählich durch, daß Ludendorff ein Haſardeur war und Scheidemann der getreue Eckart der Nation.

Die böſen Störenfriede dieſes Idylls ſitzen in der Deutſchnationalen und der Deutſchen Volkspartei, — wenigſtens fangen ſie heute endlich an zu begreifen, daß dies ihre Aufgabe in der Oppoſition ſein muß, die regierende Mehrheit anzugreifen, nicht nur ſich ſelber notdürftig zu wehren.

Der Dr. Traub, den ſein heißes Nationalgefühl von den Wechſlerbänken der Demokratie vertrieb, der verhaßte Apoſtata der „Berliner Tageblatt"-Leute, iſt jetzt vielleicht die ſtärkſte agitatoriſche Begabung der Rechten. In glänzender Beweisführung belegt er ſeinen Satz: Schuld an unſerem Zuſammenbruch iſt die Revolution! Eisner und Ledebour und der „Vorwärts" ſelbſt müſſen ihm als Schwurzeugen dafür dienen. Wo ſei der Fortſchritt gegen früher überhaupt zu ſehen? Geblieben ſei vom alten Syſtem das Schlechte, nämlich der alte Bethmannſche Block; zertrümmert aber ſei das Gute, nämlich unſer herrliches Heer. Wer dieſes Werkzeug, mit dem ein Volk in letzter Not ſich helfen kann, zunichte macht, der hat nicht das Recht zu fragen, wer die Niederlage verſchuldet habe. Die wahren Verteidiger der Volksrechte, der Rechte der Einzelperſönlichkeit gegenüber gewaltſamer Schablonisierung, ſäßen jetzt rechts, — ſie hüteten das alte Erbe des Liberalismus.

Die gleiche Klinge ſchlägt der Deutſche Volksparteiler Profeſſor Kahl, der Jüngling von 70 Jahren, deſſen hallender

Stimme und feuriger Beredsamkeit niemand anmerken kann, daß seine Kindheit bis in die Tage Friedrich Wilhelms IV. hinaufreicht. Noch schärfer als Traub, noch persönlicher geht er der neuen Regierung zuleibe. Wozu hätten wir einen obersten Repräsentanten der Nation gewählt, wenn der sich nun in den Schloßbau zurückziehe, statt namens der Nation mit Wilson in Beziehung zu treten und gegen den Treubruch in den Waffenstillstandsbedingungen aufzubegehren? Vor anderthalb Wochen sei Ebert gewählt. Was habe er inzwischen getan? Selbst der mangelhafteste Obrigkeitsstaat sei nicht so mangelhaft regiert worden wie unsere junge Republik, deren einzig gute Mitgift — noch vom preußischen Königtum stamme; ohne die treue alte Beamtenschaft hätten die neuen Männer nicht einen Tag regieren können. Aber dieses Königtum werde wiederauferstehen, nicht durch eine Gegenrevolution, sondern einst gerufen vom ganzen Volke!

Unter den Regierungsmännern, die heute zum Abtun der beiden Gefährlichen sich vordrängen, versucht auch der alte Gothein, einst „die Heulboje von Greifswald-Grimmen" genannt, sein Heil. Man hört seinen inneren Blasebalg arbeiten. Aber kein Geistesfünkchen glimmt auf. Wie prachtvoll vermöchte eine wirkliche Regierung die Kritik des Waffenstillstandes durch die Opposition auszunutzen! Schon längst ist ja selbst den Sozialdemokraten nicht mehr ganz geheuer. In Weimar pfeifen es die Spatzen von den Dächern, daß eine starke Minderheit der Roten gegen die Unterzeichnung gewesen ist und daß schließlich nur aus den Kreisen des rheinischen Zentrums heraus das Nachgeben durchgedrückt wurde. Deshalb hat die Minderheit innerhalb der Regierung ihr Spiel aber noch nicht aufgegeben. Das Wolff-Bureau muß jeden Protest und jedes Protestchen wider die Entente in ganz Deutschland aufnehmen und der Presse übermitteln. Das ist ein Umweg. In der Nationalversammlung könnte man

schneller die einmütige Kundgebung erhalten. Aber da wären die nationalen Kruzitürken dabei, und die dürfen beileibe nicht über Erzberger triumphieren.

Frau Zietz, die Unabhängige, spricht, eine Frau, deren Weiblichkeit ein starkes Plus männlicher Moleküle enthält. Bock und Haase und Cohn „können doll", — sie kann noch doller. Eine Fanatikerin der alten sozialistischen Schule, unangekränkelt von der Sehnsucht nach den Amtssesseln der Regierung. Der Frau Juchacz hat gestern nach ihrer Rede der Genosse Löbe-Breslau Bonbons gestiftet; bei Frau Zietz würde das wohl kaum ein Fraktionsgenosse wagen. Bei der Juchacz bricht das Gefühl sich Bahn; die Zietz ist Fanatikerin von Reflexion. Nach fünf Minuten ist das ganze Haus helle Empörung. Sie beschimpft das Eiserne Kreuz als „Blutzeichen", und nahezu sämtliche bürgerlichen Abgeordneten verlassen ostentativ den Saal. Sie beschimpft Noske, und ihre nächsten Sätze gehen im Toben der Sozialdemokraten unter. Luise Zietz ist die Sturmglocke für Spartakus, wie Glockenklöppel schleudert sie ihre Arme. Bock und Haase und Cohn entrüsten sich mit ihr über den Einmarsch der Noske-Garde in Gotha.

Während das ermüdete Haus — die Sitzung ist erst gegen 10 Uhr zu Ende — so immer wieder aufgepeitscht wird, steht plötzlich ein blasser Warenhausjüngling auf der Regierungsestrade, erhält das Wort und findet noch stärkere Töne wider Noske. Keiner kennt ihn. Nachdem er ausgeredet, werden seine Personalien erst festgestellt: Dr. Josef Löwengard, Vertreter der Republik Gotha im Bundesrat! Der nicht anerkannte Vertreter einer nicht anerkannten Republik. Und was sonst wohl noch nie einem Bundesratsmitglied passiert ist, das geschieht jetzt: man bedeutet ihm, wo der Zimmermann das Loch gelassen hat, und mit fliegenden Rockschößen verschwindet der Jüngling durch die Mitte.

Gewalt

Weimar, 21. Februar

Die Schutzmannskette um die Nationalversammlung herum ist verstärkt worden. Die Attentatsfurcht huscht durch Gassen und Gäßchen. „In tiefer Bewegung" verkündet Scheidemann vor Eintritt in die Tagesordnung die Gewalttat, die an Kurt Eisner in München begangen worden ist. Bei Eröffnung der Alltagsdebatte erhebt sich Scheidemann wiederum. Die junge, deutsche Republik stehe vor dem Zusammenbruch, wenn sie den Terror nicht besiegen könne, wie er am Niederrhein und anderswo heute herrsche. Das Heiligste, die Meinungsfreiheit, sei überall zuerst in Gefahr, sagt der Leiter unserer Regierung.

Dieselbe Regierung aber schlägt gewaltsam die Redefreiheit im Parlamente nieder.

Als Heinrich von Gagern im Jahre 1834 in der Darmstädter Kammer von einer Partei der Regierung sprach, fand die Regierung diese Äußerung so beleidigend, daß sie den Landtag deshalb auflöste. So sehr galt es als Schmach, parteilich genannt zu werden. Die alte Rechtlichkeit des deutschen Beamtentums empörte sich wider die Unterstellung. Auch im Norddeutschen Bunde hat der erste Kanzler, Bismarck, obwohl er sich selbst als „alten Herrn" der Konservativen bezeichnete, seit 1867 Regierungspolitik und nicht Parteipolitik gemacht. Noch sitzen ja in der Nationalversammlung ehemalige Minister der alten Monarchien wie Delbrück und Posadowsky und Heinze; niemand kann ihnen nachsagen, sie hätten parteilich ihres Amtes gewaltet.

Und heute?

Die Leitsätze der Regierung Scheidemann-Schiffer-Erz-

berger stehen zur Debatte, ein Vertrauensvotum für sie ist nach westlichem Muster beantragt, obwohl dies bei unserer ständigen, nicht wechselnden Mehrheit eine wirklich überflüssige Komödie ist. Von den drei regierenden Parteien halten die Abgeordneten Meerfeld, Stegerwald, Dr. Gertrud Bäumer ausgiebige Parteireden. Dann wird von den drei regierenden Parteien Debatteschluß beantragt und angenommen. So wird der Deutschen Volkspartei und der Deutschnationalen Volkspartei mit Gewalt die Redemöglichkeit abgeschnitten.

Mehr noch: eine Entschließung der Deutschnationalen, die ihre eigenen Leitsätze zum Wiederaufbau des Reiches zur Debatte stellt, wird durch Übergang zur Tagesordnung von der Besprechung ausgeschlossen.

Mehr noch: eine interfraktionelle Entschließung aller ostmärkischen Abgeordneten zugunsten des bedrohten deutschen Ostens ist unter den Tisch gefallen und taucht als Sonderresolution von nur zwei Mehrheitsparteien wieder auf, unterschrieben von zwei Süddeutschen, dem Demokraten Payer und dem Zentrumsmann Gröber; man nimmt also die Anregung im stillen Kämmerlein begierig auf und paradiert dann auf der Estrade mit den erborgten Federn.

Stegerwald hat gerade vorher vom Pfauentum unserer Frauen gesprochen, sittliche Läuterung und wahre Freiheit vom Volke verlangt und die soziale Gerechtigkeit der alten Monarchie gepriesen. Fräulein Dr. Bäumer hat gerade vorher neckisch sich darüber gewundert, daß gestern ganze vier Minister hintereinander nötig waren, den Dr. Traub zur Strecke zu bringen, und hat den Idealismus gepredigt, der die Gesamtheit über das Ich stelle.

Und nun: krasseste Ichsucht der demokratischen Parteien, Vergewaltigung der Redefreiheit, Niederknüttelung der Minderheit! Ein Sturm der Entrüstung erhebt sich auf der Rech-

ten. Diese allzu vornehmen Leute, die noch am selben Vormittag keine eigene Interpellation zur kommenden Heeresvorlage einbringen wollten, weil das unritterlich gegenüber den Mehrheitsparteien sei, mit denen man auf Wunsch der Regierung gemeinsam vorgehen solle, geraten allmählich in Weißglut. Recht so! Man muß die gewalttätige Faust der jetzigen Parteiregierung gefühlt haben, um die heute ganz unpolitische Sentimentalität loszuwerden. Kampf heißt die Parole. Wer heute Weltgeschichte macht, wer die Wählermassen auf seine Seite ziehen will, der darf nicht etwa nur ehrlich sich fürs Vaterland abarbeiten, sondern der muß den harten Willen erkennen lassen, die jetzige Regierung durch eine bessere zu ersetzen. Wir sind nicht ihre Untertanen. Der alte Obrigkeitsstaat ist nicht deshalb gestürzt, damit ein neuer ihn ablöse.

Von wessen Gnaden lebt dieser denn überhaupt?

Der Organismus unseres Staates könnte ohne die Arbeit des Beamtenheeres des „alten Systems" nicht einen Tag lang existieren. Die im Schlosse zu Weimar eine fürstliche Hofhaltung führen, deren Menus ganz in den Rahmen der Kriegsgewinnler passen, vermögen dies nur so lange, als die alten Berliner Schutzleute, als die Offiziere aus dem alten monarchischen Heere ihr Schlaraffenleben bewachen. Nicht die regierende Mehrheit ist es, deren Anhänger in der Hauptsache diese Palastwache stellen. Die jetzige Minderheit ist es, die in Beamtenschaft und Offizierkorps den Schlaf der Vergewaltiger hütet.

Wie nun, wenn zu der Gewalt, die den Regierenden von links droht und sie schlottern macht, die Obstruktion von rechts träte, im Parlament und draußen? Minderheiten in einem Rechtsstaat braucht man nicht zu fürchten. Vergewaltigte Minderheiten aber haben Riesenkräfte und können die stärksten Regierungen sprengen.

Es ist höchste Zeit, daß die Gewalt abdankt; daß Freiheit und Recht jedem Deutschen zuteil wird. Ihre Totengräber draußen im Lande kennen wir. Auf den Regierungsbänken brauchen wir sie nicht.

Ein Monolog

Weimar, 24. Februar

Vormittag um 11 Uhr ist in Weimar fast alltäglich Paroleausgabe der Regierung. Man nennt das Pressekonferenz. Konferenzier ist immer irgendeiner von der Regierung, und die Pressevertreter sind das Publikum. Auf diese Weise wird noch anders Weltgeschichte gemacht als in den bescheidenen Zeiten des alten Pressechefs Dr. Hammann, wo man noch nicht bataillonsweise zum Paroleempfang antrat. Jetzt machen sich manchmal sogar leibhaftige Minister die Mühe, die öffentliche Meinung zu befruchten. Heute war es ein junger Mann aus dem Reichsamt des Innern, der einen Reklamevortrag über den Preußschen Verfassungsentwurf hielt, „zur Verwendung nach Belieben". Aber im Pressepublikum erhob sich ein Murren. Man grollte nicht nur rechts, man grollte auch links. Die Reklame war zu lebhaft, wird mir erzählt. Da sei es neulich, als Scheidemann abends im Theater-Foyer die Presse um sich versammelte, viel feiner hergegangen, zumal da Bier und kalter Aufschnitt die Gemüter auf Reichskosten glätteten. Erst recht fein wird es später in Berlin werden, wo die Regierung ein prinzliches Palais als Pressehaus einrichten will, um dort ihr tägliches Stelldichein mit der öffentlichen Meinung abzuhalten.

Im Plenum der Nationalversammlung steht heute die erste

Beratung des Verfassungsentwurfes und der Reichswehrvorlage auf dem Plan. Das widerspricht, wie Haase herausgetüftelt hat, der Geschäftsordnung. Vorlagen müßten seit drei Tagen in Händen der Abgeordneten sein, ehe sie zur ersten Beratung kommen dürften. Nun seien die Drucksachen erst gestern verteilt worden, also die heutige Beratung sei ganz geschäftsordnungswidrig. Da bitten Gröber und Payer die Unabhängigen um gut Wetter. Man solle doch nicht und überhaupt und so. Aber Haase und Cohn sind in jedem Zoll ein unbestechlicher Cato. Der Präsident Fehrenbach, der schon mit Stielaugen der Blamage entgegensieht, die ganze Sitzung gleich nach Beginn vertagen zu müssen, wickelt sich im letzten Augenblick noch heraus: Es sei gar nicht die erste Beratung des Verfassungsentwurfs, wenn das auch in der Tagesordnung so gedruckt sei; Gott bewahre, die erste „Beratung" komme erst morgen, heute gebe nur der Reichsminister Dr. Preuß die mündliche Erläuterung zur Vorlage; also er könne auf jeden Fall reden. Mit der Reichswehrvorlage ist es schon kitzlicher. Wenn nach § 23 der Geschäftsordnung mindestens 15 Abgeordnete sich gegen die vorzeitige Beratung erklärten, müsse man allerdings die vorgeschriebene Frist innehalten. Also bitte! Die Unabhängigen sind zum Teil über Land auf Revolutionsfahrten. Sie brächten die 15 Mann heute nicht auf. Schon lächelt man auf den Regierungsbänken, aber siehe da, es rauschen auch die Fraktionen der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei vollzählig empor, von einem zornigen allgemeinen „Ah!" der Mehrheit empfangen. Es hagelt Zurufe. „Ja, worüber wundern Sie sich eigentlich," schallt es von rechts zurück, „glauben Sie denn, wir ließen uns am Freitag selber von Ihnen vergewaltigen und hülfen Ihnen dann am Montag bei der Vergewaltigung der Geschäftsordnung?"

Mit leidvollem Gesicht betritt Dr. Preuß zu seinem Mono-

log die Tribüne. Von dem jetzt bei den Demokraten gelandeten Abgeordneten Dr. Friedberg sagte einst Liebermann v. Sonnenberg, er habe einen wehmütigen Zug um die Beine. Dr. Preuß hat diesen Zug um den Mund. Wenn er ihn aber nicht schon hätte, so hätte er ihn jetzt bekommen, denn „seinen" Verfassungsentwurf, dieses deutsch-demokratische Prokrustes-Bett für das Reich, hat ihm das Staatenhaus böse verschandelt. So erleben wir denn ein Schauspiel, das entschieden den Reiz der Neuheit hat: Der Regierungsvertreter Dr. Preuß kritisiert die Regierungsvorlage in Grund und Boden. Schön findet er an ihr in seiner Autoreitelkeit nur das, was er daran entworfen hat. Was das Staatenhaus aber hineinkorrigiert habe, das, so wünscht er, möchte die Nationalversammlung wieder herausstreichen. Auf die eigenen Gesandten und die eigenen Briefmarken haben die größeren Gliedstaaten verzichtet, nicht aber auf ihre Rechte in Heer und Kirche und Schule, vor allem nicht auf die Souveränität in ihren eigenen Grenzen; kein Reichsgesetz dürfe gegen ihren Willen diese Grenzen verändern. Das große Zerlegemesser, das Dr. Preuß gegen Preußen schon gezückt hatte, ist ihm also vorerst aus der Hand geschlagen worden; er erbittet es aufs neue von der Nationalversammlung, die ja als einzige verfassunggebende Instanz sich um die Einwände des Staatenhauses nicht zu kümmern braucht. Aber auch so schon ist Preußens Stellung dahin. Nach dem Entwurf gehört zu Verfassungsänderungen im künftigen Reichsrat, jetzigen Staatenhaus, ehemaligen Bundesrat, eine Zweidrittelmehrheit, und da Preußen nicht mehr als ein Drittel der Stimmen erhalten darf, obwohl es vier Siebentel der deutschen Bevölkerung umfaßt, kann es also jederzeit überstimmt und majorisiert werden. Der Riese ist erlegt. Die Kleinen und die Zwerge balgen sich.

Reichswehr

Weimar, 25. Februar

Den regierenden Herren bricht der Angstschweiß aus, wenn sie lesen, daß Noske in den sogenannten bürgerlich-militaristischen Blättern gelobt wird. Das sei ja nur Wasser auf die Mühle der Herren Haase und Cohn. Um Gottes willen, nur tadeln, schnell tadeln, damit Noske nicht ganz um seine Reputation im Volke komme und ausgeschifft werden müsse! Wir haben keine Veranlassung, der roten Regierung diesen Gefallen zu tun, denn Noske hat nun einmal in dieser Zeit der feigen Vogelstraußpolitik wenigstens klar erkannt, daß unser neuer Staat ohne Männeranleihe bei der alten Monarchie keinen Tag länger bestehen könnte. Seine einzigen Triarier in den Freiwilligentruppen, das gibt er unter vier Augen sofort zu, sind die Offiziere, die Unteroffiziere, die Studenten, die Beamten. In öffentlicher Sitzung spricht heute sein Parteigenosse Schöpflin die Bitte aus, auch die sozialdemokratischen Arbeiter möchten doch eintreten. Aber man weiß sehr gut, daß sie es nicht tun — weil sie sich als Arbeitslose in Berlin viel besser stehen. Eine Aushebung auf Grund der immer noch bestehenden allgemeinen Wehrpflicht ist aber unmöglich. Die Autorität des Staates ist seit der Revolution so gründlich zerstört, daß niemand einer Einberufung Folge leistet, auch wenn die Regierung noch so sehr an den freien Gehorsam freier Männer appelliert

So bleibt denn tatsächlich zunächst nichts anderes übrig als der Notbehelf eines freiwilligen Söldnerheeres, aus dem die Ungeeigneten durch vierzehntägige Kündigung immer wieder ausgemerzt werden. Das weiß die Rechte genau so gut wie

die Linke, und daher stimmt sie der Vorlage auch zu, die in einer einzigen Vormittagssitzung in zwei Lesungen angenommen wird. Es geht ungemein schnell, da die Mehrheitsparteien sich auf ganz kurze Reden beschränken und nicht wie sonst ein halbes Dutzend Minister noch dazwischen redet. Die Lehre von gestern hat doch gut gewirkt. Zwar klagen Gröber und Siehr beweglich darüber, daß die Opposition dieses wichtige Gesetz, das nicht um eine Stunde verzögert werden dürfe, um einen ganzen Tag aufgehalten hätte, aber sie wissen wohl selber, wer hier an der Verschleppung die Schuld trägt. Schon vor zwei Wochen hätte die Reichswehr beschlossen werden können, aber die regierende Mehrheit hatte ja Wichtigeres zu tun, sie mußte endlose Parteireden halten. Das ist sogar der klugen Demokratin Dr. Gertrud Bäumer als so ungeschickt aufgefallen, daß sie neulich mit unschuldigem Augenaufschlag sagte, ob es hier wirklich immer nach dem Gebot aus Goethes Faust gehe: „Du mußt es dreimal sagen!"

Zwei Ostmärker, der Deutschnationale Baerecke aus Elbing und der Deutsche Volksparteiler Aßmann aus Bromberg, stellen, ohne daß sich lärmender Widerspruch erhebt, ausdrücklich fest, daß die heutigen erbärmlichen Zustände unter dem alten System unmöglich gewesen wären, ja daß man sogar in Weimar nur deshalb so ruhig tagen könne, weil die alten Berliner Schutzleute das Hohe Haus behüteten. Noske und der Demokrat Langheinrich können demgegenüber nur erklären, daß die Reichswehr insofern doch etwas Neues sein werde, als darin jedermann, der militärisches Talent zeige, zu den höchsten Stellen emporklimmen könne, daß keine Vorzüge der Geburt, des Vermögens, der Bildung mehr gelten sollten. Das klingt vortrefflich. Aber ohne Wissen kein Können. Der Bildung wird ein Offizierkorps nie entraten können. Es ist auch unter dem alten System mehrfach vorgekommen,

daß Talentierte emporstiegen, was heute Herr Cohn, wohl nur aus Unwissenheit, leugnet. Der mecklenburgische Kantorsohn und Hütejunge Reyher, der als Sechzehnjähriger noch vor dem Befreiungskriege in die Armee eintrat, brachte es bis zum Chef des preußischen Großen Generalstabes. Im Kriege war dieser spätere General v. Reyher, der Vorgänger Moltkes, wegen Tapferkeit vor dem Feinde zum Leutnant befördert worden. Nachher ging er daran, die großen Lücken seines kaum elementaren Wissens in jahrelanger Arbeit auszufüllen; dann konnte er seine Prüfungen bestehen und weiterbefördert werden.

Anders wird man es auch im neuen Heere nicht machen können. Wenn man sich darauf beruft, daß die jetzige Regierung doch auch aus Männern bestehe, die aus den untersten Volksschichten stammen, und mit dieser Auslese der Tüchtigen gehe es doch ganz gut, so täuscht man sich da in dreifacher Hinsicht. Erstens wird die Hauptarbeit nach wie vor von den Fachleuten des alten Systems geleistet, ohne die jeder Minister verraten und verkauft wäre. Zweitens sind die gefällten Entscheidungen, die von unseren Selfmademen ausgehen, wie beispielsweise von Erzberger in Trier, nicht immer gut, sondern manchmal ein hilfloses Gestammel. Drittens sind die heute Regierenden nicht als Gevatter Schneider und Handschuhmacher auf den Amtssessel gekommen, sondern fast durchweg erst nach jahrzehntelanger politischer Ausbildung im Zeitungsberuf. Wenn nun also im neuen demokratischen Heer ein Musketier nachträglich seine Fähnrichsprüfung macht und später die Kriegsakademie mit Erfolg besucht, so wird er der Armee natürlich willkommen sein. Aber das alles sind, zumal es sich noch nicht um das endgültige Heer handelt, doch nur Nebendinge. Mannszucht vor allem brauchen wir. Die ist durch die Revolution zerstört. Nun müssen die Revolutionäre selbst sie wiederherstellen — nach dem „alten" System.

Entmakelt

Weimar, 27. Februar

„Wenn eine Revolution gesiegt hat, muß man ihr gehorchen", sagt Kant. Es fragt sich nun, ob sie bei uns schon so weit ist. Die Unabhängigen bestreiten es, weil sie einen noch viel gründlicheren Umsturz erhoffen; und auf der bürgerlichen Rechten denkt manch einer, daß die Revolution in ihrem eigenen Unrat ersticken wird. Um so eiliger haben es die vorläufigen Sieger mit der Anerkennung. Sie wollen „ehrlich" gemacht werden, den Makel der Illegitimität loswerden. Daher soll die Nationalversammlung ein Übergangsgesetz beschließen, das alle Verordnungen für gesetzlich erklärt, die seit dem 9. November von den Volksbeauftragten erlassen worden sind, außerdem ohne weiteres alle früheren Rechte des Kaisers auf den Präsidenten, die des Bundesrats auf den Staatenausschuß oder das kollegiale Reichsministerium, die des Reichstags auf die Nationalversammlung überträgt, soweit nicht die Notverfassung anderes bestimmt hat.

Herrn Cohns fiebernde Phantasie sieht darin schon allerlei Schreckbilder — am Ende könne es nun Fritz Ebert plötzlich einfallen, durch „königliche" Order den Landsturm einzuberufen oder ähnliches mehr. Die beiden Parteien rechts haben ebenfalls begreifliche Beklemmungen, wenn sie an die Übertragung der Ermächtigung des Bundesrats denken, einschneidende wirtschaftliche Verordnungen zu erlassen. In der Hauptsache kommt es aber unseren Regierenden doch wohl nur darauf an, daß man sie entmakelt, der Verantwortung für den wüsten Haufen der Revolutionsverordnungen enthebt, kurz und gut, fünfe gerade sein läßt und einen dicken Strich unter die Regiererei seit dem 9. November

macht. Es gibt eine lange staatsrechtliche Debatte über diesen Gegenstand. Da die vorläufigen Sieger eine geradezu unanständige Eile haben, werden die Anträge der Rechten auf Ausschußberatung natürlich abgelehnt. Man wil es gleich schwarz auf weiß getrost nach Hause tragen. Die Mehrheit ist dafür und nimmt das Gesetz an. Nur will man nachträglich die Verordnungen in verschiedenen Ausschüssen sich noch ansehen. Das wird ein zweifelhafter ästhetischer Genuß sein, aber staatsrechtlich keinerlei Wirkung haben.

Da das Zentrum und die Demokratie zwar unter der Hand allerlei Schleichhandelsgeschäfte mit der Sozialdemokratie treiben, um anscheinend bereits vergriffene Dinge, wie Religionsunterricht und Privatwirtschaft, noch eine Weile zu erhalten, im übrigen aber parteitaktisch auf den Wink der Sozialdemokratie jederzeit einschwenken wie die Unteroffiziere, kann die Revolution der Seligsprechung durch diese beiden Mehrheitsvollender gewiß sein. Der heute angenommene Gesetzentwurf bedeutet nahezu schon die volle Indemnität. Bismarck erhielt nach dem preußischen Militärkonflikt die Indemnität von dem Abgeordnetenhause erst dann, als seine Gegner bei der Neuwahl am Tage von Königgrätz zusammengebrochen waren. Die Gewaltherrscher von heute haben es leichter. Sie werden auch von jedem Makel über die vergeudeten Milliarden freigesprochen werden, wenn die Rechnung auf den Tisch kommt. Notabene die Rechnung mit nur einem kleinen Teil der Belege. Das ganze Geld ist ihnen ja in blanco bereits bewilligt worden.

In der Vormittagssitzung, die der Beratung des Übergangsgesetzes vorausgegangen ist, hat man die Reichswehr in dritter Lesung angenommen. Dabei ist es zu einer lebhaften Auseinandersetzung der beiden feindlichen Brüder gekommen, der Unabhängigen und der Mehrheitssozialisten. Der Abgeordnete Braß erzählt Nic-Carter-Geschichten für

die reifere Jugend, eine Geschichte etwa mit dem Titel „Das Eden-Hotel der Lockspitzel oder der vergewaltigte Herr Schleifstein aus Rußland oder der Nachrichtenoffizier im Parlamentszuge“. Frau Zietz greift mit entrüsteten Quietschtönen ein, das Hohe Haus äfft sie nach und quietscht mit, kurz, es hat nicht ganz den Anschein, als habe, wie die Weimaraner ursprünglich hofften, ihr Landestheater durch die Nationalversammlung eine höhere Weihe erhalten. Die Rechtssozialisten werfen den Linkssozialisten vor, daß sie mit russischem Gelde in Deutschland Umsturz machten, und die Linkssozialisten weisen die Rechtssozialisten darauf hin, daß umgekehrt diese mit deutschem Gelde 1905 die Revolution in Rußland unterstützt hätten. Die regierende Sozialdemokratie ist entrüstet. Man habe nicht die Revolution, sondern nur die Opfer der Revolution unterstützt, die aus Rußland hätten fliehen müssen. Die regierenden Roten legen Wert darauf, auch in dieser Affäre makellos dazustehen, aber mit vollem Hohne erwiderte Herr Cohn, er müsse das doch wirklich wissen, denn er sei damals — der Kassenverwalter gewesen!

Wenn die feindlichen Brüder später noch mehr auskramen, wird sich schließlich ja wohl für beide ein genügend begründetes Sittenzeugnis ausstellen lassen.

●

Volksredner und Staatsmänner

Weimar, 28. Februar

Man würde unseren neuen Gewalthabern von Herzen gern alles gönnen. Auch das bißchen Wohlleben. Wenn man in Weimar dauernd Regierungsautos herumflitzen sieht, in denen die Sekretärinnen der Minister oder auch ihre Gattinnen

spazierenfahren, so wollen wir das anziehende und hinanziehende Ewig-Weibliche nicht stören, indem wir etwa von Benzin und Bereifung und Steuerlasten sprechen. Man würde wirklich unseren neuen Gewalthabern von Herzen gerne alles gönnen, — wenn nur endlich der beschworene „Geist von Weimar" sich auf die Mehrheitsbänke herabsenkte und wir Reden zu hören bekämen, die weniger platt und weniger parteispießerisch wären. Fischer-Berlin prägt den Satz, daß das neue Deutsche Reich mit dem alten nur den Namen gemein habe, sonst nichts, und auch dieser Name müsse verschwinden. Statt „Deutsches Reich" solle man „Deutsche Republik" in die Verfassung setzen. Das alte Preußen habe nie einen Kulturfortschritt ermöglicht, das bisherige Deutsche Reich habe in seiner ganzen Geschichte nur Gewalt und Unrecht, sagt dieser vom Rampenlicht erleuchtete Kopf. Was Weltgeschichte ist, weiß er anscheinend überhaupt nicht, wie man auch kaum von ihm verlangen kann, daß er das Naturgesetz von der Erhaltung der Kraft kennt, das in gleicher Weise für das geistige und politische Gebiet gilt: wir erleben Umwandlungen, nicht Neuschöpfungen.

Die Volksrede, die Fischer von sich gibt, wird von einem sicher sehr geistvollen Vortrag Spahns abgelöst. Er ist immer noch da, der alte Spahn, obwohl sein intimster Gegner, Erzberger, noch im Dezember es als öffentliches Geheimnis jedem erzählte: „Spahn und Gröber kommen nicht wieder!" Er ist noch da, aber leider mit seinen Stimmitteln nicht auf der Höhe. Nur hin und wieder hört man, während die von den Bänken abgewanderten Abgeordneten mit der Hand am Ohre ihn dicht umstehen, das eine oder andere Wort, nämlich die Worte „einerseits" und „andererseits" mit der ersterbenden Stimme des alten Grafen Moor aus dem Hungerturm.

Nach der bisherigen Ordnung des Hauses müßte nun den Reigen der Volksredner in der Vormittagssitzung als Ver-

treter der drittstärksten Fraktion ein Demokrat beschließen. Aber der möchte ein Schlachtopfer haben, während er selber noch bis zum Nachmittag das Messer wetzt. So läßt man denn einem Deutschnationalen den Vortritt, um ihn nachher abzutun. „Es wäre doch besser gewesen, ich hätte zuerst gesprochen!“ ruft aber schon nach wenigen Minuten der demokratische Abgeordnete Koch bedrückt seinen Parteifreunden auf den Nachbarsitzen zu; denn was der frühere Staatsminister Dr. v. Delbrück da oben auf der Rednertribüne in wundervollem, glasklarem Aufbau vorbringt, das ist geradezu unangreifbar. Die erste wirklich große staatsmännische Rede, die wir in diesem Hause gehört haben. Sie ist nichts weniger als konservativ, aber ebensowenig demokratisch; der da oben redet, gehört zu der „Gerusia“ Deutschlands, zu dem Rate der Alten, unter denen alles Parteitreiben längst in wesenlose Tiefe versunken ist. Er hat nicht nur als Oberbürgermeister, als Minister, als stellvertretender Kanzler deutsche Geschichte ein Menschenalter lang mitgeschaffen, sondern hat auch in der letzten Zeit vor dem Umsturze als Kabinettschef des Kaisers es miterlebt, wie eine von Deutschen der Heimat gelegte Mine die deutsche Monarchie in die Luft sprengte. Warum? Ach, dieses qualvolle „Warum“, mit dem wir immer an den Pforten des Verhängnisses rütteln wollen. „Die Demokratisierung Deutschlands“, so sagt Delbrück, „war in der besten Entwicklung.“ Niemand habe die Notwendigkeit klarer erkannt als der Kaiser. „Na, na!“ ruft eine Stimme von links; und „Na, na!“ echot ermutigt die Nachbarschaft. „Jawohl, meine Herren,“ erwidert Delbrück, „das muß ich wahrhaftig doch wissen! Der Kaiser wollte dem Volke ähnliche Enttäuschungen wie 1815 und 1848 ersparen; er war fest dazu entschlossen!“

Von nun an verstummt jeder Zwischenruf. Man sieht aus Delbrücks staatsrechtlich-geschichtlichen Ausführungen den

deutschen Reichsbau der Vergangenheit emporwachsen, wie Bismarck ihn gestützt und gesteift hat: die Fürsten waren an der Reichseinheit durch den Bundesrat interessiert, die Völker durch den Reichstag mit seinem freien Wort; und zu dieser doppelten Kuppelung kam der starke Schutz durch jenes Preußen, das von der äußersten Südwestgrenze bis zum äußersten Nordostzipfel Deutschlands reichte und jeden Angriff auf das Reich als einen Angriff auf sich selbst abwehren mußte. Preußen ging im Reiche auf; der Reichskanzler war sein Ministerpräsident, der Kaiser sein König. Jeder preußische Partikularismus war dadurch von vornherein ausgeschaltet. Dieses ganze komplizierte System von Sicherungen und Versteifungen ist nun bis auf die letzte weggeschlagen. Der erste Preußsche Entwurf unserer neuen republikanischen Verfassung habe das alte Preußen zerbrochen, dafür dem Reiche alle Macht geben wollen, nach dem jetzigen Entwurf aber bleibe Preußen eine Ohnmacht, und auch das Reich erfahre keine Verstärkung. Die Mängel der alten Reichsverfassung seien vermehrt auferstanden, die wertvollen Vorzüge verschwunden, und wir bekämen ein Reich ohne Kraft, in dem die Mittelstaaten die landsmannschaftliche Eigenart ihrer Sonderheere und die Stammeseigentümlichkeit der Zwetschgenbrennerei und allerlei sonst noch verbrieft erhalten. Nicht ein Entwurf zur Verfassung, sondern zur Auflösung des Deutschen Reiches liege hier vor. Die Deutschnationale Volkspartei wolle in dem Verfassungsausschuß daran mitarbeiten, daß etwas Hoffnungsvolleres erstehe.

Nachdem ihm das Konzept arg verschoben ist, muß nun am Nachmittag der demokratische Abgeordnete Koch durch parteipolitisches Poltern für die Galerie die Situation zu retten versuchen, muß nachher auch der Abgeordnete Cohn, der beiläufig für die nationalen Rechte der jüdischen Minderheit in Deutschland eintritt, überreichlich die Ausfälle gegen das Bürgertum häufen. Aber zwischen beiden steht der Deutsche

Volksparteiler Dr. Heinze, der frühere sächsische Justizminister und Kronjurist, mit der zweiten großen staatsmännischen Rede dieses Tages. Delbrück hat ihm viel Wind aus den Segeln genommen. So befindet er sich denn nicht in besonders günstiger Lage, weiß aber trotzdem das Haus ebenso wie der Nachbar von der Rechten in den Bann seiner Ausführungen zu zwingen. Er und Delbrück sind die beiden einzigen, die den vaterländischen Takt besitzen, in dieser Stunde der Not auf jede Parteipolemik zu verzichten und nur Positives zu bieten. Das ist die Erhaltung Preußens als Großmacht, wovon politisch und kulturell der Bestand des Reiches abhängt; nicht umsonst suchte und fand Bismarck die dem Reiche nötige Kraft in dem preußischen Königtum. Das sei jetzt dahin. Dafür müsse die Reichsgewalt gestärkt werden; auch in der Republik wünschten wir keinen Präsidenten, der jederzeit absetzbar, jederzeit strafrechtlich verantwortlich sei. Unser Parlamentarismus aber bedürfe in den Einzelstaaten — Delbrück hatte dasselbe für das Reich vorgeschlagen — der Ergänzung durch ein Oberhaus mit berufsständischem Wahlrecht.

Es ist heute eine der ruhigsten Sitzungen, die wir in Weimar erlebt haben, weil alles lauscht, weil alles, was noch deutsch empfindet, mit heißen Wangen und heißen Herzen dasitzt. Es dämmert auch in der Mehrheit dem und jenem eine Ahnung davon auf, daß wir nicht durch Reden und Majoritätsbeschlüsse über die Verfassung das Reich so wieder aufbauen können, wie Bismarck es durch Blut und Eisen schuf. Die Verfassung ist ein Paragraphenkleid, ein Druckheft mit toten Buchstaben. „Wenn Gott einem Volke hat helfen wollen", sagt Dr. Martin Luther, „so hat er es nicht durch Bücher getan, sondern er hat ihm Männer geschickt!" Nach diesen Männern, nicht nach der Verfassung schreit unser gepeinigtes Volk. Die es gestürzt hat, die kommen nicht wieder. Wenn Gott uns helfen will, erstehen uns aber neue.

Wir treiben!

Weimar, 1. März

Cyrano de Bergerac wirft den Darstellern zum Lohn seinen vollen Geldbeutel auf die Bühne. Erschrocken fragen die Freunde, was er da mache, es sei ja sein ganzer Monatswechsel darin. Cyrano aber hebt langsam seine Riesennase gen Himmel, schließt die Augen und sagt verzückt: „Mais quel geste!“

Mit derselben Grandezza des Gascogners treten wir, die ehedem so schüchternen Deutschen, jetzt auf. Die große Geste ist die Hauptsache. Dann sind wir zufrieden, auch wenn wir bettelarm geworden sind und der Hunger in die kalten Schornsteine hereingrinst.

Es ist Geste, wenn die drei Dutzend weiblichen Abgeordneten der Nationalversammlung sich zusammentun und heute durch den Mund der Frau Neuhaus vom Zentrum, die mit ihren 65 Jahren vermutlich als Würdigste dazu ausgesucht worden ist, eine Entschließung an die Adresse aller Völker gegen die Hungerblockade und gegen die Gefangenensklaverei erlassen.

Es ist Geste, wenn der neue Kolonialminister Dr. Bell in einer Rede, die an sich recht brav ist, aber doch nur als Winsele von den Feinden aufgefaßt werden wird, unsere moralischen Rechte auf überseeische Besitzungen verficht.

Es ist Geste, wenn eine Tagesordnung von elf Gegenständen, wie wir sie heute vor uns haben, wieder fast durchweg zu einem parteipolitischen Stechen benutzt wird: selbst dem bisherigen Ernährungsminister Wurm und dem jetzigen Landwirtschaftsminister Braun ist nur wohl, wenn sie mit großartiger Armbewegung das „Agrariertum“ in den Sand gestreckt zu haben glauben.

Aber die guten Freunde haben für die Geste diesmal weniger übrig als sonst. Man ist nervös. Was aus Weimar hinausdringt, erscheint beinahe nicht mehr als so wichtig wie das, was nach Weimar hereinschallt. In dieser Nervosität läßt man sogar ganz versehentlich einmal den gesunden Menschenverstand, nämlich einen Antrag der Opposition, siegen. Einige besonders krasse Notverordnungen unserer Regierung sollen sofort im Ausschuß auf ihre Haltbarkeit geprüft werden, darunter die eine, die jeden Bauern- und Landarbeiterrat (oft sind das ganz ar- und halmlose Dorfschreier) ermächtigen, einem Grundbesitzer das Recht auf die Bestellung seiner Felder zu entziehen, wenn er nach Ansicht dieses Rates seine Pflicht nicht in landwirtschaftlich richtiger Weise tut. Das Zentrum, die Demokraten, ja sogar einige Sozialisten erheben sich bei der Abstimmung mit Recht für die Korrektur dieses Unsinns. Sonst aber wird das Übergangsgesetz in dritter Lesung unverändert angenommen. Sämtliche Verordnungen der Regierung Ebert-Scheidemann-Landsberg seit dem 9. November behalten also Rechtskraft, soweit sie nicht innerhalb drei Monaten von der Nationalversammlung außer Kraft gesetzt werden. Die Verordnungen füllen aber gedruckt ganze Schränke. Es wäre vollkommen unmöglich, sie in einem Vierteljahr allesamt auch nur kurz durchzuberaten. Tut nichts. Wenn nur die Regierung ihren Zylinder spiegelblank bekommt!

Wie Banquos Geist beim Festmahl erscheint in dieser Gesellschaft die hohe, gebückte Gestalt des bayerischen Bauernbündlers Dr. Heim am Rednerpult. Erschauern geht durch die Reihen, als er verkündet, ihm krampfe sich bei der ganzen parlamentarischen Wichtigtuerei in Weimar das Herz zusammen. Nach wenigen Monaten würden wir kein Brot mehr in Deutschland haben. Der Schauer verstärkt sich, als die neuesten Nachrichten vom inneren deutschen Kriegsschauplatz

von Mund zu Mund gehen. Ein Mann, ein Königreich für einen Mann! Aber was die Minister als ihrer Weisheit letzten Schluß verkünden, ist nichts Männliches mehr. Sie treiben steuerlos vor dem Sturme der Unabhängigen und Spartakisten her. Nun wird der Hauptmast schon gekappt. Die ganze deutsche Arbeit wird, wie die äußerste Linke schon seit Wochen verlangt hat, der Leitung durch die Unternehmer entzogen; an ihre Stelle treten Arbeiterbetriebsräte, die bald auch die politische Leitung Deutschlands verlangen werden. Zentrum und Demokratie machen besinnungslos mit. Auch unser Handel soll demnächst sozialisiert werden. Ein beweglicher Aufruf, der diese Dinge verkündigt, geht sofort der Öffentlichkeit zu.

So ist überhaupt kein Halten mehr. Helfen könnte uns nur der sofortige Arbeitszwang für alle Feiernden — wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen — und äußerste bewaffnete Härte gegen alle bewaffneten Terroristen, sonst treiben wir Zuständen entgegen wie im Dreißigjährigen Kriege, wo raubend und mordend Landsknechte umherzogen und in den Wäldern ihrerseits verwilderte Bauern wie Wolfsrudel nach den Landsknechten streiften. Man wird sich dann fragen, was besser sei: ein Brot, um Weib und Kind zu sättigen, oder ein Beil, um sie zu erschlagen.

Verfassung und Auflösung

Weimar, 3. März

Nachgerade haben die Verfassungsmacher in Weimar wohl alle das Gefühl, daß irgendwo ein Strick baumelt, der sich nach ihrem Halse sehnt. Die Henker der Nationalversammlung

sitzen ja mitten in ihr. Das sind die Cohn und Genossen auf den Bänken der Unabhängigen. Sie sind die einzigen, die sich heute nicht von den Plätzen erheben, als das gesamte Haus unsere heimgekehrten ostafrikanischen Kämpfer ehrt, denn sie haben Wichtigeres zu tun; diese paar Mann, die man in Weimar noch sieht, während die Mehrzahl der Unabhängigen draußen im Lande schürt, sitzen hier sozusagen als Verbindungsoffiziere der kommenden neuen Revolution. Die Verfassungsmacher aber werden noch in dem Augenblick, in welchem die Schlinge zugezogen wird, mit dem letzten Atemstoß krähen, wie herrlich weit wir es gebracht haben.

Kein Mensch kann über die nächsten vierundzwanzig Stunden hinwegsehen. Um halb vier Uhr nachmittags beschließt der Ältestenrat der Versammlung, daß das Haus sich von morgen ab für die Ausschußberatungen der Verfassung freimachen und erst in der nächsten Woche wieder zu Vollsitzungen zusammentreten solle. Inzwischen kommen neue Nachrichten über die Auflösung im Reiche und über den Generalstreik in Berlin. Da beschließt denn um halb sieben Uhr nachmittags der Ältestenrat, die Versammlung solle nicht vertagt werden, sondern weiter sitzen und sofort die Gesetzentwürfe über die Sozialisierung vornehmen. Die Ältesten der Fraktionen, darunter natürlich auch Cohn für die Unabhängigen, stehen im eifrigen Geflüster um den Präsidenten herum, während unten am Rednerpult irgend jemand über irgend etwas aus dem Verfassungsentwurf spricht. Niemand hört auf ihn. Jedermann starrt wie gebannt auf die Gruppe oben am Präsidium. Wer aus der Geschichte weiß, daß in dem Triebleben des Parlamentarismus nur die Angst vor der Unpopularität, in kritischen Lagen die Angst schlechthin, das Herrschende ist, der kann sich die Entscheidung des Ältestenrates im voraus denken. Den Wölfen, die uns umspringen, wird ein Stück nach dem anderen aus

dem daherjagenden Reichswagen zugeworfen. Das ist aber keine Rettung, das steigert nur die Gier. Wer Wölfe nicht niederschießt, der ist verloren.

Inzwischen wird aber unentwegt über die Verfassung debattiert. Reichsminister Dr. Preuß verficht noch einmal den Einheitsgedanken, für den er — das verdient festgestellt zu werden — unter den Preußen aller Fraktionen von links bis rechts eine Mehrheit hat. Es ist nicht wahr, was über preußischen Partikularismus und preußische Engigkeit immer wieder von den Parteipolitikern der Linken vorgebracht wird, wenn sie der Rechten eins versetzen möchten. Der Staat Friedrichs des Großen hat nicht nur weitherzig immer alle um des Glaubens oder der Lehre willen Verfolgten aufgenommen, hat nicht nur Refugiés, Salzburgern, Emigranten und allen freien Köpfen von Leibniz bis Fichte ein Heim bereitet, sondern ist auch schließlich ganz im Deutschen Reiche aufgegangen. Wo sah man in Berlin noch preußische Fahnen? Überall an Festtagen das Schwarzweißrot, während in München in der Masse der blauweißen Fahnen kaum je die Reichsfarben zu entdecken waren. Auch jetzt sind die meisten Preußen für den Einheitsgedanken. Aus den übrigen Bundesstaaten aber, so heute aus Bayern durch den Mund des Abgeordneten der Christlichen Volkspartei Beierle, kommen die schärfsten Absagen. Selbst in der Sozialdemokratie, in deren Reihen, dem Wählerwillen gehorchend, viele Mitglieder bundesstaatlich gerichtet sind, könnte nur durch Fraktionszwang eine einheitliche Abstimmung für den Einheitsstaat erreicht werden.

Verhältnismäßig am einmütigsten scheinen die Demokraten zu sein. Wenn heute noch die Pressevertreter der Entente wie in den ersten Februartagen auf der Tribüne in Weimar säßen, so hätten sie an der Rede des demokratischen Professors Dr. Schücking ihre helle Freude. „Fort von Bis-

märck, zurück zu Schiller!" Das muß wie Musik den englischen Ohren klingen. Sie gönnen uns Weimar und sogar Bayreuth, sie gönnen es uns auch, daß wir als Kellner sie auf unseren Rheindampfern bedienen, wenn nur unsere Flagge von allen Meeren verschwindet, unsere Industrie von der ihrigen abgelöst wird und kein Deutscher ihnen mehr die Verdauung beim Länderverschlucken stört. An diese Dinge denkt der Herr Professor wohl nicht, dem man im übrigen, trotz der unglaublichen politischen Naivität seiner Darlegungen, gerne zuhört, weil es die Rede eines gebildeten Mannes ist, gespickt mit schönen Zitaten und historischen Erinnerungen, eine wundervolle Damenrede für den Frauenbildungsverein von Krähwinkel und Umgegend. Als die Berliner Universität, so sagt er, ihre Jahrhundertfeier beging, da hätte sie nicht dem Kaiser, sondern lieber der Bertha Suttner die Doktorwürde verleihen sollen. Das ist echtester Schücking. Er hat jahrzehntelang für Pazifismus und Völkerverbrüderung gewirkt. Jetzt tanzt er vor seiner Bundeslade her. Es ist ganz alttestamentarisch feierlich, und das Tribünenpublikum ist tief ergriffen.

Es gibt eine Heuschrecke, die nennen die Naturforscher die Gottesanbeterin. Dieser weibliche Blaubart im Tierreich zeichnet sich dadurch aus, daß er während der Hochzeit seine Freier mordet. Die Heuschrecke dreht sich um und beißt dem Männchen, das in seiner Verzückung nichts Schlimmes ahnt, den Kopf ab. So freien in Weimar unsere Verfassungsmacher die Einheit und die Freiheit und merken es nicht, wie lose ihnen, bildlich gesprochen, der Kopf schon sitzt. Jede Revolution frißt ihre ersten Legitimen.

Sozialismus Asiaticus

Weimar, 4. März

Die Spartakisten, die Unabhängigen, die Bolschewisten sind nicht urplötzlich wie eine der ägyptischen Plagen vom Himmel gefallen. Sie sind auch nicht aus der Hölle emporgestiegen. Sie sind ein natürliches Erzeugnis der sozialdemokratischen Agitation, die nur durch die frühere Staatsgewalt daran verhindert wurde, ihre Lehren in die Tat umzusetzen. Die Cohn und Genossen benehmen sich im Parlament und in der Volksversammlung heute genau so wie einst die Scheidemann und Genossen, deren wüstes Auftreten wir jetzt nur schon zu vergessen beginnen. Da aber heute der Staat machtlos geworden ist, haben wir nicht nur wie ehedem eine Anzahl revolutionärer Spießbürger in der Reichsredehalle, sondern auf der Straße und in den Betrieben die toll gewordenen Massen, die in wenigen Wochen sich selbst und uns alle zu Bettlern machen können.

Mit einer fast unheimlichen Ruhe, in einem so gleichmäßigen Tonfall, als verlese er etwas längst Feststehendes und kaum mehr Interessierendes, sagt der Unabhängige Henke-Bremen, die neue Verfassung werde nicht so alt werden wie die bisherige, — wenn sie überhaupt zustande komme. Nie seien wir der Eroberung der politischen und wirtschaftlichen Macht durch die Arbeiterklasse, dem Ziel, auf das die Sozialdemokratie jahrzehntelang hingearbeitet habe, so nahe gewesen als jetzt. Das Rätesystem bedeute natürlich das Ende des Parlamentarismus. „Aber da wird Ihnen nichts helfen." Daß der Verfassungsentwurf nur die Versammlungen Unbewaffneter schützen wolle, sei lächerlich; man werde sich schon noch daran gewöhnen müssen, daß die Massen in Zukunft sich stets bewaffnet versammelten, auch wenn es der jeweiligen

Regierung nicht passe. Auf die Demokratisierung pfeife die Masse, damit sei ihr nicht gedient.

Der fette, kleine Henke spricht ganz leidenschaftslos und kalt, ohne jede Extase, etwa so wie früher die russischen Studenten und Studentinnen, die Mandelstamm und Silberfarb, sich beim summenden Samowar nüchtern über die Fabrikation von Bomben zu unterhalten pflegten. Erhitzt sind nie die Führer, sondern nur die Geführten. Es ist aber eine ganz besondere Ironie der Weltgeschichte, daß mit dem kalten Wasserstrahl nicht nur, sondern auch mit Pulver und Blei gegen den ganzen Wahnsinn jetzt dieselbe Sozialdemokratie auftreten muß, die ihn seit über fünfzig Jahren selber großgezogen hat. Der rote Reichsminister Dr. David, der am Schlusse der heutigen Debatte zu Worte kommt, nennt ihn den Sozialismus Asiaticus. Damit ist er aber nicht totzukriegen, der ungebärdige Sprößling unserer alten Sozialdemokratie, daß sie ihn jetzt verleugnet und zu einem rassefremden Bastard stempeln möchte.

In diesem trostlosen Aneinandervorbeireden des unabhängigen Fanatikers und des gesättigten Sozialisten eingebettet, liegt eine erquickende nationale Rede des Führers der Deutschen Volkspartei Dr. Stresemann, der mit Treitschkeschem Feuer das hohe Lied von Preußens deutschem Berufe singt. Stresemann ist einer der wenigen in der Nationalversammlung, die ganz frei sprechen und darum viel unmittelbarer wirken als die Gilde derer vom Merkzettel. Der Unitarismus, meint er, sei bei uns nicht durchführbar, daher müsse uns ein starkes Preußen erhalten bleiben, an das wir uns erneut in tiefster Not klammern könnten, um uns allmählich wieder emporzuarbeiten. „Arbeiten und nicht verzweifeln!“ Mit diesem Zitat schließt der Redner. Wenn nur die Arbeit der Nationalversammlung sich nicht als genau so nutzlos erweist wie schon so manche sogenannte Notstandsarbeit.

Polen hat gesiegt

Weimar, 5. März

Mir ist es, als sei es erst gestern gewesen. Wir landen nach heißem Fluge quer über Kleinasien, nachdem wir zuletzt den wundervollen Blick auf das Marmarameer mit den Prinzeninseln tief unter uns genossen, auf der europäischen Seite: der in Konstantinopel geborene türkische Leutnant polnischer Herkunft und ich. Der schlanke, blonde junge Mann, militärisch stets überhöflich, der dauernd die Hacken zusammenschlägt und sich ruckweise verbeugt, wird plötzlich noch schlanker, nachdem wir uns aus dem Fliegerzeug herausgewickelt haben, reckt sich mit glimmenden Augen hochauf und stößt ganz unvermittelt hervor:

„Pollen hat dän Weltkrieg gewonnen, Herr Majorr!"

So oder ähnlich mögen die Söhne der Verbannten von 1863, wie auch dieser Leutnant es ist, gegen Ende des Krieges überall gesprochen haben, in allen Ländern Europas, drüben in Amerika, am Kap der guten Hoffnung und bei den Diggern Australiens. Seit 1795 haben sie auf den heutigen Tag gewartet, über zwei furchtbar blutige und erfolglose Erhebungen hinweg, eine zerschlagene und doch ungebeugte Nation.

Sie haben „den Weltkrieg gewonnen", weil sie den nationalen Egoismus zur Weißglut brachten; wir haben ihn verloren, weil wir in lauem Altruismus der Menschheit an den Busen sanken. Damit haben wir aber nicht einmal der Menschheit gedient, obwohl wir uns selber aufgeopfert haben. Wir haben die Barbarei über altes Kulturland heraufbeschworen, das schon im Mittelalter eine Pflanzstätte deutscher Gesittung gewesen und seit Friedrich dem Großen zur Blüte durch unsere Arbeit gekommen ist. Heute hallen im Netze-

bruch polnische Schüsse wider, heute stehen Thorn und Bromberg in Gefahr, heute werden Hunderte von Deutschen aus der Provinz Posen verschleppt, flüchten Tausende von dort ihr nacktes Leben, weil sie — als Deutsche — zu polnischer Heeresfolge wider das eigene Vaterland gezwungen werden sollen; die Habe der Flüchtlinge aber wird geraubt, die deutschen Ansiedlergüter liegen wüst, ihr lebendes und totes Inventar wird an die Polen verteilt. In dem Erzbergerschen Waffenstillstandsvertrag haben wir uns zur Beachtung der „Demarkationslinie" mitten in deutschem Lande und zur Einstellung jeden Angriffs verpflichten müssen. Die Polen nicht; sie haben völlig freie Hand.

Es sind erschütternde Bilder, die anläßlich der deutschnationalen Interpellation über die Zustände in der Provinz Posen von den Abgeordneten der Rechten Fräulein Dr. Schirmacher, Schulz-Bromberg und dem Ansiedler Ohler, einem gebürtigen Rheinländer, der in der Uniform des Posener Grenzschutzes sein Mandat ausübt, entrollt werden; Ohlers von unzähligen Sorgenfalten durchzogenes hartes Bauerngesicht versteht man, wenn man hört, daß ihm der älteste Sohn von den Polen erschlagen, der ganze Besitz genommen wurde. Der deutsche Volksparteiler Beuermann, der auch als Kulturträger aus dem Westen in den Osten gezogen ist, ergänzt die Ausführungen und schildert im einzelnen die Sünden unserer schlaffen Regierung, die zum Verluste Posens geführt haben. Die Demokraten Dr. Herrmann — dieser scheint nur versehentlich in seine Partei geraten zu sein, ist nach seinen Reden durch und durch deutschnational — und Bärwald und Ecke bringen ebenfalls erdrückendes Material.

Der Kern dessen, was Erzberger zu erwidern hat, findet sich in zwei armseligen Sätzen:

„Die Durchführung des von den Alliierten garantierten Schutzes der Deutschen ist Gegenstand der besonderen

Beachtung der Waffenstillstandskommission und gegenüber General Dupont bereits zur Sprache gebracht worden. Leben und Eigentum der Deutschen zu schützen, ist nicht nur erste Pflicht der Regierung und ihrer Vertreter, sondern auch Pflicht der alliierten Regierungen, welche gegen alle polnischen Übergriffe einschreiten werden."

Woher weißt du, Panje Erzberger? Sind die Deutschen am Ende nur genau so gesichert wie ihre an die Entente ausgelieferten Schiffe? Auf was gründet sich dein einfältiger Glaube?

Es ist fast übermenschlich schwer, an solche Einfalt zu glauben. Wie dumm müßten dann erst die Leute sein, die diesen Mann als überragenden Politiker schätzen und mit der Führung der deutschen Geschäfte beauftragt haben! Hand in Hand mit der völligen Unkenntnis der Psyche der fremden Staatsmänner geht bei Erzberger die Überhebung über alles national Deutsche, ja man möchte fast sagen, der Haß gegen das Aufrechte. Gegenüber der Abgeordneten Schirmacher, die in leidenschaftlichem Schmerze von der deutschen Schmach gesprochen hat, erwidert er, der Waffenstillstand sei keine Schmach, sondern eine Notwendigkeit gewesen. Aber das Ausreißen des deutschen Militärs aus Warschau, das wenig tapfere Verhalten des Militärgouverneurs Beseler, das habe den Respekt vor dem deutschen Namen sinken lassen. Er vergißt nicht nur, sondern bestreitet auf Zuruf von rechts sogar, daß die Soldaten erst nach der Revolution ausrissen, obwohl jeder Zeitungsleser das Datum feststellen kann; und er beschimpft den General Beseler, den Eroberer Antwerpens und der russischen Festungen, in ganz unverantwortlicher Weise, denn auch das müßte er wissen, daß Beseler bis zu seiner Abberufung durch die Badenax-Regierung tapfer und treu auf seinem Posten geblieben ist. Zum Schluß ergeht er sich in der alten Zentrumsweis' von den durch Preußen

unterdrückten Polen, von der Schuld des alten Systems. Allmählich kommt uns dieses Thema in Weimar wirklich nicht mehr ganz neu vor.

Das Ergebnis der förmlichen Anfrage ist, daß die Regierung nichts für das Deutschtum im Osten tun kann, sich auch nicht einmal von ihrem Unterstaatssekretär, dem radikalen Montagsjournalisten v. Gerlach, trennen will, der die Posener ans Messer geliefert hat.

Die Polen, die niemals auch nur im eigenen Hause Ordnung halten konnten, geschweige denn im Staate, werden also die Kulturarbeit von Jahrhunderten ruinieren, die Kulturträger ausplündern, verschleppen, ihres Volkstums berauben. Bis die Weltgeschichte, die immer das Weltgericht ist, einst zur vierten Teilung Polens, der letzten, schreitet.

Noch ist es nicht so weit. Noch ist Polen nicht verloren. Aber Deutschland.

Hugenberg zur Sozialisierung

Weimar, 8. März

Am 28. Dezember 1918 hat der sozialdemokratische Staatssekretär Dr. August Müller — aus der gestrigen inhaltreichen Rede des Abgeordneten Kempkes von der Deutschen Volkspartei entnehmen wir das Zitat — vor einer Versammlung von Pressevertretern erklärt, den gesamten deutschen Kohlenbergbau sozialisieren zu wollen, sei ein Verbrechen, der in diesem Sinne gefaßte Beschluß der Reichskonferenz der Arbeiterräte ein Blödsinn.

Am 8. März 1919 und den Tagen davor und dahinter wird dieses Verbrechen, wird dieser Blödsinn auf Betreiben der Sozialdemokratie zum Gesetz erhoben.

Mit süßsauerm Gesicht hat der demokratische Staatssekretär a. D. Dernburg, der bei allem dabei sein muß, bis irgendwo ein Pöstchen für ihn abfällt, sich grundsätzlich für dieses Verbrechen, für diesen Blödsinn erklärt. Das Zentrum steuert durch den Abgeordneten Imbusch die nötige sittliche Begründung dazu bei, ohne die es für keinen gesetzgeberischen Schritt zu haben ist, mit der es aber seelenruhig in jeden Morast geht. Schwierig ist die Lage der Deutschnationalen, weil sie vor der Wahl bei dem allgemeinen Wettrennen um populäre Forderungen die Sozialisierung der dafür „reifen" Betriebe auch in ihr Programm aufgenommen haben. Ließe man heute Mumm oder einen anderen Freund des Staatssozialismus reden, so käme auch hier wohl eine Imbuschrede heraus.

Aber Hugenberg spricht, unter dessen Zepter jahrelang das Königreich Krupp mitsamt seinen über hunderttausend Untertanen wuchs und gedieh. Sowie er aufgerufen wird, weiß man, wie der interne Kampf in der Fraktion ausgegangen ist. Die Theorien des Sozialismus sind dem gesunden Menschenverstande unterlegen, mit dem Hugenberg nachweist, daß wir durch die Sozialisierung der Kohlenwirtschaft — „im Zeichen der Brotkarte, der Kriegsgesellschaft, der behördlichen Zuteilung" — nicht zu einer Steigerung, sondern zu einer Verringerung der Produktion kämen. Die, wie der Reichsminister Wissell selbst zugegeben habe, schwerfällige und täppische Hand des Staates trete an die Stelle der unternehmenden Persönlichkeit des Zechenbesitzers. Das sei die Verwirklichung des Kommunismus in Deutschland, das seien neue, zwar nicht „gottgewollte", aber von Sozialdemokraten, Zentrum und deutschen Demokraten gewollte Abhängigkeiten, ein wunderbares Mittel, um den deutschen Privatbesitz — in die Hand des Feindes, in die Hand der Entente überzuführen. Dieses Gelegenheitsgesetz schlimmster Art

werde die Hoffnungen der Arbeiter nicht erfüllen, werde die Industrie nur zum Tummelplatz rücksichtsloser Zersetzung machen, bis allmählich alles ruiniert sei und die Enttäuschten dann nur noch die heutigen Bauern und Bürger totschlagen könnten. Die würden wieder aufwachsen und leben, die werde es immer geben, sei aber die Industrie einmal vernichtet, so sei es auch mit der deutschen städtischen Arbeiterschaft zu Ende.

Vielleicht möchten die Scheidemann und Genossen, die mit höchster Spannung zuhören, dem Redner am liebsten um den Hals fallen. Sie dürfen aber nicht. Jedes Verbrechen und jeder Blödsinn werden heute Gesetz, wenn die Straße es verlangt.

Eröffnung des Preußenhauses

Berlin, 13. März

Friede, Freiheit, Brot hat die Revolution uns versprochen; daher knallt es in Berlin immer noch, und das Leichenschauhaus muß „wegen Überfüllung" weitere Aufnahmen ablehnen. Keine 1800 Meter vom preußischen Abgeordnetenhause entfernt, an der Schloßbrücke, zieht sich der erste Drahtverhau über die Straße. Man ist also noch nicht in der Etappe, sondern im Operationsgebiet, wenn man in die Prinz-Albrecht-Straße geht, und braucht sich nicht zu wundern, wenn man vom Eingang zur Straße an bis zur Pressetribüne viermal Militärposten, Türstehern, Kriminalbeamten seinen Ausweis vorzeigen und einmal sich nach etwaigen Waffen abtasten lassen muß. Ein Unabhängiger (nicht Abgeordneter oder Pressevertreter), der seinen Parteichef im Abgeordnetenhause

sprechen möchte, tobt, weil man ihn nicht durchläßt: wo bleibe da die verfassungsmäßige Öffentlichkeit der Verhandlungen? Ja, es ist eine böse Welt heutzutage. Nicht einmal mit Handgranaten an der preußischen Verfassung mitarbeiten soll man mehr, — „das Volk“ wird immer mehr entrechtet.

In dem Hohen Hause selbst an die vierhundert neue Gesichter und dazu nur ein paar Dutzend alte. Es ist wirklich gründlich Kehraus gehalten worden. „Das alte Preußen ist dahin!“ kann, in diesem Hause nicht ohne Berechtigung, der vorläufige Ministerpräsident Hirsch erklären, der die einleitende Rede verliest. Dieselbe Rede, wie wir sie sechs-, acht-, zehnmal in Weimar auch gehört haben. Es sitzen ja auch mindestens sechs, acht, zehn völlig gleiche Typen auf den Ministerbänken hier wie dort: Leute, die wie auch Hirsch vorher sozialdemokratische Parteijournalisten mäßigsten Kalibers gewesen sind. Sie haben entweder stenographiert und hektographiert oder für irgendeine „Volksstimme“ in Krähwinkel handfeste Leitartikel mit viel „Tendenz“ und wenig Kultur geschrieben. Hirsch sagt, bisher seien die Wege zu den höchsten Stellen nur einer kleinen Zahl Bevorzugter offen gewesen, im neuen Preußen aber werde jedes Talent zur vollen Auswirkung gelangen. Was heißt das in Wirklichkeit? Daß einem heute der „Vorzug“, den bisher Arbeit und Studium, Examina und Dienstalter ausmachten, am Ende der Laufbahn höchstens zu der Stelle eines vortragenden Rates mit 8—12000 Mark Jahresgehalt verhilft, während höher hinauf bis zu den Ministerposten mit 64 000 Mark nur das „Talent“ gelangt, das sich in der Stille der Volksversammlungen gebildet hat und in der Einsiedelei der öffentlichen Meinung groß geworden ist. Die Partei ist die Gnadenspenderin, nicht mehr der über den Parteien stehende König. Die treue alte Maschine läuft nun noch; und da wirft Hirsch sich in die Brust: die Sozial-

demokratie sei es, die den vollständigen Zusammenbruch der staatlichen Ordnung verhindert habe!

Ach nein, sie ist nur die Nutznießerin des Umschwunges; arbeiten läßt sie nach wie vor die anderen und beschimpft sie überdies. Sie selber behält sich die repräsentativen hochbezahlten Stellungen vor. Ein argentinisches Sprichwort lautet: El vivo vive del sonzo y el sonzo de suo trabajo. Auf deutsch: Der Kluge lebt von dem Dummen, und der Dumme von seiner Arbeit. Auf die pfeift die Sozialdemokratie; die und das Zahlen überläßt sie gerne, solange noch etwas da ist, den dummen Bürgerlichen.

Der Alterspräsident Herold von der Christlichen Volkspartei, der nicht nur einen schönen weißen Turnvaterbart hat, sondern auch noch so sonor und kräftig sprechen kann wie einst der alte Friedrich Ludwig Jahn, begrüßt nun das Haus und erledigt die geschäftlichen Dinge. Auch einer im Silberhaar, auch einer mit dröhnendem Metall in der Kehle, der verflossene knallrote „Kultusminister" Adolf Hoffmann, fährt ihm in die Parade. Nichts da Verfassung! Über das Standrecht in Berlin müsse morgen die erste Debatte stattfinden! Da unsere Mehrheitsregierung immer die Geschobene ist und niemals führt, da sie gewohnheitsmäßig vor den Unabhängigen zurückweicht, wird der Antrag Hoffmann angenommen, — auch die Opposition auf der Rechten muß, damit ihr keine falschen Motive untergeschoben werden, nun mitmachen. Das gibt also gleich morgen einen heftigen Tanz. Er geht aber vielleicht anders aus, als Hoffmann denkt. Und vielleicht wünscht er dann im stillen, doch dasselbe sagen zu können wie bei seinem Auszug aus dem Ministerium: „Hier sieht mir keener wieder!"

Hoffmanns Erzählungen

Berlin, 14. März

Am Rednerpult des Abgeordnetenhauses steht seit geschlagenen vier Stunden mit annoch frischer Stimme ein weißumbuschter alter Mann und berlinert. Det macht Laune. Der unverwüstliche Adolf Hoffmann ist es, der Urberliner, dessen bester Witz sogar geschichtlich berühmt werden wird: daß er sich im November zum preußischen Kultusminister machen ließ. Heute ist er nicht mehr Regierung, sondern Opposition. Und wenn er nicht gerade seinen Mutterwitz spielen läßt, nicht „auf Heiterkeit arbeitet", kann er sehr massiv werden. Dann gibt es einen Entrüstungssturm im Hause. Aber so giftig werden wie die Haase und Rosenfeld und Cohn, seine Parteigenossen, das kann er doch nicht, der alte Zehn-Gebote-Hoffmann; dazu ist er ein viel zu ehrlicher deutscher Spießbürger.

Er ist mitunter geradezu verblüffend ehrlich. Selbstverständlich nicht, wenn er von Spartakus — „dies Kind, kein Engel ist so rein" — und den Unabhängigen spricht; das kann man von ihm nicht verlangen. Wohl aber, wenn er als ehemaliger Intimus die Mehrheitssozialisten schildert. Er selber ist der alte Sozialdemokrat geblieben, der Rabauz, wie sie es alle in unserer parlamentarischen Geschichte der letzten anderthalb Menschenalter gewesen sind, — diese Leute, denen einst Puttkamer mit dem Gesetz, später Bülow mit Bonmots den Garaus machen wollte. Seit dem November 1918 sind aber die Rollen vertauscht. Nun sitzen die Sozialdemokraten oben auf der Regierungsbank und sehen sich gezwungen, mit denselben „Gewaltmitteln" den jetzigen Umsturz von links (aus der Haase-Cohn-Rosenfeld-Ecke her) zu bekämpfen, die sie früher stets als das verbrecherische Rüstzeug des Junker-

und Klassenstaates gebrandmarkt haben. Jede Regierung muß sich eben behaupten, wenn überhaupt Ordnung im Lande sein soll; von Adolf Hoffmann aber bekommt die jetzige Regierung genau das zu hören, was sie früher hundertfach dem „alten System“ vorgeworfen hat. Kein Wunder, daß die Sozialdemokraten da nervös werden. Hoffmann klagt sie an, daß sie, oft ohne die Schuldfrage zu untersuchen, in dem jetzigen Bürgerkriege durch ihre „Noske-Garde“ die Leute niederschießen ließen.

„Jejen Willem dem Zweiten ha'm Se jewettert, weil
er nich wollte, daß in China Pardong wirde jejeben,
und nun machen Se's an die eich'nen Landesbrieder!“

Stundenlang erzählt Hoffmann, immer mit Datum und Namen und Hausnummer, was für schreckliche Moritaten in Berlin von den Truppen verübt würden. Eine Sammlung von Hunnenbriefen. Vieles davon ist sicherlich beweisloser Tratsch, manches mag freilich stimmen. Krieg ist eben kein Pfänderspiel um Küsse, sondern ein „roh gewaltsam Handwerk“; aber dieser Bürgerkrieg ist von den Unabhängigen und Spartakisten angezettelt, wir anderen sind im Stande der Notwehr. Das ist es, was auch immer wieder die Empörung des Hauses wider den Redner explodieren läßt, wenn er nicht gerade in behaglichem Mutterwitz mit Zwischenrufen Fangeball spielt, sondern in sittlicher Entrüstung macht. Er schildert anschaulich, wie er selber sich zu seiner Wohnung dieser Tage nur sprungweise, von Haustor zu Haustor, habe retten können, weil immer wieder der gellende Ruf der Posten: „Straße frei!“, auf den ein „sinnloses“ Schießen folgte, die Passanten gescheucht habe. Ja, ist das nicht in der ersten Januarwoche genau so gewesen, als es die Spartakisten und Unabhängigen machten? Wir, die wir im sogenannten Zeitungsviertel von Berlin wohnen, werden das unser Lebtag nicht vergessen; und uns ist es jeden-

falls lieber, daß die Obrigkeit das Schwert nicht umsonst trägt, als daß Bassermannsche Gestalten in Zivil uns mit Handgranaten bewerfen. Uns ist das lieber, sagen wir. Aber der Zehn-Gebote-Hoffmann hat ja so recht, wenn er die Regierung fragt, wie sie dazu käme, auf einmal die zweite (allein echte) Revolution jetzt zu verdammen, nachdem sie Nutznießerin der ersten geworden sei. Was der Sozialdemokratie gegen Wilhelm II. recht gewesen sei, sei den Unabhängigen gegen Scheidemann billig ...

Die Gerechtigkeit erfordert es, anzuerkennen, daß sich gegen diese Beweisführung Hoffmanns nichts sagen läßt. Aber ebenso richtig ist es, was vorher der Justizminister Heine gegen die Unabhängigen und ihren Antrag, das Standrecht sofort aufzuheben, erklärt hat: die Unabhängigen seien die Wurzel des Übels, die Spartakisten nur die vergiftete Frucht; diese seien eine Verbrecherbande, jene ihre Zuhälter. So hat denn die Debatte wieder einmal, wie wir es auch in Weimar so oft erlebten, den Gewinn, daß wir von beiden Parteien ein gegenseitiges Konterfei erhalten, dem es an intimen Reizen nicht fehlt, weil beide einander jahrelang Modell gestanden haben. Im übrigen aber hat man den Eindruck, daß das alte Preußenhaus nicht mehr eine Stätte politischer Arbeit ist, sondern eine durchaus entbehrliche Volksversammlung neben der von Weimar, in der es doch ständig dieselben Themen gibt.

Die Filiale von Weimar

Berlin, 15. März

Preußen war unter seinen Königen auch ohne das Deutsche Reich und vor dem Deutschen Reiche eine Großmacht. Heute

ist es nicht einmal mehr ein Staat, sondern nur noch ein Verwaltungsbezirk. Nach dem Verfassungsentwurf, den die Landesversammlung zu beraten hat, ist kein Staatsoberhaupt vorgesehen. Auch alle sonstigen Kennzeichen der Souveränität fehlen. Man will also nicht nur das „alte" Preußen, sondern Preußen überhaupt begraben, ohne daß wir dafür die Gewißheit eintauschen, daß ein starkes Deutschland wiedergeboren wird.

Man mochte den preußischen Landtag früher einseitig nennen oder reaktionär oder sonst etwas, so konnte man ihm doch eins nicht abstreiten: er hatte Charakter. Er war preußisch. Er hatte Erdgeruch. Er war in allen Vorzügen und in allen Fehlern ein Abbild des Landes, aus dessen geschichtlicher Entwicklung er hervorgegangen war. „Wir können nicht wie Kapitalisten den Staub von unseren Füßen schütteln und anderswo hinziehen, wir können auch nicht wie Beamte dem Staate sagen: gib uns unser Gehalt, ganz gleich, wie es dir geht; wir sind materiell, gleichsam mit allen Fasern, fest verwachsen mit dem Vaterlande!" sagte schon 1860 der Boizenburger Arnim im Herrenhause. Heute ist es anders. Man brauchte kein Preuße zu sein, sondern nur in Preußen zu wohnen, um am 26. Januar dieses Jahres wählen zu können. Das Wahlrecht war dasselbe wie zur deutschen Nationalversammlung. Und da Preußen über vier Siebentel Deutschlands umfaßt, ist auch die Physiognomie der preußischen Landesversammlung dieselbe. Auf den Regierungsbänken sitzen namenlose Minister, die nur die Mitgliedskarte der sozialdemokratischen Partei vorweisen und sich „auf das Recht der Revolution" berufen können, — das Gottesgnadentum ist beseitigt, eine Obrigkeit von Maschinengewehrs Gnaden regiert. Genau dasselbe fanden wir Anfang Februar in Weimar vor. Im Parterre aber sitzt dieselbe rot-rötliche, sozialdemokratisch-demokratische Mehrheit, die gerade damit be-

schäftigt ist, das Zentrum noch zur Verbreiterung ihrer Basis zu gewinnen. Irgendeine Abgrenzung der Zuständigkeit des Reiches und Preußens gibt es auch noch nicht, so daß über dieselben „Fragen" hier wie dort debattiert wird: es ist wie bei einer Volksversammlung, die wegen starken Andranges auf zwei Lokale verteilt wird, nacheinander mit den gleichen Reden hüben wie drüben.

Da aber das Reich immer mehr Befugnisse für seine Nationalversammlung erhält, werden die anderen immer bedeutungsloser. Die preußische Filiale wird allmählich zur Rednerschule zweiten Ranges herabsinken, zu einer Vorbereitungsanstalt für die große Reichsredehalle, durch die es zu Amt und Würden geht. Zu sagen hat bald weder Preußen etwas noch seine Nationalversammlung.

Das ist eine noch viel gefährlichere Zertrümmerung Preußens als die Zerstückelung auf der Landkarte. In temperamentvollen Ausführungen, Hergt in bisweilen hinreißendem Feuer, v. Richter in ruhigerer Eindringlichkeit, weisen die Redner der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei auf die Abgründe, denen wir zujagen, rufen uns ein Halt zu und ein Zurück. Wir leben unter einer gesetzlosen und ganz undemokratischen Diktatur, die Hals über Kopf die tollsten Experimente durch bloße Verordnungen anstellt. Selbst der Zentrumsredner Am Zehnhoff hat so seine dunklen Ahnungen, daß dies und das in dem Entwurf einer vorläufigen Verfassung nicht ganz reinlich und zweifelsohne sei. Aber die Phalanx der Redner von der „anderen Nation", der Hirsch und Heilbrunn und Heilmann und Rosenfeld, marschiert. Der betörte preußische Wähler hat am 26. Januar ihr sein Geschick in die Hände gegeben. Und diese stärksten Hasser des alten Preußens werden nicht eher ruhen, als bis sie auch seine Zugrunderichter geworden sind. Sie sehen nicht deutsch und nicht preußisch aus, diese Rotköpfe und Blaurasierten, und sie

fühlen auch weder deutsch noch preußisch. Sie sind überall, wie Mommsen es sagte, „das Ferment der Dekomposition", können nur zersetzen, nicht schöpferisch etwas aufbauen. Nun sind sie dabei, das zerschlagene Preußen auch noch seiner Staatlichkeit zu entkleiden. Das alte Königreich wird zu einer Provinz, die von roten und rötlichen Quacksalbern verwaltet wird: auch die bewährte Beamtenschaft des alten Regimes muß ja über die Klinge springen, um beutehungrigen Parteitigern Platz zu machen; und über kurz oder lang wird man nur noch auf achttägige Kündigung dem Lande dienen dürfen.

Schon einmal stand Preußen vor der Gefahr, seine Stärke zu verlieren und von der demokratischen Phrase ruiniert zu werden, aber damals erstand ihm noch ein Retter, Otto v. Bismarck. Am 2. April 1848 hatte ihn das Grauen gepackt, als er die Verwüstung sah. Er erhob sich im Vereinigten Landtage und sagte: „Die Vergangenheit ist begraben, und ich bedauere es schmerzlicher als viele von Ihnen, daß keine menschliche Macht imstande ist, sie wieder zu erwecken, nachdem die Krone selbst die Erde auf ihren Sarg geworfen hat ..." Dann sprach er noch einige wenige Sätze, mußte aber plötzlich abbrechen, weil er nicht mehr konnte, — weil ein Weinkrampf den Riesen zwang, die Tribüne zu verlassen. Manch einem von uns brennen heute wieder die Augen, wenn wir sehen, wie Preußen zu einer unbeträchtlichen Dépendence von Weimar gemacht wird. Wir schämen uns, Nachfahren zu sein.

Nutzloses Gerede

Berlin, 17. März

Man tut mechanisch sein Tagwerk. Man arbeitet und schläft, man ißt und trinkt, man plaudert und man lacht wohl auch. Aber das Lachen erstarrt bisweilen plötzlich, und ein Frösteln

läuft einem die Adern entlang, wenn der Gedanke an die Wirklichkeit der nächsten Jahre in den Alltag hereinlugt. Man möchte sein Handwerk hinwerfen: was soll das alles noch nützen? Da sitzt man halbe Tage lang in den Parlamenten, es wird unendlich viel geredet, man vergißt auf eine Weile die deutsche Götterdämmerung. Blitzende Wortgefechte, heiße Gesichter, Beifall und Entrüstungssturm, — Sieg, Sieg auf der ganzen Linie, so steht es in den Mienen der von der Tribüne Abtretenden geschrieben, wenn die Fraktionsgenossen sie beglückwünschen. Und dann schaut man in das Abendblatt. „Die Entente hat beschlossen ... Wilson ist damit einverstanden, daß ... Die deutsche Kauffahrteiflotte muß binnen ... Das gesamte Gold der Reichsbank wird ..." Also richtig. Unsere schönen Schiffe. Und Erzberger hat sich gedrückt, der verantwortliche Herr Reichsminister; er will in der Friedenskommission nicht mehr mitmachen. Schlafen! schlafen! Wer nur schlafen oder ein Jahr lang scheintot sein könnte. Was nützt das, wenn heute in der preußischen Landesversammlung acht Stunden lang über das Sündenregister der Unabhängigen und Spartakisten gestritten wird? Es wird dadurch kein Spartakist zu den Rechtssozialisten bekehrt, kein Rechtssozialist umgekehrt zu den Spartakisten hingezogen. Auch kommt dadurch nicht Friede, Arbeit, Brot. Von den Abgeordneten, die heute gegen die Hoffmann-Leute auf den Plan treten, bringt der Demokrat Riedel sein großes Anklagematerial am lebendigsten und wirkungsvollsten vor; eine grausige Leporelloliste aus allen Ecken und Enden Deutschlands über die Gewalt- und Bluttaten der Spartakisten und Unabhängigen. Außerordentlich eindringlich wirkt auch der Deutsche Volksparteiler Hollmann, der als Lichtenberger Bürger lauter Selbsterlebtes und Selbstgeschautes zum Besten gibt. Aus des Deutschnationalen Dr. Kaufmann Rede (er scheint als Polemiker Kreths Nachfolger werden zu wollen) sei ein

Satz, den er den Unabhängigen zuruft, hier um seiner erschütternden geschichtlichen Wahrheit willen verewigt: „Wenn Wilhelm II. nur den hundertsten Teil Ihrer rücksichtslosen Brutalität besessen hätte, dann wäre er noch heute Deutscher Kaiser und König von Preußen!“ Vorbei, vorbei. Der, den Kaufmann mit der letzten Abgangsgeste einen Catilina genannt hat, Adolf Hoffmann, hält heute für seinen Antrag auf Aufhebung des Belagerungszustandes und Einsetzung einer parlamentarischen Untersuchungskommission die stundenlange Schlußrede. Er wird ein wenig schwatzhaft, der gute Alte. Hin und wieder eine nette kleine Wahrheit: der Generalstreik, der, wie Minister Heine erklärt habe, der Anfang der Revolte gewesen sei, wäre doch ganz unmöglich gewesen, wenn nicht — die Mehrheitssozialisten in Berlin mit dafür gestimmt hätten. Jawohl. Gleiche Brüder, gleiche Kappen. Sie alle haben Angst vor dem Votum der Straße, sie alle lassen sich von einer Minderheit stoßen; und obenauf sind sie erst wieder, wenn das Militär alles wieder in Ordnung gebracht hat. Was sind das für Zustände, für Menschen! Man tut mechanisch unter ihnen sein Tagwerk. Aber plötzlich möchte man verzweifelnd die Arme in die Luft werfen. Wer kennt Rubins Zeichnung: Das Grauen? Man treibt auf wrackem Schiffchen zwischen Wellenbergen. Und aus einer Riesenwoge, die uns droht, wächst riesengroß ein fürchterliches Glotzauge empor ...

Unsere Staatsgewalt

Berlin, 19. März

Es ist unerträglich, wenn eine Großmacht, wie Polen es ist, von einem benachbarten kleinen Gernegroß, der preußisch-

deutschen Republik, mit Querelln behelligt wird. Mit diesen Preußen und Deutschen muß Fraktur geredet werden! Oder, noch besser, man gibt ihnen überhaupt keine Antwort. Sie verlangen, daß man „ihre“ Abgeordneten, die in Posen zur preußischen Nationalversammlung gewählt sind, nach Berlin reisen lasse. Einfach unerhört. Der deutschnationale Abg. v. Kries ersucht die preußische Regierung, sie möge dafür sorgen, daß die von den Polen verhafteten Mitglieder des Hauses freigelassen würden und ihren Sitz einnehmen könnten. Der Ministerpräsident Hirsch, ein (Gott sei dank!) nicht so rüder Mensch wie einer seiner Vorgänger namens Bismarck, erhebt sich und sagt, man habe deswegen an die Polen geschrieben, aber die hätten nicht geantwortet, auch auf eine zweite Anfrage aus Weimar nicht. Die Regierung habe also getan, „was sie konnte“, sie werde ihre „Bemühungen“ noch fortsetzen, „hoffentlich“ mit Erfolg.

Was ist Tilsit und Olmütz, was ist alles Zusammenbrechen preußischen Stolzes gegen dieses jämmerliche Zusammenknicken! Sind wir wirklich schon eine kleine Negerrepublik geworden, die sich alles gefallen lassen muß? Sogar dem Demokraten Aronsohn ist das zuviel. Er und alle anderen ostmärkischen Abgeordneten, die zu Worte kommen, mit besonderer Wärme unter ihnen Fräulein Poehlmann von der Deutschen Volkspartei, verlangen, daß die Regierung sich aufraffe. Wenn es nicht anders gehe, müsse man bei den Polen durch Repressalien die Achtung vor dem Völkerrecht erzwingen. Nur einer im Hause, der Unabhängige Lichtenstein, ist zwar auch für die Freilassung der deutschen Volksvertreter, liest uns Deutschen im übrigen aber den Text: wir seien an allem schuld, wir vergewaltigen die Polen! Herr Lichtenstein stellt sich als Vorsitzender des Arbeiter- und Soldatenrats von Hindenburg (Zabrze) in Oberschlesien vor. Wie ein Arbeiter sieht er nicht aus. Wie ein Soldat auch nicht. Nur jiddisch sieht er aus und spricht er. Lang und breit

behandelt er die Verhaftung eines „angesehenen" Polen in Hindenburg, wird wiederholt zur Sache gerufen, verzichtet schließlich eingeengt aufs Wort und verläßt die Tribüne. „Endlich, endlich!" wird ihm nachgerufen. Der Antrag v. Kries wird einstimmig angenommen. Das ist sozusagen ein Mißtrauensvotum gegen Herrn Hirsch und seine Regierungskollegen. Aber nichts rührt sich auf der Empore.

Der Rest des Tages ist dem Gesetz über die vorläufige Staatsgewalt — hätten wir doch eine — gewidmet. An der Annahme des Entwurfes nebst den im Ausschuß hinzugekommenen Ergänzungen ist nicht zu zweifeln; so sind die Reden dazu denn auch kurz. Einen längeren Aufenthalt gibt es nur durch die agitatorischen Ausführungen des Unabhängigen Dr. Rosenfeld, der da behauptet, das Wort „Republik" sei fest „verankert" in den Herzen des deutschen Volkes, und der da verlangt, daß der Ausschluß der Hohenzollern „für ewig" in der Verfassung festgelegt werden müsse, und der sich nicht entblödet, die Beschlagnahme auch des Privatvermögens des Königs zu verlangen. Mit demselben Rechte, so wird ihm erwidert, könne die Regierung ja auch ihm, dem Dr. Rosenfeld, seine Habe konfiszieren, weil er „ein gefährlicher Mann" sei; und im übrigen, sagt ihm ein anderer Redner, Dr. Leidig, müsse er doch wohl wissen, daß das preußische Königshaus 1807 seinen ganzen alten Besitz der Nation übereignet habe. Ja, wo soll er das herwissen? Die Weltgeschichte beginnt doch erst am 9. November 1918.

Noch „vorläufig", aber „gesetzlich".

Berlin, 20. März

Habemus papam. Bisher war der Genosse Hirsch preußischer Ministerpräsident nur von Revolution wegen, nicht von Rechts

wegen. Endgültig ist er auch heute noch nicht Leiter der preußischen Politik geworden, sondern nur vorläufig; aber er hat wenigstens sein gesetzliches Mandat von dem Präsidenten der verfassunggebenden Landesversammlung erhalten. Das Haus hat einen besonderen Staatspräsidenten in der Notverfassung abgelehnt; es will alleine regieren und sich dazu einen Ministerpräsidenten als Geschäftsführer bestellen. In dem Augenblick, in dem das Gesetz über die vorläufige Staatsgewalt mit allen gegen die Stimmen der Unabhängigen angenommen ist, erhebt sich Hirsch und legt sein Mandat, das er „aus der Revolution empfangen", in die Hand der „gesetzlichen Vertreter des preußischen Volkes" zurück. Der Präsident der Landesversammlung bittet ihn, einstweilen weiter amtieren zu wollen. Herr Hirsch nickt sauertöpfisch und müde. Es sind ja alles nur Faxen, republikanisches Zeremoniell, herzlich überflüssig. Der Revolutionsminister, der vorläufige Minister, der endgültige Minister: Hirsch hieß er, Hirsch heißt er, Hirsch wird er heißen, daran zweifelt kein Mensch.

Ein besonderes Vergnügen ist es heute nicht, mit der Preußenpolitik belastet zu sein, und Hirsch ist schon heute so abgearbeitet, wie nur je einer seiner Vorgänger. Wer seine Kollegen sein werden, weiß man noch nicht. Hinter den Kulissen wird noch immer lebhaft „gekuhhandelt". Ein alter Fortschrittler, Fischbeck, bemüht sich eifrig um das Ministerium des Innern, weil er gar zu gern mal „mit den Landräten Schlitten fahren" möchte. Für jedes Portefeuille hat man schon ein halb Dutzend Anwärter. Aber die große Frage, ob nur Sozialdemokratie und Händlerdemokratie oder ob auch das Zentrum die Amtssessel besetzen solle, ist zur Stunde noch nicht entschieden. Die „vorläufige" Staatsverfassung aber ist jedenfalls unter Dach und Fach.

Die Opposition hat einen Redner nach dem anderen vor-

geschickt, um hier und da Verbesserungen des Entwurfes zu empfehlen, aber es ist alles abgelehnt worden. Nur ein einziges Amendement, das auch von den Demokraten durch den Pfarrer Liz. Rade in ähnlicher Form aufgenommen wird, findet Gnade vor den Augen der Versammlung: während im übrigen alle Befugnisse des bisherigen Königs von Preußen auf die Staatsregierung übergehen, sollen sie, soweit sie kirchenrechtlicher Natur sind, nur einem evangelischen Minister übertragen werden können; denn es geht ja wirklich nicht gut, daß ein Jude nun oberster Bischof der evangelischen Landeskirche wird.

Allzu viele Befugnisse bleiben in Preußen sowieso nicht erhalten. Der Finanzminister Dr. Südekum teilt dem Hause mit, daß dem preußischen Staate auch sein finanzielles Rückgrat der früheren Zeiten, die Eisenbahn, gebrochen werden soll. Einigt man sich nicht in gewisser Zeit mit dem Reiche, so bestimmt das Reich die Bedingungen, unter denen es die Bahnen übernimmt. Nach Fochscher Art also: friß, Vogel, oder stirb! Die Versammlung in der Prinz-Albrecht-Straße aber wird über kurz oder lang nur noch ein besserer Provinzial-Landtag sein; wie umgekehrt jedes Gemeindekollegium zu einem politischen Parlament sich entwickelt. Alles über einen Leisten. Das ist Demokratie.

Los von Preußen!

Berlin, 21. März

In der alten Verfassung des Fürstentums Liechtenstein war das passive Wahlrecht zur Kammer nicht nur an ein größeres Vermögen geknüpft, sondern die Herren Kandidaten

mußten auch von nachgewiesen „verträglicher Gesinnung“ sein. Bei uns genügt Unbescholtenheit und Wahlalter. Sicherlich sind die Zentrumsmitglieder in der preußischen Landesversammlung der Ansicht, daß der Elberfelder deutschnationale Oberlehrer Linz ein ganz unverträglicher Patron sei, und daß es sehr schön wäre, wenn wir die alte Liechtensteiner Verfassung besäßen und ihn vor die Tür setzen könnten. Denn er packt wirklich derb zu. Bei der Begründung der förmlichen Anfrage der Rechten, was die Regierung gegen die Absonderungsgelüste einer „rheinisch-westfälischen Republik“ zu tun gedenke, greift er herzhaft in das Wespennest der „Kölnischen Volkszeitung“. Temperament hat er wirklich wie ein junger Studienreferendar nach der Vizefeldwebelübung. Es ist schäumender Wein; Wuppertaler Kulturkampf-Auslese, meinen die Betroffenen. Die Gründe zu den Absonderungsgelüsten seien, so erklärte Linz, mannigfacher Art: nicht nur der Wunsch, der Entente gegenüber finanziell besser wegzukommen, spiele mit, sondern auch konfessionelle Besorgnis nach der Episode Adolf Hoffmann und politischer Abscheu vor dem bolschewistischen Berlin. Im evangelischen Rheinland und in ganz Westfalen denke kein Mensch an eine Lösung von Preußen; die Bewegung beschränke sich auf Kölner katholische Kreise.

Ob solcher unverträglichen Reden rutscht im Zentrum alles unruhig auf den Sitzen hin und her. Irgendein Tünnes ruft sogar sein „Lüge! Lüge!“ immer wieder dazwischen. Der Demokrat Dr. Schloßmann und der Mehrheitssozialist Runge gießen ein wenig Öl auf die Wogen der Erregung; an den Absonderungsgelüsten seien weder Hoffmann noch Scheidemann, weder konfessionelle noch politische Ängste schuld, denn schon am 10. November sei der Plan der westdeutschen Republik zuerst aufgetaucht. Und dann wieder am 4. Dezember, einen Tag vor dem Einzug der Engländer. Es handele sich um bestimmte enge Kreise, die Anschluß an die Entente suchten, sub-

jektiv durchaus deutsch denkende Kreise, die aber unter dem Einfluß eines elsässischen Pazifisten ständen, der rege Beziehungen zur Entente unterhalte.

Mit dem gewohnten weltschmerzlichen Gesicht erhebt sich nun zur Beantwortung der Interpellation der Ministerpräsident Hirsch und spricht mit beruhigender Ruhe, ganz ohne Pathos, und wirkt trotzdem — wie eine Sensation. Bisher hörten wir aus sozialdemokratischem Munde immer nur unverständiges Schelten, wenn die Rede auf Preußen kam, jenes Preußen, dem wir nichts, aber auch rein gar nichts zu verdanken hätten. Hirsch aber spricht nicht wie jene Botokuden. Er versteigt sich sogar zu dem Satze: „Preußens verwaltungstechnische und kulturelle Leistungen sind wirkliche Werte, die nicht verlorengehen dürfen!“ Wie man sieht, kann also die Sozialdemokratie reden links und auch reden rechts. Hat sie einen Hoffmann, hat sie auch einen Haenisch; und auf einen polternden Fischer in Weimar folgt ein weiser Hirsch in Berlin, — wer vieles bringt, wird manchem etwas bringen. Gegen die heutige Rede des Ministerpräsidenten kann der preußischste Preuße kaum etwas einwenden. Den Beschluß des Verfassungsausschusses in Weimar, daß die Nationalversammlung jederzeit durch einfache Mehrheit das Gebiet einzelner Gliedstaaten zerreißen und zusammenlegen könne, erklärt auch er für ein Unglück, gegen das es alle Kräfte der Überredung einzusetzen gelte. Und so redet er denn schon heute zunächst dem kölnischen Zentrum gut zu wie einem kranken Kinde.

Das „Los von Preußen!“, das jetzt die Regierung und das hohe Haus so erschreckt, ist unseres Erachtens eine ganz natürliche Folge der allgemeinen Auflösung in Deutschland. Unzufriedenheit mit der Berliner Regierung hat es auch in früheren Zeiten häufig genug gegeben. Als Finanzminister Miquel sein scharfes Einkommensteuergesetz herausbrachte, be-

fürchtete die „Kölnische Zeitung“ eine Revision der monarchischen Gesinnung in weiten Kreisen. Und ein Menschenalter früher, während des preußischen Militärkonfliktes, entfernte sie den preußischen fliegenden Adler aus ihrem Titelkopf. Aber an Abfall hat das Rheinland doch nie gedacht. In einem geordneten, festgefügten Staate kommt man eben nicht auf solch wahnwitzige Gedanken. Haben wir erst wieder einen starken Staat und ein starkes Reich, dann hören die Absonderungsgelüste sofort auf; auch wenn wir nach wie vor eine so vielgestaltige Nation bleiben, in der schon der Sachsenhäuser mit dem Frankfurter außer dem Äpfelwein nichts gemein zu haben glaubt.

Preußens Schwächung

Berlin, 22. März

Begeisterung ist keine Heringsware, die man einpökelt auf einige Jahre, lautete das Verschen, das Goethe der Berliner Intendanz schickte, als die Aufführung von „Des Epimenides Erwachen“ immer wieder verschoben wurde. Wie mit der Begeisterung, so ist es auch mit der Entrüstung. Nicht umsonst haben wir es uns angewöhnt, Proteste immer „flammend“ zu nennen. Der Protest gegen die Loslösung einer westdeutschen Republik von Preußen schwelt aber nun schon den zweiten Tag und wird noch an einem dritten ein wenig aufzischen und dann verpuffen. Nach Oberschlesien und Rheinland-Westfalen und dem Regierungsbezirk Erfurt kommt demnächst vielleicht Pommern oder die Magdeburger Börde und verlangt Selbstbestimmungsrecht unter der Parole „Los von Berlin“, wie schon Franken und die Oberpfalz, Schwaben

und Neuburg längst „los von München“ sein wollen. Gehören wir nicht zu diesen Landesteilen, so protestieren wir gegen sie, stückweise und tagelang natürlich, und gehören wir zu ihnen, so protestieren wir auch, — nämlich gegen den Vorwurf, daß es uns an Reichstreue fehle. Ist Kastert nicht ein ehrenwerter Mann und Deutscher? Das sind sie alle, alle ehrenwert und deutsch. Die tiefste Ursache dieser allgemeinen zentrifugalen Bewegung in Deutschland (nicht in Preußen allein) ist aber immer noch nicht genannt worden; es handelt sich nur ganz beiläufig um eine Gegenwirkung gegen Fehler und Versäumnisse des „alten“ oder des „neuen“ Preußens, der Ära Puttkamer oder der Ära Adolf Hoffmann, und das gleiche gilt von dem „alten“ und dem „neuen“ Bayern; im Grunde sind alle die Loslösungsbestrebungen weiter nichts als ein verzweifelter Protest aller nun enger aneinanderrückenden Landsmannschaften gegen die Schwäche des Staates, der seit dem November vorigen Jahres für niemand mehr ein sicherer Halt sein kann. Von einem starken Preußen will niemand weg, auch wenn es rauh und bürokratisch und reaktionär und einseitig ist; und wenn heute ein starkes Preußen wiedererstände, würden morgen alle Selbständigkeitswünsche verstummen. Mit viel weisen Reden versucht jetzt die Revolutionsregierung die Bewegung zu hemmen. Aber sie selbst ist ja an allem schuld. Sie ist es, die den wohnlichen Bau zerschlagen hat, aus dessen Trümmern man jetzt hie und da Notunterstände zu errichten versucht.

Eine tiefe Erkenntnis dieser Dinge scheint in dem rheinischen Zentrumsmann Kastert aufzudämmern, dem Führer der Kölner Sezessionisten, der mit der Revolution und der Republik „gar nicht einverstanden“ ist und die furchtbare Lage des linksrheinischen Gebietes uns eindringlich schildert: wie es war, als die zuchtlosen revolutionierten Horden der Etappe zurückströmten, und wie es sein wird, wenn Frankreich seine

alten Annexionswünsche durchzusetzen versucht. Welsch wollen sie nicht werden, die Rheinländer; aber als Rheinländer, so denken die um Kastert, sind sie stärker und klüger als das ganze jetzige Preußen. Behaglich und selbstsicher in allen Stürmen, mit dem glattrasierten runden Gesicht und den weinfrohen Äuglein wie ein Ölbild von Grützner, so steht dieser Politikus da und versteht es nicht, wie man sich über ihn und seinesgleichen überhaupt entrüsten könne. Nie habe man mit der Entente verhandelt. Man sei doch, weiß Gott, durch und durch deutsch. Beim Reiche wolle man selbstverständlich bleiben.

Wir liegen entwurzelt da und versuchen uns nun neu an die Heimaterde zu klammern, vorerst die der Provinz. Entwurzelt sind wir durch die Revolution. Sie und nur sie hat das fertiggebracht, woran unter der Monarchie, auch einer geschlagenen, kein Mensch gedacht hätte, denn über den Rheinbundsgeist sind wir wirklich schon innerlich hinausgewachsen. Unter den Rednern, die Kastert erwidern, findet der Demokrat Jansen wohl die stärksten Töne, obwohl auch die Herren der Rechten, Dr. Moldenhauer von der Deutschen Volkspartei und v. d. Osten von den Deutschnationalen, ein heißes Bekenntnis zu Preußen abgelegt haben. Das ganze Haus, einschließlich des Regierungsvertreters Dr. Freund, der eine sentimentale Verwahrung gegen seine eigenen Leute in Weimar loslassen muß, ist einig; auch das Zentrum will — bloß mißverstanden sein.

Anzapfungen

Weimar, 25. März

Von der ersten Sitzung eines Parlaments nach einer größeren Pause erwartet niemand welterschütternde Ereignisse.

Pausiert hat man in Weimar, um die Zeit durch eifrige Beratung der Verfassung im Ausschuß auszufüllen. Der Ausschuß hat aber erst einen Bruchteil seiner Arbeit fertiggebracht, so daß es noch wochenlang dauern wird, bis die Vollversammlung die Verfassung vornehmen kann.

Statt dessen stehen heute kleine Anfragen und zwei Interpellationen auf der Tagesordnung. Die kleinen Anfragen, an die sich keine Debatte knüpft, sind vor etlichen Jahren bei uns eingeführt worden, weil sie in ausländischen Parlamenten auch Mode sind und weil wir uns doch alles Scheindemokratische auch leisten müssen. Anderswo dienen sie meist dazu, um der Regierung die Gelegenheit zu irgendeiner Erklärung zu geben, auf deren Kundmachung sie selber Wert legt. Oft werden daher Anfragen und Antworten vorher unter der Hand vereinbart. Der gründlichere Deutsche aber vermeint, das sei ein Mittel, um die Regierung jederzeit zwingen zu können, Rede und Antwort zu stehen, zum mindesten ein Mittel, um die Regierung zweimal wöchentlich anzuzapfen und zu zwacken. Da könne also ein Volksvertreter seinen Wählern ungemein imponieren, wenn auf seinen Wink die Minister ganz beflissen Bescheid gäben. Nun sind es aber meist keine Minister, sondern Kommissare, und klarer als die delphische Pythia sprechen sie auch nicht. Enttäuschung und Wut der Frager sind die natürliche Folge. So fragt der Kölner Demokrat Falk heute, wo es überhaupt Fragen regnet, nach der Versorgung des linksrheinischen Gebietes mit Lebensmitteln und erhält als Antwort vom Unterstaatssekretär v. Braun nach einigen ausweichenden Allgemeinheiten eigentlich nur die Mahnung an die linksrheinische Bevölkerung, sie möge sich nicht die Köpfe verdrehen lassen. Als Falk nun ganz präzise die „ergänzende" Anfrage stellt, ob man in nächster Zeit Mehl und Fett bekommen werde, wird ihm überhaupt keine Antwort zuteil; dabei gehört er doch selbst zur regieren-

den Mehrheit. Die in der Opposition befindlichen Unabhängigen erreichen ihre Zwecke ebensowenig, als sie sehr wißbegierig fragen, ob etwas Wahres daran sei, daß die Regierungstruppen in Halle unmenschlich verfahren seien, ferner, wann dieser organisierte Meuchelmord aufhören werde, ferner, was die gesetzlichen Unterlagen zum Schießerlaß Noskes seien, ferner, warum man die Unabhängigen-Zeitungen „Freiheit" und „Republik" verboten habe. Natürlich wird ihnen nicht geantwortet, was sie wünschen. Sie stellen nun ergänzende Anfragen. Aber Noskes Adjutant, Major v. Gilsa, der übrigens ganz parlamentarisch-demokratisch in bürgerlichem Gehrock erscheint und, wie der Kuckuck aus der Schwarzwalduhr, bei jeder Frage kommt und wieder verschwindet, antwortet auf die letzten drei „ergänzenden" Anzapfungen nur, er habe seiner Antwort „nichts hinzuzufügen". Der Abgeordnete Haase kriegt darauf einen Wutanfall und schreit, das sei ja eine Verhöhnung des Parlaments. Er weiß wohl gar nicht, daß Gilsas Redewendung wörtlich dieselbe ist, wie sie im englischen Unterhaus üblich und historisch ist. Dort fällt sie niemand auf.

Wir haben die ganze Einrichtung, die für uns gar nicht paßt, sinnlos einfach kopiert und sollten uns nun nicht über die Sinnlosigkeit dieser pseudo-demokratischen Einrichtung ärgern. Weit eher paßt für unsere Verhältnisse, in denen die Kunst des Parlamentelns noch nicht Tradition ist, die Interpellation oder, wie man sie heute nennt, die förmliche Anfrage, an die sich stets eine ausführliche Besprechung schließt. Aber auch da ist das Ergebnis meist gleich Null. Diesmal interpellieren Deutschnationale und Christliche Volkspartei wegen der jammervollen Lage des Handwerks und Kleingewerbes. Der Wirtschaftsminister Wissell weiß darauf Wetzlich und Irl auch nur etwa zu erwidern, daß die große Armut von der großen Powerteh herkomme. Was die Regierung dagegen zu

tun gedenke, erfahren wir nicht. Doch, eines hören wir: es ist eine Hilfskasse mit 200 Millionen Mark ins Leben gerufen worden, die dem danieder liegenden Geschäftsleben durch Kredite bei Aufträgen wieder aufhelfen soll. Aber das kommt ja den Kleinen keinesfalls zugute. Selbstverständlich geht man nach einer solchen förmlichen Anfrage mit einem Gefühl der Leere in Hirn und Magen auseinander. Natürlich kann aus der bloßen Anzapfung eine schwere Niederlage der Regierung werden, wenn am Schlusse der Debatte etwa ein Mißtrauensvotum beantragt und angenommen wird. Das ist aber hier undenkbar. Wir haben nicht wie die Engländer und Franzosen wechselnde Mehrheiten. Wir haben den alten Bethmann-Block, und der hält wie Pech und Schwefel zusammen, um seine Sünden zu decken. Selbstverständlich hat er zu sich selber volles Vertrauen und erteilt sich nicht ein Mißtrauensvotum. Selbstverständlich sind auch die demokratischen und Zentrumsanfragen daher nicht viel mehr als ein Kitzeln der Regierung. Sie lacht dazu mit todernster Miene.

Scheidemann gegen Ludendorff

Weimar, 26. März

Der jetzigen Regierung steht das Wasser bis an den Hals. Die Dämme der Lüge, von jener ersten furchtbaren Lüge des 9. November angefangen, daß der Kaiser abgedankt habe, werden von der Wahrheit überflutet. Nun kommt es zwar vor, daß ein erfolgreicher Schwindler sich durchsetzt, aber unsere rote Regierung taumelt von Mißerfolg zu Mißerfolg. Da verfällt sie in der letzten Not auf ein cäsaristisch-bonapartistisches Mittel. Durch eine „Diversion nach außen" will sie

der Schwierigkeiten in ihrem Inneren Herr werden: Ludendorff soll vor Gericht.

Kein Napoleon hat jemals so persönliche Politik getrieben wie dieser Scheidemann. Scheidemann hat in gehässigster Form schon früher in der Nationalversammlung den General Ludendorff als Hasardeur angegriffen, und dieser Angriff, gestützt durch das ganze Schwergewicht der politischen Stellung des leitenden Ministers, ist so schmählich zusammengebrochen, daß nur ein Mann, der über eine Nilpferdhaut verfügt, diesen Zusammenbruch amtlich überleben konnte. Seither aber brütet Scheidemann, in seiner Eitelkeit gekränkt, über persönlicher Rache. Die Veröffentlichungen Schiemanns und Hindenburgs, die Briefe des Kronprinzen und des neueren der verschiedensten Zeugen darüber, wie der Umsturz bei uns gemacht worden ist, kommen hinzu; sie bedrohen das ganze Lügengebäude des November. Da ist denn Gefahr im Verzuge. Da muß Scheidemann dreinschlagen.

Im alten Reichstag haben wir ihn schon einmal ganz sinnlos wüten hören. Heute bedarf es des Deliriums nicht mehr, heute kann Scheidemann ganz kaltschnäuzig sprechen, aber die Sinnlosigkeit ist dieselbe geblieben, die Ausdrucksweise auch nicht vornehmer geworden. „Gegen die Ludendorfferei“ ruft der Ministerpräsident die Machtmittel des Staates auf. Er spricht von nicht gewolltem, aber tatsächlichem Landesverrat. Ein sofortiges Ausnahmegesetz soll einen Gerichtshof gegen Ludendorff schaffen. In der ganzen Rede Scheidemanns findet sich aber nicht das Geringste, was die schwere Anklage rechtfertigen könnte. General Ludendorff ist in Berlin — wie wir wissen, völlig absichtslos — einer Gruppe nationaler Demonstranten begegnet, die aus einer von der Regierung begünstigten Ostmarkenversammlung aller Parteien zurückkehrte. Diese Demonstranten umringten ihn jubelnd, worauf er — auch das könnte Scheidemann so gut

bekannt sein wie uns — sie bat, nach Hause zu gehen, und sich eilends ihnen entzog. Das ist alles. Wenn Ludendorff nicht preußischer Offizier und Gentleman wäre, wenn er sozialdemokratisch-unabhängige Allüren hätte, so wäre hier das Sprungbrett für ihn gegeben gewesen. Er hat es nicht benutzt. Er hat keinerlei Ansprache an das Volk gehalten, hat nicht wie ungestraft Tausende anderer Leute in Berlin etwa vom „Bluthund Scheidemann" gesprochen und zum Sturz der Regierung aufgefordert. Nein, Leute, die das tun, Leute aus Scheidemanns eigener Schicht, fallen schlimmstenfalls unter die Segnungen irgendeiner Amnestie. Auch für die Spartakisten, die im Januar auf friedliche Bürger schossen, hat es kein Ausnahmegericht gegeben. Die sind ja Bruderblut. Aber daß in der Ostmarkenversammlung Erzberger ausgezischt und „mein Parteifreund Bernstein", wie der Parteiminister Scheidemann ihn nennt, lärmend unterbrochen wurde, das hat dem Faß den Boden ausgeschlagen. Meinungsfreiheit darf es in Deutschland nur für Parteigänger der Regierung geben. Alle Andersdenkenden werden niedergeknüppelt. Wenn nicht anders, dann durch ein Ausnahmegericht. „Es darf niemand seinem ordentlichen Richter entzogen werden", steht schon in der amerikanischen und in der Folge in der Verfassung jeder anderen Republik. Über solche Zwirnsfäden stolpert ein Scheidemann aber nicht.

Ludendorff hat vor einiger Zeit selbst erklärt, er sei bereit, sich einem Staatsgerichtshof zu stellen, der alles untersuchen könne, was er, der General, im Feldzuge geleistet oder verfehlt habe. Das ist so, als wenn ein Offizier, gegen den Anschuldigungen erhoben werden, ehrengerichtliche Untersuchung gegen sich beantragt. Scheidemann will aber etwas ganz anderes. Er will ein Gericht, das Ludendorff zur Strecke bringt. „Wir werden die Herren schon zu fassen kriegen!" sagt der Ministerpräsident, während die leidenschaftliche Röte

ihm allmählich in den kahlen Schädel steigt. Von der Rechten wird ihm entgegengerufen, es müsse ein unabhängiges Gericht sein. Das sagt er zu. Es fragt sich nur, was ein Scheidemann unter Unabhängigkeit versteht. Jedenfalls meint er ein ganz anderes Gericht als dasjenige, das in dem Verfassungsentwurf für Verfehlungen von Staatsmännern vorgesehen ist. Die ganze Affäre ist beispiellos, ist überhaupt ohne Vorgang in der deutschen Geschichte; man muß schon auf die Zeit der französischen Revolutionsgerichte zurückgreifen, um etwas Ähnliches zu finden.

Die Regierung weiß in ihren Nöten nicht mehr aus noch ein. Sie ist auf der schiefen Ebene, gedrängt von den Unabhängigen und Spartakisten, ins Rutschen gekommen. Sie bringt ein vollkommen kommunistisches Steuerprogramm, das den berühmten Satz des alten Nihilisten Proudhon widerspiegelt: „Eigentum ist Diebstahl." Sie wird auch dadurch die Drängler von links nicht befriedigen. Nun greift sie zu ihrem letzten Mittel. Sie wirft den Wölfen ein Opfer vor die Füße, das sie zerreißen sollen. Dieses Opfer soll Ludendorff heißen. Einer unserer Besten. Durch die „Ludendorfferei" haben wir uns viereinhalb Jahre lang einer Welt von Feinden erwehren können; durch die „Scheidemannsucht" sind wir binnen sechs Monaten zu einem, wie Scheidemann es heute selber schildert, ruinierten Volke geworden.

Der feine Ton

Weimar, 27. März

Am Fuße des Goethe-Schiller-Denkmals vor dem Nationaltheater liegt noch immer der Kranz, den Herr Ebert den beiden

Zwangspaten seiner ersten Rede gewidmet hat. Auf der weimarischen schwarz-gelb-grünen Schleife stehen die Worte: „Genio loci. Der Reichspräsident.“ Herr Ebert weiß schon, was sich schickt. Dem „Geist von Weimar“, den er zuerst deutsch zitierte, kommt er nun auch noch lateinisch, nachdem er sich das hat erklären lassen. Aber der „Genius loci“ wendet sein Haupt mit Grausen. In die Nationalversammlung kommt er jedenfalls nicht, denn dort herrscht ein Ton, wie er selbst in den Tagen des Xenienstreites in Weimar nicht üblich war.

Nachdem der Herr Reichsfinanz den Notetat eingebracht hat, erklärt heute der Mehrheitssozialist Schulz den Ton, in dem gestern Scheidemann gesprochen habe, als durchaus würdig; dagegen sei es schaudervoll, höchst schaudervoll, wie — in der preußischen Landesversammlung der Abgeordnete v. Kardorff gesprochen habe. Es sei eine „niedrige Verdächtigung“, daß sozialdemokratische Agitatoren sich an öffentlichen Geldern vergriffen hätten. Kardorff wage es, Ehrenmännern ehrenrührige Vorwürfe zu machen! Schon der Zentrumsabgeordnete Mayer ist über den Ton, den Scheidemann gestern angeschlagen hat, offenbar anderer Meinung, zum mindesten rechtfertigten die Vorfälle in Berlin wahrhaftig nicht die große Erregung, sagt er, und nicht nur das Zentrum, sondern auch einzelne Demokraten rufen dazu ihr „Sehr richtig“, erheben auch keinen Widerspruch, als Mayer erklärt, die Sache mit dem Staatsgerichtshof werde man sich noch sehr überlegen. Es scheint, daß die Sozialdemokraten mit ihrer Auffassung über den guten Ton in allen Lebenslagen ziemlich alleinstehen. Sie allein sind es auch, die aus ihrem Knigge den formvollendeten Ausdruck „Frechheit“ dem Grafen Posadowsky entgegenrufen, als er ernst und unter dem zustimmenden Schweigen der übrigen Parteien erklärt: Deutschlands Zukunft verlange an der Spitze der Regierung einen Mann, der den Empfindungen der ganzen Nation gerecht zu

werden verstehe, nicht einen bloßen Parteiredner, der so geringschätzig und feindselig über einen Ludendorff spreche, dessen gewaltige Leistungen selbst die Entente anerkenne. Daß der alte Pachnicke, den die Demokraten vorschicken, in Scheidemanns Rede nichts Unwürdiges entdecken kann, ist bei ihm nicht verwunderlich. Er ist der einzige bürgerliche Redner, der sich hinter Scheidemann stellt, ohne zu bedenken, daß er dadurch auch seine Partei mit dem bösen Wort belastet, daß man die „Ludendorfferei" zu fassen wissen werde.

Ein Zwischenspiel Haase-Noske. Die Weise und der Text sind die alten geblieben. Haase erzählt anderthalb Stunden lang von den Erschießungen, die von Regierungstruppen vorgenommen worden seien, und schauspielert dabei fast Tränen. Er sollte doch aus der Geschichte wissen, daß man mit Franctireurs nie anders verfuhr. Die Spartakisten werden nicht als Kriegsgefangene behandelt, sondern an die Wand gestellt, weil sie eben keine kriegführende Partei sind. Noske antwortet in seiner kräftigen Art, auch nicht gerade im Hofgartenton, und wird wegen des Ausdrucks „Brandstifter", den er den Unabhängigen zuruft, vom Präsidenten gerügt. Frau Zietz erhält auch ihren üblichen Ordnungsruf, weil sie fortwährend „Lüge, Lüge!" kreischt, während Noske spricht. Die alten Weimaraner in den Logen recken die Hälse. So schlimm, meinen sie, sei es ja kaum im Raubtierkäfig im Zoologischen Garten. Dieses Tönchen sei ja furchtbar. Dazwischen ist es sogar zum Gruseln. Haase, der sich über den Ton des Majors v. Gilsa von neulich beklagt, droht deutlich mit der Guillotine in der nächsten Revolution. Es komme noch einmal der Tag, an dem Gilsa dieser Ton in der Kehle steckenbleiben werde!

Zum Scheidemann-Thema führt der Deutsche Volksparteiler Becker-Hessen zurück. Scheidemann habe auch unter dem Druck der Straße seinem persönlichen Haßempfinden gegen Ludendorff Ausdruck gegeben, aber Ludendorff werde

noch dann in der Weltgeschichte genannt werden, wenn man die Macher und Nutznießer der jetzigen Revolution schon längst vergessen habe. Wenn aber ein Staatsgerichtshof komme, so werde er vielleicht auch diejenigen vor die Schranken fordern, die durch die Revolution uns ins Unglück gestürzt hätten. Es ist zu Beginn der Rede Beckers sehr unruhig, weil die Erregung des Turniers Haase—Noske noch nachzittert. Allmählich wird es still. Scheidemann macht sich eifrig Notizen. Offenbar will er noch reden.

Er tut es auch. Aber man ist verblüfft. Er ist auf einmal ganz sanft und kleinlaut geworden, dieser Scheidemann, der gestern so zu brüllen, so mit der Faust auf den Tisch zu schlagen wußte, so ganz Volksversammlung spielte. Er habe gar nichts gegen Ludendorff, bewahre. Er sei sich auch keines besonders gehässigen Tones bewußt. Da sei der Ton anderer Leute doch ganz anders; und zum Beweise führt er Stellen aus — Flugblättern der Rechten an! Dieser famose Ministerpräsident ahnt also gar nicht, daß der „feine Ton", den man in Wahlflugblättern findet, doch wohl nicht derselbe ist, den man von dem leitenden Staatsmanne erwartet. Um seine Niederlage zu vollenden, wird nun auch durch den Abgeordneten Dr. Traub festgestellt, daß die von Scheidemann zitierten saftigen Ausdrücke wie „Stimmvieh" und dergleichen nicht von der Rechten gebraucht seien, sondern in einem Briefe stünden, den ein — sozialdemokratischer Arbeiter an den Grafen Posadowsky geschrieben habe. „Tableau!" pflegte man früher unter eine solche Szene zu setzen. Scheidemann schweigt.

Man könnte nun sagen: geschieht ihm schon recht. Gewiß. Aber es ist doch erschütternd, daß die Nationalversammlung nach wie vor Theater ist und Arena bleibt, in der die Klumpen nur so fliegen; erschütternd, daß vor ganz Deutschland und der Welt Klopffechterei in rüdem Tone getrieben wird, während Erdteile in Flammen stehen und Nationen am Ver-

hungern sind. Die Revolution versprach uns Frieden, Arbeit und Brot. Wenigstens für ihren Teil hätte die Nationalversammlung nun Arbeit leisten können. Statt dessen hat sie bisher eigentlich nur ein einziges Wörtchen entthront, das Wörtchen: unparlamentarisch. Bei dem jetzigen feinen Ton in Weimar ist nichts so unparlamentarisch, als daß es nicht schon längst parlamentarisch geworden wäre.

Es war einmal

Weimar, 28. März

Die Mannschaften der deutschen Hochseeflotte waren nicht abgekämpft wie die Infanteriedivisionen im Westen. Auch hatte Jan Maat immer noch die beste Verpflegung, besser als jedermann sonst im Deutschen Reiche. Es waren ausgeruhte und gutgenährte Leute, die da als Sozialdemokraten meuterten und unserer Wehrmacht den Todesstoß versetzten.

Am 21. November zog dann die vom Feinde nie besiegte deutsche Hochseeflotte in den englischen Pferch. Die Schlachtkreuzer tauchten als die ersten aus Nebelfetzen und Wintersonne hervor, die „Seydlitz“ und „Moltke“ und „Hindenburg“ und „Derfflinger“ und „Von der Tann“, die Künder preußischen und deutschen Heldentums aus vier Jahrhunderten. Danach liefen die schwimmenden Stahlburgen der „Kaiser“-Klasse und die übrigen größten und neuesten Linienschiffe in den Firth of Forth ein, weiter eine Anzahl kleiner Kreuzer, darunter die „Emden“ mit ihrem in der Kriegsgeschichte unvergeßlichen Namen, zum Schluß unsere beste Torpedobootsflottille, alles schnurgerade gerichtet und schreckenerregend noch

auf dem letzten Gang in die Schmach. Auf dem englischen Admiralsschiff, das die deutschen Panzer passieren ließ wie der Riese Polyphem seine Hämmel, wehte die von unseren Granaten zerfetzte Flagge des „Lion", der in der Skagerrakschlacht gesunken war, und um 4 Uhr nachmittags ging unsere eigene schwarz-weiß-rote Flagge mit dem Eisernen Kreuz auf allen 70 deutschen Schiffen für immer nieder.

Daß damals dem Kaiser nicht das Herz brach, das ist schier übermenschlich. Noch nie hat ein Volk seinem Machtmehrer so schmählich das Lebenswerk zerschlagen. Daß damals ganz Deutschland nicht aufschrie, während wir anderen noch draußen im Felde waren, das verstehen wir noch heute nicht. Der moralische Zusammenbruch einer Nation ist doch das furchtbarste.

Heute kann niemand an den Wiederaufbau der Flotte denken. Wir können nur aus den Trümmern die treugebliebenen deutschen Männer unserer Seemacht hervorholen, jene von der Etappe — mehr war ja die Hochseeflotte zuletzt nicht — verratenen Frontkämpfer, die Besatzungen der U-Boote und andere, denen die Schmach auf der Seele brennt, die uns damals angetan wurde. Was seither mit übernächtigen blassen Großstadtgesichtern als Blaujacken um unsere Häuser schlich, das sind geringstenteils wirkliche Seeleute, ja nicht einmal jene Berliner Metallarbeiter, die, auf der Flotte eingestellt, als Pioniere der Sozialdemokratie sie revolutionierten. Diese Pseudoblaujacken des Spartakismus sind ja nur verkleidet, sind der Abschaum von den Hamburger Fleeten, das Menschenkehricht aus dem Berliner Scheunenviertel. Nun will man wieder richtige Seeleute, wie sie jetzt schon als Freiwillige zu Lande im Innern Deutschlands und jenseits der Ostmark für die Sicherung unseres Vaterlandes kämpfen, als geordnete Truppen zusammenfassen. Man will dadurch auch die nötigen Fachleute wieder beisammen haben,

die unser Vermessungswesen aufrechterhalten, an unseren Seekarten weiterarbeiten, unsere Hochseefischerei bewachen. Aber eine Flotte bekommen wir dadurch nicht, bestenfalls retten wir die Überlieferung für unsere Urenkel, hüten wir den keimfähigen Kern, aus dem nach Menschenaltern wieder etwas zu Deutschlands Ehre erwachsen kann. In allen drei Lesungen wird der Gesetzentwurf über die Marinereichswehr angenommen: man stimmt ihm zu, ohne Begeisterung, still, gedrückt, mit der Pflichtmiene der Hoffnungslosen.

Die Angst

Weimar, 29. März

Den Fries im Theaterfoyer zu Weimar entlang wälzt sich eine Schar brauner Jünglingsleiber. „Die Gebrüder Mockturtle in ihren luftakrobatischen Produktionen" nennt der Spötter diese genialen Attzeichnungen Sascha Schneiders. Was sie mit dem Theater zu tun haben, weiß man nicht recht, und für die Nationalversammlung passen sie noch weniger. Aber ein anderes, viel bekannteres Bild Schneiders würde heute als Symbol am Platze sein: „Das Gefühl der Abhängigkeit". Mit schlaff herabhängenden Armen, die von Ketten beschwert sind, steht da der Mensch einem Moloch gegenüber, vor dem es kein Entrinnen gibt. Dieser Mensch ist unsere heutige Regierung, wie sie leibt und lebt.

Gelegentlich rasselt Scheidemann mit den Ketten, ohne deshalb heroisch zu wirken, und erhebt ein Gebrüll, ohne dadurch über seine Abhängigkeit hinwegzutäuschen. Die Angst sitzt ihm im Genick. Aus Angst weicht er Schritt um Schritt vor dem Votum der Straße zurück. Die Sozialisierung wird

als spätere Sorge beiseite geschoben; und gleich darauf aus Angst angenommen. Das Rätesystem wird als verfassungswidrig abgeschafft; und gleich darauf aus Angst in der Verfassung bestätigt. Die Herren um Haase brauchen nur zu winken. Aber auch wenn irgend jemand im Vorbeigehen in Berlin dem General Ludendorff die Hand schüttelt, knickt Scheidemann in Weimar in den Kniekehlen zusammen und sucht durch Schreien die eigene Nervosität zu beschwichtigen. Die bolschewistische Regierung in Ungarn schickt ihren Freunden in Berlin ein Telegramm, das recht unverblümt zur gewaltsamen Beseitigung der heutigen deutschen Regierung auffordert, ein Telegramm, das jede Regierung wegen Aufreizung zum Hochverrat konfiszieren müßte. Aus Angst läßt man es durchgehen und verbreitet es sogar in der Presse. Vielleicht nennt man das Meinungsfreiheit, vielleicht gar einen staatsmännischen Akt, weil nun die Franzosen sehen könnten, wie bedroht der gute Scheidemann sei, mit dem sich doch besser leben lasse als mit den Bolschewisten?

Aus Angst vor Unpopularität ist die Vorlage, wonach der Reichspräsident 1,2 Millionen Mark jährlich erhalten sollte, verändert worden. In diesmal wirklich weitesten Kreisen des Volkes versteht man es nicht, daß Ebert so viel haben soll, während Poincaré nur die Hälfte, Wilson nur ein Drittel dieser Summe bezieht. Flugs sind in dem Etat, der heute vom Hause beraten wird, 600 000 Mark daraus geworden. Auch das ist noch weit mehr, als unserer Finanzlage und den bisherigen Lebensansprüchen des jetzigen Reichspräsidenten entspricht.

Am wenigsten Angst in dem Regierungskollegium hat immer noch Noske. Auch heute findet er kräftige Worte wider die unglaubliche Verschleuderung von Reichsmitteln zugunsten von Arbeitern, die nicht arbeiten, und Soldaten, die nur herumlungern. Aber die anderen haben gerade vor Noskes

Courage Angst. Am meisten vielleicht davor, daß, wenn der Vulkan bei uns wieder zu speien anfängt und alles Leben in feuriger Lava zu ersticken droht, die Nationalversammlung am Ende auf den Gedanken kommen könnte, Noske zum Diktator zu machen.

Man hört schon das unterirdische Grollen und Rumoren dieses Vulkans. Die innere und äußere Lage ist zum Bersten gespannt. Da nun nach unserer neuen Verfassung alle Gewalt beim Volke liegt, aber nicht bei der Straße, sondern bei der geordneten Vertretung des Volkes, so müßte eigentlich die Nationalversammlung sich in Permanenz erklären. Diese Alarmbereitschaft wäre das natürlichste. In den nächsten Tagen kann die Regierung vor den folgenschwersten Entschlüssen stehen. Aber sie hat Angst davor, daß sich in der Nationalversammlung beherzte Männer finden könnten, — beiläufig bemerkt, ganz unbegründete Angst; sie will lieber ohne diesen Aufsichtsrat verhandeln. So hat denn das Kabinett Scheidemann bei seinen Mehrheitsparteien eine Vertagung des Plenums durchgedrückt, die heute trotz der eindringlichen Warnung, die Abgeordneter Schulz-Bromberg namens der Opposition vorbringt, auch beschlossen wird. Erst einen Tag nach dem Rätekongreß in Berlin tritt man in Weimar wieder zusammen. Oder auch nicht. Man kann nicht wissen.

Man weiß nur eines: es geht etwas vor. Man weiß nur nicht, was. So stehen denn die Herren Möchtegern und Kannnicht um Scheidemann leicht schlotternd da und sehen, soweit sie noch Haare haben, mit gesträubten Haaren der Entwicklung zu, die sie um das letzte Vertrauen im Volke bringt. Die politische Unbildung und staatsmännische Unfähigkeit der Regierung würde man ihr noch vergeben, aber ihre Angst ist vernichtend. Voll Grauen sieht sie dem Moloch in das geöffnete Maul. Und stürzt sich wie hypnotisiert wohl gar hinein.

Milliarden hin, Milliarden her

Weimar, 9. April

Als Preußen in den Befreiungskrieg gegen Napoleon eintrat, hatte es nur ganze zweitausend Taler in der Staatskasse, die sich erst allmählich mit freiwilligen Opfern füllte; das war jene bescheidene Zeit, in der eine Gräfin Keyserlingk mit einem seidenen, einem wollenen und drei Kattunkleidern als Hofdame jahrelang auskam und dem reichen Stuttgarter Buchhändler Cotta frevelhafter Luxus vorgeworfen wurde, weil er sich ein Kanapee statt des herkömmlichen soliden Großvaterstuhls gekauft hatte. In dem seither verflossenen Jahrhundert ist alles pomphaft und zuletzt gigantisch geworden, und heute, wo der Reichsfinanzminister Schiffer in kaskadenartigem Wortschwall die Nationalversammlung mit den Zahlen unseres neuen Reichshaushaltes überschüttet, blitzen in jeder Wortperle Milliarden und immer wieder Milliarden. Der Krieg hat uns 146, nein, 153 Milliarden gekostet. Wir müssen 9, nein, 19 Milliarden Steuern aufbringen, ungerechnet das, was noch der Gegner von uns haben will, und unsere Schatzanweisungen auf einen nicht mehr vorhandenen Schatz sind in den letzten beiden Monaten um fast $5^1/_2$ Milliarden erhöht worden, und unsere winzige augenblickliche Wehrmacht kostet uns gegenwärtig 2 Milliarden monatlich, also mehr als früher im Frieden in einem ganzen Jahr. Und — und — „Nachbarin, euer Fläschchen!“

Nicht nur den Stenographen der Nationalversammlung bricht bei Schiffers sprudelnder Rede der Angstschweiß aus, sondern auch den Abgeordneten, über die der kalte Sprühregen in so eiligen Windstößen niedergeht. Milliarden, Milliarden, Milliarden! Hie und da hat man eine Zahl, ehe

sie von neuen Zahlen überstürzt wird, hält sie fest in der ganzen Spritzflut und stellt sie sich vor. Da sieht man, daß erstens unsere Republik geradezu irrsinnig teuer arbeitet und daß zweitens der ganze Etat auf völlig willkürlichen Schätzungen beruht, die schon morgen prasselnd zusammenbrechen können. Nichts steht fest. Nur das eine oder andere Bildhafte können wir im Fluge erhaschen, so das Heldentum des staatserhaltenden Zigarettenrauchers, der 1914 erst 42,7 Millionen, 1918 aber schon weit über eine halbe Milliarde Mark Steuern für sein Rauchkraut bezahlt hat, während umgekehrt die Bier- und Branntweintrinker — und sie täten es doch so gerne den Rauchern gleich — 1918 nur etwa den zwanzigsten Teil dessen zu den Reichskosten beigesteuert haben, was sie 1914 entrichteten. Wenn nichts da ist, kommen nämlich auch keine Steuern ein, lehrt uns dieser Vorgang. Ohne Schnaps keine Schnapssteuer, ohne Vermögen keine Vermögenssteuer, ohne Einkommen keine Einkommensteuer mehr, und wenn es so fortgeht wie bisher, haben wir bald weder das eine noch das andere, noch das dritte. Mit solchen simplen Wahrheiten gibt freilich Schiffer sich nicht ab, wenn er auch einen zu nichts verpflichtenden beifallhaschenden kleinen Hieb auf die unvernünftige Sozialisierung nicht zurückhält. Das kann er sich heute gönnen. Seit die Regierung zu ihrer eigenen Überraschung erfahren hat, daß im Berliner Rätekongreß nicht die Unabhängigen die Mehrheit haben, sind ihr die schlotternden Beinkleider wieder stabil geworden. Sie trägt die Nase ein Loch höher und findet wieder die große Geste. Milliarden hin, Milliarden her. Wenn wir arbeiten, schaffen wir alles. Ja, wenn.

Der Reichsfinanzminister jongliert mit seinen Vorder- und Nachsätzen; fliegt der eine empor, fällt der andere herunter. Die Neuordnung verlange ein vergrößertes Beamtenheer, aber wir müßten sparsam sein. Wir müßten zusehen, daß wir den Beamtenstab verringerten. Aber der einzelne Beamte

solle nicht etwa mit mehr Arbeit überlastet werden. Hinter jedem Grundsatz ein Aber, hinter jedem Milliardenplus ein Fragezeichen, so sprudelt die Rede daher, ohne den Hörer zur Besinnung kommen zu lassen. Erst nachher empfinden wir die ungeheuere Leere und den blutigen Hohn, den heute „Ersparnisse" bedeuten. Minister ohne Dienstwohnung bekamen früher 20 000 Mark Mietsentschädigung, und Herr Schiffer protzt damit, daß man ihnen heute nur 10 000 Mark geben wolle, wenn sie keine besonderen Aufwendungen dafür machen. Aber die Zahl der Minister ist, da die hungrigen Parteilöwen sich in großer Menge melden, in Wirklichkeit so vermehrt worden, daß wir gesteigerte Ausgaben auch bei diesem Titel haben. So wachsen aus kleinen Beträgen die Milliarden. Demnächst kommt das Reich auf 200 oder 250 oder 300 Milliarden Mark Schulden — oder sind es Billionen oder Trillionen? Uns packt der Graus. Und wir haben den Eindruck, daß diesen uns anglotzenden Milliarden weder der Reichsfinanzminister noch einer seiner Regierungskollegen gewachsen ist.

Die Psyche des Parlaments

Weimar, 10. April

Wenn Reden Taten wären, so hätte die Nationalversammlung mit ihrem heutigen Tagewerk, in dem sie den Riesenetat in erster Lesung erledigt und dem Ausschuß überwiesen hat, Rühmliches geleistet. Aber Reden sind eben keine Taten. Die Weltgeschichte wird nicht in Parlamenten gemacht. Parlamente sind nicht schöpferisch, sie haben eine durchaus weibliche Psyche und verarbeiten nur, was von außen zu ihnen kommt. Der alte Reichstag ließ sich ein halbes Jahr vor dem

Kriege durch Artikel eines in Zabern zweimal wöchentlich erscheinenden Käseblättchens hypnotisieren und verfiel in hysterische Krämpfe. Die neue Nationalversammlung ist ebensowenig männlicher Natur. Sie läßt sich willenlos befruchten und bringt schließlich gehorsam die Sozialisierung wie den Räterat und in Zukunft vielleicht noch ganz andere Dinge zur Welt, die ihr ursprünglich als Greuel galten. Die schönen Reden vorher sind daher ganz belanglos. Geredet ist auch über Gewaltfrieden und Rechtsfrieden unendlich viel; aber getan hat die Nationalversammlung bisher nichts gegen Vergewaltigung, sondern hat ihrem regierenden Ausschuß jede Nachgiebigkeit in Spaa und in Trier stets genehmigt. Nun wird — echt weiblich — hinterdrein lamentiert. Scheidemann und Brockdorff und Payer sind darüber einig, daß wir nicht um Zollbreite über die Wilson-Punkte uns hinauszerren lassen dürfen. Auch der Pfälzer Pfeiffer, der deutsche Hellene im römischen Zentrum, hält eine so begeisternd nationale Rede, daß sie im Wärmegrad sich gar nicht von den Ausführungen des Ostmärkers Schulz-Bromberg unterscheidet, und der ist doch wirklich die hellste und freudigste Preußentrompete im Hause. Nicht einmal zwischen Rießer und Hoch gibt es über diese Dinge einen wirklichen Meinungsunterschied. Während sonst bei Etatsdebatten die sogenannten Katalogredner unermüdlich von hundert Zetteln hundert verschiedene Themen aufnehmen, von der Soldatenmißhandlung auf die Tiefseeforschung, von der Sonntagsruhe auf die Malzgerste, vom Statistischen Amt auf den römischen Grenzwall kommen, gibt es heute doch den einen roten Faden: den Verständigungsfrieden. Eine gemeinsame Entschließung des Hauses, von der sich unter lebhaftem „Pfui“ und „Raus“ der übrigen nur die Unabhängigen ausschließen, verlangt ihn von der Entente.

Was der Unabhängige Seger mit stierem Fanatismus in einer langen Rede vorbringt, das wird verlacht. Man ist

manchmal empört, manchmal nur belustigt. Das alte Bild. Die Nationalversammlung tut so lange schnippisch oder höhnisch, bis sie dem Vergewaltiger eines schönen Tages erliegt. Die Unabhängigen gehen aufs Ganze. Die Nationalversammlung mitsamt der Regierung aber taumelt von Halbheit zu Halbheit. Noch erklärt Scheidemann heute mit vollem Brustton sich gegen das Rätesystem und versichert, er werde nicht umlernen, aber Seger leiert eintönig — und so unbeirrt wie ein Schlafwandler — seinen Sang von dem nahen Siege des Weltbolschewismus herunter. Scheidemann werde schon noch umlernen. Kurz vor dem Kriege noch sei er gegen den Krieg gewesen und habe dann am 4. August schnell umgelernt. Im Kriege habe er nach deutschen Siegen erklärt, derjenige sei ein Narr, der nicht an ein Verrücken der Grenzsteine glaube, und später habe er jeden Annexionsgedanken abgewiesen. Kurz vor der Revolution habe er ein Regierungsprogramm gegen die Revolution mit entworfen und sie nachher doch mitgemacht. So wirft Seger spachtelweis seine Farbentupfen auf die Leinwand, und Herr Scheidemann wird immer deutlicher, wird greifbar ähnlich. Es ist aber nicht recht, ihn allein so zu malen. Die ganze Regierung, das ganze Parlament ist so. Willenlos vor jedem Dränger. Bismarck sagt in seinen Erinnerungen, Parlamente seien stets auch leichter zu betrügen als Monarchen, einzig und allein den russischen Zaren vielleicht ausgenommen. Geradezu ein Muster dafür sei das englische Unterhaus, das noch durch jedes Blaubuch sich habe einwickeln lassen. Am klarsten spricht heute vielleicht Graf Brockdorff-Rantzau, dessen Programm zur Reform des auswärtigen Dienstes so vernünftige Gedanken enthält, daß das Geschwätz der Unberufenen über diesen Punkt nun hoffentlich aufhören wird. Er will das „Regional-System“ einführen, für jedes Land einen besonderen Stab, der dauernd dieses Gebiet bearbeitet, während wir bisher auf

Materien die Beamten verteilten und die Herren der Außenposten häufig versetzten. Also endlich einmal die Aufzucht von Fachleuten! Die Engländer machen es längst so. Sie schicken einen konsularischen Lehrling nach Siam, und er bleibt sein Leben lang da; und es wird ihnen nicht einfallen, einen alten Konsul aus Baku plötzlich nach Tunis zu schicken, — wenn er mit dem Petroleum gut Bescheid weiß, läßt man ihn nicht auf Datteln und Phosphate los.

In unseren Parlamenten kann man leider nicht darauf rechnen, Leute von Fach hereinzubekommen. Daher die dumpfe Ungeduld der Massen. Man ist der Nichts-als-Redner satt. Man spricht vom Rätesystem, das helfen soll und doch vielleicht vollends unser Ruin wird, weil es mit Bolschewismus und Diktaturgelüst auftritt, während ein Ständehaus mit Räten aller schaffenden Berufe uns von jenem parlamentarischen Elend, das unverändert aus der vormärzlichen Demokratie herübergekommen ist, erlösen könnte. Aber das begreifen vorerst nur einige Abgeordnete der Opposition. Die anderen lachen, lärmen, rufen Pfui, markieren aufrechte Haltung gegenüber der Konkurrenz und erliegen doch jedem Vergewaltiger, der von der Straße kommt.

Krisengerüchte und Kleinigkeiten

Weimar, 11. April

Schiffer wird ausgeschifft, heißt es in Weimar, und wie lange seine Ministerkollegen noch im Regierungskahn bleiben, wisse kein Mensch. Kann sein, kann auch nicht sein. Manchmal werden Krisengerüchte nur deshalb in die Welt gesetzt, um eine Gegenwirkung hervorzurufen und die bereits Wanken-

den zu stützen. Auf alle Fälle wird aber im Schlosse heute schon eine Leichenfeier veranstaltet. Scheidemann lädt dazu ein. Die Politiker und die Pressevertreter sollen hinkommen; die meisten werden sich das wohl nicht zweimal sagen lassen, zum mindesten in der Hoffnung, bei einer Flasche Wein alles zu erfahren, was hinter den Kulissen sich zusammenbraut. Daß Schiffer außerordentlich nervös ist, hört und sieht man jedesmal, wenn er auftritt. Ein überragendes Talent, das man schmerzlich vermissen würde, ist er auch nicht, obwohl er seinen demokratischen Parteigenossen dadurch imponiert, daß er mit rasender Zungengeläufigkeit seine freisinnigen Leitartikel spricht. Der Reichshaushaltsplan jedenfalls, für den er verantwortlich zeichnet, ist die leichtfertigste Arbeit, die wir je erlebt haben. Übrigens nicht nur Schiffer allein drückt die Knie nach der Heimat durch, auch anderen Demokraten und Zentrumsleuten im Kabinett ist die Lage nicht geheuer. Vielleicht geht sogar den Sozialdemokraten allmählich eine Ahnung von ihrer Unzulänglichkeit auf. Aber die Optimisten erwarten heute abend im Schlosse bestimmt das Wunderwirken des großen Politikers namens Syndetikon: klebt, leimt, kittet alles.

Bei einer Kleinigkeit ist heute im Nationaltheater die Regierungsmehrheit schon auseinandergeborsten. Die sogenannte Sommerzeit, die in Großstädten 7—8 v. H. Kohlenersparnis bedeutet, auf dem Lande aber nahezu eine Unmöglichkeit ist, da die Milchkühe sich gegen Nachtlieferung erklärt haben, sollte auch heuer wieder eingeführt werden. Diesen Gesetzentwurf lehnt das Haus mit einer Mehrheit aus sämtlichen Parteien ab. Eine Stunde früher aufstehen und in der lieben Sonne sich tummeln, ist sehr schön, wenn man ordentlich frühstücken kann, nur für die Imitation eines Ersatzes von Kaffeezusatz aber verlohnt das nicht. „O mordet nicht den heil'gen Schlaf!" heißt es im Wallenstein. Also die Sommerzeit

kommt nicht, man ist dagegen. Einmütig für einen Regierungsentwurf ist das Haus bei der Besprechung der Vorlage, die Vorbereitungszeit unserer jungen Juristen, soweit sie Kriegsteilnehmer sind, auf der Universität und nach der Universität bis zur Assessorprüfung erheblich zu verkürzen. Der Justizminister Landsberg verkündet dabei unter großer Aufmachung, daß in seinem Ressort ein gewaltiges Werk der Vollendung sich nähere, die Neuregelung unseres Strafrechtes; das sei der beste Beweis dafür, daß der deutsche Geist nicht gelitten habe. Gewiß nicht. Gleichzeitig ist aber anscheinend die sowieso schon nicht geringe Reklamesucht der republikanischen Minister ins Schwindelnde gewachsen. Herr Landsberg hätte sonst erklären müssen, daß die Hauptarbeit an der Strafrechtsreform in langen Jahren vor dem Kriege und vor der Revolution geleistet worden ist und daß jetzt nur der Abschluß erfolgt.

Mitgegangen, mitgefangen

Weimar, 12. April

Man könnte meinen, daß im Kabinett vollkommene Herzeinigkeit herrsche, denn alles sitzt traulich auf der Ministereistrade beisammen, auch Saul unter den alttestamentarischen Propheten, nämlich Schiffer zwischen Landsberg und Preuß. Aber es ist trotzdem wahr, daß er gehen will. An ihm hat sich die Tragödie bereits vollendet, in der manche Weggenossen noch ringen. Dieser ehedem nationalliberale Abgeordnete, der mit dem Großadmiral v. Tirpitz zusammen feurige Vorträge für die Vaterlandspartei hielt, paßt in die jetzige Regierung so hinein wie ein Metzgermeister in den Vorstand

des Vegetarievereins. Aber es half ihm eben nichts mehr, sobald er sich von den Demokraten hatte einfangen lassen. Nach dem 9. November ist es manchem Ehrgeizigen und manchem Idealisten so gegangen: in der von der goldenen Internationale mit reichen Propagandamitteln ausgestatteten demokratischen Partei sahen sie „die" Partei der großen und großdeutschen Zukunft und beeilten sich mit ihrem Anschluß. Einige Wochen später waren sie schon Galeerensklaven der Sozialdemokratie und mußten das Staatsschiff zum fürchterlichen Strudel unserer Tage hinrudern. Jetzt kann Schiffer seine politische Kurzsichtigkeit büßen. Mitgegangen, mitgefangen! Als alter preußischer Justizbeamter weiß er, was die sinnlose heutige Sozialisierung bedeutet, und hat sie trotzdem mitmachen müssen. Nun wird ihm, er weiß nicht wie. Mit Todesverachtung hat er auf unseren Finanzwirrwarr noch einen Reichshaushalt gestülpt, der keinen einzigen großen Gedanken enthält, zwischen den Zeilen und Ziffern vielmehr das Bekenntnis vollkommener Ratlosigkeit erkennen läßt. Da geht er hin und möchte sich am liebsten einen Strick kaufen. Es hat ihm jedes politische Ahnungsvermögen gefehlt. Nun hat er seine große Zukunft — hinter sich.

Inzwischen wird mit zum Bersten gespannten Muskeln und Sehnen die Galeere weitergerudert auf Scylla und Charybdis zu. Man sozialisiert heute den Kalibergbau allerdings noch nicht ganz, vielmehr schafft man nach berühmtem Muster eine „Republik mit dem Großherzog an der Spitze", nämlich man beläßt das Kalisyndikat in seiner Tätigkeit, weil kein Arbeiterbetriebsrat und keine Bureaukratie die kaufmännischen Beziehungen zum Auslande so pflegen könnten. Wir sind auf die Ausfuhr unserer Kaliindustrie angewiesen. Sie ist eines der wenigen werbenden Geschäfte, die wir noch haben. Ihr droht jetzt neuer Wettbewerb durch die Gruben in Elsaß-Lothringen, die in den Händen der Franzosen sind —

für immer in ihren Händen, wie der Regierungsvertreter in seiner Rede durchblicken läßt, wogegen der deutschnationale Abgeordnete Behrens leidenschaftlichen Widerspruch erhebt noch sei das Reichsland nicht französisch, noch müßten wir die freie Selbstbestimmung der Völker verlangen. Unter Berufung darauf, daß die Löhne der Bergleute sehr gestiegen seien, erhöht die Vorlage auch wiederum die Preise der Kalisalze, so daß sie gegen 1911 verdoppelt und verdreifacht sind. Unser Ackerbau muß dieses notwendige künstliche Düngemittel also wiederum teurer bezahlen, und das verteuert uns wiederum Brot und Fleisch, Fett und Gemüse. Die ewige Schraube. Mit hervorquellenden Augen starrt die Regierung auf die Schraube, weiß sich aber keinen Rat.

Dieselbe Regierung verlangt noch besondere Vollmachten für ihre Unfähigkeit. Ein Ermächtigungsgesetz ist eingebracht, das dem Kabinett gestatten soll, Verordnungen mit Gesetzeskraft zu erlassen, ohne die Genehmigung des Parlaments dazu einholen zu müssen. Herr Preuß findet dafür nur die armselige Motivierung, es käme doch zum Beispiel vor, daß Heeresgut verschleudert werde, und da müsse die Regierung sofort eingreifen können. Du lieber Himmel. Da pflegte früher nur die Polizei einzugreifen, und die Halunken kamen hinter Schloß und Riegel. Heute aber wird von einer demokratischen Parlamentsmehrheit der ganz undemokratische Beschluß verlangt, der Regierung diktatorische Vollmachten zu geben. Den wirklichen Demokraten bricht dabei vielleicht der Angstschweiß aus so wie einst dem alten Abgeordneten Träger, als er dem Bülowblock zuliebe sich für das Vereinsrechtskompromiß breitschlagen ließ. Aber mitgegangen, mitgefangen. Es hilft nichts. Die schmählichste Zumutung an die bürgerlichen Parteien, die auch noch auf der heutigen Tagesordnung steht, ist schließlich die Vorlage, die den 1. Mai als Feiertag des revolutionären Proletariats für das ganze Volk

gesetzlich festlegen will. Warum nicht auch gleich Eberts Geburtstag oder Liebknechts Todestag oder den Tag der Auslieferung der deutschen Hochseeflotte? Unter den Galeerensklaven gärt es; sie reißen murrend an ihren Ketten. Da wird denn schon um 2 Uhr die Sitzung abgebrochen. Bis Montag hofft die Regierung, ihre Sträflinge für den Maitag kirre machen zu können. Es ist nichts mit dem Sklavenaufstand. Der einzelne kann, wie Schiffer, in der Verzweiflung die Arbeit verweigern, sich krankstellen und von der Ruderbank gelöst werden, die Partei aber muß mitsamt den Schiffsherren in den gähnenden Strudel.

Regierung und Ernährung

Weimar, 14. April

Von einer Frauenzeitschrift wurde einmal die Preisfrage gestellt, wie die Gattin sich am besten die Liebe ihres Mannes erhalte. Den ersten Preis erhielt die kurze Antwort: „Füttert die Bestie gut!"

Es ist ungefähr das gleiche, was wir heute in der Nationalversammlung hören, wo eine sozialdemokratische Interpellation über die Verteilung der ausländischen Lebensmittel dem Ernährungsminister Robert Schmidt die verabredete Gelegenheit geben soll, um der Regierung Liebe und Vertrauen im Volke zu werben. Gebt uns gut zu essen, dann wird alles gut, sagt die Linke, am bestimmtesten der Unabhängige Wurm, der als konsequenter Materialist alles Übel auf die Unterernährung schiebt und über die politischen Streiks und Gewalttaten seiner Leute den Mantel parteitaktischer Nächstenliebe und die sieben Schleier Salomes wirft. Je

weiter nach rechts, desto deutlicher klingt noch ein anderes Motiv in die Besprechung hinein: wer nicht arbeitet, der soll auch nicht essen! Der Deutsche Volksparteiler Dusche sagt es klar heraus, woran unser jämmerlicher Wirrwarr liegt, — an der Verschleuderung unserer Habe durch die Revolution und an dem Durchfüttern der arbeitsscheuen Arbeitslosen der Großstadt. Man solle sie lieber allesamt zur Landarbeit hinausschicken.

„Sollen sie in Ställen wohnen?“ ruft ein Genosse dazwischen. Gewiß, eine Stadtwohnung mit der Kneipe im Parterre, dem Musikcafé nebenan und dem Kientopp gleich um die Ecke fänden die Herren Arbeiter auf dem Dorfe nicht, aber wo unsere sogenannten Jungmannen, fast durchweg Gymnasiasten der Prima und Sekunda, Söhne wohlhabender und gebildeter Familien, im vergangenen Jahre fröhlich und dankbar bei ihrer Landarbeit Unterschlupf fanden, da könnten auch die Herren Arbeiter zufrieden sein. Wenn wir im Felde nur immer solche Unterkunft gehabt hätten! Die jungen Offiziere, die jahrelang in Unterständen und Granattrichtern gehaust haben, gehen jetzt nach ihrer Verabschiedung in Scharen aufs Land und arbeiten dort als Knechte für Verpflegung und zwei Mark täglich. „Sind die dumm!“ sagt der Berliner Arbeitslose.

Die Sozialdemokratie hat eben jahrzehntelang ihren Leuten das Schlaraffenland für den Zeitpunkt versprochen, wo sie an die Regierung komme, und da wartet nun alles auf die gebratenen Tauben und die Spanferkel mit Messer und Gabel im knusperigen Rücken. Arbeit? „Wer die Arbeit kennet und sich nicht drückt, der ist verrückt!“ schrieben die Genossen 1918 an der Front überall mit Kreide an und nassauerten als „Versprengte“ in der Etappe.

Das ist der wahre Grund unseres Elends, daß Hunderttausende ein Schlaraffenleben als ihr gutes Recht verlangen

und die Regierung, die jetzige rote republikanische Regierung, als Volksverräter hinstellen, weil sie es nicht schaffe. Der regierende Genosse Robert Schmidt weiß das natürlich auch. Wie gerne fütterte er die Bestie gut! Aber alles scheitert am Nichtarbeiten. Wir haben, wie er erzählt, 94 Millionen Doppelzentner Zuckerrüben erzeugt, eine Menge, die vollauf genügen würde, um uns mindestens so viel Zucker wie im Vorjahre zu sichern. Aber es fehlt an Arbeitern und an Kohle auf dem Lande und in den Zuckerfabriken, so daß ein großer Teil der Rüben verfüttert werden mußte oder ganz verdorben ist. Das Weiterfaulenzen verschlechtert ferner unsere Valuta, so daß wir von Tag zu Tag größere Beträge unseres entwerteten Geldes zur Zahlung brauchen: das amerikanische oder chinesische Fett, das zu 4,50 Mark abgegeben werden sollte, wird 6 oder 7 Mark oder noch mehr kosten. Robert Schmidt klagt die Massen an, daß sie unser ganzes Volk dem Hungertode entgegenführen. Kein konservativer Minister hat den Massen je so schonungslos die Wahrheit gesagt wie dieser Sozialdemokrat, der nun von der Regierungsbank aus die Welt natürlich ganz anders sieht als früher aus der Froschperspektive des verantwortungslosen Agitators.

Aber die Wahrheit sagen und das Rechte tun, ist noch nicht dasselbe. Gesprochen, auch gut gesprochen, wird in der Nationalversammlung zentnerweise; ein Gramm Taten wäre mehr.

Die unselige alte Schichtung unseres Parteilebens verleugnet sich übrigens auch in der heutigen Debatte nicht. Die Linke gefällt sich in allerlei Spitzen gegen die Agrarier, worunter heute schon jeder Landwirt bis zum kleinen Bauern herab verstanden wird. An denen liegt aber die Schuld wahrhaftig nicht. Auf dem Lande hat jedermann von Sonnenaufgang bis zur sinkenden Nacht zugepackt und für Deutsch-

land gearbeitet. Wir hatten 1918 eine so gute Getreideernte, daß nicht ein einziger Sack fremden Mehles nötig gewesen wäre, daß wir bis zur nächsten Ernte mit eigenem Vorrat durchgehalten hätten. Da aber kam „das blutige, kronenlose Tier aus dem Abgrund", wie die Offenbarung Johannis es schildert, und alles ward verschleudert und verludert.

Dieselbe Bestie sperrt nun den Rachen wieder auf. Füttert sie gut, ihr Männer vom 9. November, sonst verschlingt sie euch.

Das Friedensfest

Weimar, 15. April

Nachdem unsere heute regierenden Herren die Aufgabe, uns Frieden und Freiheit und Brot zu bringen, so glänzend gelöst haben, können sie heute in Ruhe an die äußere Umformung gehen. An der Fassade des Deutschen Reiches und der Einzelstaaten darf nichts mehr an das Gewesene erinnern. Von den neuen Fünfzigmarkscheinen ist jedes der früher die Reichsgewalt darstellenden Embleme verschwunden; an Stelle der Kronen und Adler ist ein stilisierter Bandwurm getreten. In Bayern hat man es sich leichter gemacht und auf allen Klischees einfach dem Wappentier die Krone weggestemmt, wobei natürlich der obere Teil des Kopfes mit daran glauben mußte. So prangen denn an der Spitze der „Staatszeitung" in München jetzt zwei hirnlose Löwen. Aber unsere regierenden Herren sind nicht etwa nur im Niederreißen groß. Sie sind auch schöpferisch bemüht. So haben sie uns, um einem fühlbaren Mangel abzuhelfen, einen neuen Feiertag beschert. Die alte sozialdemokratische Maifeier wird verstaatlicht.

Selbstverständlich bedeutet dies das Aufpflanzen eines Geßlerhutes. Das deutsche Bürgertum soll seine Reverenz davor machen, soll barhäuptig und mit gebogenem Rücken die neue Herrschaft anerkennen. Früher war das Blaumachen am 1. Mai eine Demonstration für den Achtstundentag. Der Achtstundentag ist nun eingeführt. Damit ist, so könnte man meinen, der Zweck der Demonstration erreicht, die Maifeier fortan überflüssig geworden. Aber nein, es wird ein Zwangsfeiertag für alle Bürger eingeführt, was nicht einmal der Sedantag der „Mordspatrioten" früher war und der Geburtstag des Kaisers nur in bescheidenem Umfange. Dieses Siegeszeichen der Roten aber hilft eine bürgerliche Partei aufrichten: die Deutsche Demokratische Partei.

Nur will sie das Dekorum wahren. Sie hat mit der sozialdemokratischen Regierung, die grausam lächelnd zustimmt, vereinbart, daß die Sache einen harmlosen Titel haben müsse. Man will ein Weltfriedensfest, ein Völkerverbrüderungsfest, ein internationales Arbeiterschutzfest daraus machen. In diesem ersten Jahr könne man eine Kundgebung für Freilassung der Kriegsgefangenen und dergleichen damit verbinden. Mein Gott, nur nicht schwerfällig sein. Es heißt nicht betrügen, sondern corriger la fortune, sagt schon Riccaut de la Marlinière; und wenn das Fenster geöffnet ist, darf man einen Meineid schwören; und wenn man in das Joch der Sozialdemokratie kriecht, so demonstriert man für weltbürgerliche Ideale. In Wahrheit hat sich die Demokratie aus Arbeiterschutz und Arbeitsruhe nie einen Pfifferling gemacht. Als vor etwa dreißig Jahren die damals sonntäglich noch viermalige Postbestellung in den Großstädten eingeschränkt werden und die Zigarrenläden Sonntags „nur noch" bis 11 Uhr abends aufbleiben sollten, schrie die Demokratie Zeter und Mordio über diese Vergewaltigung des Geschäfts. So eiferte sie gegen jede Ladenschlußstunde, stimmte gegen jede

gesetzliche Verkürzung der Arbeitszeit. Was Dr. David bei der Begründung der Vorlage von den „hohen Idealen" des Weltfeiertags erzählte, ist der Demokratie so gleichgültig wie nur irgend etwas, aber sie klammert sich an ihre Regierungsstühlchen. Da will sie nicht herunter. Das ist es. Selbst wenn sie an einer Kette da oben sitzt; selbst wenn sie das Bürgertum verraten muß. An der Kabinettsfrage des 1. Mai bräche die jetzige Regierung zusammen, wenn sie nicht die Demokratie als Trabanten hätte. Das Zentrum stimmt nahezu Mann für Mann mit der Rechten dagegen.

Die Debatte wird sehr gereizt. Der Deutschnationale Dr. Kölbsch, der als Prediger der Wahrheit alle Christen aufruft, jetzt Panier aufzupflanzen, gerät nach seiner Rede in eine erregte persönliche Auseinandersetzung zwischen den Bänken mit dem Exitheologen Naumann. Der deutsche Volksparteiler Mittelmann, der schonungslos das ganze Heuchlerspiel entlarvt, wird angeschrien, und als er später vom Platze aus Zwischenrufe macht, springen mehrere Sozialdemokraten auf, ballen die Fäuste und wollen anscheinend vorstürmen. Man sieht: es handelt sich um ein Friedensfest.

Zu einer wirklichen Holzerei kommt es noch nicht. Im Zentrum lüpft sich einer vom Sitz und taucht langsam zur Riesengröße empor, — der Bauernbündler Dr. Heim. Gegen diesen gewaltigen Prellbock traut sich doch niemand anzugehen. Der Demokratenführer Herr v. Payer eilt zu denen um Gräfe und beschwört die Rechte, die namentliche Abstimmung beantragt hat, sie möchte doch nicht obstruieren und etwa das Haus beschlußunfähig machen. Das fällt der Rechten nicht ein. Die Vorlage wird von den Roten und den Abgefärbten angenommen.

Nach Erledigung des Kaligesetzes und einer Auseinandersetzung zwischen Haase und Erzberger, bei der sich wieder einmal herausstellt, daß dieser verantwortliche Reichsminister

unverantwortlich leichtfertige Behauptungen hinauszuſchmettern pflegt, wird eine Botſchaft des Reichspräſidenten Ebert verleſen, die ſich vermutlich architektoniſch der heutigen Weltfriedensdemonſtration der Maifeier einfügen ſollte. Sonſt ſind allerhöchſte Botſchaften erſt am Schluſſe der Seſſion üblich geweſen. Aber es iſt ſehr ſympathiſch von dem Herrn Ebert, daß er für ſein Gehalt auch etwas Beſonderes leiſten will und zu den Fragen der Zeit das Wort ergreift. Was er da über die Pflicht der Arbeiter zum Arbeiten ſagt, das hat Scheidemann freilich ſchon wiederholt und ſtiliſtiſch noch beſſer geäußert, und Scheidemann bekommt doch nur 100 000 Mark jährlich, nicht 600 000 wie Ebert. Der Appell an unſere Feinde aber, milde mit uns zu verfahren, wird in Paris kaum Eindruck machen. Hinter ſolchen Worten muß das Gewicht einer Perſönlichkeit ſtehen, nicht bloß das freilich beträchtliche Lebendgewicht des Herrn Ebert, der für die Entente eine komiſche Figur iſt. Er ſchiebt den Gegnern „die Verantwortung vor der Weltgeſchichte“ zu. Das iſt ſehr bequem — für ihn und für ſie. Eine Phraſe zum Friedensfeſt. Eine Phraſe mehr.

Etatdebatte am Verſaillestag

Berlin, 7. Mai

Im Reichstag gähnen die Wände bilderlos. Das große Gemälde Angelo Janks „König Wilhelm reitet über das Schlachtfeld von Sedan“, das probeweiſe einmal bereits angebracht und auch ſchon bezahlt war, kam wieder auf den Trockenboden, weil die Reichsboten — ſie waren ſchon damals ſo — keine Predigt des Militarismus wünſchten. Im

Landtag ist es anders. Auf die preußische Landesversammlung schauen aus den Städtebildern an den Wänden unsere Dome hernieder, die Zeugen alter Bürgerherrlichkeit vom Pregel bis zum Rhein, die Zeugen einer kraftvollen Entwicklung in vielen Jahrhunderten des deutschen Wachstums.

Man wagt es heute kaum, den Blick zu ihnen zu erheben. Man sieht wie durch Nebel; und Grauen rieselt herab.

Schon sind im Hause die Friedensbedingungen der Entente bekanntgeworden. Aber niemand denkt daran, die Sitzung aufzuheben. Es ist fast unerträglich, die satte sozialdemokratische Spießbürgerlichkeit des Mehrheitsgenossen Schubert anzuhören, der ganz vergilbte Leitartikel redet; gegen die unersättlichen Agrarier und so. In einer Zeit, in der die Staatseisenbahnen, dieser schon längst und zuallererst bei uns sozialisierte Betrieb, über zwei Milliarden Mark Fehlbetrag aufweisen, empfiehlt er möglichst viel weitere Sozialisierungen, doch müsse „natürlich“ jeder sozialisierte Betrieb seine Unkosten decken. Vorerst leben aber doch alle die Sozialisierungen nur von Vermögenskonfiskationen; und diese Herrlichkeit hat bald ein Ende. Auf derselben Höhe nationalökonomischer Erkenntnis steht Schuberts Satz, daß man auf dem Lande — durch genossenschaftlichen Betrieb eine Produktionssteigerung erreichen müsse. Luft! Luft! Man faßt sich in den Kragen, um in dem Platzregen dieser Weisheit nicht zu ersticken. Und das am Tage von Versailles. Der deutsche Spießer ist immer noch blind und taub.

Der Deutsche Volksparteiler v. Richter, der von dem Hochsitz hergekommen ist, den einst der kluge Bennigsen einnahm, wirkt trotz der Länge seiner Rede als eine Erholung; denn es ist kein Salbadern, sondern fachmännische Kritik des Etats, was der alte Verwaltungsbeamte, der ehemalige Oberpräsident von Hannover, vorbringt. Und doch: Versailles,

Versailles, Versailles. Man wird dieses Hämmern nicht los. Man versteht die Ruhe da unten nicht...

Der Rosenfeld. Der Rechtsanwalt Rosenfeld. Der Rosenfeld, der kurze Revolutionstage hindurch Justizminister in Preußen war, während sein Fraktionsgenosse Adolf Hoffmann gleichzeitig ebenso „geradlinig" Kultus und Kultur verwaltete. Der Rosenfeld hat sich für heute noch nicht präpariert, muß aber doch reden, und da wird es eine Unterhaltung, ein Haschen nach jedem Zwischenruf, ein stilistisches Weiterstolpern. Er springt mit dem Satze auf die Bühne, daß zu unserer wirtschaftlichen Wiedergesundung alles sozialisiert werden müsse. „Auch der Lederhandel?" wird ihm, dem Schwiegersohn des Ledermillionärs, entgegengerufen. Darob entrüstet sich der Abgeordnete Rosenfeld und findet das „Niveau" des Hauses sehr niedrig. „Ehrlos is det!", bekräftigt Adolf Hoffmann, der getreue Claqueur. So geht es in Rede und Gegenrede anmutig weiter, zwei Stunden lang. Gegen Noske. Für Eichhorn. Und für die Bolschewisten vom Stamme Levin.

In Versailles ist der „Friedensvertrag" heraus.

Der Widerhall im Landtage

Berlin, 8. Mai

Auf 12 Uhr ist die Sitzung anberaumt. Aber die Ankömmlinge werden lautlos von irgendwelchen Beratungszimmern verschluckt; der große Sitzungssaal bleibt leer. Nur einige wenige Abgeordnete stehen flüsternd beisammen. Es ist, als sei ein mächtiger Toter ganz in der Nähe aufgebahrt. Um 1/2 2 Uhr füllen sich die Bankreihen. Zu dem vorliegenden

Stoff hat sich niemand zu Worte gemeldet; debattelos wird der Entwurf des Staatshaushalts an den Ausschuß überwiesen. Der Ministerpräsident erhebt sich, das ganze Haus rauscht empor, — nur das Häuflein der Unabhängigen bleibt demonstrativ sitzen. Ob wie in früheren Zeiten eine kaiserliche Botschaft verlesen wird, ob wie anscheinend jetzt das Deutsche Reich zu Grabe getragen wird: die um Rosenfeld und Hoffmann-kennen keine Ehrfurcht. Stehend hören die übrigen die Worte des Ministerpräsidenten an. Er beruft sich auf die vor vier Wochen gefaßte Entschließung der preußischen Landesversammlung, daß kein Friede geschlossen werden solle, der über die 14 Punkte Wilsons hinausgehe und deutsches Gebiet opfere, kein Friede, der nicht sofortige Aufhebung der Blockade, Räumung der besetzten Gebiete und Befreiung unserer Gefangenen bringe. In den jetzigen Versailler Bedingungen sei von dem „Wilson-Frieden" keine Spur mehr zu finden. Sie enthielten für unser Vaterland eine kaum verhüllte Sklaverei, für ganz Europa eine neue Flut von Blut und Tränen. Ein dröhnendes „Sehr wahr!" nach dem anderen durchbricht die lautlose Stille der Hörer. Noch nie hatte Herr Hirsch einen solchen Resonanzboden. Man mute uns zu, unser eigenes Todesurteil zu unterschreiben. „Sehr wahr!" An diesen Feststellungen und der Bitte, das ganze Volk möge sich hinter die Regierung stellen, läßt sich der Ministerpräsident genügen. Führt die Regierung? In diesen Wilson-Frieden hinein hat sie uns geführt. Und nun weiß sie keine andere Parole an das preußische Volk als die, es möge „kaltes Blut" bewahren. Also Ruhe ist die erste Bürgerpflicht; das alte Schwächlingswort erlebt seine Auferstehung. Der Vizepräsident der Landesversammlung, Dr. Frentzel, schließt sich „im Namen einer großen Anzahl von Abgeordneten" dem Widerspruch gegen die Friedensbedingungen an und wird von dem Abgeordneten Hoffmann

durch den ganz sinnlosen Zwischenruf „Noske!“ unterbrochen; die Erregung über diese unwürdige Störung flammt lichterloh auf, von allen Bänken kommen stürmische Entrüstungsrufe. Damit wäre die Sitzung beendet und die Vertagung auf unbestimmte Zeit schon jetzt angenommen, wenn nicht Herr Adolf Hoffmann noch im Auftrage der Seinen eine „Aklä'ung“ abzugeben sich bemüßigt fühlte: es sei allerdings ein Gewaltfriede, aber die bürgerlichen Parteien und die Rechtssozialisten hätten keine Veranlassung, sich darüber zu empören; helfen könne nur eine wirkliche Weltrevolution. Eine geschicktere Regie hätte uns diese mißtönende Walze ersparen können. Abgesehen von dieser Dissonanz am Schlusse war die Kundgebung im Landtage so würdig, als man es in den heutigen Zeitläuften überhaupt erwarten kann.

Fichte zu Füßen

Berlin, 12. Mai

In der ehemaligen „Büchertommode“ des königlichen Berlin, im Palais des alten Kaisers, wo jetzt die neue Aula der Universität eingerichtet ist, haben sich die deutschen Volksvertreter versammelt. Im Reichstag, wo die einquartierte rote Soldateska die Sitze abgeledert, die Messingklinken abgeschraubt, überhaupt alles nicht Niet- und Nagelfeste „enteignet“ und zu Gelde gemacht, dafür aber Kot und Läuse zur Erinnerung an diese Tage der „ersten republikanischen Schutztruppe“ zurückgelassen hat, konnte man nicht gut tagen. Am allerwenigsten den Hornissenschwarm der fremden Pressevertreter dorthin entbieten. Zuerst hatte die Nationalversammlung, weit weg von „Königsplatz“ und „Sieges-

säule“ und ähnlichen Entsetzlichkeiten in Berlin, im stillen Weimar nisten müssen, damit alle Welt erfahre, daß wir uns wieder mit dem Poetenlos zufrieden gäben. Dem Geiste von Weimar stiftete der neue Landesvater Ebert seinen ersten Kranz. Ist es wieder nur die Sehnsucht der Halbgebildeten nach Symbolik, die dazu geführt hat, daß die Regierung jetzt die Volksvertreter in der neuen Aula untergebracht hat, zu Füßen des gewaltigen Wandgemäldes, auf dem Fichte in idealer Landschaft seine „Reden an die deutsche Nation“ hält, das damals lebende Geschlecht zur Freiheit des kommenden zu erziehen?

Wäre es doch mehr als das! Wäre es doch das Gelöbnis zur Deutschheit! Der sittliche Wille zur staatenbildenden Tat!

Das unpolitischste Volk der Erde, das deutsche, ist an seiner Träumerei erneut zugrunde gegangen, nachdem es in dem Jahrhundert Bismarcks in freudige Werktätigkeit emporgerissen worden war. Der Geheimrat Professor Kahl, in diesen Räumen der Gastgeber der Nationalversammlung, ragt noch aus dem großen Jahrhundert zu uns herüber, trägt noch das Eiserne Kreuz von 1870 — und erinnert die Versammelten an den Wegbereiter Fichte. Kaum einem der folgenden Redner ist dabei so recht geheuer. Der leitende „Staatsmann“ findet zwar in seinem Drange, dem melodramatischen Bedürfnis des Publikums draußen entgegenzukommen, sehr pathetische Worte gegen die Vergewaltigungspläne der Entente, ja er verwünscht die Hand, die „diesen“ Friedensvertrag unterschriebe, zum Verdorren und löst, weil man einen Augenblick lang an seine nationale Festigkeit glaubt, stürmischen Beifall damit aus. Aber was ihn, den internationalen Sozialdemokraten bedrückt, ist doch nicht das deutsche Leid, sondern — das unsanfte Erwachen aus der demokratisch-pazifistischen Träumerei. Und hallend ertönt Scheidemanns Klage: „Die Welt ist wieder um eine Illusion ärmer geworden!“

Die Welt? Wirklich die Welt? Doch nur jene Kreise um Scheidemann und Ebert, Schücking und Quidde. Die Welt da draußen um Wilson und Clemenceau hat nie in Wolkenkuckucksheim gelebt. Und daheim bei uns gab es auch genug Männer, die der verhängnisvollen Illusion der Scheidemann-Erzberger-Mehrheit nicht zum Opfer gefallen waren. Aber es ist eine alte Wahrheit: si delirant reges, plectuntur Achivi; was die regierende Mehrheit in ihrer Träumerei versiebt hat, das müssen wir alle nun büßen.

Wenn damit wenigstens die Irrlichterei aufhörte, wenn wir wenigstens im Elend zu politischen Charakteren würden! „Charakter haben und deutsch sein, ist ohne Zweifel gleichbedeutend", sagt Fichte. Unter seinem Bilde steht Scheidemann und verschwört seine Seele. Und erbleicht nicht.

Man hat eine „machtvolle Kundgebung" veranstalten wollen. Kundgebungen sind nie machtvoll, können nur, wenn sie geschickt inszeniert sind, den Eindruck bringen, daß eine Macht hinter ihnen steht. Die heutige Kundgebung wird fünf Stunden lang plattgewalzt. Statt einer einzigen hinreißenden Rede hören wir anderthalb Dutzend Jeremiaden, die überdies großenteils wie Auszüge aus längst gelesenen Leitartikeln klingen, und man wäre zuletzt in der Stickluft der auf solche Massenbesetzung und solche Dauersitzung nicht eingerichteten Aula matt bis an den Tod, hoffnungsloser als zuvor, — wenn nicht der leidenschaftliche, orkanartige Beifall auf den Tribünen bei jedem vaterländischen Kraftwort irgendeines Redners es einem erschütternd zum Bewußtsein brächte: wir haben noch ein Geschlecht wie das des akademischen Jungvolks von 1813, nur an Führern sind wir bitterlich arm geworden; es ist heute kein Fichte mehr da — „so groß, tief und stolz hat fast noch niemand von der deutschen Nation gesprochen", schrieb Gentz über ihn —, kein Schleiermacher und kein Frei-

herr vom Stein. Aber das eine wird freilich auch mit diesen anderthalb Dutzend Rednern aus allen Fraktionen und aus allen mit Abschneidung bedrohten deutschen Gebieten der Welt klargemacht: daß wir nicht wie „stumme Hunde“ unser Schicksal hinnehmen. Daß wir noch nicht ehrlos geworden sind. Und so lange ist noch nicht alles verloren, wenn auch der Gegner heute noch deutsche Ehre verlachen mag.

Wir hatten einen angeblichen Philosophen zu Beginn des Krieges als Kanzler. Auch so einen Träumer. Er hatte nichts von der heldischen Härte und dem starren Weitblick eines Fichte. Als der englische Botschafter ihm den Abbruch der diplomatischen Beziehungen verkündete, jammerte Herr v. Bethmann Hollweg, alle Haltung vergessend, noch in Gegenwart des Botschafters: „Meine ganze Politik ist zusammengebrochen wie ein Kartenhaus!“

Wir haben einen angeblichen Politiker zu Ausgang des Krieges als Ministerpräsidenten. Und Scheidemann ringt die Hände über seine zerstobenen Illusionen.

Auch seine bürgerlichen Affiliierten bis zu dem sattsam bekannten Caligula-Quidde klagen über ihre geplatzten Seifenblasen. Mit ingrimmiger Freude wird man es draußen in der Welt unserer Gegner lesen. Es war alles Schwindel: die Demokratie, der Pazifismus, die Völkerversöhnung. Als einzige Realität bleibt die deutsche Niederlage.

Aber doch schließt dieser Jammertag in der alten königlichen „Bücherkommode“ Berlins mit ihrer früheren verstaubten Inschrift vom „nutrimentum spiritus“ erhebend. Schließt gänzlich unerwartet mit einer Rede voll leidenschaftlicher Wucht und Größe, so daß selbst den Gewohnheitskreischern auf den Bänken der Unabhängigen der Laut in der Kehle erstirbt: plötzlich ist Präsident Fehrenbach, der Zentrumsmann, der Mitgreiner wider die „Soldateska“

in den Zaberntagen, der bisher nur gelegentlich humorvolle Leiter der Nationalversammlung, zum Wortführer des bangenden und langenden Volkes in schwebender Pein geworden, zum Löser und Befreier alles dessen, was uns die Brust schier zu zerspringen droht. Sein Aufruf an die Christen, an die Künstler, an die Rechtsgelehrten der feindlichen Völker ist freilich die gleiche Illusion wie der Aufruf der Sozialisten an die internationale Arbeiterschaft. Aber dann ringt sich das heiße Bekenntnis zum Trotz gegenüber einer im Deutschenhaß vergletscherten Feindeswelt empor. „Exoriare aliquis nostris ex ossibus ultor", das alte Wort des Großen Kurfürsten, daß einst ein Rächer aus unseren Gebeinen erstehen werde, dröhnt durch den Saal. Und als letztes ertönt von Fehrenbachs Lippen das langvermißte Wort: Deutschland. Deutschland über alles, über alles in der Welt!

Die englischen, amerikanischen, französischen Preßvertreter sind schon vorher weggegangen; von den Jeremiaden und Leitartikeln hatten sie genug. Haase und die Zietz finden ihre Fassung wieder und rufen: „Unerhört! Kriegshetzer!" Fichtes Bild wird aber gerade von dem Kuppellicht verklärt, — er, der in einer Zeit lebte, in der er sogar den Untergang der deutschen Sprache für bevorstehend hielt, predigte dennoch „die Seligkeit des Ich, sich aufzuopfern für die Gesamtheit", predigte in tiefster Not: Aushalten und Kampf.

Heine und Haenisch

Berlin, 23. Mai

Kleine Anfragen, kleine Gesetze; viele Themen, viele Redner. Der Alltag mit seiner Arbeit hat von der Preußischen

Landesversammlung wieder Besitz genommen. Hin und wieder wetterleuchtet aber doch das große Geschehen da draußen herein. Man spricht von der notwendigen Erhöhung der Bezüge unserer Unfall- und Altersrentner, wofür alle Parteien eintreten, aber man weiß und erwähnt es auch, daß die Beschlüsse sich in eitel Dunst auflösen können: werden die Versailler Friedensbedingungen angenommen, dann hat der Feind seine Forderungen in erster Reihe auf unseren gesamten Besitz hypothekarisch eingetragen, und alle sonstigen Reichszahlungen, auch die Renten, fallen überhaupt aus. Dieses Verhängnis schwebt über jeder Bewilligung des Hauses. Es werden auf Antrag des Bevölkerungsausschusses neue Einrichtungen für Körper- und Gesundheitspflege in den Gemeinden, neue Professuren für soziale Hygiene und allgemeine Therapie verlangt: aber wenn wir den Erzberger-Scheidemann-Frieden bekommen, so werden die Gemeinden mit Mühe und Not allenfalls ihre Feuerwehr aufrechterhalten und die Universitäten Professuren nicht neu errichten, sondern nur eingehen lassen können. Man tut aber noch so, als seien unsere Mittel unerschöpflich. Die neue Mehrheit hat nur eine einzige Angst: durch Nichtbewilligung einer Forderung unpopulär zu werden.

Zwei sozialdemokratische Minister greifen wiederholt in die Debatte ein. Der eine von ihnen ist Wolfgang Heine, der jüngst die Justiz mit dem Inneren vertauscht hat, obwohl ein anderer nach dem Amte angelte, — Fischbeck, der freisinnige Schüler Eugen Richters, einst „der kleine Eugen" genannt, wäre so gern Minister des Inneren geworden, um, wie schon neulich hier von ihm erzählt wurde, einmal „mit den preußischen Landräten Schlitten zu fahren". Auch Heine hätte sicherlich die Energie dazu, und er ernennt ja bereits fortgesetzt allerlei merkwürdige Zeitgenossen zu Landräten. Aber Heine ist mehr Politiker als Fischbeck, weniger Bezirks-

vereinler. Bei seinen Genossen ist er, nachdem er einmal seelenruhig vor Jahren erklärt hatte, er wolle gern Kanonen für Volksrechte eintauschen, also Heeresvorlagen bewilligen, wenn die Regierung der Sozialdemokratie auf anderen Gebieten entgegenkäme, so etwas wie eine bemakelte Persönlichkeit, für die Cohn und Haase und Hoffmann jedenfalls ein rotes Tuch. Er entstammt — in den allerersten Semestern seiner Studienzeit, bis ihn der Ehrgeiz in demokratische Kreise zog — der politischen Schulung des Berliner Vereins Deutscher Studenten, hat für das Kraftgenialische in Bismarck geschwärmt und abends auf dem Heimweg von der Fuchskneipe wohl gar verlangt, daß die Kommilitonen sozusagen nur mit abgezogenem Hut am königlichen Schloß vorbeigingen. Geblieben ist ihm davon eine abgründige Verachtung der Masse und ihrer Nur-Krakeeler; und ein kräftiger Schuß deutschen — wenn auch ganz und gar demokratischen — Nationalgefühls. So findet er denn auch heute sehr starke Worte wider die Welfen, die die deutsche Not dazu benutzen wollen, um gegen Preußen zu putschen. Ebenso kräftig wendet sich Heine gegen die Verbrecherbanden in Oberschlesien, die neuerdings sich durch Kircheneinbrüche hervortun, unter ihnen ein — nationalpolnischer Agitator; und er sagt das einzig praktische Hilfsmittel zu, Vermehrung der Gendarmerie und Vermehrung des Militärs. Adolf Hoffmann hätte wahrscheinlich, stünde er an Heines Stelle, nur ein paar faule Bemerkungen über unnötiges Kirchengut gemacht. Es klafft doch in punkto Kultur eine weltweite Kluft zwischen Sozialdemokraten und Sozialdemokraten. Und man begreift Hoffmanns Wut und Heines Ekel. Dieser antwortet auf jenes Zwischenrufe überhaupt nicht mehr; das hat er heute noch einmal wiederholt.

Der andere Redner von der Ministerbank ist Haenisch, den die Revolution vom Redaktionssessel in das damalige Duum-

virat im Kultusministerium versetzte. In der merkwürdigen Amtsehe Hoffmann-Haenisch war Haenisch die „bessere Hälfte“ und — das „schwächere Geschlecht“. Er unterschrieb die tollsten Erlasse des Zehngebote-Hoffmann mit, trug mit der Unterschrift auch die Verantwortung für all das schamlose Zeug; dann aber wandte er sich hinter Hoffmanns Rücken mit einer Leidensmiene zum Publikum und rang die Hände. Ein Snob des Sozialismus, der sich auf seine „Kultur“ so viel zugute tut wie der Genosse Südekum einst auf seine 12 Paar Lackschuhe im Stiefelschrank mit Kaltluftventilation. Ein Schönredner des Sozialismus, der auf die Kritiklosen wirkt wie der Rattenfänger auf die Kinder von Hameln. Ja, die Mädchen, die haben's so gerne, — wenn Haenisch am Rednerpult steht; schon so mancher zwanzigjährigen Seminaristin hat er nicht das Herz, aber den Kopf verdreht. Wenn man ihn hört, dann ist der Sozialismus etwas ganz anderes, als er sich in der Praxis zeigt, dann ist er etwas so Einleuchtendes, Verbindliches, Allerliebstes; mit einer fabelhaften Gewandtheit balanciert Haenisch, wie der Kellner das Tablett, seine Schüssel voll glitzernder Schlüsse über den Köpfen der Umsitzenden. Er ist mehr Equilibrist denn Charakter. Heute hat er das Gesetz über die Aufhebung der geistlichen Ortsschulinspektion zu begründen. Er tut es in seiner bekannten chevaleresken Art mit liebenswürdiger Verbeugung vor dem Zentrum. Aber das Zentrum ist gegen solche „Faxen“ gefeit. Namens der Partei — die übrigens, wie alle anderen, der Aufhebung der veralteten Inspektion zustimmt — verliest Abgeordneter Herold trocken die Bedingung, unter der das Zentrum seinerzeit überhaupt in die Regierung eintrat: Erhaltung der konfessionellen Volksschule.

Die Landesverräter

Berlin, 28. Mai

Das böse Gewissen steht drohend mitten im Saale.

Eine allgemeine Unruhe packt Gerechte und Ungerechte, alle sind reizbar, und schließlich kommt es zu Ausbrüchen der Hysterie. Manchmal glaubt man, nicht in der Preußischen Landesversammlung zu sein, sondern in einer „Ödipus"-Aufführung bei Reinhardt: hundert Arme fahren empor, es wogt von fiebernden Händen. Ein Volksgericht über das Zentrum. Nur über das Zentrum? Unter den Richtern, die die verdammenden Scherben zum Berge türmen, ist manch einer, dem ähnliche Gedankengänge nicht immer fernlagen, wie sie jetzt bei den Kuckhoff und Kastert und dem Pater Froberger zur Tat werden, die das Rheinland samt Nassau, Pfalz und Rheinhessen „selbständig" machen wollen. Beileibe nicht französisch; nur selbständig, — genau so selbständig, wie der alte Rheinbund von Napoleons Gnaden es war. Unter den Richtern aber, sage ich, gibt es manchen, der anderswo ähnliche Möglichkeiten herbeisehnt. Geht nicht der Gedanke einer von Berlin freien Union der Ostmarken auch im Lande um? Hatte nicht der Freistaat Braunschweig schon einmal seine diplomatischen Beziehungen zum Reiche abgebrochen? Hat nicht ein Welfe erst dieser Tage in der Landesversammlung erklärt, man werde die Preußenfahne in Hannover niederholen? Heute nennen sämtliche Parteien mit Ausnahme des Zentrums in ihren förmlichen Anfragen, die sich auf die rheinische Sonderrepublik beziehen, deren Errichtung einen Landesverrat. Und doch hat auch manche andere Partei kein reines Gewissen. Das „Rette sich, wer kann!" ist bei einem allgemeinen Zusammenbruch ansteckend

und wer sich und seine Provinz oder seinen Staat retten will, der behauptet natürlich stets: ein guter Deutscher bleibe er trotzdem. Die „zentrifugalen“ Kräfte werden deshalb überall frei, weil die Schwerkraft, die Anziehungskraft Preußens und des Reiches dahin ist, und die ersten und eigentlichen Landesverräter sind diejenigen, die durch Revolution und Waffenstreckung das verschuldet haben.

Das böse Gewissen treibt vor allem die roten Genossen dazu, in mitunter schreiendem Tone die Schuld an unserem Nationalunglück — den anderen zuzuschieben. In dem Vernichtungsfrieden ernte die Rechte, was sie selber gesät habe, sagt der Unabhängige Stöcker. Und das, nachdem die Unabhängigen wiederholt sich gerühmt haben, daß sie den Zusammenbruch des Heeres organisiert hätten! Kein Wunder, daß die nationalen Parteien aufbegehren. Die Unabhängigen im Parterre sekundieren ihrem Redner. Ein wildes Rufen hinüber und herüber, ein ohnmächtiges Wimmern der präsidialen Glocke, die man in dem Lärm nur wie aus weiter Ferne hört. Vor dem Tisch des Hauses bilden sich Knäuel von Menschen, der Zehn-Gebote-Hoffmann schiebt sich langsam nach rechts; nun steht er mit geballten Fäusten schon vor dem Platz des Abgeordneten Stendel von der Deutschen Volkspartei, der von seinem Eckſitz in der ersten Bank aus seine Zwischenrufe macht, man fürchtet schon die große Holzerei, — da löst sich noch einmal das Gewimmel, Hoffmann zieht sich Schritt vor Schritt zurück, die Mauer der „Neutralen“ versinkt.

Jetzt hört man wieder den Präsidenten. „Ich bitte die Herren, ihre Plätze einzunehmen!“

„Nur keene Uffrejung, det wäre nich der erste dumme Junge, dem eine runnerjehauen wäre!“ ruft Hoffmann mit speckiger Stimme dem Präsidenten zu. Und — wird nicht zur Ordnung gerufen. Gequält setzt man das Verfahren fort,

die Sache des deutschen Volkes wider die Abtrünnigen in der alten „Pfaffengasse“ des heiligen Reiches am Rhein. Der Ministerpräsident Hirsch hat gegen sie einige kräftige Worte gefunden. Worte sind heute noch mehr entwertet als unser früher so gutes Geld, seitdem das „Unannehmbar!“ Scheidemanns in der Deutschen Nationalversammlung sich als Theaterdonner zu erweisen scheint; und sein junger Mann, Herr Hirsch, hat nicht einmal die Routine des Meisters. Schon viel weniger kräftig ist das, was er mit stockender Stimme dem deutschnationalen Abgeordneten Hergt auf dessen Erwähnung der Versailler Verhandlungen zu erwidern weiß. Die Stimme des Volkes sei nicht ungehört verhallt. Die große Mehrheit des Volkes wünsche nicht eine glatte Ablehnung der Bedingungen. Man faßt sich an den Kopf: ist das derselbe Hirsch, der vor wenigen Tagen erst die Einmütigkeit der gesamten Nation in der Ablehnung dieses Friedens festgestellt hat? Es kommt die Zeit, wo die Nation wissen wird, wo die Landesverräter sitzen, wissen wird, wer uns zuerst belogen und betrogen und dann an das feindliche Ausland verkauft hat.

Das böse Gewissen steht drohend mitten im Saale.

Unter dem neuen System

Berlin, 30. Mai

Dicht bei Berlin, bei den Schießständen in der Jungfernheide, ist ein ganzer Kiefern- und Eichenwald mit Stumpf und Stiel verschwunden; alles als Brennholz in Kinderwagen heimgefahren. Im benachbarten Spandau ein Schatz von 40 Millionen rumänischer Lei-Banknoten unwiderbringlich

dahin. Täglich verschwinden in den Großstädten ganze Warenlager und tauchen nachher in den „Kleinen Anzeigen“ der Zeitungen wieder auf; in irgendeinem Hinterhaus, drei Treppen links, werden stückweise viertausend Meter Leinewand verkauft. Der halbe Anzeigenteil der „Freiheit“, des Organs der Unabhängigen, ist weiter nichts als Hehlervermittlung: da erfahren die Arbeiter, wo sie Spiralbohrer und Kupferlitze und anderes gestohlenes Gut verschärfen können. Auf dem Lande erscheinen Räuberbanden, räumen die Räucherkammern und die Kornkästen aus und schlachten auf offener Wiese die Milchkühe ab. Dann requirieren sie einen Sonderzug und fahren nach Hause. Hie und da wird ein Bauer dabei erschlagen.

Das ist „die kaiserlose, die schreckliche Zeit“. Spätere Chroniken werden davon berichten wie heute von der Zeit der Schnapphähne in vergangenen wüsten Jahrhunderten. Selbst Herr David wird kaum behaupten können, daß das „alte System“ oder die alldeutschen Kriegshetzer dafür verantwortlich seien.

In der Preußischen Landesversammlung wird eine Anfrage des Zentrums über Verstärkung des polizeilichen Schutzes gegen räuberische Überfälle auf dem Lande beraten. Außer den Antragstellern schildern auch Angehörige aller anderen bürgerlichen Parteien die anarchischen Zustände, die so sehr jenen ähneln, die in der Mark Brandenburg herrschten, ehe — vor nunmehr über 500 Jahren — die Hohenzollern kamen und Ordnung schafften. Nur daß damals die Räuber bloß Spieße hatten, keine Handgranaten und Parabellumpistolen. Und daß, wenn auch die Landstraßen unsicher waren, doch wenigstens in den Städten eiserne Zucht gehalten wurde. Ja, das waren noch die guten alten Zeiten! Man hätte erwarten sollen, daß auch aus sozialdemokratischem Munde in der Landesversammlung eine scharfe Verurteilung der Räu-

ber, die die „neue Ära“ so kompromittieren, ertönt wäre. Weit gefehlt. Clericus clericum non decumat, eine Krähe hackt der anderen die Augen nicht aus, und da die „Expropriation der Expropriateure“, die große allgemeine Enteignung, doch nun einmal Programmpunkt ist, muß man vorsichtig sein. Man kann nie wissen. In der Tat: wie der Abgeordnete Stendel, der Deutsche Volksparteiler, erzählt, hat sich der Anführer einer der größten Räuberbanden in Ostfriesland als — Vorsitzender des sozialdemokratischen Wahlvereins entpuppt. Fahret mir fein säuberlich mit dem Knaben Absalom. Nächstens ist er vielleicht Landrat oder Regierungspräsident. „Es mag schon vorkommen, daß arme ausgehungerte Menschen auf eigene Faust ausgehen“, sagt mit Patriarchenmilde der sozialdemokratische Abgeordnete Meyer-Rheine. Seine unabhängigen Nachbarn aber entschuldigen nicht etwa nur die Räuber, sondern greifen die Verteidiger der Ordnung an. Die „Freiwilligenhorden“ seien an allem schuld.

Das ist die alte Taktik der Berliner schweren Jungen. „Wenn ick eenen im Vasehn auf den Fuß trete, vastehste, denn hau ick ihm jleich hinterher in die Fresse, ehe er mir dumm kommt!“

Der Unabhängige hat von Freiwilligenhorden gesprochen. Der Abgeordnete Stendel, der nach ihm zu Wort kommt, spricht von „Arbeiterhorden“, die plündernd aufs Land gezogen seien. Da erhebt sich ein Sturm auf der gesamten sozialistischen Linken. Fühlt sie sich mit den Plünderern solidarisch? Daß es Arbeiter unter Führung eines sozialdemokratischen Vereinsvorsitzenden waren, läßt sich nicht bestreiten; Seeoffiziere oder Gymnasiallehrer wären wirklich nicht darunter. Paul Hoffmann und Adolf Hoffmann toben. Die widerliche Szene von vorgestern wiederholt sich. „Haut ihn! Haut ihn!“ rufen die Genossen ihnen zu, während sie auf den Abgeordneten Stendel zudrängen.

Das ist das heutige Preußen in seiner Eliteversammlung. Jedenfalls wissen wir heute, wo „das Land der unbegrenzten Möglichkeiten“ liegt. Nicht etwa jenseits des großen Teiches. Dort hat man noch keine Geldschrankknacker zu Polizeipräsidenten gemacht. Und dort nennt man Anarchie nicht Regierung.

Die Feigheit schwillt

Weimar, 19. Juni

An einem Königswort soll man nicht drehen und deuteln. „Bin ich ein König?“ kann Scheidemann aber einwerfen und lächelnd die Schwurhand massieren, die doch nie verdorren wird, selbst wenn an seiner Stelle seine Leute unterschreiben. Ein König haftet mit Thron und Ehre, ein parlamentarischer Minister aber zieht sich schlimmstenfalls eine Zeitlang ins Privatleben zurück und wartet dann auf die Stunde, wo er erneut und unbemakelt, wie nach einem guten Konkurs, wieder ins politische Geschäftsleben eintreten kann. Der Parlamentarismus ist eine Hochschule für die Feigheit; die Mehrheit deckt alles.

Der Scheidemann-Friede, den, als er endlich da war, sein erschrockener Erzeuger selber als unerträglich und unannehmbar bezeichnete, scheint leider, trotz seiner Abnormität, von einer wachsenden Gemeinde anerkannt zu werden. In der Aula der Berliner Universität, wo die Nationalversammlung ihn noch einmütig zu zerreißen bereit war, erhoben an die vierhundert Männer die Hände wider ihn. In Weimar fahren viele dieser Hände verlegen unter die Altweiberschürze. Zuerst sank den Zentrumsleuten aus dem Westen und den

Demokraten aus dem Süden des Reiches das Herz in bodenlose Tiefen; sie haben Angst vor der feindlichen Besetzung, die man links vom Rhein doch nun schon monatelang erduldet hat und die bei einer Ausdehnung über ganz Deutschland außerordentlich verdünnt würde, und sie haben, wie ein bayerischer Minister heute verstört bekennt, vor allem die Befürchtung, daß wir bei einer Ablehnung den Kommunismus binnen drei Tagen überall am Ruder hätten. Er käme aber doch erst recht, wenn wir unterschreiben und verelenden, und er käme kaum, wenn wir unter fremdem Kriegsrecht stehen! So weit braucht ein moderner Minister freilich nicht denken zu können. Von der sozialdemokratischen Fraktion sind in der heutigen Sitzung zwei Drittel umgefallen und sie werden, da wohl Fraktionszwang ausgesprochen wird, auch das letzte Drittel mit umreißen und zur Unterschrift unter das Friedensdiktat bewegen, in welchem zu lesen steht, daß wir Deutschen allesamt Verbrecher sind und nur die gerechte Strafe auf uns nehmen.

Da auch die Unabhängigen geschlossen für die Selbstentmannung vor unserer Hinrichtung stimmen, ist die Mehrheit für die Annahme der Versailler Bedingungen schon so gut wie da. Um die letzten armen Seelen wird gerungen. Die christlichen Arbeiter im Zentrum, die noch aufrechtstehen, versucht man mit der verlogenen Mitteilung zu ködern, sogar die Deutschnationalen seien bedenklich geworden; in Wahrheit gibt es aber weder in der Deutschnationalen noch in der Deutschen Volkspartei auch nur einen einzigen gewissenlosen Feigling, der sein Volk verriete. Die Regierung nun überläßt Strebern von der Sorte Erzberger das Fischen im Trüben, regiert jedenfalls selber nicht, führt nicht, sondern läßt sich schieben und sucht ängstlich nur nach Deckung. Nicht einmal die Mehrheit der Nationalversammlung genügt ihr als Schirm, um sich dahinter zu verkriechen, sondern es werden auch noch

in Extrazügen Abgeordnete von allen Einzelstaaten hergefahren, damit man ihnen alle „staatsmännischen“ Gründe auseinandersetzen kann, ja man spielt sogar heute noch, fünf Tage vor der Entscheidung, mit dem Gedanken eines Referendums, einer Volksabstimmung. Nirgends ein Mann, der Entschlußkraft besäße, der auch nur das Bewußtsein hätte, wofür er als Reichsregent vom deutschen Volke eigentlich bezahlt wird. Höchstens denkt man an die eigene Laufbahn und an formalen Rücktritt. „Schwachheit, dein Name ist Weib!“ sagt Shakespeares Hamlet. Er hat offenbar Herrn Scheidemann noch nicht gekannt.

Unsere Zugrunderichter

Weimar, 20. Juni

Das Kabinett Scheidemann hat sich in der vorigen Nacht aufgelöst und regiert nur noch auf Abbruch einige Stunden lang. Man tut so, als sei dies etwas ungemein Wichtiges oder Mannhaftes. Aber in dem ungeheuren Felssturz, der unser blühendes deutsches Leben begräbt, ist es doch ganz belanglos, ob irgendwo auch noch ein Stückchen Gips von der politischen Fassade herniederkollert.

Wer ist denn dieser Scheidemann überhaupt? Was hat er für Deutschland geleistet? Er war unter den Komödianten des November der oberste. Nun ist von der Schmiere, die bisher auf Teilung spielte, nach Verwirtschaftung des Fundus der Direktor samt Familie verschwunden, und die Zurückbleibenden wählen unter sich einen Nachfolger. Es dauert lange, bis sie damit fertig sind, denn die nackteste Armseligkeit starrt von den Wänden und schreckt selbst Abgebrühte ab.

Durch das Land geht die Legende, Scheidemann sei doch besser als sein Ruf. Welch edler Abgang! Um sein Wort nicht zu brechen, um nicht zu unterschreiben, opfere er sein Amt. Es fehlt nicht viel, so wird man noch sentimental.

Aber an dem Gerede, das Scheidemann eine Heldenpose andichtet, ist kein wahres Wort. Er hat nicht den aufrechten Mann des 12. Mai gespielt, der mit seinem „Unannehmbar" stand und fiel. In der entscheidenden Sitzung des Kabinetts, dessen Mitglieder mit sieben zu sieben einander die Wage hielten, hatte Scheidemann als Plattform den Kompromißantrag des Zentrums gewählt: den Friedensvertrag zu unterzeichnen unter der einzigen Bedingung, daß die ehrenrührigen Paragraphen über die Auslieferung von Deutschen, über unsere alleinige Schuld am Kriege, über unsere moralische Unfähigkeit zum Kolonisieren gestrichen würden. Alles andere zu schlucken war die Regierung bereit. Das Unerträgliche, das Unerfüllbare, das Unannehmbare war für den Deklamator Scheidemann schon erledigt, er war zur Unterschrift fertig, wenn der Vertrag nur, ohne im materiellen Inhalt im geringsten gemildert zu sein, ein wenig sein Gesicht verändern ließe.

Er kann nicht anders. Er kann gar nicht das Volk zum letzten ehrenhaften „Nein!" ohne Hörner und Zähne aufrufen, weil er wie überhaupt die gesamte Sozialdemokratie seit einem Menschenalter etwa daran gearbeitet haben, jeden Sinn für nationale Ehre im deutschen Volke zu ersticken. Die Folgen dieser „Erziehungsarbeit" sehen wir vor uns. Nicht erst im November 1918 ist Deutschlands Größe zertrümmert worden, sondern schon seit Jahrzehnten hat der Umsturz mit der Spitzhacke gewütet und die deutsche Moral erschlagen. Es ist tief erschütternd, daß man erkennen muß: unser Volk hat seine Deutschheit längst verloren, und seine Abgeordneten werden deshalb so still, weil sie wissen, sie hätten doch keine

Resonanz. Die Sozialdemokratie hat stets die idealen Güter der Nation verlacht, hat stets den Materialismus gepredigt, und nun hat sie das Volk soweit, daß es für ein Pfund schlechten chinesischen Specks, mit dem die Entente während des Krieges ihre Schwarzen fütterte, bereit ist, das Deutsche Reich hinzuopfern, Millionen Deutscher in den Ost- und Westmarken zu verkaufen, die eigene Ehre wegzuwerfen. Scheidemann kennt die Seinen und glaubt keinen Augenblick an ihre nationale, an ihre moralische Widerstandskraft. Alles, was davon vorhanden war, ist immer nur durch Richter und Propheten, Könige und Feldherren zur Tat erweckt worden. Der rote Nichts-als-Agitator steht mit leeren Händen da.

Der alte Block ist beisammen. Die Zugrunderichter des deutschen Volkes, gegen die Bismarck mit Gigantenkraft rang, haben ihr Werk endlich vollendet. Die Entente hatte nur die Erbschaft anzutreten. Und Scheidemann drückt sich bescheiden zur Seite.

Am Ende

Weimar, 21. Juni

„Einer muß ja wohl der Dumme sein", sagte General v. Caprivi, als er im Kasino in Hannover 1890 die telegraphische Anfrage erhielt, ob er die Kanzlerschaft übernehmen wolle. Nicht viel anders mag heute der neue Ministerpräsident Bauer gedacht haben, nur daß er, wie auch seine Kabinettsmitglieder, keinen Namen zu verlieren hat. Es sind Beauftragte von Parteien, völlig unbeträchtliche Privatleute, die dafür bezahlt werden, daß sie die Mehrheitsbeschlüsse unterstempeln. Im Zeitungsgewerbe nennt man das Sitzredakteure.

Die Zeit der Talente in den Staatsgeschäften war uns schon längst entschwunden. Nun ist auch die Zeit der Charaktere dahin. Morgen werden die Marionetten zusammenklappen. Drahtzieher sind der Landesfeind und in Gemeinschaft mit ihm die unfaßbare und unfaßbar feige Schar unserer Volksvertreter, der Verräter. O, man hat gut Hand in Hand gearbeitet! Die Entente zertrümmert das Deutsche Reich, das ihr gebunden vor die Füße geworfen wird. Unsere eigenen Schergen aber, die Sozialdemokratie und ihre Verbündeten, sorgen dafür, daß nicht einmal die Erinnerung an die wundervolle Hoheit vergangener Jahrhunderte erhalten bleibt. In zahllosen Schulen ist bereits das Lernen und Singen vaterländischer Lieder von unserer Regierung verboten, auch des Preußenliedes von den Farben, die uns schwarz und weiß voranwehen. „Daß für die Freiheit unsere Väter starben", sollen die Kinder nicht mehr erfahren dürfen. In den Staatsschulen soll nur noch Kulturgeschichte vorgetragen werden und nichts von dem ewigen Ringen der Völker um Selbstbehauptung. Privatschulen aber werden unterbunden. Das ist die Lehrfreiheit und die Gewissensfreiheit im allerneuesten Deutschen Reich.

Was kein Alba in den Niederlanden vermocht hat, das wird freilich auch kein Scheidemann und Bauer, kein Hinz und Kunz bei uns vermögen. Man kann den deutschen Geist von Kanzeln und Kathedern, aus Büchern und Versammlungen verjagen, nicht von unserem Herde, nicht aus den Feierabendstunden, wo deutsche Väter ihren Söhnen alte Kunde zuraunen. Nicht von den Kinderbetten, an denen deutsche Mütter weiter beten werden. Auch wenn uns ein einziger Vers nur noch erhalten bleibt; auch wenn es nur noch heimlich wie Verschwörerspruch von Mund zu Munde geht: „Und nehmen sie den Leib, Gut, Ehr', Kind und Weib, — das Reich muß uns doch bleiben!"

Es kommt die Zeit, wo Deutschgesinnte sich vielleicht in Katakomben bergen müssen. Was uns heute noch eben erst entschwundene Geschichte ist, wird zur sehnsüchtigen Sage. In den Kyffhäuser hinein träumten wir einst Karl den Großen; dann Friedrich den Rotbart; schließlich, als immer noch die Erfüllung nicht kam, Karl IV. Seine Bulle, die der Mark Brandenburg Staatsrechte verlieh, war, ohne daß die Zeitgenossen es ahnten, schon der Anfang der Erfüllung. Nun werden unsere Fürsten wieder in den Kyffhäuser verschwinden. Auch der heute letzte Deutsche Kaiser; das leise Klingen deutscher Sehnsucht aber wird endlich doch stärker ertönen, als das Krächzen der schwarzen Raben und der rothalsigen Aasgeier. Das Gesetz von der Erhaltung der Kraft gilt auch im geistigen Leben: es kann nicht verloren sein, was wir an heldischer Größe und vaterländischem Opfersinn in dem Schicksalsjahre 1914 erlebt haben, und aus dem Blute unserer Gefallenen sprießt einst herrliche Frucht. „Wir sind Bauern von geringem Gut und dienen unserem gnädigsten Kurfürsten mit Gut und Blut", stand auf dem Fähnlein der Märker, die die Schwedenwacht auf den Elbdeichen im Dreißigjährigen Kriege hielten. Damals waren wir zerschlagen wie jetzt, freilich mit ungebrochener Ehre, und die Zeit kommt wieder, wo das in schwerster Trübsal geläuterte Volk seine Auferstehung begehen kann, wenn wir wenigen Getreuen von 1919 nur die Überlieferung an Kind und Kindeskind nicht vergessen. Alles ist diesmal verloren, auch die Ehre, die eine Bande von national entsittlichten Parteifanatikern in den Kot wirft, — nur unsere große Vergangenheit kann uns niemand nehmen, unsere Geschichte, auch dieses letzten Krieges, niemand rauben. Wo sind die deutschen Festungen, die der Feind erstürmt hat, wo die deutschen Küsten, an denen er gelandet ist? So werden Urenkel doch fragen und dann kaum den 1. Mai oder den 22. Juni am heimischen Herde feiern, sondern

eher den Tag der Schlacht am Skagerrak, trotz aller „Kulturgeschichte“ Hoffmannscher Prägung in den Schulen.

Heute drückt die Schmach uns nieder. Mit brennenden Augen starren wir in das Dunkel dieser Zeit voll Feigheit, Dummheit und Niedertracht, die am morgigen Sonntag in der Nationalversammlung ihr Insiegel erhalten soll. Das einzige, was jedem von uns nur noch zu tun obliegt, ist, an Stelle des geschichtslosen Geschlechtes von heute ein neues zu erziehen, das in der Vergangenheit lebt. Jeder einzelne von uns darf nichts Wichtigeres kennen, als zu lernen und dann zu lehren, was von Tacitus bis Treitschke uns erzählt worden ist, bis die Sehnsucht einst übermächtig wird, daß der Kyffhäuser berste und seine Begrabenen ein Volk vorfänden, das nur noch eine einzige Partei kennt: die kaiserliche Volkspartei. Wir haben sie schon einmal gehabt, von 1813 bis zum Jahre 1849, aber in den fetten Zeiten des letzten Menschenalters verschwand uns der Idealismus. Sie brachten uns die Knechtschaft, und unsere republikanischen Reichsregenten werden zu Fronvögten des mit ihrer Hilfe siegreichen Feindes.

Im Lande ringt man die Hände. In Weimar tafeln derweilen die neuen Minister ohne Kümmernis. Wir aber gedenken, um nicht zu verzweifeln, eines anderen Ministers aus schwerster Zeit, des Freiherrn vom Stein, an dessen stählernem Preußensinn eine Welt von Ungemach sich brach. Moskau stand in Brand, gerade war die Nachricht eingetroffen, in Petersburg rief alles nach sofortigem Frieden, der Zar, die Kaiserin-Mutter, der Minister Rumjanzew. Stein aber versammelte an der Newa die Getreuen um sich, warf stolz den Kopf zurück und sagte: „Ich habe mein Gepäck im Leben schon drei-, viermal verloren. Man muß sich gewöhnen, es hinter sich zu werfen. Weil wir sterben müssen, sollen wir tapfer sein!“

O Deutschland, tief in Schanden!

Weimar, 22. Juni

In lodernden Flammen trieb in Vorzeiten mit dem toten Helden an Bord das Wikingerschiff hinaus auf die offene See zum Untergang. Auch ganze Völker wußten einst in Würde zu sterben. Dem deutschen Volke aber gönnen die eigenen Totengräber, die Erzberger und Genossen, nicht einmal ein Armenbegräbnis, sondern verscharren es eiligst wie eine Pestleiche. Noch im letzten Augenblick wird ihm der einzige Wertgegenstand, die Ehre, weggerissen.

Die führenden Komödianten sind in der neuen Besetzung vollzählig zur Stelle, Leute von einer durchschnittlich noch geringeren Kopfweite als die vom vorigen Kabinett. Als Flügelmann die immerhin noch imponierendste Figur, der frühere Bureaugehilfe und jetzige Ministerpräsident Bauer, ein stattlicher Arbeiter im Sonntagsrock. Daneben, wieder um einen Platz vorgerückt, als nunmehriger Vizekanzler Herr Matthias Erzberger. Die Nennung seines Namens in der Ministerliste begrüßt die Opposition mit ironischem „Aha". Erzberger feixt. Es gibt Leute, die das ein Lachen der Verlegenheit nennen. Als ob ein Erzberger überhaupt je verlegen werden könnte! Er ist während des ganzen Begräbnisaktes in sichtlich guter Laune und erzählt den Nachbarn nette Geschichten, denn die Gänseleberpastete von gestern abend hat er gut verdaut und die Welt erscheint ihm wieder einmal als sein Spiegelbild, rosig und kugelrund.

Die Komödie beginnt. Die regierende Mehrheit verkündet durch den Mund Bauers, Loebes und Groebers, daß wir den Vernichtungsfrieden annehmen müssen, sonst käme es (das glaubt sie doch selber nicht!) wieder zum Kriege. Nur unsere

Ehre gäben wir niemals preis. Wir würden nur mit dem ausdrücklichen Vorbehalt unterschreiben, daß wir nicht die allein Schuldigen am Kriege seien und auch nicht das Verlangen nach Auslieferung Deutscher an ein Ententegericht erfüllen würden.

Die Volksvertreter sollen dementsprechend einen Beschluß folgenden Wortlauts fassen: „Die Nationalversammlung billigt die Haltung der Regierung in der Frage der Unterzeichnung des Friedensvertrages."

Das ist die theatralische Geste. Aber kaum ist sie sichtbar geworden, so erschrecken die Akteure selber davor. Der Beschlußantrag der Regierung wird ohne Angabe eines Grundes zurückgenommen. In Versailles wird der Vorbehalt vorgebracht werden, um das Gesicht zu wahren, aber nicht als Beschluß der deutschen Volksvertretung.

Die neue Fassung, die das Haus vielmehr annehmen soll und mit den Stimmen der Unabhängigen, der Sozialdemokraten, des Zentrums und eines Teils der Demokraten annimmt, lautet: „Die Nationalversammlung ist mit der Unterzeichnung des Friedensvertrages einverstanden."

Also bedingungslose Unterwerfung ohne Billigung der Regierungsvorbehalte. Nichts mehr von nationaler Ehre! Der Präsident Fehrenbach und die Regierung werden wegen der Änderung gestellt, dringend um Auskunft ersucht. Fehrenbach hat die Stirn, zu erklären, er finde keinen Unterschied zwischen den beiden Anträgen; auf der Regierungsbank aber erhebt sich niemand, wagt niemand zu leugnen. Die Schande, die Schande! Sie kommt nicht allen zu Bewußtsein. Es ist eine Art Apathie über das Haus gekommen, die eiligen Reden klingen wie das gedankenlose Nachstammeln Übermüdeter.

Graf Posadowsky bleibt wirkungslos. Was er über den Friedensvertrag im einzelnen sagt, das ist richtig, aber es hat schon vor anderthalb Monaten in jeder deutschen Zeitung

gestanden. Man sollte die Honoratioren einer Partei, die als Persönlichkeit etwas bedeuten, nur die gelegentlichen, kurzen, monumentalen Erklärungen verlesen lassen. Heute wäre ein Volksredner nötig gewesen, ein Antonius an der Bahre Cäsars. Ein Aufwirbler aller Leidenschaften, eine Posaune des Jüngsten Gerichts über Deutschlands Verderber. Daß nicht nur die Hörer, sondern auch nachher die Leser bis ins Mark erschüttert worden wären, sich die Rede ausgeschnitten und für Kind und Kindeskinder unter dem Heiligsten aufbewahrt hätten. Dieser Aufschrei bleibt aus. Heute oder nie wäre die Gelegenheit gewesen, das Panier für die Kommenden aufzupflanzen, die einst die deutschen Verräter stürzen werden.

Aber mit lohender Beredsamkeit und hallendem Organ füllt diesmal Professor Kahl die Lücke einigermaßen wieder aus; etwas von dem verwegenen Feuer des ewigen Germanenjünglings steckt in diesem Siebzigjährigen und gleichzeitig etwas von der hinreißenden sittlichen Kraft des Richters und Propheten. Ohne Scheu tritt er vor den König Plebs und ruft sein „Du bist der Mann!“ ihm zu. Auch rein rhetorisch ist seine Stufenfolge des wiederholten „Wir lehnen ab“ mit der jedesmaligen Begründung noch wirkungsvoller als einst Zolas „Ich klage an“, ist so erschütternd, daß eine Abgeordnete des Zentrums, schwankend geworden und in tiefster Seelennot, sich beim Nachbar Prälaten erst noch einmal Absolution für die Abstimmung holt. Die Abstimmung für Unterschreiben natürlich. Denn in diesem Parlamente ist die deutsche Ehre verloren, auch wenn Erzengel redeten.

Eine Fundgrube für kommende Geschichtschreiber, aber auch für gegenwärtige Politiker, sind die Ausführungen des Sozialdemokraten Loebe. Es scheint, daß auch er die Nerven und den taktischen Verstand verloren hat. Bisher hieß es doch immer, die Republik werde uns das goldene Zeitalter

bringen. Er aber erzählt uns vom Beginn des traurigsten Kapitels deutscher Geschichte, von äußerster Verarmung und nationalem Elend. Bisher wurde auch behauptet, unsere Monarchie und unser Militarismus hätten uns im Auslande so geschadet. Er aber klagt, Deutschland sei den Gegnern stets als Ursprungs- und Zukunftsland des Sozialismus verhaßt gewesen.

Der Sozialismus, Herr Loebe, hat seine Zukunft bei uns verloren. Er wurde gehegt von der sozialen Monarchie; in der deutschen Republik wird er lebendig begraben werden. Er gehörte zu den Ehrenpflichten unseres bürgerlichen Staates. Jetzt ist die Ehre dahin, der Staat dahin, die deutsche Zukunft dahin. Die Sozialdemokratie ist der Totengräber auch des Sozialismus geworden.

Einst kommt der Tag des Volksgerichts für uns alle. Die Mehrzahl der Demokraten mit ihrer feinen Witterung hat das rechtzeitig erkannt und ihren Kahn aus dem Schlepptau der Roten heute gelöst. Sie waren für die Unterzeichnung mit sechs Vorbehalten und ziehen sich nun aus dem schlechten Geschäft ganz zurück. Mit einer Fanfare „wider die sozialistische Planwirtschaft" lockt der neue Ausrufer der Demokraten, Schiffer, das bürgerliche Publikum, das schon in Scharen entwich, wieder heran. Der bisherige Führer Payer und die anderen Unentwegten der ehemaligen süddeutschen Volkspartei aber machen die taktische Schwenkung nicht mit, sondern stimmen mit der alten Mehrheit für die bedingungslose Unterwerfung.

Der oberschlesische Diktator Hörsing fällt noch mit einer Erklärung namens der gesamten ostelbischen Sozialdemokratie jenen Ostmärkern in den Rücken, die jetzt zum letzten Kampfe Mann gegen Mann für die Heimat von Haus zu Haus und Hecke zu Hecke antreten möchten.

Das ist alles. In nur vier Stunden ist es erledigt. Die

deutsche Pestleiche ist verscharrt, ein paar Erdklumpen persönlicher Bemerkungen kollern hinterdrein. Wenn jetzt eine Gruppe von Wandervögeln am Parlament vorüberzöge und „O Deutschland hoch in Ehren“ sänge, man würde aufschreien in namenlosem Weh.

Nun hinaus in den Alltag. Es kommt zunächst die Zeit der „fühlbaren Erleichterung“ in den ersten Monaten nach dem Friedensschluß. Dann das Erwachen in steigend fürchterlicher Not.

Wie es Ehrlose nicht anders verdienen.

Aber noch gibt es Zeichen und Wunder. Draußen stehen die Leute um eine Depesche gedrängt. Die Kriegsschiffe unserer Hochseeflotte im englischen Pferch haben, zum erstenmal wieder seit dem 21. November, die deutsche Kriegsflagge gehißt und sind von der eigenen Besatzung mit wehender Flagge auf den Grund des Meeres geschickt worden. Deutscher Stolz und deutscher Trotz, den die freie Nationalversammlung nicht aufbringen kann, nun doch bei den Gefangenen von Scapa Flow! Gott sei gelobt für diesen Blitz in dunkler Nacht. O Deutschland hoch in Ehren! Wir, deine gepeinigten Söhne, erkennen deine Ewigkeit und Unzerstörbarkeit auch im Schmachgewand. Wir werden sterben. Du sollst auferstehen.

Unter dem Fronvogt

Weimar, 23. Juni

In Weimar ist die Regierung in den letzten Tagen in völliger Hilflosigkeit von einem Beschluß zum anderen getaumelt. Ihr Einpeitscher, der junge Pressechef der Reichskanzlei, wird von den Zeitungsvertretern gescholten, daß er alle Augenblicke

falsche Informationen erteilt habe. Sie waren in Wirklichkeit nicht falsch, nur immer schon überholt, von einer neuen Torheit überholt. Die Nachrichten und die Beschlüsse jagten einander im Stenogrammtempo, bei Tage und bei Nacht, bis die armseligen Geister der Regierungsmänner nicht mehr aus noch ein wußten. Ein Mädchenpensionat, in dem der Ruf „Feuer“ erschallt, kann sich nicht kopfloser benehmen. Noch heute früh kann die gewagteste Vermutung wahr werden. Das Kabinett ist nahe daran, zurückzutreten und einer Koalitionsregierung Platz zu machen, an der teilzunehmen auch die Rechte aufgefordert werden soll. Nur einer behält in dieser Gesellschaft den Kopf oben: Erzberger; er führt alles zu dem vorher bestimmten Ende der bedingungslosen Unterwerfung. Das war ja der Witz der gestrigen Neufassung des Beschlusses, die von den französischen Journalisten brühwarm nach Paris hinübertelephoniert wurde. Sie bewies dem Rate der Vier, daß die Deutschen alles schlucken würden. Die dann nachher eingetroffene deutsche Note mit den Vorbehalten konnten die Vier nun höhnisch ablehnen. Es war ihnen ja deutlich genug gezeigt worden, daß Bauers und Groebers Schwur nichts weiter bedeutete als die Kulissenreißerei von deklamierenden Bühnenhelden. Wahrlich eine geradezu kindlich unbeholfene Diplomatie.

Eine weitere qualvolle Sitzung setzt heute noch den Schlußpunkt unter das gestrige Protokoll der Schande. Noch einmal hätten wir wohl gewünscht, die Stimme Kahls oder eines anderen Herolds deutschen Gewissens zu hören. Es erfolgen aber nur kurze Erklärungen neben der Abstimmung über nochmalige Ermächtigung zur bedingungslosen Kapitulation. Man bescheinigt sich in diesen Erklärungen gegenseitig, daß jedermann, gleichviel wie er abgestimmt habe, nur von vaterländischen Gründen ausgegangen sei. Das tut erstaunlicherweise durch ihren Wortführer Dr. Heinze auch die

Deutſche Volkspartei. Im Volke wird man dieſe Höflichkeit nicht mitmachen, wird Herrn Cohn nicht für den treugeſinnteſten Deutſchen und Herrn Erzberger nicht für den ſelbſtloſeſten aller ehrgeizfreien Staatsdiener halten. Präſident Fehrenbach ſcheint das zu ahnen. Ihm bangt um ſeinen Benjamin Erzberger und er fordert insbeſondere die Preſſe auf, nun nach der Annahme des Friedens die innere Fehde einzudämmen. Wir ſollen die politiſchen Einbrecher des November, die unſer Haus, unſer Deutſchland unſagbar verwüſtet haben, als liebe Landsleute ſchätzen und ehren. Hut ab auch vor Erzberger, dem Fronvogt der Entente.

Ein Fronvogt hat Schergen. Bei uns ſind das die 100 000 Mann, die wir als Polizeitruppe von unſerem Heere behalten ſollen, und man will ſich gleich ihrer Dienſte verſichern. Es iſt ein offenes Geheimnis, daß nahezu unſere geſamte Generalität heute ihren Dienſt hat niederlegen wollen, nachdem der Schmachfriede angenommen war. Auch unter dem übrigen Offizierkorps gärt es. Was dann? Da wäre auch Erzbergers Witz zu Ende, da könnte der Scheidemann-Friede nicht durchgeführt werden, und für die Durchführung jeder einzelnen Beſtimmung des Vertrages macht uns die Entente doch ausdrücklich in ihrer letzten Note nochmals verantwortlich. Es werden alſo Schergen, deutſche Offiziere, dazu kommandiert werden müſſen, Hindenburg zu verhaften und den Feinden auszuliefern. Selbſt dem Teufel in der Hölle müßte übel werden bei dieſem Gedanken. Unſeren Gentlemen der regierenden Mehrheit aber iſt er ganz plauſibel, und ſo wird der Nationalverſammlung, die in ihrer Geſamtheit darauf hineinfällt, ein Aufruf an Heer und Volk zur Annahme unterbreitet, in dem jedermann aufgefordert wird, treu auf ſeinem Poſten zu bleiben. „Sonſt kommt das Chaos“, lautet die abgegriffene Redensart. Andernfalls aber bleibt die Ordnung erhalten; die Ordnung — auf der Sträflingsgaleere.

Einige dringende Vorlagen, darunter ein weiterer vorläufiger Vierteljahrsetat von sechs Milliarden (die Republik kommt uns wirklich nicht billig) wird in Hast, und doch nicht ohne kritische Randbemerkungen, angenommen, so daß die Mehrheit — jetzt zum ersten Male — darüber klagt, daß man dem Ernst der Stunde doch mehr Rechnung tragen solle. Die Empfindsamkeit steht den Herren nicht übel. Deutschland ist verscharrt, seine lebendige Ehre hinterdrein abgewürgt und den Feinden hingeworfen worden. Nun fehlt nur noch ein bißchen stimmungsvolle Musik. Im übrigen sollen die Offiziere und Mannschaften weiter Dienst tun und dafür sorgen, daß unsere Reichsregenten in Ruhe ihr Gehalt verzehren können und daß die Entente keine eigene Mühe mit der Eintreibung ihrer Forderungen an deutschem Menschenfleisch hat. Unsere Volksehre ward verschachert. Da soll die Soldatenehre noch hinterdrein.

Schwankende Gestalten

Weimar, 24. Juni

Und die Angst beflügelt den eilenden Fuß: viele der Volksvertreter sind nach Hause gefahren. Namentlich solche aus dem Osten. Man kann ihnen sagen, daß der Friede ja erst ratifiziert werden müsse, daß dann erst ein besonderes Abkommen über die Fristen der Räumung geschlossen werde, es hilft alles nichts, sie erwidern einfach: „Lehrt ihr uns die Polen kennen!“ Sie glauben an keinerlei Fristen. Sie nehmen an, daß die Polen nach Unterzeichnung des Friedens einmarschieren. Und darum wollen sie eilends heim, ihr Haus zu bestellen oder die Flucht vorzubereiten, denn die Polen

jagen ja doch alle Ansiedler und in den letzten zehn Jahren neu Zugewanderten aus dem Lande hinaus. Es wird voll werden in dem verkleinerten Pferch. Aus Rumänien, aus Kleinasien, aus China, aus fast allen Ländern der Welt sind die Deutschen bereits heimgeschafft, zu Zehntausenden kommen sie her. Der Engländer hat dieses „Compound-System“ zuerst für die Neger, die in den Diamantgruben in Kimberley arbeiten, eingeführt, und jetzt sollen auch die Deutschen unter hermetischem Abschluß fronden.

Wie gesagt, die Ostmärker eilen heim. Auch Abgeordnete aus anderen Gebieten, die preisgegeben worden sind. In der Nationalversammlung beraten heute die Zurückgebliebenen das Krankenkassengesetz. Es wird hastig in allen drei Lesungen angenommen. Dann entläßt Fehrenbach das Haus bis zum nächsten Dienstag und gibt der Hoffnung Ausdruck, daß die Herren inzwischen Zeit haben werden, ihre Wähler aufzuklären.

Zeit schon; und auch die Notwendigkeit dazu wird sich wohl herausstellen. Aber kaum einer der Volksvertreter wird dazu imstande sein, auch nur mit annähernder Genauigkeit zu schildern, „wie alles kam“. Zu häufig waren bei der Mehrheit die Umfälle. Noch kurz vor der letzten Abstimmung waren nicht weniger als 68 Zentrumsleute wieder irre geworden. Wollten gegen die ehrlose Unterwerfung sich erklären. Alles schwankte wie Schilf im Winde. Man hat den preußischen Generalen von 1806 Mangel an Entschlußkraft, man hat ihnen Feigheit und Schwäche in entscheidungsschweren Stunden vorgeworfen. Die Sozialdemokraten haben in ihrem agitatorischen Vokabularium eine ganze Seite für diese „Junker-Erbärmlichkeit“. Aber selbst der zittrigste Greis von 1806 in irgendeinem kleinen alten Fort ist ein aufrechter Riese, ein ragender Roland im Vergleich zu den Froschmolluskenbreinaturen, die das parlamentarische System uns erzeugt hat.

Wer von der Mehrheit hat den Mut, das einzugestehen? Wer von ihr wird es den Wählern erzählen? Die Herren, die heute in ihre Wahlkreise gehen, werden erstens staatsmännische Gesichter aufstecken und Herrn Omnes über ihre bitter schwere Verantwortlichkeit etwas vorstöhnen; und zweitens am Ende gar, wie Fehrenbach gestern am Schluß der Sitzung, eine Männerzähre herausdrücken: „Gott erbarme sich unseres armen Vaterlandes!“ Das ist billig, wenn man selber seines eigenen Vaterlandes sich nicht erbarmt, sondern es verraten und verkauft hat.

Wir haben mit Recht manches unserer alten Diplomatie vorwerfen müssen. Sie hat böse Irrwege eingeschlagen, die zum Verderben führten. Aber doch ist selbst sie nicht so von einer Torheit zur anderen getaumelt wie in diesen Tagen die Erleuchteten der Nation. Das Schwanken war endemisch. In jeder einzelnen Fraktion der Mehrheit. Jede neue Abstimmung warf die alte um, jeder neue Redner sogar überzeugte den Vorgänger von dessen Dummheit, um dann seinerseits vor dem nächsten Redner kleinlaut zu werden. Ein beliebiger junger Beamter oder Offizier des „alten Systems“ hätte, wenn ihm allein die Verantwortung übertragen worden wäre, männlicher, folgerichtiger, erfolgreicher gehandelt als diese parlamentarische Vielheit, die sich bei jedem Unwetter wie eine Schafherde zusammendrängt.

Einer der Ortsgeister, denen Ebert gehuldigt hat, Schiller, hat das schon vor mehr als hundert Jahren gewußt, daß Männer Geschichte machen, nicht Volksversammlungen. „Die Mehrheit ist der Unsinn“, sagt Schiller. Niemals hätte eine kaiserliche Politik uns so würdelos in den Sumpf taumeln lassen wie die Herdenpolitik der Vielzuvielen von Weimar, dieser schwankenden Gestalten ohne Verstand und ohne Überzeugungsmut.

Nachklänge zu Weimar

Berlin, 25. Juni

In Weimar brach, wie vom Blitz gefällt, der Parlamentarismus in die Knie. Die Luft ist aber noch voll Spannung, hie und da gibt es ein Nachgewitter, und in der preußischen Landstube hört man das Grollen von allen Seiten. Es ballen sich überall neue Wolken zusammen. Hoffmann, Cohn und Rosenfeld sprechen mit einer Deutlichkeit, die ohne Deckung durch die Immunität schon nicht mehr möglich wäre, von der dicht bevorstehenden „endgültigen" Revolution und der Aufrichtung der Pöbelherrschaft. Hoffmann schreit es unter Trommeln auf das Rednerpult hinaus, Cohn spricht in dem gleichmäßigen Tonfall des Monomanen, Rosenfeld lispelt es; aber alle die Redner der Unabhängigen sagen dasselbe: Warte nur, balde... Sie richten eine förmliche Anfrage an die preußische Regierung, wie sie sich habe unterstehen können, im Reichskabinett ihr Gutachten gegen den Unterwerfungsfrieden abzugeben, ohne von der Landesversammlung dazu ermächtigt zu sein. Hirsch und Heine antworten darauf. Hirsch trocken, wie immer, daß er doch nur den einmütigen Beschluß der Landesversammlung vom 11. April und 8. Mai ausgeführt habe und nichts dafür könne, daß die Unabhängigen (und auch Ihre Mehrheitssozialdemokraten, Herr Hirsch!) seitdem umgefallen seien; und Heine etwas temperamentvoller, wobei er sich unter großem Lärm der Hoffmann-Cohn-Rosenfeld & Co. gegen deren „knotige Bemerkungen" verwahrt. Die völlig nutzlose Debatte, die sich in allen 25 Einzelparlamenten Deutschlands und wohl gar noch in den Kommunen wieder-

holen wird, geht heute noch nicht zu Ende. Sie wird das für unseren in seiner Zerfahrenheit unüberbietbaren Parlamentarismus wirklich witzige Ergebnis haben, daß diejenigen Parteien, die in Weimar für den Unterwerfungsfrieden stimmten, dem preußischen Ministerium ihr Vertrauen aussprechen, weil es gegen den Unterwerfungsfrieden stimmte! Die Sozialdemokraten und Zentrumsleute Preußens in dem preußischen Parlament demonstrieren also dadurch gegen den Frieden, für den die nach genau demselben Wahlrecht gewählten Sozialdemokraten und Zentrumsleute der Nationalversammlung in Weimar eintraten. Kann es etwas noch Zerfahreneres geben? Man hat in Berlin Vertrauen zu dem Ministerium, das Nein gesagt hat, wäre selber aber auch zu einem Ja gekommen. In einer ganz prachtvollen Rede voll Wucht und Größe, einer Fanfare, die den Heerbann zu kommenden Kämpfen sammelt, setzt sich der deutsch-nationale Abg. v. Kardorff, nach ihm gleichfalls sehr wirkungsvoll der Deutsche Volksparteiler v. Krause mit den Zugrunderichtern Deutschlands auseinander. Gegen diesen Feuerstrom vaterländischer Begeisterung gehen der „Demokrat" Prof. Friedberg, der dem „Demokraten" Schiffer in Weimar sehr wenig gleicht, und der Klerikale Herold vor, jener mit der großen Wasserspritze, dieser mit seinem kleinen Eimerchen. Was hätte man denn tun sollen, barmt Herold; die Entente wäre ja bei Ablehnung einmarschiert! Das wird sie sowieso einmal tun. Die Schmachfriedensmehrheit wird auch um diese „Illusion ärmer werden". Die Abstimmung vom 22. Juni hat uns nichts erspart, sondern nur zum Unglück die Schande gesellt, und dieser wenigstens — ihr allein — hätten wir entgehen können. Alles gefürchtete andere kommt, ist überhaupt unausweichlich. Man mag sich unsere Worte merken.

Voll Vertrauen und Ängsten

Berlin, 26. Juni

In England sitzt der Präsident des Unterhauses auf einem Wollsack und hat eine weiße Allongeperücke auf dem Kopf; und durch das englische Wahlrecht würden unsere Demokraten sich nur mit Entsetzen hindurchwinden; und der Parlamentarismus drüben hat überhaupt sehr viel Verzopftes und Verzwicktes. Trotzdem wäre dort eine solche Abstimmung wie heute im Preußenhause kaum möglich gewesen. Der alte Bethmann-Block der schwarzen, roten, goldenen Internationale (des Zentrums, der Sozialisten, der Demokraten) ist hier beisammen geblieben, hat die Weimarische Extratour der Schifferschen Demokraten sich nicht gestattet, und tritt geschlossen für „sein" Ministerium Hirsch ein, das sich in dem Weimarer Kabinettsrat gegen den Unterwerfungsfrieden ausgesprochen hat. Dieser Friede spreche allem Rechtsgefühl Hohn und vergewaltige uns in der schlimmsten Weise, steht in dem Antrag der drei Parteien. Folgerichtig stellt die Rechte den Zusatzantrag: „Das Eintreten der preußischen Staatsregierung für die Ablehnung des Friedens war daher geboten". Das verwirft der Block mit 231 gegen 58 Stimmen. Von den Unabhängigen liegt der entgegengesetzte Zusatzantrag vor: „Trotzdem war ein Eintreten der preußischen Regierung für die Unterzeichnung des Friedensvertrages geboten". Und mit 269 gegen 20 Stimmen wird — auch dieser Vorschlag verworfen. Der Regierung soll das Vertrauen nur sans phrase ausgesprochen werden und wird es auch. Ein geradezu monumentaler Ausdruck für die Unschlüssigkeit und Feigheit unseres

Parlamentarismus, ein unübertreffliches geschichtliches Beispiel für die zweibändige „Politik“ eines künftigen Treitschke!

„Ich sag' nicht so und sag' nicht so,
Denn sage so ich oder so,
So könnte einer sagen,
Du hast so oder so gesagt,
Und kriegte mich, Gott sei's geklagt,
Beim Kragen!“

Experimente

Berlin, 27. Juni

Es kommt vor, daß der Arzt einem dicken Herrn, den er am Blinddarm operieren muß, bei der Gelegenheit auch die Erleichterung verschafft, daß er ihm etlichen Bauchspeck wegschneidet. Das ist der beste Ersatz für Marienbad. Wenn aber ein Kranker in den letzten Todeszuckungen daliegt, wird sich der Arzt nur zu einem einzigen, vielleicht lebenrettenden Eingriff mit dem Messer verstehen und die Schönheitskorrekturen unterlassen. Von dem preußischen Staate muß man leider sagen, daß seine Agonie bereits begonnen hat. Trotzdem nehmen die politischen Herren Doctores noch allerlei demokratische Experimente an ihm vor, die in diesem Stadium der Krankheit bestenfalls einen Zeitverlust bedeuten.

Im preußischen Landtag wird der Justizetat beraten. Da erklärt der Durchschnittsparlamentarier gewöhnlich, er sei des Fachsimpelns nun müde, überläßt den Berufsjuristen neidlos das Feld zu ihren Auseinandersetzungen und schlägt sich seitwärts in den Speiseraum oder Lesesaal. Diesmal wird aber weniger Juristerei und mehr Politik betrieben. Der Unab-

hängige Rosenfeld spricht stundenlang über den Prozeß Ledebour — oder vielmehr an ihm vorbei gegen die jetzige Regierung und für die neue Revolution. Und vor ihm empfiehlt der Mehrheitssozialist Heilmann lebhaft die neuesten Experimente an unserer Rechtspflege, nämlich, wie man sie „verbürgerlichen" könne. Der bewegliche rote Fuchskopf ist nicht etwa voll von phosphoreszierenden Einfällen, er ist nur eine mäßige Begabung, aber als „aus politischen Gründen" entgleister cand. iur. ist Heilmann durch den Fleischwolf der Berliner Journaille getrieben und gut ausgekocht worden, hat überdies eine Volksversammlungsstimme von brutaler Kraft, kurz, er wird über kurz oder lang „der" Führer der Mehrheitssozialisten in Preußen sein. Es seien, so meint er, leider keine Richter aus dem Arbeiterstande vorhanden; in absehbarer Zeit würden die Juristen auch weiterhin vom Bürgertum gestellt werden. Deshalb seien die nur aus Berufsrichtern zusammengesetzten Kammern — überhaupt zu verwerfen, überall Schöffen und Geschworene einzusetzen, und zwar nach dem Bevölkerungsverhältnis in der Hauptsache Arbeiter, die dann eine auskömmliche Entschädigung für ihre Mühwaltung erhalten müßten. Auch Arbeiterfrauen. Die nötigen Gesetzentwürfe dazu sind bereits in Vorbereitung.

Wird das Experiment durchgeführt, so ist die seit Friedrich Wilhelm I. vorbildliche preußische Rechtspflege in Gefahr, auf die Stufe zu sinken, auf der sich Master Lynch in Wild-West befindet. Die Grundlage jeder Justiz ist ihre Unabhängigkeit. Darum gerade nimmt man doch zu Geschworenen Männer „in geregelten bürgerlichen Verhältnissen", die nicht nach rechts und nicht nach links zu schielen brauchen. Daß sie keine Standesurteile nach Standesvorurteilen, keine politischen Urteile nach politischen Vorurteilen fällen, hat eben erst die Freisprechung Ledebours durch seine bürgerlichen nichtsozialistischen Geschworenen erwiesen. Es ist sehr fraglich, ob ein aus

mehrheitssozialistischen Arbeitern bestehender Areopag zu dem gleichen Beschluß gekommen wäre; und wenn umgekehrt Wolfgang Heine, den der Abgeordnete Rosenfeld heute einen Lügner und einen Zuhälter der Reaktion nennt, von „Unabhängigen" gerichtet würde, möchten wir für nichts garantieren. Das liegt nicht etwa daran, daß der organisierte Arbeiter von seiner Organisation kommandiert wird, wie er zu entscheiden habe. So plump vollzieht sich das nicht. Aber im Proletariat sind die sittlichen Begriffe „gut" und „böse" längst abgelöst durch „der Partei nützlich" und „der Partei schädlich". Die Weltanschauung der 10 Gebote, auf denen alles Recht der Welt beruht, existiert nicht mehr in der Arbeiterschaft, sondern eben die „sozialistische Weltanschauung", und die gehört nur in die Politik, ruiniert in Verwaltung und Rechtsprechung alles.

Erst recht ist es aber eine Versündigung, die Frau zum Richter zu machen. Es gibt männliche Frauen, Frauen, die nicht nur in der Politik, sondern auf jedem Gebiet „ihren Mann stehen", scharf und klar und nüchtern urteilen. Aber die Frau im ganzen bleibt immer Gefühlswesen. Sie urteilt nicht mit dem Gehirn, sondern mit dem Rückenmark. Es ist das Beste an ihr, wenn sie mit Antigone erklärt: „Nicht mitzuhassen, mitzulieben bin ich da". Aber der Richter soll weder hassen noch lieben, sondern soll das Recht kraftvoll schützen, damit die Welt nicht unter dem Faustrecht zusammenbricht.

Ein neues Experiment hat der Verkehrsminister Dr. Oeser vor, dessen Ressortsorgen den späten Abend der Sitzung ausfüllen. Er will mit der Demokratisierung beginnen, das Rätesystem in seinem riesigen Arbeiter- und Beamtenheer einführen. Der Erfolg erscheint uns nicht ganz sicher. Vielleicht kommen dadurch gerade die Elemente nach oben, die man fernhalten möchte, die Vertreter des — wie Heilmann es nennt — Strolchewismus in Deutschland. Die Eisenbahner haben außerdem Geldforderungen gestellt, die den Fehlbetrag

der preußisch-hessischen Eisenbahngemeinschaft auf sieben Milliarden Mark jährlich erhöhen würden! Hab' ich doch meine Freude dran, sagen die Unabhängigen und die Kommunisten, und Paul Hoffmann und Adolf Hoffmann tun nebst ihren Genossen alles, was sie können, um von diesem „festen Punkt" aus Deutschland aus den Angeln zu heben. Oeser nagelt unter großer Bewegung des Hauses das böse Wort fest: „Wer die Eisenbahn besitzt, hat die Hand an der Gurgel des Staates!"

In dieser ungeheuren Gefahr ist das preußische Staatsministerium endlich auf ein Experiment verfallen, das schon längst hätte durchgeführt werden müssen: statt sinnloser Lohnerhöhungen energischer Abbau der Lebensmittelpreise. Bisher hat mit Kartoffeln und Speck und vielen anderen Dingen der Staat selber Wucher getrieben; der staatliche Zwischenhandel ist uns weit teurer gekommen als jemals der private. Nun will man es anders anfangen. Es soll Reis zu 1,75 M. das Pfund geben; allerdings nur ein Viertelpfund wöchentlich. Und noch andere schöne Dinge, so daß eine fünfköpfige Familie etwa 110 M. monatlich weniger auszugeben hätte als heute. Auch diese Sanierung ist freilich ein Milliardenobjekt. Und wird von den Steuerzahlern selbst getragen! Aber zum ersten Male wird im neuen Reich der Gaul wenigstens nicht am Schwanze aufgezäumt.

Zu neuer Arbeit

Weimar, 1. Juli

Wenn man die Seelenverkäufer des deutschen Volkes heute wieder beisammen sieht, so sollte man meinen, auf der Stirn

jedes Jasagers vom 22. Juni müsse die Brandmarke flammen. Die Abgeordneten haben aber alles gut überstanden. Ein buntes, fröhliches Jahrmarktstreiben erfüllt das Haus zu Beginn der Sommertagung. Der Monatserste bringt jedem Erleuchteten der Nation die Vergütung für seine Mühewaltung, ist also an sich schon ein sehr sympathischer Tag. Außerdem sind heute die „historischen" Briefmarken zur Erinnerung an die Verfassunggebende Nationalversammlung erschienen, in den Wandelgängen entwickelt sich eine lebhafte philatelistische Börse, und jedermann pappt die neuen Marken auf Briefe und Karten. Wir nehmen keinen Anstand, zuzugestehen, daß die mißvergnügte Kommerzienrätin, die die Germania auf unseren bisherigen Postwertzeichen darstellt, künstlerisch nicht sehr erhebend wirkt. Noch weniger ist es aber der kubistisch zerhackte Baum in roher Holzschnittmanier auf der 10-Pf.-Erinnerungsmarke. Die zu 15 Pf. zeigt einen abgeschlagenen Baumstumpf mit ein paar neuen Reisern, die zu 25 einen knieenden nackten Kellnerpikkolo, der ein Tablett über seinem Kopfe balanciert; vielleicht ist es aber auch ein Maurerlehrling vom Turmbau zu Babel, gezeichnet von einem ägyptischen Primitiven.

Die regierende Sozialdemokratie konnte die höfisch-heraldische Kunst unserer alten Marken und Münzen kritisieren, aber sie selber bringt nichts Neues an die Oberfläche, das Kulturwert besäße. Ihr ist ja alles nur Agitation. Sie überschwemmt uns auch mit Bildern und Broschüren fürchterlichster Sorte auf Kosten aller Steuerzahler, um Reklame für sich selber zu machen. Dieser Millionenunfug der „Zentrale für Heimatdienst" und anderer Propagandaämter wurde schon früher in der Nationalversammlung gerügt, heute wieder in einer kurzen Anfrage der Deutschnationalen. Vom Regierungstisch wird erwidert, die Auflösung der Ämter sei im Gange, aber die einmal erteilten Druckaufträge müßten noch

ausgeführt und die Broschüren verteilt werden. Auf die weitere Anfrage des Abgeordneten Mumm, wie der klaffende Widerspruch zwischen dieser Erklärung und der des früheren Ministerpräsidenten Scheidemann zu deuten sei, daß schon seit Februar dieses ungesetzliche Treiben eingestellt wäre, — schweigt die Regierung. Wenn früher ein Landrat in irgendeinem Kreisblättchen seine Stimme erhob, schrie die Sozialdemokratie auf, als habe man die gesamte Nation auf die Zehen getreten. Heute arbeitet ein ganzes Beamtenheer in Rot; und das Bürgertum muß diese Agitation der gegnerischen Partei mit seinen Steuern bezahlen.

Trotzdem verweigern die Vergewaltigten dem neuen Staate nicht den Dienst. Sie greifen herzhaft jede Arbeit mit an, die dem Neuaufbau gilt. Die Siedelungsvorlage, die heute in erster und zweiter Lesung erledigt wird, findet einmütige Anerkennung von den Deutschnationalen bis zu den Sozialdemokraten; nur die Unabhängigen schließen sich aus. Die ersten Redner aus dem Hause machen es sich sehr leicht, indem sie mehr oder weniger poetisch-sentimental über die Schönheit des Eigenheims auf dem Lande sprechen und dabei nicht viel mehr Sachkenntnis entwickeln, als der Großstadtquintaner etwa in einem Aufsatz „Über die Kuh" aufbrächte. Der erste, der bei aller Wärme, mit der er für die Siedelung eintritt, doch der Frage praktisch zuleibe geht, ist der Abgeordnete Dr. Roesicke. Landstellen seien leicht zu haben, meint er, Ansiedler schon weniger leicht, am schwersten aber Siedelungen, die dann auch rentierten, und das sei doch die Hauptsache, zufriedene Menschen zu schaffen, nicht eine neue Klasse Untergehender.

Den tiefsten Eindruck macht der alte Bauernbündler Dr. Heim, der den unabhängigen Abgeordneten Wurm derart glänzend abführt, daß das Haus stellenweise in wahren Lachsalven sich ergeht. Es ist aber nicht nur die souveräne Art

Heims, mit den Nichtfachleuten umzuspringen, die ihm den Beifall sichert; er ist einer der wenigen, die sich ernsthaft mit der Siedlerfrage beschäftigt haben. Der Fuß, der sein Lebelang Asphalt getreten habe, sagt er, werde niemals in Ackerfurchen zu gehen lernen. Das, was wir tun müßten, sei, den Industriestaat zum Agrarstaat zurückzubilden; dazu werde uns der Friedensvertrag mit der Entente schon zwingen. Es sei aber unmöglich, den heutigen Fabrikarbeiter zu einem Bauern zu machen. Das müsse schon in frühester Jugend beginnen. Die einzige Möglichkeit, in der Siedlersache zu einem guten Ergebnis zu kommen, sei daher die Verpflanzung von Kindern auf das Land. Alle die großstädtischen verwaisten und verlassenen Kinder, die heutzutage zu schlechten Handwerkern erzogen würden und dann der Fabrik anheim fielen, müßten jetzt, natürlich unter Aufsicht staatlicher Pfleger, in einzelne Bauernhäuser verteilt werden. Mit außerordentlicher Spannung folgte das Haus den Ausführungen des alten Praktikus. Zum erstenmal seit langer Zeit hat man in der Halle der Schwätzer etwas von einem wirklich arbeitenden Geist verspürt.

Schwarz-Rot-Gold

Weimar, 2. Juli

Schwarz ist unsere Zukunft, rot unsere Gegenwart, golden war die Vergangenheit. Das ist die Symbolik, die über Jahr und Tag wohl auch der letzte Deutsche in unseren neuen Reichsfarben erkennen wird. Noch sind sie es nicht. Erst morgen wird die entscheidende namentliche Abstimmung sie festlegen. Die Handelsflagge auf See aber soll ein Mischling werden. Die

alte schwarz-weiß-rote mit einer schwarz-rot-gelben oberen Ecke. Ein Wechselbalg ist hineingekommen.

Der Flaggenparagraph in der Verfassung ist der einzige, der die Leidenschaften heute noch einmal aufpeitscht und bis in späte Stunden hinein die Geister widereinander erregt. Was ihm vorangeht, das gibt nur zu mehr oder weniger akademischen Erörterungen Veranlassung. Es spricht für die Kleinbürgerlichkeit und Ideenarmut unserer ganzen Verfassungsmacherei, wenn der Berichterstatter, der demokratische Abgeordnete Haußmann, nichts Besseres zum Ruhme des Verfassungsausschusses zu sagen weiß, als daß seine Anträge 393 Drucksachen füllten, daß er weit mehr als 500 Abstimmungen hinter sich habe und daß der Bericht über die erste Lesung im Ausschuß 648 Seiten stark sei. Diese Zahlen sprächen doch höchstens dafür, daß Kärrnerarbeit geleistet worden ist, mühseliges und langwieriges Schuttabladen, um das ungeheure Loch, das an Stelle des versunkenen Deutschen Reiches klafft, notdürftig zu füllen. Alles Geniale tritt doch ganz anders, tritt mit eruptiver Plötzlichkeit ins Dasein. Die deutsche Reichsverfassung, unter der wir groß geworden sind, entsprang Bismarcks schöpferischem Geist, wie Pallas Athene dem Haupte des Zeus. In vierundzwanzig Stunden hat dann Lothar Bucher sie in Paragraphen gefaßt, und weiter gab es so gut wie nichts daran zu feilen. Sie hat fast zwei Menschenalter hindurch, Menschenalter des gewaltigsten Aufschwunges aller Klassen des deutschen Volkes, sich bewährt. Die jetzige schwarz-rot-goldene Verfassung wird kaum ein so langes Leben haben; und ihre Sinnlosigkeit wird schon in wenigen Monaten uns allen klar sein.

So enthält sie einen Artikel, der von der Wehrpflicht handelt; und doch hat die Nationalversammlung durch Annahme des Scheidemann-Erzberger-Friedens auf die Wehrpflicht der Deutschen verzichtet. So enthält sie ferner die Bestimmung,

daß kein Deutscher seinem ordentlichen Richter entzogen werden dürfe; und doch liefern wir die besten Deutschen einer fremden Feme aus. So enthält sie weiter den Satz: „Jeder Deutsche hat die sittliche Pflicht, seine Kräfte so zu betätigen, wie es dem Wohle der Gesamtheit entspricht"; und doch haben die herrschenden Parteien den Streikwahnsinn großgezogen, der schließlich alles in den tödlichen Strudel ziehen wird, auch die Verfassung selbst.

Zu ihrer Empfehlung spricht der neue Innenminister, der Sozialdemokrat David, neben dem als Einbläser noch der alte Innenminister Dr. Preuß sitzt, einige Worte. Wir haben sie schon wiederholt in stereotyper Einförmigkeit aus seinem Munde gehört: daß nämlich die Republik in die Bresche gesprungen sei, als die Monarchie zusammengebrochen war. Er wirkt etwas greisenhaft, der gute Dr. David. Diese Republik der schwarzen, der roten, der goldenen Internationale ist so „in die Bresche gesprungen" wie der Raubmörder, der nachher in die Kleider seines Opfers schlüpft. Die Sozialdemokratie mit ihren Affiliierten hat das Reich zertrümmert, und nun pflanzt sie auf den Trümmern ihr neues Banner auf.

Es müsse rot sein, meint der Abgeordnete Cohn. David belehrt ihn milde, daß diese Farbe schon vergeben sei, sie gehöre der sozialistischen Internationale. Auch das ist nur bedingt richtig. Blutrot war die Schreckensflagge der türkischen Korsaren, als sie noch das ganze Mittelmeer beherrschten und sogar von Frankreich Tribut erhoben. Alle späteren Seeräuber übernahmen sie. Dann überhaupt alle Empörer. Aber niemals ist die rote Flagge eine Nationalflagge im heutigen Sinne gewesen, sondern immer nur die der Vogelfreien.

Von der schwarz-rot-gelben, die von der regierenden Mehrheit und einem Teil der Demokraten uns aufgezwungen wer-

den soll, wird uns heute in verlogener Sentimentalität erzählt, sie diene dem großdeutschen Gedanken, während das Schwarz-Weiß-Rot das Symbol für das Bismarcksche Kleindeutschland gewesen sei. O, über diese rührenden Naiven! Nie waren wir von einem Großdeutschland entfernter als heute. Hätten wir noch Bismarcks „Kleindeutschland", wie es von 1871 bis 1918 bestand, so brauchten wir keine verlorenen Provinzen zu buchen. Nein, die alte Barrikadenfahne von 1848 soll wehen, das ist es, oder wie der Abgeordnete Quidde ehrlich gesteht: „Unsere alte demokratische Parteifahne soll Reichsflagge werden!" Als leidenschaftlicher Patriot spricht der Historiker Kahl dagegen, als rechnender Kaufmann der Hanseate Petersen. Aber in dieser Versammlung der Schwächlinge ist nichts zu erreichen. Man kann mit Stahl wohl aus einem Stein Funken schlagen, aber nicht aus diesem Philisterbrei.

Wir haben im Friedensvertrag unterschrieben, daß wir „die größten Verbrecher der Weltgeschichte" seien. Das war erzwungen. Nun wechseln wir aber freiwillig die Flagge: Das ist so, als ob man sich seines bemakelten Namens schämt und von den Behörden sich einen neuen erbittet. Jetzt können die Feinde erst triumphieren. Wir beschimpfen die eigene Herkunft, wir verleugnen die Millionen unserer für Schwarz-Weiß-Rot Gefallenen. Die Erbärmlichkeit feiert ihre letzte Orgie.

Die alte Flagge wird eingerollt. Sie wird aber als Sturmfahne einst der Rache voranwehen. Der Rache an unseren Reichsverderbern. Bis dahin bleibt sie das heißgeliebte, schmerzlich gehütete, treu bewahrte Heiligtum aller wahrhaft Deutschen. Nun erst recht. Jetzt ist sie wieder entsühnt, wo die Feigen sich von ihr lossagen.

Vaterländische und Partei-Taktik

Weimar, 3. Juli

Noch heute früh erzählten Neuigkeitskrämer, die unbesiegte deutsche Flagge werde uns erhalten bleiben. Sie kennen das Zentrum nicht. Es ist gewöhnt, „wie ein Kadaver" zu gehorchen, wenn aus Parteitaktik seine Oberen das Unmögliche verlangen. So stimmt es denn geschlossen mit den beiden sozialistischen Parteien und den Demokraten Quiddescher Art gegen Schwarz-Weiß-Rot. Auf eine Jämmerlichkeit mehr oder weniger kommt es in diesen Tagen auch nicht mehr an, denn die kommende Bußzeit wird unser ganzes Volk doch für alles zusammen in Bausch und Bogen heimsuchen.

Da man in drei Tagen mit der Verfassung fertig werden will, arbeitet die parlamentarische Maschine heute mit der vierten Geschwindigkeit. Außer dem Flaggenparagraphen werden noch rund zwanzig andere Artikel erledigt. Die Mehrheit will die Ernte bergen, ehe das Gewitter kommt. Zur Abfahrt jeder Paragraphenladung wird gedrängt. Wer dann noch etwas aufpacken will, irgendeinen Abänderungsantrag, der wird brüsk niedergestimmt. Auch der Dr. Heim, das bayerische Schreckenskind des Zentrums, sagt, er wisse ja, daß er für eine verlorene Sache rede, wenn er für den bundesstaatlichen Charakter des Reiches noch eine Lanze breche. Dabei sei der Unitarismus, die Vereinheitlichung, nur eine hypnotisierende Phrase der intellektuellen Oberschicht. Der Kern des Volkes sei bundesstaatlich gesinnt. Diese Verfassung, die die wechselnde parteipolitische Mehrheit der Nationalversammlung zum einzigen Souverän des Reiches mache, lasse den Bundesstaaten keinerlei Einspruch mehr. Sie seien nicht einmal mehr in ihrem Bestande und in ihren Grenzen geschützt,

könnten gegen ihren Willen zerschnitten, zerlegt, zerfetzt werden, alles könne man ihnen nehmen, weil man nach Beseitigung ihrer Steuerhoheit mit dem Steuerhebel eben alles erpressen könne. Sogar die eigene Beamtenschaft nehmen, denn heute gebe es freie Bahn nur für — den „Gesinnungstüchtigen". Eigentlich müßte das Zentrum, das einst unter den Brüdern Reichensperger ausdrücklich zum Schutze der bundesstaatlichen Rechte sich als Fraktion begründete, andauernd „Sehr richtig!" rufen. Es schweigt aber verbissen still, schweigt still und glotzt mißgünstig zum Störenfried der schwarz-rot-goldenen Herzeinigkeit hinauf.

In dem Hurre, Hurre, Hopp der Abstimmungen gibt es gegen Ende noch einen längeren Aufenthalt bei den Wahlrechtsparagraphen. Die beiden nationalen Parteien regen eine Hinaufsetzung des Wahlalters an, da man mit zwanzig Jahren wirklich noch keine politische Reife besitze. Die Abgeordnete Fräulein Behm, die um ihrer herzgewinnenden Art willen nicht nur von den Heimarbeiterinnen, denen ihr Lebenswerk gilt, sondern auch von den Kolleginnen im Parlament „Mutti" genannt wird, spricht mit überzeugender Wärme dafür. Sie hat natürlich tausendmal recht. Ob die vaterländisch richtige Anregung der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei aber auch parteitaktisch richtig ist, kann man bezweifeln. Parteitaktisch richtiger wäre es vielleicht, den Teufel der Massenumschmeichelung zu überteufeln und das Wahlalter auf achtzehn Jahre oder noch früher herabzusetzen. Man hat rechts immer noch zuviel Scheu vor Demagogie. Die Masse — oder das „Unvolk", wie Naumanns Freund Professor Sohm sie nannte — fällt aber immer dem größten Bieter zu. Frau Zietz kreischt natürlich auch gleich los. Wolle man etwa behaupten, daß eine Zwanzigjährige, die Mutter sein und Kinder aufziehen müsse, noch unreif sei? Dieser Schlagwortmechanismus zieht. Niemand denkt daran,

daß die Zwanzigjährige ihren Mutterberuf auch erst allmählich in der Praxis des nächsten Dutzends Jahre lernen muß, und daß manche dabei das köstliche Menschenmaterial in ihren Händen verdirbt; und wenn sie da richtig lernt, hat sie ihr Bestes getan und hat für die Politik kaum Zeit.

Aber trotzdem ist es taktisch falsch, sich gegen die Politisierung der Jugend zu stemmen. Wer mit dem Teufel suppt, muß einen langen Löffelstiel haben. Werden unsere Halbflüggen von den regierenden Parteien in die Politik gezerrt, so muß die Opposition schon bei den Küken anfangen. Schwarz-Weiß-Rot vom Kindergarten an. Bis unsere Volksverderber, mit ihren eigenen Waffen geschlagen, von selbst von ihrem Mißbrauch abkommen und die heutige Anregung der Rechten ihrerseits aufnehmen.

Über die Frage, ob die jeweilige Reichstagsperiode drei oder fünf Jahre dauern soll, wird erst morgen abgestimmt. Einige Demokraten sind für zwei Jahre. Die unabhängigen Sozialisten möchten am liebsten jeden Monat wählen lassen und Regierungen stürzen. Die Not wird uns aber noch so kneten, bis wir endlich alle erkennen, daß nicht das Wählen unser Lebensberuf ist, sondern das Arbeiten. Vorerst als Schuldknechte für die Entente, nach Menschenaltern aber vielleicht wieder für das neue alte Deutschland.

Reichstag, Reichspräsident

Weimar, 4. Juli

Die Fähigkeit jedes tüchtigen Unternehmers und jeder Behörde, die Arbeit richtig einzuteilen, geht Parlamenten im allgemeinen ab. Es wird bald getrödelt, bald gehastet, und

jede Sitzung wirft die Disposition der vorherigen um. Auch das grobe mechanische Mittel, jedem Redner nur eine bestimmte Minutenzahl anzuweisen, diesmal bei der Verfassungsberatung fünfzehn, nützt da gar nichts. Es ist schon heute klar, daß die Verfassung nicht in drei Tagen erledigt werden wird. Das Kapitel über den Reichstag wird durchberaten, das über den Reichspräsidenten angeschnitten, aber man hat insgesamt noch nicht ein Viertel der 173 Paragraphen geschafft. Das mag ja gleichgültig sein, denn der Sommer ist noch lang und Weimar ist die Stadt der angenehm kühlen Winde. Aber dieser Mangel an Übersichtsvermögen, diese Regellosigkeit in der Anwendung der Zeit führt so häufig zur Verschleppung eiliger Dinge oder zur Durchpeitschung schwierigster Entscheidungen. Die Nationalversammlung soll unser einziger Souverän sein. Sie ist und bleibt aber bloße Redehalle, ganz unköniglich in ihrer Zerfahrenheit.

Das Kapitel vom Reichstag erfährt gegen früher nur wenige Veränderungen, auch die fünfjährige Legislaturperiode, die gestern von den Rednern der Rechten besonders eindringlich statt der vom Ausschuß beliebten dreijährigen empfohlen wurde, wird wieder Gesetz. Das ist für die Stetigkeit der Politik notwendig. Im ersten und im letzten Jahr einer Reichstagszeit werden doch nur Wahlreden „zum Fenster hinaus" gehalten, und da ist es gut, daß wenigstens drei Arbeitsjahre dazwischen liegen. Einzelne Rechte des früheren Parlamentes werden für das neue der Republik erweitert. Bei dem merkwürdigen Paragraphen, der dieser Versammlung ausgesprochener Nichtfachleute es zubilligt, daß sie einen Überwachungsausschuß für auswärtige Politik aus ihrer Mitte bestellt, also Blinde zu Führern von Lahmen erklärt, kommt Haase auf unsere Ostpolitik und das Baltengebiet zu sprechen. Der Mehrheitssozialist Winnig fertigt ihn in einer Rede ab, die wie eine Sensation wirkt. Dieser Winnig, dem als Partei-

krippe der Gesandtenposten in Riga nach der Revolution zufiel, bricht — man denke — eine Lanze für die „baltischen Barone“ und stimmt eine Totenklage auf das untergehende Deutschtum der Ostseeprovinzen an. Das ist eine sehr billige Sentimentalität post festum. Den Frieden von Brest-Litowsk, der das Deutschtum im Baltikum retten sollte, haben die Herren Noten uns doch verdorben, und den Deutschen unserer eigenen Ostmark, die sich jetzt gegen ihren Untergang wehren wollten, die Waffe aus der Hand geschlagen. Die Einsicht, die Winnig in Riga gewonnen, wird in der Praxis nicht angewendet. Auch daß die früher materiell so hochstehende deutsche Arbeiterschaft, die von ihren belgischen, englischen, französischen Genossen beneidet wurde, durch die Revolution und ihren Scheidemann-Frieden „um Jahrhunderte zurückgeworfen“ ist, wissen die Leute, aber sie treiben eben eine Politik wider besseres Wissen. Die Vertreter der nationalen Presse in Weimar werden heute von allen Seiten mit leuchtenden Augen gesucht und freundschaftlich auf die große Sensation gestoßen. „Nun, was sagen Sie zu Winnig?“ Wir sagen, daß er, wie Noske und andere seines Wuchses, nur die Fassade eines großen Mannes ist, kein Großer selbst. Es sind Leute, denen die Erkenntnis dämmert, aber sie ziehen nicht die Folgerungen daraus, die ein Ehrlicher und Starker daraus zöge.

Eine weitere Sensation, freilich mehr eine für die Feuilletonisten, ereignet sich mitten während der Rede des Genossen Katzenstein. Eine gut gekleidete Dame in Schwarz geht langsam zur Rednertribüne hinauf und postiert sich neben ihn. Alles lacht über die Frau Abgeordnete, die ihr Interesse an Katzenstein und seinen Worten so weit treibe. Katzenstein selbst, der die Situation nicht ahnt, wird ganz verstört über das dauernde Gelächter. Ein Abgeordneter redet der Dame gut zu, worauf sie sich vom Rednerplatz entfernt und — am

Ministertisch Platz nimmt. Kaum hat Katzenstein geendet, so erhebt sie sich, obwohl sie nicht das Wort hat, und beginnt unter wütendem Läuten der Präsidentenglocke zu reden. Man versteht nur die Worte: Von der Maas bis an die Memel! Es stellt sich bald heraus, daß sie dem Hause überhaupt nicht angehört, und zwei Diener führen sie ab. Die Gerüchte, die in Weimar seit mehreren Tagen umherlaufen, daß ein Attentat gegen die Nationalversammlung beabsichtigt sei, erhalten auf einmal neue Nahrung. Aber selbstverständlich kann es sich, wie auch der Präsident unter einer bezeichnenden Handbewegung andeutet, nur um eine geistig Gestörte handeln. Dem bisherigen Minister Landsberg hatte sie melden lassen, daß sie zur Regierung gehöre. „Wenn sie verrückt ist, dann ist es richtig, dann gehört sie dazu!" antwortete er trocken dem Boten.

Der Kampf um die Stellung des Reichspräsidenten in der neuen Verfassung wird heute begonnen und vor Austragung abgebrochen. Der junge Leipziger Historiker Dr. Philipp, der Mitarbeiter des Professors Horst Kohl bei der Herausgabe der Bismarckbriefe, erklärt sich namens der Deutschnationalen für eine Ausgestaltung der Stellung des Reichspräsidenten zu der einer wirklich handelnden und führenden Person. Es sind eine ganze Reihe von Sätzen in der neuen Verfassung dem Reichspräsidenten gewidmet. Worte, nichts als Worte. Wenn man näher zusieht, so erkennt man, daß er das einzige Recht besitzt, ein Gehalt von 600 000 Mark jährlich aus Reichsmitteln zu verzehren. Kurz, ein Ruheposten für einen verdienten Parteimann. Die Rechte wünscht statt dessen einen wirklichen Führer der Nation. Sie lehnt es daher auch ab, daß mit einfacher Mehrheit ein Mann dazu gekürt werde, der dann tatsächlich als Vertreter einer Minderheit den höchsten Sessel besteigt. Es sei das ungeheuerlichste geschichtliche Kuriosum, sagt Philipp, daß das überwiegend bürgerliche deutsche

Volk, das ein Parlament mit bürgerlicher Mehrheit habe, einen Sozialdemokraten an der Spitze des Reiches wisse. Die Sozialdemokraten werden bei diesen Ausführungen unruhig. Es geht um ihre beste Sinekure. Und besonders peinlich ist nicht nur ihnen, sondern auch den benachbarten Demokraten, wie aus der Entgegnung des Abgeordneten Dr. Haas hervorgeht, die Feststellung Philipps, daß theoretisch nicht nur die Wahl eines beliebig zu uns hereingeschneiten polnischen Juden, sondern unter Umständen sogar eines Senegalnegers zum Reichspräsidenten möglich sei. Denn es werde lediglich verlangt, daß er seit zehn Jahren die deutsche Reichsangehörigkeit besitze, also nicht einmal geborener Deutscher sei.

Wichtiges und Nichtiges

Weimar, 5. Juli

Wer Karlchen Mießnick kennt, der weiß, daß Karlchen höchstens die bequemeren Hausaufgaben vor dem Abendbrot erledigt, die schwersten aber bis kurz vor dem Schlafengehen verschiebt oder sich gar erst am nächsten Tage in einer Schulpause diktieren läßt. Die Nationalversammlung eilt in gleicher Drückebergerei die Verfassungsparagraphen entlang und überspringt dabei die umstrittenen und gefährlichen, die meist gerade die grundlegenden sind. So gelangt sie heute zwar bis in die sechziger Artikel hinein, hat aber die Beschlußfassung oder sogar die Beratung verschiedener vorhergegangener ausgesetzt, darunter des ungemein wichtigen Paragraphen 18, der nicht nur über die Frage Bundesstaat oder Einheitsstaat die Entscheidung sucht, sondern sogar die Zerschlagung jedes Bundesgebiets durch Reichsgesetz ermöglicht. Herr Hirsch

und Herr Gradnauer und andere regierende Neogermanen der Einzelstaaten sind in Weimar, um mit Herrn Preuß und anderen ebenso Unzweifelhaften des Reiches darüber zu beraten, ob und wie das weidwunde preußische Wild abgelebert und zerlegt werden soll. Dabei kommt ihnen wie seit jeher in unserer Geschichte die deutsche Vielspältigkeit zugute: Herr Trimborn mitsamt seinen Christlichen Volksparteilern wartet ja nur auf den leisen Stoß, der den alten Rheinbund wieder absprengt, und was hier wohlerwogene Berechnung ist, das ist anderswo, in Niedersachsen und sonstigen deutschen Stammesgebieten, die zum gleichen Ziele führende deutsche Einfalt.

Den Hauptteil der Debatte füllen auch heute die Paragraphen über den Tätigkeitsbereich des Reichspräsidenten aus. Erstens ist er in Wahrheit überhaupt kein Präsident. Er sitzt, wie der Demokrat Professor Schultze-Gaevernitz sehr richtig bemerkt, gar keinem Kollegium vor, sollte also lieber, was auch deutscher ist, Reichswalt heißen. Die Mehrheit lehnt das ab und beläßt es bei dem Präsidenten. Er sitzt nicht vor, aber er sitzt wenigstens, der Herr Ebert, und er sitzt würdig und lautlos, wenn nicht gerade der Pressechef Ulrich Rauscher eine Osterbotschaft an das Volk oder die Inschrift unter eine Kranzspende oder ein Interview mit einem Italiener für ihn zurechtgemacht hat. Ein Reichswalt, und da müssen wir Herrn Schultze wieder unrecht geben, ist er auch nicht, denn er hat über nichts zu walten und nichts zu verwalten, es sei denn sein Jahresgehalt. Laut Verfassung darf er ja überhaupt keine einzige Verfügung ohne Gegenzeichnung eines parlamentarischen Ministers erlassen. Er ist also bloße Unterschrifts- und Stempelmaschine. Selbst wenn innerhalb der nächsten Jahre Großmächte wie Polen oder Böhmen uns plötzlich mit Waffengewalt überfielen, kann der deutsche Reichspräsident nicht einmal den Landsturm an der Grenze aufrufen, was bisher jeder kommandierende General im Notfalle auf

eigene Verantwortung tun durfte und tun mußte. Zu einer Kriegserklärung bedarf es in jedem Falle eines Reichsgesetzes, und Abgeordneter Dr. Heinze von der Deutschen Volkspartei führt, ohne bei der breitstirnigen Mehrheit auf Verständnis zu stoßen, im einzelnen aus, was das bedeute: also je einen Beschluß des Reichsrats und des Reichstags, und wenn beide uneins seien, eine erneute Beschlußfassung, und wenn sie dann noch nicht übereinstimmten, eine Volksabstimmung; da könne ja vielleicht die Kriegserklärung mit dem Friedensschluß zusammenfallen. Damit sind die bizarren Möglichkeiten, die unsere neue Verfassung uns eröffnet, aber noch nicht einmal erschöpft. Abgeordneter Heinze hätte auch noch fragen können, wie es mit einer Kriegserklärung zu halten sei, wenn wir erstens parlamentarische Ferien und zweitens den üblichen Eisenbahnerstreik haben. Aber das sind ja alles querelles allemandes. Solange wir diese Republik, diese Verfassung haben, wird Deutschland nie in der Lage sein, auch nur einen Abwehrkrieg zu führen, sondern muß sich immer weiter ruhig ins Gesicht schlagen lassen, soviel es den Nachbarn beliebt. Natürlich steht in der Verfassung auch ein Paragraph, den bäuchlings Herr Erzberger hineingeschrieben hat, daß wir nämlich bei etwaigen Bündnisabsichten uns damit zunächst dem Völkerbunde anvertrauen müßten. Da wir zu ihm aber noch gar nicht zugelassen sind, bringt Abgeordneter Gröber wenigstens die Würde auf, diesen Kriecherparagraphen abzulehnen und seine Streichung durchzusetzen. Eine namentlich von den Unabhängigen sehr lebhaft geführte Debatte schließt sich endlich an die Bestimmung, daß der Reichspräsident den Belagerungszustand erklären könne. Die Aufregung darüber ist ganz unnütz. Erstens geht auch das nur auf einem Formular, auf dem sich auch das parlamentarische Ministerium durch Unterschrift verewigt, so daß es also ganz gleichgültig ist, ob daneben noch „Friedrich Ebert, Reichspräsident“ steht

oder „Frieda Klapperschlange, Stenotypistin“; und zweitens ist laut Verfassung „unverzüglich“ auch das Votum des Reichstags einzuholen.

Mit einem Wort: Viel Lärm um nichts. Da aber namentlich die Unabhängigen die Gottähnlichkeit des Präsidenten schreckt, verlängern sie die Debatte bei jedem Paragraphen. Sie tun es ebenso bei der Besprechung der Artikel über den Reichsrat und die Gesetzgebung. Als nun ein Antrag „Frau Agnes und Genossen“ — Frau Lore Agnes selbst erhebt sich gar nicht mehr dafür — nach dem andern abgelehnt wird, weil nur die Unabhängigen allein emporrauschen, bezweifelt schließlich Abgeordneter Cohn die Beschlußfähigkeit des Hauses. Ausgezählt wird gar nicht erst. Es sitzt nur noch ein kleines Häuflein da. Die Sitzung muß also abgebrochen werden. „Gehn ma halt ham!“ sagt der in seiner Nationaltracht dasitzende bayerische Bauernbündler Eisenberger und klirrt mit seinem ganzen Gehänge von Talern an der Uhrkette melodisch hinaus wie morgens seine Kühe.

Vor halbleeren Bänken

Weimar, 7. Juli

Die Verfassung kommt uns nicht allzu billig. Wir erhalten 173 funkelnagelneue schöne Paragraphen auf Papier, und die Entente erpreßt 182 Milliarden Mark von uns in Gold oder anderen Barwerten. Die Zahl der Republiken in Deutschland wird größer als die Zahl der Reichswehrbrigaden sein. Die anfängliche Freude unserer Gesetzmacher an den souveränen Verfassungsartikeln in einem machtlosen und zerrütteten Staate scheint nun schon erheblich gesunken zu sein, denn es ist nur noch mit Mühe ein beschlußfähiges Haus beisammen-

zuhalten. Bei einem Hammelsprung stellt sich schon heute in der ersten halben Stunde heraus, daß nicht die Hälfte der Abgeordneten anwesend ist. „199“, wird dem Präsidenten Fehrenbach zugerufen, „199!“ Er winkt matt ab, als wolle er sagen: „Weiß schon! Weiß schon!“, läßt sich wortlos in seinen ragenden Adlersessel fallen, verschnauft sich erst eine ganze Weile wie ein verzweifelnder Lehrer inmitten einer Horde unbelehrbarer Jungen und beraumt dann, unter Schließung der jetzigen, eine neue Sitzung an. Nach 25 Minuten ist die nötige Zahl Volksvertreter heruntelephoniert worden, und die Beratung kann weitergehen.

In den Bänken gerade der Regierungsparteien klaffen die größten Lücken. Nur ein knapp über die Hälfte gefülltes Haus beschließt — und so ist es alle Tage — über die grundlegenden Gesetze des Deutschen Reiches. Sobald sie aber in dieser leichtfertigen Art entstanden sind, sollen sie auf einmal heilig und möglichst unantastbar sein. Von da ab, so wird heute beschlossen, ist zu jeder Verfassungsänderung eine Zweidrittelmehrheit in einem mindestens zu zwei Dritteln gefüllten Hause nötig. Dabei wissen wir, daß die mit der Hälfte beschlußfähige Nationalversammlung, wie der Ausfall der Kreistagswahlen im ganzen Lande erweist, gar nicht mehr dem Willen der Nation entspricht, die im Januar noch gänzlich unaufgeklärt und im vollen Wilson-Rausche an die Urne ging. Das wissen auch die regierenden Parteien. In ihrer Angst vor dem kommenden Umschwung sind sie daher zu allem bereit, auch zu einem verbrecherischen Attentat auf das Selbstbestimmungsrecht des Volkes: es wird in ihren Konventikeln der Plan erwogen, die jetzige verfassunggebende Nationalversammlung, die nach Erledigung ihrer Aufgaben auseinandergehen müßte, ohne Neuwahlen einfach als Reichstag weiterbestehen zu lassen, sich also auf diese Art die verfallenen Mandate weiter zu erschleichen.

Damit sichert man sich Sitz und Stimme und Ministergehälter. Im übrigen ist es für das parlamentarische System bezeichnend, daß jedermann die Verantwortung weiterschiebt. Der Präsident wird durch das Ministerium gedeckt, das Ministerium beruft sich auf die Reichstagsmehrheit, und für die Reichstagsmehrheit wird der „Volksentscheid" die letzte Instanz. Das bedeutet die Aufhebung jeder verantwortlichen Führerschaft in einem großen Volke. Jedermann verkriecht sich und brüllt dann nur von hinten aus der Masse hervor. Die Unabhängigen möchten diesen Zustand dauernd haben und beantragen, daß schon auf Verlangen von einem Zwanzigstel der Wähler ein Volksentscheid herbeigeführt werden müsse, während die nationale Opposition das Referendum überhaupt für ein Unheil erklärt. Die Regierungsparteien lehnen die Anträge von links und rechts aber ab. Dann werden Post und Wasserstraßen auf den Einheitsstaat übernommen und, wenn auch in nicht ganz eindeutiger Form, die Arbeiterräte in der Verfassung „verankert". Über diesen modischen Ausdruck muß man jetzt alle Tage stolpern. Seitdem wir keine Flotte mehr haben, wird bei uns alles mögliche verankert. Der Ankergrund ist aber Triebsand.

Der „kleine" Aderlaß

Weimar, 8. Juli

Namens des deutschen Volkes haben am 22. Juni das Zentrum, die beiden sozialdemokratischen Fraktionen und ein Teil der Demokraten beschlossen, daß wir alles bezahlen wollen, was die Entente von uns verlangen — wird, und am 28. Juni ist dieser Blankowechsel in Versailles unterschrieben worden.

Die Höhe der Summe wissen wir gar nicht. Es steht in dem Belieben der Feinde, in den leeren Raum über unserer Unterschrift hundert oder zweihundert oder tausend Milliarden einzusetzen und später, da es in der ganzen Welt nur etwa 24 Milliarden Mark in Gold gibt, statt des uneinbringlichen Goldes von uns einzutreiben, was ihnen paßt, zunächst alle Bodenschätze und Wälder, alsdann Waren oder Sklaven. Der Tribut an Menschenfleisch wird nicht ausbleiben; wir sind ja im vorhinein mit allem einverstanden und haben auch laut Friedensvertrag nicht das Recht zu irgendeiner eigenen staatlichen Ausgabe, zu irgendeiner Gehalts- oder Zinszahlung, ehe nicht die fälligen Jahresraten an die Entente abgeführt worden sind.

Noch nach tausend Jahren wird der ungeheuerliche Wahnsinn dieser Unterschrift als die in der Weltgeschichte völlig einzig dastehende Tat einer dummen und gewissenlosen Parlamentsmehrheit gebrandmarkt werden. Wir Zeitgenossen aber müssen bluten, uns nützt der Spruch der Geschichte nichts; das deutsche Volk selber hat ja diese Leute gewählt, die es ans Messer lieferten. Der große Aderlaß in die Kübel der Feinde steht uns noch bevor; vorerst sollen wir, um uns an das Bluten zu gewöhnen, einmal so an die hundert Milliarden zur Abbürdung der schwebenden Schuld und eines Teils der Kriegsanleihe und im übrigen jährlich etwa 23 Milliarden zur Deckung der laufenden Ausgaben hergeben. Und der Herr Finanzvalerala, Herr Erzberger, der seit dem Juli 1917 im Bund mit Scheidemann uns das angerichtet hat und nun serviert, steht oben am Rednerpult der Nationalversammlung und sagt, nur beten und arbeiten, dann werde es schon gehen; so habe wenigstens er es sein Lebtag gehalten. Daß er arbeitet, sehr geschickt arbeitet, notabene, wenn es sich um das Durchsetzen seiner eigenen werten Person handelt, das wissen wir alle. Auch den Wortlaut der Rede, die er heute verliest, hat der

Gewiegte schon vorher drucken und an die Presse verteilen lassen, so daß das Kalbfell unmittelbar losbrummen kann. Wie es dagegen mit dem Beten steht, das wissen wir natürlich nicht; das, was Erzberger bei perlendem Wein am Abend des Schandfriedens in die Weimarer Sommerluft hinaussang, das war jedenfalls kein Gebet, sondern eine sehr feuchtfröhliche Sache. Die Steuerentwürfe, die er heute einbringt, nachdem er die Bedeutung seines Amtes und seiner Person in der Einleitung der Rede herausgestrichen hat, stammen nicht von ihm, sondern von seinem Vorgänger Schiffer. Der kann sie daher auch nicht in Grund und Boden kritisieren, sondern seinem Temperament, das wohltuend von Erzbergers Schmalzigkeit absticht, nur in Nebendingen freien Lauf lassen. Zentrum und Sozialdemokratie müssen erst recht ihren Diener loben; und, o Wunder über Wunder, die Sozialdemokratie, die die indirekten Steuern des „alten Systems" nie verrucht genug schildern konnte, findet heute durch den Mund des Abgeordneten Keil nichts an dem Plane ganz gewaltiger Tabak- und Zündholz- und Zuckersteuern auszusetzen. Sie findet die direkten Abgaben und die einmaligen Bußen, die einer Vermögenskonfiskation nahekommen, natürlich erst recht plausibel, nachdem Erzberger ihr gesagt hat: das sei die erfolgreichste Sozialisierung, wenn man den Kapitalisten das Geld abknöpfe. Das ist, alle wissen es, heute eine harte Notwendigkeit, aber der Zentrumsminister nennt es gar eine sittliche Gerechtigkeit; denn der Unterschied zwischen reich und arm — hier zwinkert er den roten Regierungsgenossen zu — sei in Deutschland schon im Frieden zu groß gewesen. Dieser Unterschied war aber, scheint uns, nirgends so klein, als gerade in Deutschland, und wenn wir erst allesamt verarmt sind, werden wir uns nach jenem Unterschied in der Zeit vor der Ära Erzberger-Scheidemann noch zurücksehnen.

Nach seiner Gewohnheit, eine unbequeme öffentliche Pole-

mit unter dem Schutze der Immunität auszutragen, nennt Erzberger einen seiner Vorgänger, Herrn Helfferich, der ihn um des Schmachfriedens willen in der Presse angegriffen hat, den leichtfertigsten aller Finanzminister. Das erregt einen Sturm des Unwillens auf der Rechten, dem ebenso starke Kundgebungen für Erzberger bei seinen Leuten folgen. Es war bisher nicht Mode, daß ein Minister einen Minister a. D. von der Reichstagstribüne herab beschimpfte. Aber wir werden uns noch an ganz andere Dinge gewöhnen müssen, bis dann eines schönen Tages der „große" Aderlaß durch die Entente kommt, für den die jetzige Steuerabzapfung, auch wenn sie bereits vielfach über ein Drittel unserer gesamten Einnahme erfassen wird, doch nur eine Vorübung ist. Dann wird endlich auch das wirklich große Erschrecken Herrn Erzberger beigebracht werden, der schon dieser Tage einmal vor einem gefürchteten Lynchgericht ausriß. Bisher, so rühmt er sich freilich, sei er nur zweimal in seinem Leben erschrocken: einmal, als er zum Vorsitzenden der Waffenstillstandskommission, das andere Mal, als er zum Finanzminister ernannt wurde. Diese Demut, mit der er als reine Magd die Engelsbotschaft aufgenommen haben will, ist ebensowenig farbecht wie die meisten sonstigen Behauptungen des Unverwüstlichen.

Das Urteil hat Rechtskraft

Weimar, 9. Juli

Die Berufungsfrist ist abgelaufen und von Deutschland nicht ausgenutzt worden. Die Deutsche Nationalversammlung hat die Rechtskraft des Vernichtungsurteils über die deutsche Nation anerkannt. Allerdings unter sogenanntem Protest. Der

verpflichtet zu nichts, steht nur in dem Stenogramm der heutigen Sitzung, kommt aber nicht unter die Ratifikationsurkunde, nicht in die Bücher der Geschichte. Er ist genau so wirkungslos, wie das Umherspringen des kopflosen Huhns, nachdem es geschlachtet ist; eine Augenweide für die rohen Buben der dreiundzwanzig feindlichen Mächte. Neben dem Protest erlassen die Abgeordneten Krätzig und Spahn noch sentimentale Abschiedsgrüße an die aus dem Reiche ausgestoßenen und verlassenen sieben Millionen Deutscher, ein schwächliches Getue, das auf die Verratenen nur übelkeiterregend wirken kann. In den 90er Jahren hat ein Abgeordneter einmal gesagt, ein Gramm Mitarbeit wiege schwerer als ein Zentner Mitgefühl. Mit dem Mitgefühl derer, die den Friedensvertrag unterschrieben haben, retten die an Polen, Dänen und Franzosen verkauften Stammesbrüder nicht ihre deutsche Kultur.

Ohne widersprechen zu können, läßt sich die Mehrheit von dem Abgeordneten Henke sagen, daß die bedingungslose Unterwerfung der Initiative der Unabhängigen zu verdanken sei. Diese historische Feststellung ist richtig. Um eine möglichst imposante Abstimmung zu erzielen, wurde ja am 22. Juni die ursprüngliche Formel durch die bekannte Erzberger-Schiebung verändert, so daß auch die Unabhängigen mittun konnten, nachdem die regierende Mehrheit umgefallen war. Scheidemann und Erzberger haben uns zum Abgrund geführt, Cohn und Haase haben uns hineingestoßen, hinter ihnen aber steht das Volk der Straße, die kleine Minderheit der Pöbelaufstände, der als Matrosen verkleideten Geldschrankknacker und Zuhälter. Da haben wir den „Geist von Weimar", der uns von dem Geist von Potsdam angeblich erlösen wollte. Der gutgekleidete junge Mann freilich, der heute wie ein Rayonchef bei Wertheim die Ratifizierungsvorlage aus seinem Warenlager empfiehlt, der Sozialdemokrat Müller, nennt sich Minister der auswärtigen Angelegenheiten.

Von heute ab haben wir aber auf die Führung unserer auswärtigen Angelegenheiten verzichtet. Die Entente besorgt alles; bis sie die Geschäfte endgültig übernimmt, dauert es noch einige Monate. Inzwischen regieren in ihrem Auftrage Erzberger, Müller, Cohn und Genossen.

Was heute namens der Rechten Traub und Kahl in Erklärungen von erschütternder Größe zu diesem weltgeschichtlichen letzten Augenblick vorbringen, das schallt herauf wie die Glocken Vinetas, der versunkenen Stadt. Noch einmal packt uns der Schauer verlorener alter Herrlichkeit, ergreift uns das Gedenken an den zertrümmerten Jahrhundertbau der Väter. Weh dir, daß du ein Enkel bist! Hingerissen spenden auch die Zuhörer auf den Rängen des Theaters beiden Rednern ihren Beifall. Der Präside Fehrenbach aber schwenkt seine Ordnungsklingel und droht, die Tribünen ob dieser Versündigung an der Majestät des Parlaments räumen zu lassen.

Noch in der allerletzten Sekunde möchte man der äußersten Schmach entgehen, greift man nach einem Strohhalm. Nur aus dieser verzweifelten Stimmung derer, die unsäglich um ihr Volk leiden, ist es zu erklären, daß die Deutschnationale Volkspartei in dieser Sekunde den Antrag einbringt, man solle unter der Bedingung unterschreiben, daß die Entente einwillige, die Ausführung der Strafparagraphen, die Auslieferung des Kaisers und Hunderter von Offizieren, Staatsmännern, Beamten, ja sogar Gelehrten, hinauszuschieben, bis sie das Gutachten der ersten Juristen der neutralen Welt darüber eingeholt habe. Das soll eine goldene Brücke für diejenigen Engländer sein, die selber der Ekel über diese Henkersarbeit schüttelt. Aber die Mehrheit wittert darin nur eine parteipolitische Falle und macht Skandal, argen Skandal. Daß der Antrag taktisch falsch gewesen ist, so ehrlich und glühend vaterländisch er auch gemeint war, zeigt sich schon darin, daß sogar ein Teil der Fraktion der Deutschen Volkspartei, die

sonst in ihren Ansichten über den Schmachfrieden mit den Deutschnationalen völlig einig ist, vor dem Antrag zurückschreckt. Wenn man vaterländische Politik betreiben will, wird man der Parteitaktik bezichtigt; man muß Parteitaktik betreiben, wenn man dem Vaterlande dienen will. Das klingt heute noch paradox. Die gesamte Rechte wird es aber einmal noch einsehen müssen und ihre Mitarbeit nicht mehr an das Bessermachen der Mehrheitspolitik verschwenden, sondern einzig und allein auf den Sturz der Mehrheit richten. Das ist eine Frage der Technik, und darin wird man noch viel Lehrgeld bezahlen müssen, ehe man die Meisterschaft der regierenden Sozialdemokratie erreicht.

In einer Nachmittagssitzung wird das Finanzprogramm weiter beraten. Erzberger macht sich lieb Kind bei den Sozialdemokraten. Der Deutsche Volksparteiler Becker, als früherer Finanzminister Fachmann, führt ihn in vornehmer Art ab. Auch Graf Posadowsky gibt manche Feinheit in einer durchdachten Rede. Der Rest ist Parteigezänk, Gezänk der Verkrachten, während der Gerichtsvollzieherwagen der Entente schon auf der Straße rumpelt. Man überlegt mit viel Klugheit, wie man unsere Finanzen wieder ausbauen werde, man lobt, man kritisiert die Pläne; doch was sind Hoffnungen, was Entwürfe: in den nächsten Menschenaltern wird das deutsche Volk dank seinen Zugrunderichtern nicht zu Neubauten kommen, sondern unter fremden Treibern für Fremde fronden müssen. Hermann Müller, unser auswärtiger Minister, der als Handlungsgehilfe in Frankfurt a. M. gelernt hat, weiß im Alten Testament offenbar gut Bescheid. Er sagt (am 9. November las man's anders, da standen wir angeblich vor dem gelobten Lande), für uns beginne jetzt der vierzigjährige Zug durch die Wüste. Das ist eine sehr rasige Auffassung. Uns scheint, daß wir erst beim Ziegelstreichen für die englische Weltpyramide sind.

Richter Lynch

Weimar, 10. Juli

Wir haben lauter Volksparteien. Nun sollen wir auch Volksgerichte bekommen. Ganz Deutschland wird geistig zur Volksküche. Niemals in unserer Geschichte hat man vor Majestäten so mit dem Schweif gewedelt wie heute vor dem Worte „Volk". Es ist das weiter nichts als eine Kundenumschmeichelung durch die Geschäftemacher der Politik. Nur wenig Aufrechte haben Mut, zu sagen, was ist: Vox populi, vox Rindvieh. Wollte man wirklich im Geiste von Weimar handeln, so müßte man demütig mit Schiller bekennen: „Verstand ist stets bei wen'gen nur gewesen."

Also Volksgerichte. Bei der Beratung des Kapitels über Rechtspflege, die die ganze heutige Besprechung über die Verfassungsvorlage ausfüllt, beantragen die Unabhängigen die Abschaffung unseres Richterstandes und seine Ersetzung durch Laien, die vom Volke nach Reichstagswahlrecht erkoren werden. Das käme letzten Endes auf das Lynchsystem von Wild-West heraus. Wer der Masse mißliebig ist, wird geteert und gefedert, oder man veranstaltet ein Preisschießen auf ihn, oder man verbrennt ihn lebendig. Auf alle Fälle ist es ein Volksfest. Wir möchten wohl wissen, wie die Urteile in einer Stadt ausfallen würden, in der die Unabhängigen die Mehrheit haben. Und da alle paar Jahre diese Volksrichter neu gewählt werden, könnten sie sich in das Recht gar nicht einarbeiten. Wir bekämen eine Klassenjustiz fürchterlichster Art auf Grund stets wechselnden sogenannten Rechtsempfindens. Diesen ärgsten Wahnsinn unserer hirnverbrannten Zeit lehnt das Haus wenigstens noch ab. Im übrigen benimmt es sich wie der Stier im Porzellanladen. In einer Zeit, in

der Ärzte und Rechtsanwälte sich endlich ihre Sonderehrengerichte errungen haben, in einer Zeit, in der es sogar an der Börse ein Ehrengericht gibt, wird es für die Offiziere abgeschafft. „Ehre ist ein Wort, und Worte sind Luft; ich mag sie nicht!“ sagt der dicke Falstaff. Der infernalische Haß der Reichsverderber gegen das Werkzeug unserer bisherigen Größe hat eines seiner Hauptziele erreicht. Die Verordnung des alten Kaisers Wilhelm I. über die Ehrengerichte für das Offizierkorps hat von jetzt ab nur noch Interesse für die Geschichtsforscher, sagt der Abbruchsminister des preußischen Heeres, Oberst Reinhardt. Er sagt es so treuherzig, daß man unmöglich glauben kann, es sei aus unendlicher Verbitterung und vaterländischer Scham geboren. Die gibt es überhaupt nicht mehr. Bis zum Kriege, in dessen Verlauf man fast wahllos auch moralisch ganz ungeeignete Leute zu Offizieren ernannte, weil das Offizierkorps auf „breite demokratische Grundlage“ gestellt werden sollte, war der Ehrenschild der Armee so blendend blank, daß die Reichsverderber davon Augenschmerzen bekamen. Nun ist das zu Ende. Hier und da hat schon das Volksgericht des Masters Lynch eingesetzt. Es tagte unter anderem auf der Saalebrücke und stieß den Oberstleutnant v. Klüber in den Fluß, hackte dann auf seine Hände, die das rettende Ufer erfaßten, und schoß ihn nieder. Das bald nur noch sogenannte Offizierkorps wird ja nun auf viertausend Köpfe verringert. Das sind keine Offiziere mehr, sondern Polizeibeamte der jetzigen Regierung. Gegen solche hatte das „Volk“ früher den sogenannten Blaukoller. Der stirbt nicht aus. Dessen Objekt zu sein, wird wahrscheinlich ein herrlicher Beruf.

Einen Paragraphen in dem Rechtskapitel nimmt die Nationalversammlung ohne jede Debatte an. Er besagt, daß kein Deutscher seinem gesetzlichen Richter entzogen werden dürfe. Es ist kein Wunder, daß man um die Erörterung dieses

Paragraphen in scheuem Schweigen sich drückt, denn in dem Augenblick, in dem er beschlossen ist, gehört die gesamte Regierung unserer schwarz-roten Mehrheit wegen Verfassungsbruchs auf die Anklagebank des Staatsgerichtshofes. Dieselbe Mehrheit entzieht nämlich Hunderte der besten und edelsten Deutschen, Hindenburg an der Spitze, ihrem gesetzlichen Richter und überliefert sie dem Richter Lynch an der Themse.

Grundrechte

Weimar, 11. Juli

An jedem Freitag gibt es im Parlament als trockene Fastenvorspeise ein Bündel der sogenannten kleinen Anfragen, eine Einrichtung, die man vor einigen Jahren dem englischen Unterhaus entlehnt hat und die niemand befriedigt, weil man bei uns weder so sarkastisch zu fragen noch so augenzwinkernd zu antworten versteht wie an der Themse. Aber eine der heutigen Anfragen ist doch ein Hochgenuß. Unter großer Heiterkeit fragt der deutsche Volksparteiler, Abgeordneter Nießer, wer die Verantwortung für die neuen Erinnerungsbriefmarken trage, für den roten Eichbaum, die blauen Zweige und den nackten Jüngling, dessen linker Fuß von einer niederstürzenden Maurerkelle bedroht werde. Die Heiterkeit wird dann einfach stürmisch, als aus der Antwort sich ergibt, daß drei Mitglieder des Hauses, Heine, Nuschke, Pfeiffer, im Preisgericht gesessen hätten. Sie werden von allen Seiten, auch von ihren eigenen Leuten, unter eifrigem Händeschütteln ironisch beglückwünscht, der Sozialdemokrat, der Demokrat, der Zentrumsmann. Also auch diese schauerlich schönen Kunstprodukte verdanken wir nur der regierenden Mehrheit. Lange

soll die Herrschaft der neuen drei Marken nicht währen, wird gesagt. Wenn man erst darüber einig ist, was an Stelle von Adlern und Kronen als republikanische Hoheitszeichen eingeführt werden soll, die phrygische oder die Schiebermütze, die Handgranate oder der geborstene Fabrikschlot, dann soll es auch endgültig republikanische Briefmarken geben. Es täte aber not, unter den Grundrechten des deutschen Volkes in der Verfassung auch dieses festzusetzen, daß nicht ausschließlich die jetzige schwarz-rote Mehrheit die Entwürfe vorgelegt bekommt. Über den antisezessionistischen privaten Kunstgeschmack des Kaisers hat sich jeder Bierphilister aufgeregt, obwohl Wilhelm II. in amtlicher Eigenschaft anders handelte und den Sezessionisten Bruno Paul an die Spitze des Kunstgewerbemuseums in Berlin berief. Jetzt droht uns der Absolutismus des Parlaments in Kunstdingen. Gegen den Kunst-Pfeiffer des Zentrums haben wir nichts einzuwenden, er ist noch ein wahrer Hellene im Vergleich zu manchen anderen; über Nuschke als politischen Redakteur eines demokratischen Blattes ist uns nichts bürgerlich Unanständiges bekannt; und Wolfgang Heine zeigt viel persönlichen Geschmack, indem er jeden Verkehr mit den Unabhängigen und jede Antwort auf Adolf Hoffmannsche Zwischenrufe ablehnt. Aber die Gesamtheit der Votokuben im Reichstage hat doch seinerzeit sogar die wundervollen Wandgemälde Angelo Janks abgelehnt und, nachdem sie aus den Taschen der deutschen Steuerzahler bereits bezahlt waren, zu dem Gerümpel in die Bodenkammer stellen lassen. Die durchaus aristokratischen Republiken des italienischen Renaissancezeitalters brachten uns eine Blüte künstlerischer Kultur. Demokratien aber sind in diesen Dingen immer spießerhaft; oder täppisch und kritiklos wie ein Parvenü.

Zu den Grundrechten des deutschen Volkes gehört es leider noch nicht, von Geschmacklosigkeiten verschont zu bleiben. Aber sonst hat man alles Mögliche in das Kapitel der Grund-

rechte gepackt, das zu beraten man heute beginnt. Es ist das ein „salatähnliches Gebilde", meint der Sozialdemokrat Quarck, und ähnlich wegwerfend äußern sich auch die Redner aller anderen Parteien und brechen die Beratung vorzeitig ab. Es ist möglich, daß das ganze Kapitel sogar an den Ausschuß zurückverwiesen wird. Nur der Abgeordnete Beierle, der als verantwortlicher Redakteur für diesen Abschnitt zeichnet, bittet um gut Wetter. Es war begreiflich, daß 1848 in der Paulskirche um Grundrechte geredet wurde, denn politische Rechte sollten dem Volke damals erst erstritten werden. Heute heißt es in Paragraph 1 der Verfassung: „Die Staatsgewalt geht vom Volke aus." Es ist also selber völlig souverän, es kann selber und allein seine Gesetze machen, es steht ihm keine Gewalt gegenüber, vor der man seine Rechte behaupten müßte. Im Grunde ist also das ganze Kapitel über Grundrechte vollkommen überflüssig, ist lediglich ein Deklamatorium. Dazu kommt, daß jedermann andere Rechte geschützt zu sehen wünscht, der eine mehr die des Individuums, der andere mehr die der Gesamtheit. Auch sind dem Zentrum Dinge wichtig, auf die die Sozialdemokratie pfeift, und umgekehrt. So hat man denn einfach — sämtliche Forderungen sämtlicher Parteiprogramme der Mehrheit aufgenommen und notdürftig redigiert, zum Teil im Nachsatz wieder aufgehoben, was im Vordersatz steht. So wird die Freiheit der Person als unverletzlich proklamiert; aber ihre Beeinträchtigung oder Entziehung sei auf Grund von Gesetzen zulässig. Auch die Wohnung jedes Deutschen sei für ihn eine Freistätte und unverletzlich; aber wiederum ist das Eindringen in eine Wohnung auf Grund von Gesetzen erlaubt. Das Briefgeheimnis wird erneut als unverletzliches Grundrecht bezeichnet; aber auch da werden Ausnahmen durch Reichsgesetz statuiert. Die Sozialdemokratie verkündet in den Grundrechten völlige Zensurfreiheit; das Zentrum bringt im Nachsatz die Zensur für Lichtspiele und

andere Schaustellungen und zur Bekämpfung der Schundliteratur wieder an. Das ganze Kapitel ist überdies reich an Paragraphen, die in der heutigen rechtlosen Lage Deutschlands eine leere Phrase sind. Offenbar hat ein Teil der Versammelten doch ein unbehagliches Gefühl angesichts dieser neudeutschen Gesetzesmacherei und atmet erleichtert auf, als nach beißender Kritik durch Heinze, Koch und andere auf demokratischen Antrag die Sitzung aufgehoben wird.

Weimar—Berlin

Weimar, 12. Juli

„Jeder Mensch kommt, meiner Meinung nach, als Souverän auf die Welt!" erklärte einst Trützschler in der Paulskirche. Damals, 1848, erregte diese Entdeckung noch schallendes Gelächter im ganzen Säulenrund und auf der Empore. Heute, 1919, wird die gleiche Weisheit in blutigem Ernst vorgetragen und beifällig von der größten Partei, der sozialdemokratischen, vermerkt. Der Mensch ist souverän, das Volk ist souverän, die Nationalversammlung ist souverän. Was sei dann aber der liebe Gott oder der Papst oder der Herr Kaplan, fragt sich einigermaßen bestürzt das Zentrum und zieht an der Schrankenlosigkeit der sozialdemokratischen „Grundrechte" seine Dämme zugunsten von Kirche und Schule und öffentlicher Moral. Das paßt den Roten sehr wenig. Sie möchten am liebsten mit dem Paulskirchler Ludwig Simon sagen: „Wissen Sie, wer ein Rebell ist? Wer gegen den Status quo ankämpft; und wir sind der Status quo!" Voller Zorn hat daher gestern der sozialdemokratische Abgeordnete Quarck die Grundrechte in ihrer jetzigen Form einen schönen Salat genannt; er

hätte sie auch Kraut und Rüben nennen können. Die Verhandlungen darüber sind nach Berlin verlegt worden. Dort wird die anscheinende oder scheinbare Regierungskrise (der siamesische Drilling der regierenden Mehrheit hat nur noch zwei Köpfe, und die fletschen die Zähne widereinander) zu vollem Ausbruch kommen oder, wie uns scheint, durch irgendein Kompromiß beendet werden, da augenblicklich die Roten ohne die Schwarzen und die Schwarzen ohne die Roten politisch nicht leben können.

In Weimar ist eine kleine Verlegenheitssitzung dafür eingeschoben worden. Das Haus versagt, wie üblich, in der heutigen Beratung die Strafverfolgung einiger seiner souveränen Mitglieder, darunter des unabhängigen Abgeordneten Geyer-Sachsen, der durch Nötigung, unterstützt von Pöbelmassen, die Freilassung des russischen Staatsangehörigen und bolschewistischen Aufrührers Jakob Schleifstein in Leipzig Ende April erzwungen hat. Auch noch vier andere Abgeordnete, die dieses oder jenes Gericht liebend gerne haben möchte, werden durch den parlamentarischen Königsmantel gedeckt und der Gerechtigkeit nicht überantwortet. Nur wenn die Schergen zu Hindenburg und Ludendorff und Tirpitz kommen oder den Skagerrakssieger, Admiral Scheer, aus seinem Weimarer Ruhesitz zerren wollen, um diese und andere Führer der Nation an England auszuliefern, hat das Parlament nichts dagegen. Der Rest der kurzen Sitzung wird von Wahlprüfungen ausgefüllt. Mitten während der Debatte darüber, ob die Abstimmung in einem Kreise, in dem 58 000 Wähler durch Spartakisten am Wählen verhindert wurden, gültig oder ungültig oder noch reparabel sei, bezweifelt das Zentrum die Beschlußfähigkeit des Hauses. Es ist allenfalls ein gutes Schock souveräner Deutscher im Saal, mehr nicht, und man geht nervös schon um 12 Uhr mittags auseinander: die Grundrechte, das geht jedermann im Kopfe herum.

Als in der Paulskirche im September 1848 gerade der Satz „die Wissenschaft und ihre Lehre sind frei“ in den Grundrechten besprochen wurde, krachte die nördliche Kirchentür unter den Axthieben der damaligen Unabhängigen zusammen, derselben Leute, die auf die „Souveränität“ der Demokratie und ihrer Vertreter pfiffen und sogar zwei geheiligte Mitglieder des Hauses, Lichnowsky und Auerswald, bestialisch ermordet hatten. Damals retteten preußische Soldaten das Parlament, die man nur noch nicht Noske-Garde nannte. In der Paulskirche wurde unentwegt weiter über die Verfassung verhandelt, aber gerade bei den „Grundrechten“ ging der Versammlung der Atem aus und sie verblich eines elenden Landstreichertodes hinter schwäbischen Hecken. Die heutige Lage weist etliche beängstigende Ähnlichkeiten auf, nur daß keine Monarchie mehr in Aufnahmestellung steht, sobald das Parlament an der eigenen Unfähigkeit und dem Ansturm der neuen Außenrevolution zugrunde geht. Wenn dieser letzte deutsche Souverän, der im Theater zu Weimar thront, die souveräne Nationalversammlung, in eine wirkliche Krise gerät, die Mehrheit zerfallen sieht, dann wird er, wenn durch nichts anderes, so doch schon durch die Lächerlichkeit getötet. Darum klebt, leimt, kittet man heute fieberhaft in Berlin mit allen Solokräften und gibt im Landestheater in Weimar nur eine kurze Matinee mit dritter Besetzung und Statisten.

Der Schrei nach Rente

Weimar, 14. Juli

Wer irgendetwas, entweder Ware oder Arbeit, in den Kriegsjahren frei verkaufen konnte, der „machte sich gesund“.

Es haben nicht nur in den Privatkontoren der großen Industriewerke oder in den Ecken der Schiebercaffees die Kriegsgewinnler gesessen. Man braucht nur in den Rauchwarengeschäften nachzufragen, welche Menge teuerer Pelze an Arbeiterfrauen in dieser Zeit geliefert worden ist; oder die Statistik der Sparkassen nachzulesen; oder sich der jungen Lausbuben zu erinnern, die in Weinstuben den Prokuristen spielten. Jammervoll stand es nur um alle diejenigen, die nichts unter Preissteigerung an den Mann bringen konnten, sondern vertraglich zu den festen Bezügen der Friedensarbeit weiterarbeiteten: um die Beamten. Dann ebenso oder noch schlimmer um die kleinen Rentiers, die Invaliden, die Witwen mit Ruhegehalt.

Der Deutschen Nationalversammlung, die heute nach Weiterberatung der am Sonnabend angeschnittenen Wahlprüfungen sich mit der Erhöhung aller Renten, namentlich für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene, befaßt, liest der Präsident Fehrenbach gehörig den Text. Etwa nach dem, irren wir nicht, Goetheschen Rezept: „Bilde, Künstler, rede nicht!“ Die Herren möchten sich etwas kürzer fassen und dafür etwas schneller abstimmen, sonst werde man mit dem Stoff überhaupt nicht mehr fertig. Die Mahnung verhallt. Es beginnt sogar alsbald ein Wettreden aller Fraktionen anläßlich einer sozialdemokratischen Interpellation, die den Schrei nach erhöhter Rente zum Ausdruck bringt. Es ist niemand im Hause und außer dem Hause, der nicht wüßte, daß die Renten unter den heutigen Lebensbedingungen völlig unzureichend sind, nicht nur für Kriegsbeschädigte und für Hinterbliebene von Gefallenen, sondern auch für Invaliditäts- und Altersrentner und sonstige Pensionäre vom Schlachtfelde der Friedensarbeit. Aber ebensowenig weiß jemand von heute auf morgen zu sagen, woher man die etwa erhöhten Bezüge nehmen soll. Selbst wenn wir an Stelle des Zauberlehrlings Erzberger, dem die Wasser bald bis an den Hals gehen werden,

einen Meister als Finanzmann hätten, könnte er nichts versprechen, weil — noch niemand weiß, ob die Entente uns nicht überhaupt einen Strich durch unser ganzes Rentenwesen macht. Nach dem Friedensvertrag, den die jetzt so munter interpellierenden Sozialdemokraten unterschrieben haben, sind unsere Feinde berechtigt, uns jede Zahlung an die eigenen Notleidenden zu verbieten, ehe wir nicht sämtliche Pensionen für ihre, die feindlichen, Kriegsverletzten und Hinterbliebenen entrichtet haben. Davon spricht heute kein Mensch. Man fließt über von Wohlwollen für die Armen, und die schwarzrote Regierung verspricht auch, ihr Möglichstes zu tun; das ist alles. Noch eine andere Tatsache erwähnt niemand. Es heißt immer, der Krieg und nicht die Revolution sei an allem Unheil schuld. Schon da müßte man wenigstens sagen: der verlorene Krieg. Wenn wir durchgehalten hätten, statt auf den Scheidemann-Erzberger-Frieden hinzutreiben, so stünde es anders um uns. Dazu kommt die ungeheuere Vergeudung der Reichsmittel durch die Revolution. Es ist von der Regierung selber offen zugestanden worden, daß Heeresgut im Werte von über fünf Milliarden Mark in den ersten Umsturzmonaten spurlos verschwunden ist, ein Betrag, der, als Rente angelegt, die gute Versorgung von rund 250 000 Kriegsbeschädigten auf Lebenszeit ermöglicht hätte. Rechnet man das übrige erpreßte, geraubte, verschleppte Geld der neuen Ära hinzu, so ergibt ein einfaches Divisionsexempel, daß wir damit der ganzen Not unserer Rentner hätten steuern können. Sie haben ihre Not also ausschließlich den jetzt regierenden Herren zu verdanken, die zuerst einen deutschen Sieg untergruben und dann unseren verfügbaren Besitz verludern ließen. Es ist elende Heuchelei, wenn jetzt die Sozialdemokratie für die Armen „eintritt“. Der Räuber vergießt Tränen und kondoliert seinem Opfer! Das ist der verlogene revolutionäre Parlamentarismus in Reinkultur. Es täte not, daß die Millionen

betrogener Deutſchen damit wachgepeitſcht würden, nicht nur durch Zeitungen, die nicht in alle Hände gelangen, ſondern von Mund zu Mund, von einem Haus zum anderen, im Hinterhof, in den kargen Küchen, auf den Arbeitsſtätten.

Das gebefreudige Haus ſtimmt heute auch der Erhöhung der Alimente für natürliche Kinder zu. Ebenſo will es allen den in der Heimat, nicht im Kriegsdienſt angeſtellten Beamten der letzten fünf Jahre, die ſich bei Kohlrüben und ſonſtigem Erſatz durchgehungert haben, dieſe ſchweren Jahre für das Penſionsalter doppelt anrechnen, genau ſo wie den „wirklichen“ Kriegsteilnehmern. Kleine Geſchenke erhalten die Freundſchaft. Sie verärgern manchmal auch den zuſchauenden Dritten. Hier handelt es ſich außerdem um das Verſprechen eines Geſchenks, deſſen Erfüllung wie alles andere davon abhängen wird, was die Feinde genehmigen. Die Nationalverſammlung hat uns ja völlig in ihre Hand gegeben. Der Schrei nach deutſcher Rente, der aus Frankreich kommt, wird den unſrigen überdröhnen.

Der Tag der Zietz

Weimar, 15. Juli

Der Genius Weimars iſt durch die bekannte Kranzſpende abgefunden; er hat keinerlei weitere Forderungen zu ſtellen. Ehern und ſtumm wenden Schiller und Goethe dem Nationaltheater den Rücken zu und ſchauen in entſchwundene Zeiten, in denen der Geiſt von Weimar nicht von Parvenüs umhuldigt, ſondern von allen Feinen und Guten gelebt wurde. Kein Hauch davon iſt in der Reichsredehalle mehr zu ſpüren. Es wäre ja auch ſonderbar, wenn eine Frau Zietz jetzt Goethe

zitieren und die Grundrechte und Grundpflichten der beiden Geschlechter mit den Worten umschreiben wollte:

> Kraft erwart' ich vom Mann; des Gesetzes Würde behaupt' er.
> Aber durch Anmut allein herrschet und herrsche das Weib!

Anmut ist — nach einer nicht ganz umfassenden Erklärung — die Schönheit in der Bewegung. Sie fehlt der Frau Zietz, neben manchem anderen, sicher. Wenn man ihr muskulöses breites Gesicht ohne Zucken als Sprechmaschine dienen sieht, aus der in harten Lauten immer wieder nur ein Stück Erfurter Programm hervorquillt, wenn man ihre kräftigen Arme stoßweise die Luft hämmern sieht, als wolle sie Hufeisen schmieden, so hat man unbedingt den Eindruck, daß ein Mann einem gegenübersteht, der nur in Ermangelung von Hosen sich in das lange Weibergewand geworfen hat. Auf keinen Fall vermag man sich vorzustellen, daß diese Frau jemals ein sanftes Kinderfräulein gewesen sein kann, das sogar einen Fröbelkursus hinter sich hat, wie in ihrer Lebensbeschreibung im Parlamentsalmanach zu lesen steht. Die Damen der Gesellschaft in Weimar, für die das Theater Theater geblieben ist, bestürmen einen um Karten, wenn sie glauben, die Zietz werde sprechen, denn ihrem wollüstigen Schauder erscheint diese Frau als eine wilde Petroleuse, die man ebenso lorgnettieren muß, wie es die Damen von Versailles vor hundertunddreißig Jahren mit den ersten Weibern taten, die „zu Hyänen wurden". Eine Petroleuse ist Frau Zietz aber keinesfalls. Auch nicht der Hansnarr, für den sie die Mehrheit der Kollegen in der Nationalversammlung hält, die ihre Zwischenrufe nachäfften und im Chorus mit „Hier zieht's, Frau Zietz!" sie schon manchmal zu übertäuben versuchten, dadurch aber nur erreicht haben, daß sie noch mehr aufgestachelt, in ihrem Tun bestärkt und in ihrer Selbstüberschätzung, der alle Halbgebildeten sowieso leicht erliegen, gesteigert wird.

Nein, sie ist keine Petroleuse. Sie ist eine etwas beschränkte Proletarierfrau, die von Mutter Natur eine übergroße Menge — um mit Weininger zu sprechen — männliche Moleküle mitbekommen hat und in ihrem männlichen Amt als Parteisekretär der Unabhängigen immer noch mehr verholzt ist. Es fehlt ihr gelegentlich auch nicht an einem guten Einwurf in die Debatte. Es handelt sich heute, wo sie wieder zu Worte kommt, bei den in der Verfassung zu „verankernden" Grundrechten des Deutschen auch um die Grundrechte der Frau. Jahrzehntelang hat man die letzte Folgerung der demokratischen Entwicklung auf Grund der „Gleichheit alles dessen, was Menschenantlitz trägt" nicht gezogen, die Frau nicht zur politischen Mitentscheidung im Staate zugelassen, weil das Wahlrecht ein Korrelat der Wehrpflicht sei. Das ist alte germanische Auffassung. Im Thing sitzt nur, wer wehrhaft ist. Frau Zietz aber findet heute die geschickte Wendung, daß mindestens die gleiche vaterländische Last wie der Heeresdienst der Männer und im Jahrhundertdurchschnitt mindestens ebenso lebensgefährlich die Mutterschaft der Frau sei; das mache sie gleichberechtigt, das zwinge zum Niederreißen auch der letzten Schranke. Der Einwurf, so durchschlagend er im ersten Augenblick erscheint, ist freilich nur ein Blender. Frau Zietz bestätigt damit doch gerade die Verschiedenheit der Geschlechter: der Mann wird nie Kinder kriegen, die Frau nie die Waffe tragen; auch nicht einmal das Steigerbeil in der Zwangsfeuerwehr, wie der Demokrat Dr. Luppe nebenbei erwähnt. Schützer des umfriedeten Heims ist und bleibt der Mann, und nicht draußen, sondern „drinnen waltet die züchtige Hausfrau"; hinaus ins feindliche Leben muß immer noch vorzugsweise der Mann.

Die soziale Entwicklung hat bei uns nun auch die Frau in den Daseinskampf gestellt, und insbesondere der selbständigen erwerbstätigen Frau gönnt heute jede Partei das Wahlrecht.

Aber auch der Frau überhaupt, — weil der Mann versagt hat. Wenn bei den alten Germanen die Männer geschlagen zurückfluteten, der Feind bis an die Wagenburg drang, dann erhob sich die Frau mit der Streitaxt in der Faust. An die Abschaffung der staatsbürgerlichen Rechte der Frau denkt heute kein Mensch mehr. Der Antrag der Unabhängigen aber, beide Geschlechter in jeder Art gleichzustellen, wird von sämtlichen bürgerlichen Parteien nach einer eindrucksvollen Rede auch der Zentrumsabgeordneten Frau Reusch gegen die beiden sozialistischen Fraktionen abgelehnt.

Dasselbe Schicksal erlebt der Antrag, an Stelle der Verfassungsbestimmung, daß der Adel nicht mehr verliehen werden dürfe, die Abschaffung auch des bestehenden Adels zu erklären. Das „von" ist ja nur noch ein Teil des Namens, nichts weiter. Es gibt auch Nichtadelige mit solcher Vorsilbe: die vom Brühl, vom Hofe und andere. Graf Posadowsky und Redner der übrigen Parteien erörtern das ruhig und leidenschaftslos; der nicht roten Mehrheit des Hauses ist der sozialistische Antrag, der nur ein sinnloses „écrasez l'infame" ist, einfach zu dumm. Frau Agnes, die Unabhängige, die auf einem der vier Schriftführersitze neben dem Präsidenten thront, behauptet zwar entgegen allen Kollegen des Hochsitzes mit weiblichem Eigensinn, sie sehe keine Mehrheit stehen, und erzwingt dadurch, da das Bureau nicht einig ist, die Auszählung durch Hammelsprung. Da wird denn die Niederlage der sozialistischen Parteien auch zahlenmäßig festgelegt. Das hat Frau Agnes nun schon zum drittenmal getan. Sie ist kein Mann wie Frau Zietz. Sie klammert sich an den Gedanken, sie könne die Parteisache retten, wenn sie ein klares Exempel anzweifle; sie wartet wie Nora „auf das Wunderbare", sie sieht die Mehrheit nicht, weil sie nicht sehen will, und sie hofft im stillen, daß ein Dutzend fehlender Roter plötzlich beim Hammelsprung noch zur Tür hereintreten und ein Dutzend Bürgerlicher plötz-

lich wegen Naſenblutens verſchwinden werde. Sie iſt faſt anmutig als weiblicher Trotzkopf.

Die neue Verfaſſung will übrigens nicht nur mit dem Adel, ſondern auch mit dem Titel- und Ordensweſen aufräumen. Daß die regierende Mehrheit dies in den Grundgeſetzen des Reiches feſtlegen will, zeugt von ihrer lächerlichen Angſt vor ſich ſelber. Eine bloße Verordnung würde ja genügen. Aber die regierende Mehrheit, die ſelber munter den Profeſſorentitel an ſozialiſtiſche Künſtler und Schriftſteller weiter verleiht, weiß, daß kein Republikanertum vor Eitelkeit ſchützt; ſie hat Angſt vor den Anſprüchen der eigenen Geſinnungstüchtigen und will ſich in der Verfaſſung verbarrikadieren. Dieſe Barrikade können heute die wenigen Anweſenden errichten. Steht ſie einmal in der Verfaſſung da, ſo iſt eine Zweidrittelmehrheit in einem zu zwei Dritteln beſetzten Hauſe nötig, um ſie wieder niederzureißen, alſo nahezu zweihundert Abgeordnete. Daher die Eiferſucht um die Grundrechte. Man will der Entwicklung Einhalt tun: es kann einmal auch andere Mehrheiten geben, aber die ſollen dann eine chineſiſche Mauer vorfinden.

Bei der Beratung des Grundrechtes der Staatsangehörigkeit erhält ein Oſtmärker, der Pfarrer Aßmann von der Deutſchen Volkspartei, die Gelegenheit, das Teſtament der verlorenen Deutſchen bei uns niederzulegen. Dieſer geborene Volksredner, deſſen Stimme wohl einen Rieſenzirkus noch ausfüllen würde, erzwingt auch hier Andacht. Er erbittet Erleichterung aller Scherereien für den Fall, daß nach zwei Jahren eine Anzahl Deutſcher aus dem Oſten ins Reich zurück wolle; die Mehrheit aber werde und müſſe zu polniſchen Untertanen werden, weil nur das enge Beiſammenbleiben der dortigen Deutſchen das Deutſchtum ihnen ſichern könne. Man lauſcht erſchüttert. Dann aber knarrt wieder die Parteimaſchine. Der Schluß des Tages gehört erneut der handfeſten

Frau Zietz, die mit einer Eindeutigkeit, die man sonst nur in vorgerückter Männergesellschaft findet, für die Beseitigung aller Zwangsmaßnahmen gegen Prostituierte eintritt. „Wenn du wissen willst, was sich ziemt, so frage nur bei edlen Männern an“ muß man wohl heute den alten Vers variieren. Die Männer, vor allem Fehrenbach und Kahl, fallen der Frau Zietz entsetzt ins Wort. Aber hart und unerbittlich reckt sie ihre Faust. Was wahr sei, sei doch wahr. Sie ist erstaunt über die Zimperlichkeit des anderen Geschlechts.

Immer noch mehr Grundrechte

Weimar, 16. Juli

Unter die Grundrechte des deutschen Volkes wollten die beiden sozialistischen Fraktionen gestern in die Verfassung das Recht der Straßendirnen aufnehmen, polizeilich nicht belästigt zu werden. Die gleichen Antragsteller wünschen heute für die Grundrechte einen weiteren neuen Paragraphen, der das Recht der Mörder festsetzt, daß sie der Todesstrafe nicht unterliegen. Zum dritten wird verlangt, daß als Grundrecht der unehelichen Mütter der Titel Frau genehmigt und jede Mutterschaft der Ehe gleichgestellt werde. Außerdem sträuben sich die roten Weltverbesserer gegen jede Filmzensur, so daß auch weiterhin wie in den bisherigen Monaten seit der Revolution kübelweise der moralische Unrat über uns ausgegossen werden kann.

Das ist der Inhalt der heutigen ausgedehnten Debatten, die nachgerade den Eindruck machen, als wolle die vereinigte Sozialdemokratie bei dem Verfassungswerk Obstruktion treiben, bis ein neuer Putsch alles bisher Geschaffene über den Haufen wirft und die Diktatur des Proletariats unter Führung

der Unabhängigen bei uns einführt. Über den wichtigen Artikel 111 der Verfassung, der das Grundrecht des „civis germanus sum“ gegenüber dem Auslande festlegt, den Schutz des Reiches allen Reichsangehörigen zusichert, eine Auslieferung Deutscher an das Ausland verbietet, wird hinweggeglitten. Aber der neueingebrachte Artikel 113 a, der die Abschaffung der Todesstrafe verlangt, nimmt Stunden in Anspruch. Dieselben Leute, die am 9. November überall eine Razzia auf königstreue Offiziere unternahmen, um sie zu erschlagen, dieselben Leute, die im Januar und im März mit Maschinengewehren die Berliner Straßen entlang in das Publikum hineinschossen, dieselben Leute, die in München die bürgerlichen Geiseln abschlachteten, erklären die von der Staatsgewalt über Verbrechen verhängte Todesstrafe für eine Kulturschande. Sogar ein so eingefleischter Pazifist, wie es der demokratische Abgeordnete Haußmann ist, bestreitet da den Cohn und Genossen das moralische Recht zu ihrem Antrage. Die Redner der Rechten tun es, in der Form noch viel zu milde, ebenfalls. Mit einer nicht sehr großen bürgerlichen Mehrheit wird der § 113 a denn auch abgelehnt. Es scheint aber, daß diese Mehrheit sich schon darauf vorbereitet, den verlorenen Posten aufgeben zu müssen. Sie rechnet augenscheinlich damit, daß der Ausschuß, der unser Strafrecht umarbeitet, die Todesstrafe „dem Zeitgeiste entsprechend“ streichen wird. Gegen diesen Geist der Zeit, der nach Revolutionen mit ihrer völligen Nichtachtung des Menschenlebens sich stets in Sentimentalitäten ergeht, hat einst Wolfgang Menzel sein bestes Buch geschrieben. Darin steht ein Kapitel vom Eskamotieren des Bösen, ein Kapitel von der Abschaffung der Todesstrafe; wenn man das heute liest, so weiß man wieder einmal, daß die Weltgeschichte sich stets wiederholt, daß nur durch Namen und Jahreszahlen die Wellenberge und Wellentäler der Entwicklung sich unterscheiden.

Die ſtandalöſen Dinge, die ſich ſeit dem November auf der Flimmerleinwand breitmachen, nennt der unabhängige Abgeordnete Koenen ein Ergebnis der — kapitaliſtiſchen Wirtſchaftsweiſe. In dem nicht kapitaliſtiſchen, ſondern bolſchewiſtiſchen Rußland aber triumphiert doch auch nicht die Reinheit des Rouſſeauſchen Naturkindes; ſelbſt das letzte Bauerndorf dort iſt jetzt mit pornographiſchen Bildern und Schriften überſchwemmt. So iſt es überall. Die Wahrheit iſt, daß des Menſchen Tun böſe iſt von Jugend auf, alſo durch erbliche Belaſtung, nicht durch Erziehung und Umgebung; und daß der ſtarke bürgerliche Staat wenigſtens Schranken und Grenzen ſetzen konnte, während im revolutionären der Schmutz ungehemmt über alle niedergeriſſenen Dämme flutet. Es gibt eine gereizte Debatte zwiſchen Cohn und Haußmann, Cohn und Fehrenbach, dann wird der Zenſurparagraph in der alten Ausſchußfaſſung gerettet.

Von den Damen der Fraktion Cohn wird bei Beſprechung des Zenſurparagraphen noch einige Zurückhaltung beobachtet. Der Verfaſſungsabſchnitt über das Gemeinſchaftsleben aber ſieht ſie wieder auf dem Plan. Bei dem erſten Paragraphen des Abſchnittes, dem Paragraphen 118, der die Ehe als Grundlage des deutſchen Familienlebens unter den beſonderen Schutz der Verfaſſung ſtellt, kommt der Demokrat Dr. Luppe ihnen ſchon halbwegs entgegen, indem er Streichung der Worte „als Grundlage des deutſchen Familienlebens“ beantragt. Die Unabhängigen wollen aber für die Ehe gar keinen beſonderen Schutz, ſondern nur für die Mutterſchaft. Das uneheliche Kind ſoll nicht nur den Namen des Vaters, ſondern überhaupt alle Rechte der legitimen Kinder erhalten, ſomit doch wohl auch Unterhalt und Erziehung im Hauſe des Vaters ſelbſt. Soll die Mutter alſo auf die Gemeinſchaft mit ihrem Kinde verzichten? Oder ſoll es einen gemiſchten Haushalt wie beim Erzvater Abraham geben? Wie denkt man ſich ferner

das Zusammenleben von Kind und Kegel? Das alles schiert Frau Ziez nicht, das alles macht Herrn Cohn keine Kopfschmerzen, denn die Sache ist längst entschieden, im Erfurter Programm festgelegt oder in Bebels Buch von der Frau angedeutet, also nur immer hinein damit in die Verfassung. Noch mehr hinein. Auch die völlig kostenlose ärztliche Behandlung und die ebenso kostenlose Darreichung jeglicher Arznei für jeden Deutschen soll, wie heute beantragt wird, in die Verfassung. Die Sozialisten beider Fraktionen sind noch lange nicht fertig. Das Grundrecht auf Opernhaus und Kempinski, auf Strandkorb und Nullstundentag fehlt noch. Das Schlaraffenland muß aus dem Märchen ins Gesetzbuch. Frau Ziez wird fortan auf ihre tausend Mark Monatsgehalt verzichten, damit das deutsche Volk kostenlos ihre Reden genießen kann, und Herr Rechtsanwalt Cohn wird kein Honorar von uns verlangen, wenn wir ihn um unsere Vertretung in der Feststellungsklage ersuchen, ob seine Partei dem Irrenhause entsprungen ist oder nicht.

Vielrednerei

Weimar, 17. Juli

Mit einer kurzen Mittagspause dauert die Sitzung von halb zehn Uhr morgens bis halb acht Uhr abends. Wer zählt die Männer, nennt die Namen, die eifrig hier zu Worte kamen! Ganz summarisch tut es der Bericht, der „Einheitsbericht", der allein nach Berlin telegraphiert wird, um den Draht nicht zu überlasten, und in völlig gleicher Form den Zeitungen sämtlicher Parteien zugeht. Je länger eine Sitzung dauert, desto kürzer kommen im Bericht die einzelnen Redner weg;

zumal wenn dann wegen Papiermangels ihnen das wenige auch noch zusammengestrichen wird. Nachher sträuben sich den Herren freilich die Haare, wenn sie aus einer halbstündigen Rede voll Geist und Gemüt höchstens einen einzigen wahllos herausgegriffenen Satz in der Presse finden. Das ergibt natürlich Zerrbilder. Es kommt praktisch auf ein völliges Aufhören der Öffentlichkeit der Parlamentsverhandlungen heraus; was in den Blättern steht, das ist naturgemäß weiter nichts als ein mangelhafter Protokollauszug, und die stenographischen Berichte, die einige Tage später im Buchhandel erscheinen, kommen doch nur in die Bibliothek und in die Hände weniger Berufspolitiker. Auch der Vogelschauer der einzelnen Zeitung, der über das Ganze ein paar zusammenhängende Zeilen schreibt, ist an den Raum gebunden. Je mehr die Abgeordneten also sprechen, desto mehr schweigen sie sich selber tot.

Noch einmal redet ihnen der Präsident heute launig ins Gewissen, aber alle Mühe ist eitel. Dabei ist durch die sogenannten öffentlichen Reden in der Plenarsitzung doch nie mehr etwas an dem zu ändern, was die Fraktionen vorher über die Abstimmung beschlossen haben, es sei denn, daß eine Zufallsmehrheit eine Überraschung bringt oder in Kleinigkeiten dem gesunden Menschenverstand nachgegeben wird, wenn ein Abgeordneter irgendeinen hahnebüchenen Unsinn geschickt an den Pranger stellt. Heute erleben wir beides. Mit 138 gegen 133 Stimmen wird, weil die zur Ablehnung noch fehlenden paar Herren vielleicht gerade sich einige Zigarren holten oder das letzte Brötchen frühstückten oder an die Gattin, ach, die teure, einen Brief im Oberstock schrieben, der rote Antrag zugunsten des Fräulein Mutter angenommen, die fortan in allen amtlichen Verzeichnungen als „Frau", wenn auch in Klammer als ledige, geführt werden soll und mit diesem Titel sich dreist in die Reihe der ehrbaren

drängen darf. Es gibt natürlich Ausnahmefälle, wo es einem als Grausamkeit gegen die ledige Mutter erscheint, sie zu brandmarken. Die grundsätzliche Verleihung des Titels Frau an alle Mütter aber, die mit Hilfe einiger Demokraten zum Mehrheitsbeschluß geworden ist, bedeutet doch ein Niederreißen schützender Schranken um die Ehe selbst, wenn so auch die gesellschaftlichen Unbequemlichkeiten der unehelichen Mutterschaft aus dem Wege geräumt werden. Das zweite Beispiel, das einer Paragraphenänderung im letzten Augenblick, haben wir heute dem Professor Kahl zu verdanken, auf dessen Antrag in den Grundrechten des Deutschen die Glaubens- und Gewissensfreiheit stehenbleiben, die „Gedankenfreiheit" aber gestrichen wird, weil es eine leere Phrase ist, dem Marquis Posa Schillers nachgeplappert. Schon der Volksmund sagt ja, daß Gedanken zollfrei sind; der Staat kann sie gar nicht kontrollieren und braucht ihnen die Freiheit auch nicht erst zu schenken. Gestrichen wird ferner, was festzustellen nicht ohne Reiz ist, auf demokratischen Antrag die Formel, daß die Ehe „als Grundlage des deutschen Familienlebens" unter dem besonderen Schutz der Verfassung stehe. Neu aufgenommen der Schutz für die Mutterschaft schlechthin. Im übrigen werden fast alle Grundrechte in dem Abschnitt über das Gemeinschaftsleben unverändert nach der Ausschußfassung angenommen, die der Beamtenschaft nach besonders eingehender Debatte.

Der Abschnitt über Religion und Religionsgesellschaften gibt den Sozialdemokraten die Gelegenheit, wider den Stachel zu löcken, obwohl es nicht ganz fair ist, das Kompromiß, das man soeben erst mit der mitregierenden schwarzen Bruderpartei geschlossen hat, gleich so schlecht zu machen. Verlockend genug mochte es ja freilich sein, denn das Kompromiß, aus dem die staatsfreie, aber nicht staatslose Kirche hervorgegangen ist, weist deutlich seinen Doppelursprung auf;

es ist, als hätten ein alter Kirchenmaler und ein moderner Expressionist einander immer abwechselnd den Pinsel entrissen und sich abwechselnd auf der Leinwand verewigt. Von evangelischer Seite nimmt besonders eindrucksvoll der Paulskirchen-Pfarrer Veidt zu den neuen Arbeitsbedingungen Stellung, die die Kirche vorfindet, und er tut es in gläubigem Optimismus. Gerade jetzt in dieser Zeit. Als in einer ähnlichen Zeit vor mehr als hundert Jahren der Freiherr vom Stein innerlich völlig zusammengebrochen gewesen sei, da habe ihn eine Predigt Schleiermachers in der Dreifaltigkeitskirche zum erstenmal wieder aufgerichtet. So sei von dieser Stelle aus die Rettung des Vaterlandes ausgegangen.

Die verschacherte Jugend

Weimar, 18. Juli

In einer zittrig und greisenhaft gewordenen Gegenwart erwarten wir alles von der Jugend, von der Zukunft. „Noch werden deutsche Kinder von deutschen Müttern geboren; aus unseren Gebeinen wird uns einst der Rächer erstehen!“ so sprach am 12. Mai der Präsident der Nationalversammlung. Er ist mitsamt den Seinen vom Zentrum seither etwas vergeßlich geworden. Am 22. Juni wurde das Manneswort „Unannehmbar“ wie ein Streichhölzchen geknickt und weggeworfen. In den Tagen seither aber wurde um die Seele der heutigen und der noch ungeborenen künftigen deutschen Jugend geschachert, einigten sich Zentrum und Sozialdemokratie über die Beute. In dem Kompromiß über den Verfassungsabschnitt „Bildung und Schule“, das die beiden Parteien abgeschlossen und am heutigen 18. Juli angenommen

haben, ist mit keinem Wort von vaterländisch-deutscher Erziehung die Rede. Dagegen wird Bildung „im Geiste der Völkerversöhnung“ nunmehr verfassungsmäßig festgelegt, — das ist das Zugeständnis an die Sozialdemokratie, an die Internationale, das ist die Verewigung des deutschen Knechtsgedankens. Eingehandelt hat das Zentrum dafür die Erhaltung des Religionsunterrichts dort, wo die Erziehungsberechtigten es wünschen, und die Erlaubnis zur Errichtung von konfessionellen Privatschulen für die Minderheit in der Diaspora. Die Gemeinde, die in den Wahlen wechselnde Mehrheit der Gemeinde, bestimmt den Charakter des Schulwesens, nicht das Gesetz für den ganzen Staat. Der Kulturkampf wird also in jedes Dorf getragen und eigentlich schon jetzt entschieden. Wir werden im katholischen Deutschland katholische, im protestantischen Deutschland sozialdemokratische Bildung haben. Alles, auch das neue Provinzialstatut in Preußen, arbeitet auf diese Zerreißung hin. Die Schwarzen und die Roten teilen sich in die deutsche Jugend und verschütten die deutsche Zukunft. „Cuius regio eius religio.“ Wir sind genau so weit wie nach dem Dreißigjährigen Kriege.

Das ist der elende Erfolg; die Beweggründe beim Zentrum sind freilich, von seinem Gesichtswinkel aus, die edelsten. Es ist und bleibt eine konfessionelle Partei. Es denkt: „Was hülfe es dem Menschen, so er die ganze Welt gewönne, und nähme doch Schaden an seiner Seele?“ Also dem Menschen — dem katholischen Menschen — rettet es die Seele; das deutsche Reich, unsere Welt, mögen wir dann verlieren, es liegt nichts daran. Und auf die evangelische Jugend stellt man der Sozialdemokratie seelenruhig und seelenroh den gewünschten Wechsel aus.

Der Wechsel ist ja schon im voraus eskomptiert. Die Sozialdemokratie hat die Morgenandacht für die Kinder abgeschafft, hat zuerst im Nassauischen, dann anderswo das

Lernen und Singen des Liedes „Ich bin ein Preuße“ in den Schulen verboten, hat in mehreren Berliner Anstalten im Geschichtsunterricht an Stelle der Durchnahme unserer Freiheits- und Einigungskriege die Besprechung der Revolutionen von 1848 und 1918 gesetzt und hat hier und da die „Hindenburg-Schulen“ zu einem Namenswechsel veranlaßt, hat für Schüleraufsätze das Thema über „Die Vergehungen Wilhelms II.“ gestellt und ist bereits dabei, in den neuen Einheitsbüchern alles, was die Jugend zur Ehrfurcht vor Größe erzieht und damit zu eigener Größe, zu streichen. Sie will jedem Schulkind zu seiner Erbauung ein Exemplar der republikanischen Verfassung in die Hand geben. Sie müßte — das heben heute bereits Beuermann (Deutsche Volkspartei) und Dr. Philipp (Deutschnational) hervor — als Kommentar dazu auch einen Abdruck der Friedensbedingungen an die Heranwachsenden verteilen, denn dann erst wäre es ein richtiger staatsbürgerlicher Katechismus.

Aber daran denken die Verschacherer unserer deutschen Jugend nicht. Die einen werden allenfalls dem Verfassungsexemplar eine katholische Moralkasuistik beifügen, die anderen das Erfurter Programm. Da ist der Demokrat Preuß mit seinen auf die Zerschlagung Preußens gerichteten Plänen doch ein armseliger Stümper gewesen. Er dachte nur an die Landkarte und an die Verwaltung, aber nicht an die Kinderseele. So ist es denn entschieden. Und dennoch nehmen wir Fehrenbachs Wort vom 12. Mai wieder auf. Aus unseren Gebeinen wird uns einst der Rächer erstehen! Die Jugend ist stärker als die alten Feilscher auf dem heutigen Sklavenmarkt. Wenn der Hammer der Trübsal das jetzige Geschlecht zerschlagen hat, wird ein neues deutsches Geschlecht uns wieder zur Hoffnung emporführen.

Die Verabschiedung der Königstreuen

Weimar, 19. Juli

In Amerika ist jeder Beamte bis herunter zum Schutzmann von dem Ausfall der politischen Wahlen abhängig. Da er damit rechnen muß, eines schönen Tages, wenn die andere Partei gesiegt hat, brotlos dazustehen, so versucht er natürlich nach Möglichkeit, sich die Taschen vollzustopfen, solange er noch an der Staatskrippe sitzt. Das ist die Hauptursache der Korruption in dem Dollarlande. In England haben wir ähnliche Zustände. Sogar die Damenämter des Hofes werden dort nur mit Zustimmung der gerade am Ruder befindlichen Partei vergeben, und ein besonderer „master of patronage" hat die Verteilung der Ämterbeute an die Parteigenossen unter sich. Allmählich sollen auch wir, die wir seit Friedrich Wilhelm I. an einen kenntnisreichen und rechtlichen Beamtenstand gewöhnt sind, statt dessen mit den Troßbuben der Partei beglückt werden. Diese Umwandlung ist schon lebhaft im Gange, und zwar nicht nur etwa, wie Erzberger heute in der Nationalversammlung scheinheilig erklärt, innerhalb der politischen, der Regierungsbeamtenschaft allein. Auch technischen Betrieben werden Parteifunktionäre übergeordnet, ja sogar in den Hallen der Kunst gilt das Parteiprogramm als Einlaßkarte. So hat in Weimar sofort nach dem Novemberumsturz der regierende Herr Baudert, von Beruf Strumpfwirker und auch sonst ein recht braver Mensch, den außerordentlich kunst- und musikverständigen Theaterintendanten v. Schirach durch den Schriftsteller Ernst Levi-Hardt ersetzt, der allenfalls einen Hausschlüssel von einem Violinschlüssel unterscheiden kann, und der ach so reiche Staat Sachsen-Weimar muß nun die Gehälter für beide bezahlen, denn Schirach hatte noch seinen

Vertrag. Man läßt sich die Sache, wenn nur die eigenen Leute dafür an die Krippe kommen, gerne das Geld der Steuerzahler kosten. Die Regierung Erzberger-Bauer bringt also ein Gesetz ein, wonach sämtlichen Regierungsbeamten im Reiche, die über 65 Jahre alt sind, dann aber auch allen jüngeren, die nicht republikanisch gesinnt sind, nahegelegt wird, sich jetzt pensionieren zu lassen. Man verspricht ihnen, wenn sie so den Platz für andere freimachen, großmütig 10 v. H. Zuschlag zu ihrem Ruhegehalt, und man wickelt sie bis an den Hals in Phrasenwolle ein: Erzberger tut so, als handele die Regierung aus zarter Rücksichtnahme auf die Meinungsfreiheit, während sie in der Tat nur das Recht der Beamten, lebenslänglich angestellt zu sein, mit Füßen tritt. Auch tue, so meint er, eine Verjüngung des Beamtenkörpers dringend not. Wenn so etwas unter dem „alten Regime", wo wir noch im Golde schwammen, gesagt worden wäre, so hätte sich wilde Entrüstung gegen das „Anschwellen des Pensionsfonds" geäußert. Heute aber, wo wir in ärgsten Finanznöten leben, kann man ungezählte Millionen der Steuerzahler hinauswerfen. Die Verschleuderung der öffentlichen Gelder nimmt immer ungeheuerlichere Formen an. Sind die Beamten aber erst einmal verabschiedet, dann gewährleistet ihnen niemand, daß sie das Ruhegehalt auch tatsächlich dauernd erhalten, denn da hat noch die Entente ein Wörtchen mitzusprechen; und Herr Erzberger wird nötigenfalls lediglich bedauernd die Achseln zucken und sagen, an ihm läge es nicht.

Wie die Beamtenvorlage, so geht auch das Gesetz über die Entschädigung der aktiven Offiziere, Unteroffiziere und Kapitulanten zur weiteren Behandlung nach der Beratung im Plenum an den Ausschuß. Hier handelt es sich freilich nicht um Vergrößerung der Staatskrippe, sondern bereits um ihre Verkleinerung auf Befehl der Entente. Unsere gesamte deutsche Armee wird kleiner sein als allein die französische Be

satzung von Elsaß-Lothringen; von 51 Friedensdivisionen kommen wir auf 7 herunter; an Stelle des Volksheeres behalten wir nur eine Leibgarde für die regierenden Reichsverderber. Es gehört zu der bittersten Neige in unserem Leidenskelch, jetzt zu sehen, wie innerhalb des Offizierkorps auch die alte Kameradschaft zum Henker geht und jedermann seine Ellenbogen benutzt, um zu den 4000 zu gehören, die eine Brotstelle in dieser Leibgarde finden sollen, und nicht zu den nahezu 17 000, die nun noch pensioniert werden müssen. Jede Schmach, die wir erlebt haben, wird tatsächlich noch überboten. Die Regierung sagt, sie wolle für das verkleinerte „Heer" nur die tüchtigsten Offiziere zurückbehalten. Hört sie nicht das Hohngelächter in der ganzen gebildeten Welt? Verschwinden werden natürlich alle Königstreuen und, wir scheuen das Wort nicht, alle Charaktervollen. Man setzt sie nicht glatt auf die Straße, denn sie haben doch ihre wohlerworbenen Rechte, haben den Anspruch darauf, so lange mit vollem Gehalt verbraucht zu werden, als sie körperlich und geistig ihren Posten ausfüllen. Nun entläßt man sie mit einer in den ersten Jahren etwas aufgebesserten Pension, und auch diese „Wohltat" kommt nur den älteren zugute, die schon längere Zeit Offizier sind. Der Abbruchsminister Reinhardt findet schöne Worte für die Pflichttreue der Ausgestoßenen, Worte, durch die auch die vaterländisch denkenden Abgeordneten sich zu Beifall einfangen lassen, vergißt aber nicht die übliche Verbeugung vor dem neuen Regime, dem er dient. Es kann einem schlecht werden, wenn man diesen ehemals königlich württembergischen Offizier, den Landsmann des Revolutionsgenerals Groener unseligen Novembergedenkens, schmalzig von dem „kühnen Gedanken" reden hört, daß das deutsche Volk jetzt „in freiheitlicher sozialer Betätigung eine neue Höchstleistung unter den Kulturvölkern aufstellen will, an deren Spitze es sich bisher in kriegerischen Leistungen befunden hatte". Die Unab

hängigen sind natürlich nicht einmal mit der Ausschüttung der beantragten Bettelgroschen an Offiziere und Kapitulanten einverstanden. Zwischen ihnen und Noske entspinnt sich die gewöhnliche Unterhaltung im derbsten Beschimpfen. Wenn der Reichswehrminister, diese an sich kantige Figur eines ehemaligen Holzarbeiters von Hodlerschem Zuschnitt, das Wort ergreift, so fliegen die Späne, das ist wahr. Er spricht von verbrecherischem Treiben, Gemeinheit, Niederträchtigkeit, niederträchtiger Schandwirtschaft und Lüge, die Unabhängigen erwidern unter ungeheurem Lärm mit Mörder, Schwindler, Lump, unverschämter Patron: kurz, es ist ein Pandämonium neudeutscher guter Sitte, in dem unser altes Heer zu Grabe getrommelt und gepfiffen wird. Der alte Fritz spuckt verächtlich Sternschnuppen vom Himmel; und der Große Kurfürst, dem das heutige deutsche Volk Übelkeit erregt, will seine Aufnahme in den polnischen Untertanenverband beantragen.

Bis zum Räteparagraphen

Weimar, 21. Juli

Im Parlament pflegen die Montagssitzungen besonders sanft und schläfrig zu verlaufen. Es sind nur kleine Grüppchen im Saale anwesend, der Beifall ist dünn, der Widerspruch ist dünn, die meisten Herren verdauen noch den Sonntag. Auch heute wird der letzte große Abschnitt des Verfassungsentwurfs über das Wirtschaftsleben, dem dann nur noch die Übergangsbestimmungen folgen, zunächst in der bekannten Montagsmanier behandelt. Einmal wird sogar die Aufforderung des amtierenden Vizepräsidenten Haußmann zu einer Abstimmung überhört. Er muß den Unab

hängigen erst wiederholt zuwinken, daß sie doch für ihren eigenen Antrag sich erheben möchten, bis sie endlich aus ihren Träumen auffahren. Kein gellender Zwischenruf kommt von dem Platze der Frau Zietz, selbst dann nicht, als der deutschnationale Abgeordnete Dr. Philipp den Abschnitt über das Wirtschaftsleben einen „russischen Salat mit Erfurter Aromatique" nennt; und als ein Mehrheitssozialist den eigentlich von ihm gemeinten Ausdruck Ochse dadurch parlamentarisiert, daß er von der „rindsledernen Hirnrinde" des unabhängigen Abgeordneten Henke spricht, gibt es auch nur kurzfristige Heiterkeit. Man ist beinahe elegisch gestimmt. Das in 14 Artikeln geordnete neudeutsche Wirtschaftsleben sieht ja auch gar zu gerupft aus. Nachsätze heben die Vordersätze wieder auf. Kurz gefaßt beispielsweise so: „Das Eigentum ist heilig; aber der Staat kann es wegnehmen." Vom Wirtschaftsleben ist im übrigen in dem ganzen Abschnitt sehr wenig die Rede, vielmehr in der Hauptsache von den Grundrechten der Arbeiter. Hier haben Zentrum und Sozialdemokratie gemeinsam in sozialen Richtlinien geschwelgt. Hie und da versucht die Opposition die fahrlässige Arbeit bei der Zusammenstellung des Beschlagnahme- und Sozialisierungsprogramms zu verbessern. So warnt der Abgeordnete Dr. Becker (Deutsche Volkspartei) vor der glatten Auflösung der Fideikommisse in § 152, da dies auch nationale Dotationen und gebundene Kunstschätze träfe, die dann sehr bald an das Ausland versilbert werden würden. Aber man will sich nicht belehren lassen, am allerwenigsten Montags. Die Debatte rieselt weiter, ein Artikel nach dem andern wird angenommen. Hat bis hierher die Verfassung nur erkennen lassen, daß wir in einer demokratischen Republik leben, so weist dieser letzte Abschnitt unverkennbar darauf hin, daß wir in eine sozialistische Republik hineinwachsen.

Den Unabhängigen genügt auch das noch nicht, denn sie

pfeifen auf Demokratie und Sozialismus und wünschen einen Klassenstaat aufzurichten, in dem die gesamte Gewalt nicht beim Volke liegt, auch nicht einmal bei den Arbeitern insgesamt, sondern nur bei einem ganz bestimmten Teile des Proletariats, bei den kommunistisch-bolschewistisch gerichteten Knallroten. Der Paragraph 162, der letzte des Abschnitts über das Wirtschaftsleben, enthält die Zugeständnisse, die die schwarz-rote Mehrheit dem „Rätegedanken" dieser Leute gemacht hat. Das ist noch nicht ganz das, was die Haase, Henke, Cohn sich wünschen. Aber es ist doch ein neues Arbeiterparlament neben und vielleicht bald über dem Reichstag. Mit einigem Unbehagen wittern die Demokraten, für die am klarsten und besten ihr rheinischer Arbeitersekretär Erkelenz spricht, die Kirchhofsluft, die aus dem Räteparagraphen sie anweht; die Räte können die Totengräber des Parlamentarismus werden. Aber Erkelenz beherzigt die Erklärung des achten Gebots und versucht, alles zum Besten zu kehren. Sicherlich zum Erstaunen der breiteren Öffentlichkeit, soweit sie von den staatspolitischen Grundsätzen der Rechten nichts weiß, hält es der Abgeordnete Dr. v. Delbrück für möglich, daß der russische, durchaus kulturzerstörende Gedanke des Rätesystems, wenn er nur gründlich deutsch gefärbt wird, uns die Erlösung von manchem Übel des heutigen Parlamentarismus bringen könnte; er plädiert für eine berufsständische Kammer. Es kommen nun nicht etwa nur die Macher des Gesetzes und einige wenige Kritiker rechts und links je einmal zu Wort, sondern fast jeder Anwesende scheint in die Annalen der Weltgeschichte oder wenigstens des stenographischen Berichts kommen zu wollen; der sanfte Montag wächst sich zu der ersten Nachtsitzung dieser Session aus, und gegenwärtig, wo die Uhr bereits auf elf geht, liegen sich die Generalsekretäre sämtlicher Angestelltenverbände, die in der Nationalversammlung vertreten sind, in den Haaren. Das feststehende Ergeb

nis — die Abstimmung erfolgt morgen — wird dadurch wohl kaum beeinflußt. Die schwarz-rote Mehrheit hält durch und wird ihre schlechte Kompromißarbeit nicht am letzten Paragraphen scheitern lassen. Aber gerade er wird der Gärungserreger sein, der über kurz oder lang das ganze Verfassungswerk von innen her zur Zersetzung bringt.

Erst die Schande, dann die Angst

Weimar, 22. Juli

Je mehr von dem gesetzgeberischen Stoff aufgearbeitet wird, desto länger werden die Gesichter der Regierenden. Wenn man eines schönen Tages fertig ist, was dann? Wenn die verfassunggebende Nationalversammlung sich der Neuwahl zum endgültigen Reichstag unterziehen muß, was dann? Keiner der politischen Einbrecher und Erbschleicher vom 9. November, keiner der Volksverräter vom 22. Juni traut sich mehr, dem Nachbarn gerade in die Augen zu sehen. Man hat die große unberechenbare Sphinx, das Volk, vor ich, man hat keines der ewigen Menschheitsrätsel lösen können, und nun zittert man vor dem Tatzenschlag. Wie, wenn nun gar der rechtmäßige Herr des Landes aus der Fremde heimkehrte? Den Eintagsgötzen von heute schlottern die Knie.

Der Präsident dieser Versammlung, die das Deutsche Reich auf Abbruch an den Feind verkauft hat, steht offensichtlich schon vor dem nervösen Zusammenbruch. Fehrenbach ist als Geschäftsführer bei weitem geschickter als der hilflos stammelnde Haußmann, dieses bemooste Überbleibsel vormärzlicher Kleinstaatdemokratie. Aber Fehrenbach wird — zu seiner Ehre wollen wir es annehmen — von einem bösen

Alb gedrückt, der seine eigenen Züge trägt und der nächtelang seine eigenen Worte vom 12. Mai wiederholt, die herrlich schönen Mannesworte auf der Berliner Einspruchsversammlung gegen den Schmachfrieden. Der Alb läßt sich nicht abwälzen. Er krallt sich in Fehrenbachs Schwurhand. Sie ist nicht verdorrt, aber sie hat das Zittern bekommen, und das merkt man an der ganzen Leitung der Verhandlungen.

Die heutige hat es zuerst mit der Debatte und der Abstimmung über den zurückgestellten Paragraphen 18 der Verfassung und die dazugehörigen Artikel zu tun, die eine Zerschlagung Preußens ermöglichen, wenn eine geringe Mehrheit eines Landesteils und die einfache Mehrheit des Reichstags es wollen, und die demselben Preußen, das vier Siebentel der deutschen Bevölkerung umfaßt, nur zwei Fünftel der deutschen Stimmen im Reichsrat zubilligen. Dem Reiche kann man nur über Preußens Leiche an den Kragen. Das wußten die Feinde; nicht von „Allemands", sondern nur von „Prussiens" ist bei den Franzosen stets die Rede. Und nur die Entfernung der Hohenzollern hat Wilson verlangt. Es ist erschütternd, daß der Preußenmehrheit der Nationalversammlung heute der sächsische Justizminister a. D. Dr. Heinze und der sächsische Geschichtslehrer Dr. Philipp erklären müssen, was Deutschland an Preußen hat. Die Hand Fehrenbachs, die zitternde Hand des Albgedrückten, tastet immer wieder nach der Glocke. Diese Debatte darf nicht zu sehr ausgedehnt werden, so verlangt es das böse Gewissen der regierenden Mehrheit. Ein Schlußantrag wird eingebracht, man stimmt ab, nur eine Minderheit scheint sich dafür zu erheben, aber schon erklärt der Präsident: „Das Bureau des Hauses ist darüber einig, daß die Mehrheit steht." Wer da steht, der sehe zu, daß er nicht falle. Daß Fehrenbach das Bureau, nämlich die Schriftführer links und rechts von ihm, überhaupt befragt hätte, haben wir nicht gesehen. Nicht weniger als

zehn Abgeordnete beklagen sich über die nervöse Art dieser Wortabschneidung, darunter mehrere Mitglieder selbst der Parteien, die den Schlußantrag eingebracht haben. Die Zerstückelungsparagraphen aber werden angenommen. Das Zentrum hat heute schon ganz offen und ohne Scheu durch seinen Wortführer, den Kirchenrechtsprofessor Kaas aus Trier, von einem selbständigen Rheinland wie von einer unabänderlichen Tatsache sprechen lassen. Nur eine Sperrfrist wird ausgemacht. Vor zwei Jahren nach Inkrafttreten der Verfassung darf, so steht es auf dem Papier, keine Absplitterung erfolgen.

Zurückgestellt war auch der Paragraph 164 des Verfassungsentwurfs, wonach innerhalb der nächsten fünfzehn Jahre kein Mitglied eines bisherigen deutschen Herrscherhauses zum Präsidenten der Republik gewählt werden dürfe. Dieses Ausnahmegesetz ist ein geradezu lächerliches Angstprodukt und schlägt aller Demokratie ins Gesicht. Glauben die Verfasser wirklich, durch diesen Papierwall die Weltgeschichte aufhalten zu können, wenn einst eine überwältigende Mehrheit des deutschen Volkes aus dem republikanischen Elend hinaus will? Glauben sie wirklich, durch einen Paragraphen von 1919 erreichen zu können, daß bis 1934 die Revolutionsschieber und Reichserbschleicher vor dem Volksgericht bewahrt bleiben? Herr Cohn hat offenbar noch mehr Angst als die Mehrheitssozialisten. Er beantragt statt für fünfzehn Jahre gleich für immer alle Angehörigen deutscher Fürstengeschlechter von dem passiven Wahlrecht in Deutschland auszuschließen, und seine Angst steckt an: die Lex Agnes und Genossen wird angenommen. Der Ausschließungsparagraph ist nutzlos und töricht, da eine monarchische Mehrheit der Zukunft ihn selbstverständlich ebenso entfernen kann, wie eine republikanische ihn heute eingesetzt hat; und um so törichter, als es sich dann überhaupt nicht um Präsidentensessel, sondern um Wiedererrichtung von Thronen handeln wird. Aber das böse Ge-

wissen verleitet eben zu den verzweifeltsten Sprüngen. Unsere Republikaner sind ihrer Sache genau so sicher wie Franz Moor seines erschlichenen Erbrechts, als das Dach über ihm bereits brannte.

Die letzten Paragraphen der Verfassung werden mitsamt Übergangsbestimmungen angenommen, ein wesentlicher Teil der Arbeit dieser Nationalversammlung ist geleistet. Nur an den Schluß nicht denken! Nur nicht daran denken! Die Mehrheit weiß, daß das deutsche Volk im Erwachen ist, sich gefesselt und entstellt nach langer Bewußtlosigkeit vorfindet, die schwarz-rote Narkose verflucht und nun die Muskeln strafft, um die Ketten zu sprengen. Da wird denn noch schnell von den Zwergen, die den Riesen überwältigt haben, von den Geschäftspolitikern eine papierne Siegelmarke über die Fesseln geklebt. Sie heißt: Weiterbestehen dieser Nationalversammlung. Die Opposition von links und von rechts stimmt allein dafür, daß bis spätestens zum 18. Januar ein rechtmäßiger Reichstag gewählt werden soll. Die Scheidemann-Erzberger-Mehrheit hat sich gedreht und gewunden, bleibt bei dem Antrag aber sitzen und lacht über die „Niederlage" der Minderheit. Das Lachen klingt hohl. Die sinnlose Angst vor der Abrechnung peitscht die Nerven auf. Gerichtete barmen um Aufschub. Auf ihren Stirnen flammen die Brandmarken des 9. November und des 22. Juni.

Programmreden

Weimar, 23. Juli

In unserem politischen Leben hat sich nichts geändert. Wir stecken nach wie vor im Sumpf, ziehen mühsam ein Bein

heraus, um mit dem anderen ebenso tief zu versinken, und das wiederholt sich in ermüdender Gleichförmigkeit, während in der Ferne lockende Irrlichter tanzen: Demokratie, Sozialisierung, Völkerbund, Rätesystem und wie sie alle heißen mögen. Wir befinden uns dabei noch in der besten Zeit unserer Moorwanderung, in den Monaten der fühlbaren Erleichterung, des Billigerwerdens aller Waren; die Zentnerlast der „Wiedergutmachung" soll uns ja erst später auf die Schultern gewälzt werden.

Nichts geändert hat sich auch in der politischen Führerschaft der Nation, nur daß zeitweilig wegen eines kleinen Konjunkturgewinnes die bürgerlichen Demokraten nominell aus der Firma ausgetreten sind. Noch immer leuchtet uns Erzbergers Antlitz. Noch immer hockt David wie ein verkümmerter kleiner Raubvogel auf der Ministerbank. Lauter Bekannte ringsum. Nur hat der und jener sich ablösen lassen. Ein paar neue Sozialdemokraten sind in diesen Wochen vom Parterre zum Hochsitz emporgestiegen, während die Abgelösten umgekehrt ihren Abgeordnetensitz wieder eingenommen oder mit den Ersparnissen des Ministergehalts eine Spritztour in die Alpen angetreten haben. Das Programm aber ist das alte geblieben. Geblieben ist auch die alte Taktik, möglichst oft die parlamentarischen Geschäfte — durch Programmreden aufzuhalten. Da sie nichts Neues bringen können, keinerlei Veränderung der Lage oder der Richtlinien anzudeuten vermögen, so dienen sie reinen Agitationszwecken Heute hat wieder solch eine rote Woche begonnen. Die regierende Mehrheit hat dabei den Vorteil, daß sie mindestens doppelt so häufig zu Worte kommt wie ihre Gegner, denn sie stellt Minister und Abgeordnete zum Turnier, die Gegenpartei nur Abgeordnete, und mit zweieinhalb Stunden nur sozialdemokratischer Fanfaren wird an diesem ersten Tage gleich ordentlich vorgelegt.

Äußerlich wird der Anschein einer großen Staatsaktion erweckt. Auf dem roten Teppich der Regierungsestrade wimmelt es von Kommissaren, der ganze Heerbann ist aufgeboten. Draußen große Auffahrt der Regierungsautos, da die Talmipotentaten von heute die paar Minuten vom Schloß zum Landestheater scheuen. Und die sogenannten Programmreden verbreitet der offiziöse Telegraph im Wortlaut, und im Wortlaut bekommt sie schon frühmorgens jeder Pressevertreter, damit nur ja recht viel Raum in den Zeitungen dafür belegt werden kann. Die Reden sind in einer Fraktionssitzung der Sozialdemokraten durchgesprochen und von der Fraktion genehmigt worden. Dann haben die Zentrumsmitglieder der Regierung ihr Amen dazu gesagt. Es sind also reine Parteireden, nichts weiter. Nun aber soll der Erdball aufhorchen. Es ist möglich, daß an der Pariser Börse, wo man ebensogut Deutsch versteht wie in der Burgstraße zu Berlin, einiges aus diesen Reden als guter Witz kolportiert werden wird. Auch mag Reuter vielleicht beiläufig ein paar der demütigsten Stellen zitieren. Die Wirkung aber ist gleich Null. Die Zeiten, wo man im Auslande die Hand an die Ohren legte, wenn eine kaiserlich deutsche Regierung sprach, sind dahin.

Der jetzt auf dem Stuhle Bismarcks sitzt, der ehemalige Bureauvorsteher Bauer, macht einen sehr biederen und sympathischen Eindruck. Man freut sich seiner behaglichen ostpreußischen Mundart. Man denkt an die köstliche Geschichte vom Klempnermeister Kaddereit aus Insterburg, der einen Handwerkerverein begründen wollte, wenn Bauer von „Politikern“ spricht, die „Angtankte“ in „Versalch“ erwähnt und dies oder jenes „bejrießt“. Man könnte stundenlang so zuhören, nur wird die Rechte stellenweise störend heiter. Daß Bauer ihr mit stärkster roter Phraseologie zuleibe rückt, rührt sie nicht im geringsten, denn er verdirbt die Kraftstellen

durch sein stockendes, mitunter fast buchstabierendes Ablesen, hat auch nicht das Alkoholikertemperament Scheidemanns, sondern bleibt im Tone immer ruhig und breit und wischt sich nur ständig den Schweiß von Stirn und Hals, bis zwei Taschentücher verbraucht sind. Aber wenn er sagt, er verzichte darauf, die demokratischen Errungenschaften der letzten acht Monate aufzuzählen, so platzt man aus. Und ein geradezu jubelndes „Sehr richtig!“ nach dem andern kommt von rechts, wenn er erklärt, jedes Handwerk setze eine Lehrzeit voraus, am allermeisten das Regieren, das nicht in Volksversammlungen zu erlernen sei, und wir müßten wieder Respekt vor Sachkenntnis und Erfahrung bekommen. Spottet seiner selbst, und weiß nicht wie, der gute Bauer. Im übrigen faßt er alles in der einen Rede zusammen, was wir in diesen Wochen in Dutzenden von Reden bereits gehört haben; man könnte ein Vermögen für den Nachweis ausloben, wo sich ein einziger neuer Gedanke darin befände, und man verlöre keinen Groschen. Wir müßten arbeiten, meint er zum Schluß. Die drakonischen Bestimmungen Lenins gegen das Streiken oder den Arbeitszwang nach Budapester Muster verwerfe die Reichsregierung. Da unser einziges Zahlungsmittel aber die Arbeit sei, müsse der Staat die Erfüllung der Arbeitspflicht verlangen, die Nichterfüllung verhindern, sagt er wenige Minuten später. So geht es den armen Programmrednern immer, wenn ihnen in der Fraktionssitzung von verschiedenen Seiten verschiedene schöne Sätze diktiert werden.

Auf die auswärtige Politik geht er nur mit den Worten ein, daß ihr höchstes Ziel unsere Beteiligung am Völkerbund und seine Ausgestaltung sein müsse. Da hatte man früher andere Ziele. Da ging es um die Größe und die Macht des Vaterlandes, um das Glück und den Wohlstand seiner Bewohner. Das war einmal. Der neue Leiter unserer Außenpolitik, der junge Mann aus Frankfurt am Main, Herr Müller,

weiß in seiner Rede auch nicht viel mehr hervorzubringen. Sie fällt nur besonders unangenehm durch die larmoyante Umschmeichelung des „armen“ französischen Volkes auf, das in diesem Kriege „am meisten gelitten“ habe. Man hört den jungen Mann gelangweilt und ohne Beifall und Widerspruch an.

Wir haben schon recht erfolglose Staatsmänner gehabt, besonders wenn sie Nichtfachleute in den auswärtigen Angelegenheiten waren: den Verwaltungsbeamten Bethmann Hollweg, den Pfarrer Ancillon, den Hauslehrer Bunsen. So etwas gab es also schon unter dem alten System. Den kühnsten Versuch erleben wir jetzt mit diesem Herrn Müller, in dessen Selbstbiographie im Parlamentsalmanach zu lesen steht, daß er seit seinem siebzehnten Lebensjahre der sozialdemokratischen Partei angehöre. Wenn die staatspolitische Verdummung schon so früh begonnen hat, muß man allerdings auf das Schlimmste gefaßt sein. Im übrigen haben wir ja keine Souveränität mehr. Unsere auswärtige Politik wird in Downing Street gemacht. Hinter den Worten auch eines genialen deutschen Politikers, wenn wir einen hätten, stünde keine Macht mehr und keine Möglichkeit. Da mögen die harmlosen Stilübungen des jungen Mannes, der alles von dem Erwachen „des Geistes wahrer Neutralität“ erhofft, im einzelnen von der kritischen Sonde verschont bleiben.

Interpellationen

Weimar, 24. Juli

Die Weltgeschichte, so hat ein moderner materialistischer Historiker trocken erklärt, ist der Kampf um die Futterplätze

und den Futteranteil. Der Parlamentarismus ist im kleinen dasselbe, nur daß wir hier Parteien statt der Völker haben. Die jetzige nationale Opposition ist da ungeheuer im Nachteil, weil sie das, was die anderen Fraktionen schon seit Jahrzehnten geübt haben, noch nicht so ganz erfaßt hat, das: „Ote toi que je m'y mette", das: Scher' dich weg, jetzt will ich dran! Der Trick, mit zwei inhaltlich ganz dürftigen Reden sich doch auf ganze Seiten aller deutschen Zeitungen zu setzen, ist den Sozialdemokraten Bauer und Müller gelungen. Damit haben sie die Opposition schon von vornherein sozusagen weggequetscht. Das einzige Mittel, das dieser übrigbleibt, um gelegentlich auch ausführlich zu Worte zu kommen, sich in der drängenden, schlagenden, stoßenden Parteiherde bemerkbar zu machen, sind da die förmlichen Anfragen, die Interpellationen.

Mit der Aussprache über die gestrigen Programmreden sind die förmlichen Anfragen der Rechten über Planwirtschaft und Landarbeiterstreik verbunden worden und werden heute begründet. Aber da versagt natürlich der offiziöse Apparat, der gestern so fieberhaft für die Verbreitung in der Presse arbeitete. Der Einheitsbericht aus Weimar bringt nur wenige Sätze selbst aus einer so wertvollen Praktikerrede, wie sie der aus der Hamburger Großkaufmannschaft stammende deutsche Volksparteiler Witthöft zum Thema der Planwirtschaft hält. Freilich, Wissell ist gegangen, die Planwirtschaft ist tot, es ist also eigentlich Leichenschändung, wenn man sie noch schlägt; aber dafür können die Interpellanten nicht. Sie haben ihre förmliche Anfrage rechtzeitig eingebracht, und nur die Regierung, die Parteiregierung, trägt an der Verschiebung auf den heutigen Tag die Schuld. Witthöft fordert überhaupt den Abbau auch der jetzigen Zwangswirtschaft und die Sprengung der Fesseln unseres Ausfuhrhandels. Wir haben, um nur ein Beispiel anzuführen, Millionen von fertigen Spaten

auf Lager, die bei uns überzählig sind und die das Ausland gerne kaufen möchte, aber die Ausfuhr werde durch behördliche Rückständigkeit unmöglich gemacht. Die Zwangswirtschaft beschäftige noch heute weit über 100 000 Beamte, verhindere aber nicht nur unser wirtschaftliches Emporkommen, sondern sei auch ein wahrer Herd der Korruption; in Berlin und an den Grenzen sei heute jeder Erlaubnisschein zu haben, wenn man ihn sich erkaufe oder erschiebe.

Vom Regierungstisch wird den Interpellanten eine im allgemeinen entgegenkommende, im einzelnen ausweichende Antwort erteilt. Bei der zweiten förmlichen Anfrage der beiden nationalen Parteien, der Interpellation über den Landarbeiterstreik, kommt es schon zu schärferen Auseinandersetzungen. Von den Deutschnationalen hat der Abgeordnete Behrens die Begründung übernommen, und das ist für ihn persönlich sicher kein leichtes Ding, da er selbst Führer einer Landarbeitergewerkschaft ist, seine Fraktionsgenossen aber zum großen Teil innerlich wohl mehr den Arbeitgebern in der Landwirtschaft recht geben. Behrens spricht in würdiger und vermittelnder Art. Im Grunde ist es nach unserer Meinung auf dem Lande eine reine Kleider- und Stiefelfrage und nicht eine große politische Bewegung, wenn auch unsere sozialdemokratische Regierung alles Mögliche getan hat, um die Arbeiter politisch aufzuputschen: geht die jetzt einsetzende Verbilligung so weit, daß der ländliche Tagelöhner wieder imstande ist, für seinen Barlohn sich und seine Familie mit Kleidung und Schuhwerk zu versehen und dabei noch anständigen Tabak für seine Pfeife zu erschwingen, dann ist der Friede auf dem Lande alsbald wiederhergestellt. Im übrigen sollte man das vielfach noch sehr gute Verhältnis zwischen Herr und Knecht nicht mit aller Gewalt stören. Die Sozialdemokratie denkt darüber freilich anders. Ihr Arbeitsminister Schlicke hält in Erwiderung der Interpellation wider

die „Agrarier“ nach urältestem Muster eine schroffe Hetzrede, die die Leidenschaften nur erhitzen kann.

Das ist es eben, daß wir keine über den Volksgenossen stehende Regierung mehr haben, sondern lediglich Parteibeamte auf Ministerstühlen. Sie kennen keine sittliche, keine vaterländische Verantwortung, sondern nur die vor der Partei. Gut ist, was der Partei und ihren Angehörigen, darunter einem selber, nützt. Im übrigen steht man jenseits von Gut und Böse. Über dieses Thema wird man morgen vielleicht einiges hören, wo der Abgeordnete v. Graefe, wie es heißt, Herrn Erzberger fest anzupacken versuchen will. Das ist bei diesem gut Eingefetteten ein schwieriges Unterfangen. Auf das Angebot einer Wette, daß Erzberger in einer eigenen Wasserfallrede unter großen Schaumspritzern glücklich entwischen wird, findet man kaum jemand, der auch nur einen Sechser dagegen riskiert.

Der Reichsschaumschläger

Weimar, 25. Juli

Ein langer Tag im Landestheater zu Weimar, aber dafür auch eine Galavorstellung für Tribüne und Parkett. Ein ruhiger und eleganter Fechter von der Rechten schlägt dem Vizekanzler Erzberger Schild und Feigenblatt weg, der aber verschwindet alsbald in einer Wolke von Seifenblasen und sprudelt aus dieser Wolke heraus mit der Zungengeläufigkeit eines Barbiers eine Leoporello-Liste herunter, unter der nicht nur die Rechte, sondern auch unsere ehemaligen Fürsten und Heerführer und Staatsmänner moralisch erliegen sollen. Doch ach, ein Schauspiel nur; was da im Bühnenglast in

sinnverwirrender, fast akrobatischer Geschwindigkeit sich vollzieht, wird doch von den Stenogrammen festgehalten, kann bei nüchternem Sonnenlicht nachgeprüft werden und wird dann den Geschlagenen und sein Gaukelspiel enthüllt und nackend zeigen.

Der deutschnationale Abgeordnete v. Graefe, von Beruf ursprünglich Offizier und Diplomat, einer der begabtesten Köpfe in dieser Versammlung, reizt die Masse schon durch seinen Namen. Sie weiß gar nicht, wie wenig Junker er ist. Sie weiß nicht, daß er, der aus einer berühmten Medizinerfamilie stammt, die für ihre Verdienste um die leidende Menschheit geadelt wurde, in Mecklenburg Vorkämpfer einer modernen Verfassung und des allgemeinen Wahlrechts war. Wenn jemand vorurteilslos ist, so ist er es. Aber einen Erzverderber des Reiches kann er nicht auslassen. Schonungslos reißt er der Republik und ihren Männern ihre Hülle in Fetzen, kein Satz ist ohne Begründung, jeder einzelne ist unangreifbar. Mitunter gibt es stürmische Heiterkeit in allen Bänken. So bei der Verlesung folgender Zeitungsanzeige durch Graefe, die besser als vieles andere die heutige Regiererei illustriert:

„Zur Anleitung des neuen Gemeindevorstehers wird eine in allen Zweigen der Gemeindeverwaltung erfahrene Persönlichkeit auf kürzere Zeit gesucht; Kost und Wohnung frei, Gehalt nach Übereinkunft."

Aber man müßte den großen Schaumschläger Erzberger schlecht kennen, wenn man glaubte, er ließe sich verblüffen. Er verdreht einfach jeden Satz. Wenn Graefe es gegeißelt hat, daß Ungelernte, die durch keinerlei Sachkenntnis beschwert sind, heute in alle Staatsämter eindringen, so antwortet Erzberger: „Den Hochmut und den Übermut, mit dem Herr v. Graefe von dem Drängen Minderbemittelter an die Futterkrippe sprach, wird ihm das Volk nicht vergessen!" So macht sich Erzberger immer wieder einen Popanz zurecht

und schlägt diesem Popanz den Seifenquast um die Ohren; mit ungeheurer Entrüstung verwahrt er sich beispielsweise gegen den Vorwurf, er habe in österreichischem Solde gestanden, den ihm niemand gemacht hat. Nur das hat Graefe mit vollem Recht gesagt, daß Erzberger *so gehandelt* habe, *als ob er* von unseren Feinden bezahlt würde. Entrüstet wirft Erzberger sich in seine Heldenbrust. Die deutschen Fürsten hätten sich am 9. November ganz unmännlich benommen („Wer war es, der neulich aus Weimar ausriß?" ruft hier Abgeordneter Dr. Heinze dazwischen und erregt dadurch den Zorn des tapferen Matthias), die deutschen Feldherrn und Staatsmänner hätten das Reich schon vorher in den Abgrund geführt — „und wir haben unser Volk vor einem Sedan bewahrt!"

Dann steigt endlich die große Seifenblase majestätisch schillernd in die Lüfte: das sogenannte Friedensangebot der Entente vom August 1917, das von allen Berufenen bei uns niemals als ein Friedensangebot angesehen worden ist, sondern nur als ein plumper Versuch, uns aufs Glatteis zu führen. Die „Enthüllung" wirkt. Wilde Rufe erschallen. Wer in dieser Versammlung weiß noch, daß Clemenceau erklärt hat, *niemals* habe die Entente uns ein Friedensangebot gemacht? Wer denkt noch daran, daß die *Vernichtung* Deutschlands vom ersten bis zum letzten Tage das immer wieder ausgesprochene Ziel unserer Feinde war? Jetzt stellt Erzberger es so dar, als hätten wir damals einen Frieden mit Erhaltung nicht nur unserer Landesgrenzen, sondern sogar mit besonderen Garantien in Belgien erhalten können. Und niemand ruft „Elsaß-Lothringen!" dazwischen. Der leitende französische Staatsmann hat noch dieser Tage gesagt, er habe 49 Jahre auf den Heimfall dieser Provinzen gewartet. Er war auch im August vor zwei Jahren zu keinem Verzicht bereit. Aber Erzberger hat heute einen glänzenden

Abgang. Die Mehrheit im Parlament ist wieder einmal glänzend eingeseift.

Die Mehrheit im Volke aber wird bei den nächsten Wahlen beweisen können, daß sie nicht zu diesen Dummen gehört. Jetzt mag Erzberger uns vorreden, der Krieg wäre schon im Herbst 1914 verloren gewesen, und er habe als Reichsretter das erkannt, nachdem er kurz zuvor noch Überannexionist gewesen. Das ist genau so unwahr, wie alles, was die Republik uns an Geschichtsklitterung zu bieten wagt. Vor dem Marineausschuß des Parlaments in Washington hat der Chef der amerikanischen Hochseeflotte, Admiral Rodman, dienstlich erklärt: „Hätte der Krieg sechs Monate länger gedauert, so wären die Deutschen Sieger geblieben." Und noch am 12. Januar dieses Jahres hat Churchill, der frühere Chef der englischen Admiralität, geschrieben: „Nur ein wenig mehr, und der Unterseebootkrieg hätte uns alle durch Hunger zu unbedingter Übergabe gezwungen." Das ist die Wahrheit. Daß unser Sieg aber sabotiert wurde, das haben wir nicht nur der Wühlerei der Sozialdemokratie im Heere seit Januar 1917 zu verdanken, sondern vor allem einem Manne: Erzberger!

In jenem Jahre drangen zu uns an die Front zuerst Gerüchte, dann Briefe aus der Heimat: Wir seien verloren. Man könne nicht alles sagen, aber Erzberger habe es gesagt, vertraulich in Frankfurt am Main, und jetzt kursiere die Gewißheit in ganz Deutschland. Immer wieder berief man sich auf Erzberger. Männer aller Parteien, Mütter, Gattinnen, Kinder erzählten von der Panik. Freunde aus neutralen Ländern fragten besorgt bei uns an.

Das wurde uns im Felde zu dumm. Wir hatten nur eine einzige Antwort: wir schlugen den Feind. Noch im Sommer 1918 erfochten wir Siege, die beispiellos in der Weltgeschichte dastehen. Dann kam der Zusammenbruch. Der Mann aber,

der an ihm die Schuld trägt, der daran schuld ist, daß die Heimat versagte, der versucht jetzt seinen Hals aus der Schlinge zu ziehen.

Niedriger hängen!

Weimar, 26. Juli

Noch reiben sich etliche, wenn wir das gestrige Bild beibehalten wollen, den Seifenschaum aus den Augen. Es pflegt ja immer einige Tage zu dauern, bis allen Verdutzten klargeworden ist, wie wenig von einer Erzberger-Rede haltbar ist. Die Regierenden wollen diese Zeit noch schnell ausnutzen. Sie bringen den Antrag ein, daß die Enthüllungsrede auf Reichskosten im deutschen Volke verbreitet werden solle. Das heißt natürlich auf Kosten aller Steuerzahler. Die Mehrheit ist also schamlos genug, auch von den Millionen Deutscher der nationalen Minderheit das Geld dafür einzuziehen, daß die Rede eines Parteigegners, die sie beschimpft und die von erweislichen Unwahrheiten strotzt, in Riesenauflagen gedruckt und verteilt wird. Wie gewaltig muß die Angst von der im Volke aufdämmernden Erkenntnis sein, daß man zu solchen Mitteln der Beeinflussung sogar mit erpreßten Geldern greift! Dagegen war ja der sogenannte Reptilienfonds Bismarcks beinahe ein Muster politischer Reinlichkeit. Es ist in der Öffentlichkeit wenig bekannt, wie sehr sich im Kriege gerade Erzbergers Reptilienzucht entwickelt hat. Er bot sich sofort im August 1914 als Fachmann für öffentliche Meinung im In- und Auslande der Regierung an, organisierte den Betrieb unter Inanspruchnahme von Herren des Auswärtigen und des Reichsmarineamts, erhielt Millionen von

Mark zu freier Verfügung und besoldete damit eine Unzahl von Federn aller Parteien. Viele der „nationalistischen“ oder „alldeutschen“ Artikel, die er jetzt als tief unsittlich brandmarkt, sind auf Erzbergers Bestellung geschrieben und untergebracht, aus öffentlichen Mitteln bezahlt worden. Viele wurden auch bezahlt, ohne abgedruckt zu werden, so daß eine große Erzberger-Klientel entstand, eine Leibgarde seiner Pensionäre; nebenbei gab es noch andere Vorteile, denn wer von Erzberger verpflichtet wurde, der war selbstverständlich „unabkömmlich“ für den Schützengraben und verblieb in sicherem Port.

Erzberger besaß also schon damals eine ungeheure Machtstellung in der Welt des bedruckten Papiers. Innerhalb seiner Partei, wo manch einer in dem Gefühl, sauber bleiben zu wollen, sich von ihm zurückgezogen hatte, war er trotzdem noch früher zum Alleinherrscher geworden, weil er die Presse der Partei beherrschte; die gewandt geschriebene Erzbergersche Leitartikel-Korrespondenz für katholische Blätter hatte sich schon vor Jahren durchgesetzt. Jetzt endlich hat dieser geschickteste aller Reklamechefs das Höchste erreicht, was in seiner Branche möglich ist: das ganze deutsche Volk muß es bezahlen, daß jedem einzelnen Reichsangehörigen eine der leichtfertigsten Reden Erzbergers amtlich zugänglich gemacht wird. Der Volksparteiler Dr. Hugo schlägt heute in außerordentlich maßvollen Ausführungen vor, daß man, wenn man der Wahrheit dienen wolle, wenigstens beide Seiten zu Worte kommen lassen solle, also auch Graefes Rede überall anschlagen müsse. Da wären wir schön dumm, denkt wohl Erzberger; der Mehrheit ist es nicht um Wahrheit zu tun, sondern um Niederknüppelung der Wahrheit, um ein brutales Sichdurchsetzen, um die Macht über alle Gemüter. Darin sehen die Leute ihre einzige Rettung. Hätten sie ein gutes Gewissen, so müßten sie der Anregung Hugos folgen und dem

deutschen Volke, dem sie doch bis zu den zwanzigjährigen jungen Mädchen herab politische Reife und Urteilskraft zuerkannt haben, das eigene Urteil über beide Reden ermöglichen. Das fällt ihnen nicht im Traume ein. Die republikanische Meinungsfreiheit besteht im Mundtotmachen der Gegner.

Die gestern so erregte Debatte ist durch Dr. Hugo, der ein Gelöbnis zur Mitarbeit an der Gesetzgebung ablegt, in ein ruhigeres Fahrwasser gekommen, spielt sich zumeist vor fast leerem Hause ab. Nur das stets in alter Form erneute Wortgefecht zwischen Haase und Noske bringt den üblichen wüsten Skandal. Der radikale Bauernbündler Eisenberger aus Bayern verbreitet demgegenüber fast eine Atmosphäre der Behaglichkeit im Hause, obwohl er manche brandrote Äußerung von sich gibt; man wird durch die kleinen Treuherzigkeiten dieses trachtechten Simplizissimus-Modells besänftigt und erheitert. Nach einem welfischen Zwischenakt schließt der Tag mit einer meilenlangen Rede des Sozialdemokraten Wels und kehrt gleichzeitig zum Ausgangspunkt zurück: satt und weltzufrieden tritt Wels die „Erfolge" Erzbergers breit, dieses neuen Vorkämpfers der Sozialdemokratie, der ja auch ganz ihre Methoden übernommen hat. So wie früher die Leute Bebels und Singers, Scheidemanns und Liebknechts ihre Enthüllungen über Krupp und anderes, die sich später als Schwindel erwiesen, auf allen Straßen ausbrüllen ließen, so arbeitet jetzt Erzberger. Der enthüllende Erzberger. Der enthüllte Erzberger. Es gibt Spekulanten in allerlei Dingen. Er aber hat sich das einträglichste erwählt. Er spekuliert auf die Dummheit. Zunächst auf die im Parlament. Nun soll aber nach dem Parlament auch noch die gesamte Nation Herrn Erzbergers Meinungsfabrik zugeführt werden.

Kampf

Weimar, 28. Juli

Seit Kain den Abel erschlug, seit dem ältesten Kampf, von dem die Überlieferung erzählt, hat es immer nur Sieg oder Niederlage gegeben, sobald die Keule wuchtete. Manchmal sind auch beide Gegner verröchelt. Aber niemals, soweit wir überhaupt die Weltgeschichte kennen, hat es als Kriegsschluß einen Verständigungsfrieden gegeben, ein Auseinandergehen beider ohne Buße des Besiegten. Politische Gaukler reden seit vier Jahren unserem Volke vor, wir hätten einen Verständigungsfrieden haben können. Es fehlt dafür jeder Nachweis. Er ist ebenso unmöglich, wie der Nachweis, daß es weiße Rappen oder schwarze Schimmel gäbe. Wir mußten siegen oder untergehen.

Das haben Ludendorff und Tirpitz, die der sozialdemokratische Außenminister Müller heute die größten Verderber des deutschen Volkes zu nennen wagt, gewußt. Das hat Hindenburg gewußt, der immer wieder davor warnen mußte, daß wir die Nerven verlören. Das haben alle nationalen Politiker gewußt, und zwar schon vor dem Kriege, während die Bethmann-Partei, schon damals von Völkerversöhnung berauscht, dem Chef der Operationsabteilung im Großen Generalstab, Ludendorff, im Jahre 1912 die drei Armeekorps nicht bewilligen wollte, die uns dann an der Marne fehlten; und das ist es, was zur Verlängerung des Krieges und schließlich zu seinem Verlust geführt hat. Während des Krieges kam ein zweites hinzu, die Unterwühlung des Heeres durch die Sozialdemokratie, deren Revolution nicht erst im November 1918, sondern im Januar 1917 begonnen hatte, und die Unterwühlung der Heimat

durch den Allerweltsjournalisten Erzberger, der ebenso leichtfertig, wie er anfangs die Annexion der halben Welt gepredigt hatte, nun in das Gegenteil umschlug und durch tausend Kanäle, die ihm zur Verfügung standen, das Giftgas der Mutlosigkeit über die deutschen Gaue strömen ließ.

Wenn jemand vor den Staatsgerichtshof gehört und nicht nur vor ihn, der ja nur moralisch verurteilt, sondern vor das Reichsgericht in Leipzig, das die Todesstrafe über Landesverräter fällen kann, so sind es Scheidemann und Erzberger.

Das ist es, was jetzt zu sagen nottut. Das ist es, was auch ihr Gewissen unseren Defaitisten in die Ohren schreit, und nur in ihrer Angst greifen sie zur „Haltet den Dieb"-Taktik und versuchen das deutsche Volk gegen diejenigen aufzuhetzen, die es zum Siege statt zum Untergang führen wollten. Auch die Rede des Abgeordneten Schulz von den Deutschnationalen ist viel zu milde gegen unsere Reichsverderber, wird in Abwehrstellung gehalten, wo die Weltgeschichte Angriff erwartet. Alles draußen im Lande, was nicht zur regierenden Mehrheit gehört, nicht zu der Jammerpolitik von heute schwört, alles, was noch an deutscher Größe hängt, das dürstet nach Rechenschaft in unserem unsäglichen Elend. Das wissen die Leute, die sich heute Minister nennen. Gleich ihrer drei treten diesmal auf, um mit ihren neuen „Enthüllungen" den Schrei der zugrundegerichteten Nation zu ersticken.

Aus den verlesenen englischen Aktenstücken und Reden geht zweifelsfrei hervor, daß die Entente niemals an einen Verständigungsfrieden gedacht oder ihn uns gar angeboten hat. Sie hat lediglich, als der Papst sich um einen Frieden bemühte, verlangt, Deutschland solle erklären, wie es über seine Buße und Wiedergutmachung denke, und zwar überall, nicht nur in Belgien. Sie hat auch den spanischen Vermittlungsversuch, um den wir gebeten hatten, lediglich und ganz kurz damit beantwortet, daß sie bereit sei,

unsere Mitteilungen entgegenzunehmen. Sie hat durch den Mund des leitenden englischen Staatsmannes erklären lassen, sie lasse sich nicht durch uns zu Friedenserörterungen „verleiten"; nur wir sollten auf dieses Glatteis gehen und uns immer mehr schwächen, immer mehr vom Gedanken des Durchhaltens entwöhnen. Sie hat jede Annäherung ausdrücklich abgelehnt, weil „die Zeit für sie arbeite", und hat rücksichtslos alles auf Sieg eingestellt. Als der deutsche Reichstag seine Friedensresolution gefaßt hatte, *also im Juli 1917*, erklärten die Engländer, jeglicher Verhandlung mit uns müsse die *Zurückziehung unserer Truppen über den Rhein* vorangehen.

Erzbergers Behauptung, uns sei ein Verständigungsfrieden geboten, von der Regierung aber abgelehnt worden, ist also erweislich unwahr.

Seine Behauptung, die deutsche Regierung habe das Angebot „vier Wochen lang einfach liegengelassen", ist es ebenfalls; es hat sich nur um neunzehn Tage gehandelt, und dazwischen lagen der Kronrat und die dazu nötigen Vereinbarungen mit den führenden Männern.

Auch hat dieselbe Regierung, der er leichtfertige Ablehnung der Friedensmöglichkeiten vorwirft, schon vor dem 5. September, an dem der Brief des Nunzius eintraf, von sich aus in Madrid über den Frieden sondieren lassen.

Ein Vorwurf Erzbergers nach dem andern erweist sich als unwahr, zum großen Teil *durch die Schriftstücke selbst, die sein Kollege Müller verliest*, aber Erzberger nickt fortgesetzt während der Verlesung, um dem Publikum zu suggerieren, jede seiner Behauptungen werde durch Müller bestätigt. Er selber sagt dies nachher auch noch. Er hält jeden Satz aufrecht, ein ungebrochener Mann, ein Mann mit eiserner Stirn, von der jeder moralisch vernichtende Schlag abprallt wie Erbsen von der Wand. Er, der mit seinem Herzog von Urach in Litauen hausieren ging, er, der große Königmacher,

beschimpft die deutschen Fürsten, die in den Randstaaten des Ostens Familienpolitik getrieben hätten, während noch das Blut in Strömen floß. Er, dem der Nunzius in München mit Bezug auf den Friedensbriefwechsel, wie Erzberger selbst am Freitag erzählte, gesagt haben soll: „Nun ist Ihr armes Vaterland verloren!", will von dem Inhalt der Briefe nichts gewußt haben. Er, unter dessen ständigen Kassandrarufen seit 1917 unser Volk nervös zusammengebrochen ist und seinen Siegeswillen, seinen Sieg, seine Gegenwart und Zukunft verloren hat, belfert gegen die nationalen Parteien, die an dem ganzen Unglück schuld seien.

Hier ist kein Verständigungsfriede möglich, ebensowenig wie zwischen Völkern im Kriege. Der Kampf muß durchgefochten werden. Der sozialdemokratische Minister Bauer, der anscheinend von Erzberger gelernt hat, stellt es so dar, als habe die Rechte diesen inneren Streit begonnen. Er spekuliert auf das kurze Gedächtnis der Mitwelt. Er meint wohl, sie wisse nicht mehr, daß die Nationalversammlung gleich zu Beginn im Februar durch die wüsten Angriffe Davids, Eberts, Scheidemanns gegen das alte System, gegen die Monarchie, gegen die Rechte eingeleitet wurde. Kaum ein Tag ist vergangen, an dem nicht während dieser Session von der „verbrecherischen" Schuld unserer Fürsten, Feldherrn, Staatsmänner und nationalen Politiker von der Regierungsbank aus gesprochen worden wäre.

Auch ein ehemaliger Minister, Gothein, dessen Regentenfreude freilich nur ein kurzer Frühlingstraum war, paukt auf die Monarchie los. Man wird es sich merken müssen, was der Abgeordnete Gothein als offizieller Fraktionsredner der demokratischen Partei unter deren einmütigem und lebhaftem „Bravo" heute gesagt hat:

„Die Erkenntnis der Schuld der Monarchie, nicht nur das Anerkennen des nun einmal durch die Revolution

Geschaffenen, macht uns zu den entschiedensten Verteidigern der neugeschaffenen republikanischen Staatsordnung."

Die „Enthüllungen", die Bauer heute beiträgt und die anscheinend in der nächsten Zeit nicht abreißen sollen, bringen keinerlei Mitteilung zu dem Thema, das Erzberger angeschlagen hat: von der schuldhaften Versäumnis der kaiserlichen Regierung. Sie enthalten lediglich Gutachten Hindenburgs und Ludendorffs über militärische und wirtschaftliche Notwendigkeiten in Belgien. Dergleichen Gutachten sind während des Krieges in Mengen auf unserer und feindlicher Seite verfaßt worden. Eines der bekanntesten stammt ja von Erzberger selbst, jenes Gutachten, in welchem er sogar die Besitznahme der englischen Kanalinseln für dringend notwendig erklärt. Im übrigen beteiligt sich Bauer so lebhaft wie nur möglich an Erzbergers Kampf — auch in Erzbergers Tonart. Die Szene wird zum Tribunal. Und die Herren Geschworenen, die Sozialdemokraten, verlieren vollkommen die Richterwürde und brüllen immer wieder die Rechte nieder.

Der Staatsgerichtshof kommt. Wie er beschaffen sein wird, hat uns der sozialdemokratische Antrag enthüllt: es wird ein im wesentlichen parlamentarischer Gerichtshof, mit allen Nachteilen einer Versammlung, die aus Berufspolitikern zusammengesetzt ist. Die Deutsche Volkspartei hat statt dessen den Antrag gestellt, es solle ein unparteiischer Gelehrtengerichtshof einberufen werden. Darüber spöttelt Minister David. Er wagt es, über „sogenannte Historiker" und ihre „naive Oberflächlichkeit" zu sprechen und sie für den Staatsgerichtshof abzulehnen, weil sonst Gefahr „tendenziöser Verzerrung" vorliege. Es soll eben nicht ein Kampf um die Wahrheit sein, sondern ein Machtkampf, eine Niederknüttelung der Wahrheit. Auch dieser Kampf muß durchgefochten werden,

ohne Verständigungsfrieden. Wer auf dem Platze bleibt, das kann man jetzt noch nicht wissen. Wird die Wahrheit erschlagen, dann wird das deutsche Volk dafür büßen müssen, daß es sich solche Führer hat gefallen lassen, wie wir sie augenblicklich haben.

Nach dem Sturm

Weimar, 29. Juli

Bauer, der an der Spitze des republikanischen Ministeriums sitzt, hat gestern mit biederem Augenaufschlag erklärt, in der neuen Republik kämen nur die Tüchtigsten an die Spitze.

Dann hat er hinzugefügt, es sei sehr bedauerlich, daß ihm und seinen Kollegen seine Herkunft aus dem Arbeiterstande vorgeworfen werde. Das hat kein Mensch getan. Außerdem ist Bauer, der freilich selber nur die Volksschule besucht hat und dann Bureaugehilfe geworden ist, doch als Sohn eines Gerichtsvollziehers geboren, stammt also aus Beamtenkreisen. Die Herkunft der Minister ehren wir, nur als Minister schätzen wir sie nicht. Über „Friedrich den Vorläufigen", den jetzigen Reichspräsidenten Ebert, sind an dieser Stelle sofort nach seiner Wahl die vollen Schalen des Hohnes ausgegossen worden. Aber nicht, weil er in seinem vorparlamentarischen Leben Sattler und dann Gastwirt gewesen ist. Wir würden den Hut vor ihm ziehen, wenn er ein tüchtiger Sattlermeister geworden oder ein braver Gastwirt geblieben wäre; aber daß diese Leute als blutige Dilettanten Diplomatie betreiben wollen, als Ungelernte jetzt ganz naiv in hohe Staatskunst pfuschen, das werfen wir ihnen vor. Kein Arbeiter wird sich von einem Töpfer ein Paar Stiefel machen oder von einem

Buchbinder den Blinddarm operieren lassen, aber darin findet er nichts, daß jeder Mann von der Straße in Ministerstellungen gelangt, wo es sich doch um Wohl und Wehe des ganzen Volkes und um die schwierigsten Fragen von der Welt handelt, denen ein Mensch ohne Vorbildung hilflos gegenübersteht.

Die heutigen Minister können ja nicht einmal deutsch lesen. Natürlich, ablesen können sie; das tut ja auch Bauer ganz ordentlich, stolpert auch nur über wenige Fremdwörter. Aber sie verstehen nichts von dem Gelesenen. Wäre es sonst möglich, daß sie heute noch Erzberger Gefolgschaft leisten? Daß sie heute noch annehmen, wir hätten einen tatsächlich uns angebotenen Verständigungsfrieden abgeschlagen? Alles, was uns in diesen Tagen amtlich vorgelesen worden ist, war eine fortgesetzte Widerlegung Erzbergers. Da wir nun nicht annehmen wollen, daß Bauer und seine Kollegen gegen besseres Wissen den Schwindel fortsetzen, so bleibt nur die Schlußfolgerung, daß ihr Wissen nicht ausreicht.

Wir haben Minister, die zu dumm sind, um Aktenstücke lesen zu können. Diese Minister aber sollen imstande sein, das todkranke Deutschland zu retten.

Die schweren parlamentarischen Stürme dieser Tage schließen mit einem kurzen Nachgewitter. Als neue Tatsache gegen den Verständigungspolitiker Erzberger führt der Abgeordnete Rießer aus dem Jahre 1917 — wohlgemerkt 1917 — den Annexionspolitiker Erzberger an, der in jenem Jahre als Gutachter und Journalist für die Angliederung der französischen Erzbecken von Longwy und Briey an Deutschland eingetreten sei. Er bezog ja damals noch hohe Tantiemen als Aufsichtsratsmitglied von Thyssen; aus dem Annexionssaulus zu einem Verständigungspaulus ist er erst geworden, als das fette Pöstchen bei der Großindustrie sich zu verflüchtigen be-

gann. Aber, so meint Erzberger in seiner Antwort, es „brauche“ sich ja gar nicht um Annexionen der Erzbecken gehandelt zu haben, es „könne“ ja, und seiner Erinnerung nach sei es so, nur um wirtschaftliche Abmachungen gegangen sein. Nachtigall, ick hör dir loofen! Selbst der Unabhängige Henke gesteht unter großer Heiterkeit heute zu, mit Erzberger könne man nur sehr, sehr vorsichtig verkehren.

An dieser staatsmännischen und privaten Vorsicht lassen es die heutigen Minister jedenfalls fehlen; sie gehen mit Erzberger durch dick und dünn, und sie werden eines schönen Tages von ihm in der dicksten Tinte sitzengelassen werden.

Augenblicklich sind sie noch auf Gedeih und Verderb verbunden. Der Antrag über die Verbreitung der Ministerreden auf Kosten aller Steuerzahler wird von der schwarz-roten Mehrheit angenommen, nur sollen auch der englische Brief und die Michaelissche Erläuterung hinzugefügt werden, aber selbstverständlich nicht die Rede Graefes oder irgendwelcher anderer Abgeordneten der Rechten, die in diesen Tagen Licht in die „Enthüllungen“ Erzbergers gebracht haben. Im Dunkeln ist gut munkeln! Das angekündigte Weißbuch und die parlamentarischen Stenogramme sollen fortan, diese hoffentlich mit rückwirkender Kraft, zu besonders billigen Preisen dem Volke zur Verfügung gestellt werden. Das ist das nachträglich aufgepappte Feigenblatt; im übrigen wird die Schamlosigkeit Gesetz. Die Vorlage über den Staatsgerichtshof aber, die noch von dem deutschnationalen Abgeordneten Landgerichtsdirektor Warmuth einer sehr gründlichen absprechenden Kritik unterzogen wird, wandert in den Ausschuß, und dann atmet die schwarz-rote Mehrheit auf und beschließt die sechstägige Programmrederei und Enthüllerkomödie mit einem Vertrauensvotum für ihr Ministerium Erzberger.

Eine persönliche Bemerkung Graefes, die dieser mit seiner

bekannten liebenswürdigen Schalkhaftigkeit anbringt, setzt zuletzt noch Herrn Erzberger so in den Sand, daß die Heiterkeit über das ganze Haus sich fortpflanzt. Erzberger habe gesagt, er hätte sich nur gegen die Angriffe Graefes wehren müssen. Nun habe Erzberger aber schon zwei Tage vor der Debatte in der gesamten Presse seine kommenden Enthüllungen verkünden lassen; und so klug und ahnungsvoll Erzberger auch sei, so habe er doch sicherlich nicht zwei Tage vorher wissen können, daß und wie Graefe ihn angreifen werde.

In der Nachmittagssitzung nimmt man die dritte Lesung der Verfassung vor. Den ganzen Tag über wird noch in Konventikeln, in der Ecke des Foyers und anderswo, an ihr geleimt, besonders am Paragraphen 18, während im Plenum Haußmann bereits einen Hymnus auf sie anstimmt, auf das weltgeschichtliche Werk von Weimar. Er macht es der Rechten zum Vorwurf, daß sie gegen die Verfassung im ganzen stimmen wolle. Hat er von überzeugten Monarchisten wirklich etwas anderes erwartet? Ein Zwischenruf, hart und scharf wie Peitschenhieb von der Rechten kommend, bringt ihn da aber ganz aus dem Text: „Haben nicht die Demokraten 1871 auch gegen die Reichsverfassung gestimmt?“ Haußmann ringt nach Worten. Ja, meint er schließlich, das sei aber ganz etwas anderes gewesen. Da sei die Verfassung eben nicht demokratisch genug gewesen. Na also. Dann darf man es denen, die ein starkes monarchisches Deutschland wiederersehnen, ebensowenig zumuten, daß sie für die Republik stimmen. Herr Haußmann scheint das nicht zu verstehen. Das liegt an der demokratischen Arterienverkalkung. Sein Parteigenosse Preuß gibt dem Verfassungswerk mit einem heiteren, einem nassen Auge auch seinen Segen, denn es ist doch nur noch ein ihm unterschobenes Kind.

Aber auch diese sonst so ruhige Nachmittagssitzung geht nicht ohne Tumult ab. In einem Zwischenspiel interpellieren die

Unabhängigen wegen der Spartakisten im Ruhrgebiet, die in Schutzhaft sitzen und jetzt durch „Hungerstreik“ ihre Freilassung erzwingen wollen. Noske antwortet. Die Zietz kreischt. Schließlich bekommt sie, was bei der schlechten Luft und nach dem Sechstagewerk Erzbergers kein Wunder ist, Nervenzufälle. „Die armen Menschen müssen verhungern! Die armen Menschen müssen verhungern!“ Von müssen ist natürlich keine Rede, sondern allenfalls von wollen. Aber Frau Zietz schreit und heult, und schließlich packt sie ihren ganzen Kram von Akten, Zeitungen, Drucksachen zusammen und schleudert ihn zwischen die Bänke, daß die Blätter nur so fliegen. Die Politik wirkt auf die sanfte Frau Zietz wie Alkohol. Das heulende Elend ist die Folge davon.

Paragraphengalopp

Weimar, 30. Juli

Der Präsident kommandiert eine Gruppe Freiübungen nach der anderen. Die Versammlung rauscht immer wieder auf und nieder. Da wir mitten in der Abstimmung über alle Anträge dritter Lesung zu den 173 Paragraphen der Verfassung sind, werden heute die stärksten Anforderungen nicht an den Kehlkopf, sondern an die Streckmuskeln und das Sitzfleisch der Abgeordneten gestellt. Die Paragraphen springen bei der dritten Lesung so eilig vor wie die Ziffern einer Droschkenuhr bei dritter Taxe; daher darf sich kaum jemand aus dem Saale entfernen, man steht auf und setzt sich in derselben Regelmäßigkeit wie der Galeerenruderer. Die geistige Anspannung ist nicht mehr groß, aber in harter körperlicher Arbeit der entsprechenden Abstimmungsorgane kommt man heute vom 1. bis zum 131. Artikel der Verfassung. Einzelne umstrittene,

wie den Paragraphen 18, den Zerstückelungsparagraphen, läßt man dabei aus. Das Leimen hinter den Kulissen ist noch nicht beendet.

Noch vor der ersten Serie der Abstimmungen hat die Minderheit ihre grundsätzliche Verwahrung eingelegt. Der ehemalige badische Staatsminister Dr. Düringer tut es für die Deutschnationalen. In vollkommener Klarheit hören wir noch einmal ihr Bekenntnis zur Monarchie. Aus Achtung aber vor dem augenblicklichen Mehrheitswillen — Mehrheiten sind Gott sei Dank nicht ewig — werde man auch in der Republik seine staatsbürgerliche Pflicht erfüllen. Düringer fügt noch aus spezifisch süddeutsch-christlicher Auffassung einiges hinzu. Er stellt die Frage aller Zeiten, warum wir so verhaßt seien im Ausland wie die wilden Tiere. Er meint, daran sei der unchristliche Nietzsche mit seiner „blonden schweifenden Bestie" schuld. Ach nein. Nicht Nietzsche, sondern die englische Propaganda. Und die stützt sich nicht auf Zarathustra, sondern auf Theodor Wolff und Thomas Theodor Heine, die jahrzehntelang Deutschland als mittelalterlichen Gewaltstaat, als Hort der finstersten Reaktion, als Raubvogelnest einer wüsten Soldateska in Wort und Bild dargestellt haben. Für die Deutsche Volkspartei begründet der Staatsminister a. D. Dr. Heinze die Gesamtablehnung der Verfassung in straff zusammengefaßter Darstellung damit, daß diese Verfassung die stolzeste Zeit der deutschen Geschichte, die von 1871, bewußt aus der Erinnerung zu streichen sich bemühe, an Stelle der lebendigen Organismen des Staatslebens den losen Sandhaufen der Wähler setze und notgedrungen von der Parlamentsherrschaft zur Parteiherrschaft, von der Parteiherrschaft zur Geldsackherrschaft uns führen müsse; an einem Verfassungsfest, bei dem die schwarz-weiß-rote Flagge niedergeholt werde, könne die Deutsche Volkspartei sich nicht beteiligen.

Dazu kann Preuß nicht schweigen. Gerade bisher unter dem alten System, so meint er, hätten wir eine Parteiherrschaft gehabt, und zwar die Herrschaft einer Partei, der konservativen. Durch Wiederholung wird diese Behauptung nicht wahrer; sie ist immer unwahr gewesen. Wer regiert, der muß staatserhaltend regieren, also konservativ; sogar die heutige Sozialdemokratie gebraucht ja alle „reaktionären" Mittel des alten Obrigkeitsstaates, die sie früher so heftig bekämpft hat, und stützt sich dabei unbedenklich auf Bajonette. Aber regiert hat doch auch früher nicht die Rechte. Den legendären Zylinderhut des Herrn Spahn hat man sicherlich häufiger im Reichskanzlerpalais gesehen als das agrarische Filzhütchen des Herrn v. Heydebrand. Insbesondere in den letzten Jahren kam der demokratisch-klerikale Bethmann-Block allein in Frage, der als chinesische Mauer sogar den Kaiser umgab: trotz der Bemühungen des Kronprinzen und anderer hochgestellter Herren ist es in der ganzen Kriegszeit den angeblich herrschenden nationalen Parteien nicht möglich gewesen, auch nur einmal für einen ihrer Führer eine Audienz beim Kaiser zu erlangen. So konnten sie auch keine Warnung vor der Tätigkeit des Duumvirats Erzberger-Scheidemann anbringen, das uns dann richtig in den Sumpf geführt hat, in dem wir heute schon bis an den Hals versunken sind. Herr Preuß freilich weiß es besser. Er erzählt uns mit fettiger Stimme, wie mangelhaft es früher gewesen sei und wie die Bismarcksche Verfassung jeden organischen Aufbau habe vermissen lassen. Die alte Leier. Schon 1862 rief der Parteigenosse des Herrn Preuß, Virchow, im preußischen Abgeordnetenhause aus: „Der Ministerpräsident Herr v. Bismarck hat keine Ahnung von nationaler Politik!"

Die alte Flagge wird also niedergeholt. Wir bekommen statt ihrer zwei neue. Zu Lande soll die schwarz-rot-gelbe Barrikadenfahne von 1848 wehen, zur See aber ein Misch-

ling, die schwarz-weiß-rote mit dem Novemberflecken in der oberen Ecke. Mit nur unwesentlichen Änderungen werden auch die übrigen Paragraphen angenommen. Daß die Ehe die Grundlage des Familienlebens sei, diese ursprüngliche Fassung des Paragraphen 118, wird durch das Zentrum wiederhergestellt. Auf demokratischen Antrag wird hinzugefügt: „Die Ehe beruht auf der Gleichberechtigung der Geschlechter.“ Nix daitsch, magyar. Wir können uns vorstellen, daß die Ehe auf der Anziehung der Geschlechter beruht oder daß in der Ehe die Gleichberechtigung der Geschlechter gilt; so aber, wie der Satz dasteht, ist er blühender Unsinn. Er teilt dieses betrübende Geschick noch mit vielen anderen Artikeln der Verfassung. Trotzdem ist der Staatskommissar Dr. Preuß so glücklich wie ein Berliner Kurfürstendammer bei der Einweihung seiner neuen Wannseevilla und hat den ganzen Verfassungsausschuß auf heute abend zu einem Fest geladen. Zum Siegesfest über Bismarck.

Der Abschluß

Weimar, 31. Juli

Die Kulissenschieber der Republik haben alle Hände voll zu tun. Es geht ihnen wie in der Operette dem Bürgermeister vor der Ankunft des erlauchten Gastes: „Jessas, jessas, das ist schwer; wo kriegt man denn gleich Wildschwein her?“ Da ist erstens eine schwarz-rot-gelbe Fahne zu besorgen. Man läuft zum großherzoglichen Hofmarschallamt und fragt, ob es nicht mit passendem Fahnentuch aushelfen könne, aber das Hofmarschallamt hört auf diesem Ohre schlecht. Man beschafft die Fahne anderswoher. Da muß zweitens Volk her,

viel Volk, noch mehr Volk, damit man eine Ansprache loswird: „Mitbürger! Freunde! Römer! Hört mich an!“ Die Beschaffung von Volk ist schon einfacher. Man stelle eine Militärkapelle hin, dann sammelt es sich schon. In der Tat müssen die Musiker der freiwilligen Landesjäger vom frühen Nachmittag bis in den sinkenden Abend auf dem Platze vor dem Theater ausharren, um das Publikum festzuhalten.

Derweil werden im Sitzungssaal die Reste der Verfassung aufgearbeitet. Der Verstümmelungsparagraph wird in der Form Gesetz, daß nur drei Fünftel der abgegebenen Stimmen, nicht drei Fünftel aller Wahlberechtigten, sich für die Abschneidung eines Landesteils auszusprechen brauchen, damit sie möglich wird. Bei diesem neuesten Kompromiß hat man die Vertreter der Einzelstaaten gar nicht mehr um ihre Meinung gefragt. Der Vertreter Preußens, Wolfgang Heine, stellt dies mit Achselzucken fest. Von der Auflösung Preußens in ein Dutzend kleiner Republiken erwartet er lediglich eine außerordentliche Verteuerung der Verwaltung und bekennt unter großer Bewegung des Hauses, daß das altpreußische Verwaltungssystem das billigste gewesen sei, das es je in der Welt gegeben habe. Ihm geht also schon ein Dreierlicht auf. Es wird nicht lange dauern, dann tagt es wohl auch in anderen Köpfen. Bei der Annahme des neuen Schulkompromisses kommt durch den verfrühten Jubelruf eines Zentrumsmannes die Erleuchtung über das hohe Haus. Es ist der Oberlehrer Hofmann aus Ludwigshafen, der erregt balzend erklärt, die Konfessionsschule sei das Ideal des Zentrums, und hier werde es als Eroberer vorgehen. Sicherlich wird es das. Die neue Verfassung ermöglicht ihm auch die Einstellung von Jesuiten als Lehrer. Die Einheitsschule, die die Republik uns bringen wollte, hat sich in Rauch aufgelöst; wir bekommen statt dessen erstens die Simultanschule für Kinder aller Bekenntnisse, zweitens die konfessionelle katholische Schule, drittens die

konfessionelle evangelische Schule, viertens für die Knallroten in Großstädten und Fabrikdörfern die gänzlich religionslose Schule. Daneben können aber unter bestimmten Bedingungen auch noch Baptisten, Adventisten, Antivivisektionisten und sonstige Gesinnungsgenossen zu ihrem Rechte kommen.

Für die Sozialdemokratie ist das keine reine Freude, obwohl auch ihr ein großer Teil unserer Jugend ausgeliefert wird. Noch weniger erbaut ist sie darüber, daß der Räteartikel in einer Form angenommen wird, die nicht ganz ihren Wünschen entspricht, dem Reichswirtschaftsrat nicht vollkommene Bundesratsrechte verleiht. Auch der von ihr in zweiter Lesung schnell noch mit der Maurerkelle hingeworfene Satz, daß Privatregale und Mutungen aufgehoben werden und an den Staat übergehen sollten, wird ihr von allen bürgerlichen Parteien gestrichen. Das Verdienst daran kann sich der alte Bergrat a. D. Gothein zuschreiben. Bei seinen eigenen demokratischen Parteigenossen ist er wegen der endlosen und einigermaßen veralteten Reden — er ist in seiner politischen Entwicklung etwa über die liberale Ära von 1873 noch nicht hinausgekommen — nicht sehr beliebt. Sie pflegen zu sagen: „Koffein ist anregend, Gothein ist einschläfernd.“ Aber diesmal hat er als Fachmann recht. Er sagt, die Herren Sozi hätten ja keine Ahnung davon, was sie da eigentlich verlangten. Mutungen nenne man das Antragschreiben eines Bodenschätze Suchenden um Verleihung des Schürfrechts. Wie wolle man die aufheben und dem Staate überweisen? Am ärgerlichsten für die Sozialdemokraten ist schließlich, daß der Artikel, der alle Angehörigen ehemals regierender Häuser in Deutschland für immer von dem passiven Wahlrecht zum Reichspräsidium ausschließt, auf Antrag der Deutschen Volkspartei wegfällt. Das war ein so schöner Reklameartikel für das Schaufenster. Billig und wertlos, aber glitzernd. Das

Zentrum und die Demokraten schämen sich, ein solches „Ausnahmegesetz“ in eine freistaatliche Verfassung hereinzunehmen, außerdem wissen sie ganz genau, daß, wenn einmal eine überwältigende Mehrheit bei uns einen Führer aus königlichem Geblüt an Stelle des jetzigen Landesvaters aus der Parteidestille verlangen sollte, sie auch diesen Paragraphen natürlich glatt mit dem Ärmel auswischen könnte. Das ist den Sozialdemokraten selbstverständlich ebenfalls klar. Aber draußen stehen unverständige Massen. Wie sag' ich's meinem Kinde? Der rote Sprecher, Abgeordneter Loebe-Breslau, tut es in der Form, daß er gegen den „bürgerlichen Block“ vom Leder zieht und — die Unabhängigen schreien ironisch: ‚Heil dir im Siegerkranz‘ — die Drohung ins Land hineinruft: „Die lebendige Entwicklung der Verhältnisse wird stärker sein als die papiernen Bestimmungen dieser Verfassung!“

So spricht der böse Zauberer am Tauftage der neugeborenen Verfassung mit lästerlichem Fluch. Aber als gute Feen erheben sich zwei Minister und reden sanft und lieblich. Bauer findet, daß wir heute zum ersten Male den Fuß wieder auf festen Boden setzen, wo die Fahne der neuen Republik am Maste dieses Hauses emporsteige. Notabene, sie steigt nach Sonnenuntergang empor. Und wie fest der Boden ist, auf dem wir stehen, das wird der nächste Generalstreik ja zeigen. Noch verwunderlicher ist es, was David über die Verfassung zu sagen weiß: daß wir durch sie zum freiesten Volk der Erde gemacht würden. Jetzt braucht man nur den Text des Friedensvertrages daneben zu halten und durchzustudieren, dann wissen wir ganz genau, wie frei wir sind.

Verfassung und Beamtenstand

Weimar, 1. August

Am 11. April 1847 sagte Friedrich Wilhelm IV. in seiner Thronrede vor dem vereinigten preußischen Landtag, man solle nur ja nicht glauben, daß die Einberufung des Landtages den Anfang einer Verfassung bedeute. „Kein Stück Papier soll sich zwischen den Herrgott im Himmel und dieses Land drängen wie eine zweite Vorsehung!"

Das wirkte wie ein Fanal. Nichts ist so aufreizend gewesen, nichts hat die Massen so zum politischen Kampf getrieben. Bis in unsere Tage hinein hat die Demokratie die Worte des damaligen preußischen Königs als Lästerung dargestellt. Die Verfassung ist Volkswille. Die Verfassung ist die magna charta für Freiheit und Recht. Wer sie, die lebenspendende, zu einem Fetzen Papier macht, der zerschlägt das Palladium des mündigen Volkes. Das ist seit jeher der Gedankengang der Linken gewesen.

Und nun hat gestern Loebe-Breslau, der Vorsitzende der sozialdemokratischen Partei, mit genau der gleichen absolutistischen Verachtung erklärt, die „papiernen" Bestimmungen der Verfassung müßten im Laufe der Entwicklung zerrissen werden.

Damit hat die Partei den festen Boden, den wir nach Bauers Wort angeblich nun unter den Füßen haben, unterminiert und jedes Versprechen in der Verfassung, an das eine gläubige Menge sich halten soll, wertlos gemacht. Nach wie vor steht alles im Belieben der Partei, wie vor siebzig Jahren im Belieben des Königs. Heute ist die Verfassung ein enges Gedränge von Grundsätzen des Zentrums und der Sozialdemokratie. Morgen können vielleicht die Unabhängigen mitbe-

stimmender Faktor sein und Stück um Stück aus der Verfassung herausſprengen. Sicher ist nichts mehr, wenn nicht einmal die Verfassungsmacher selber Achtung vor ihrem Werke haben und es verleugnen. Insbesondere die Werkleute des neuen Staates, die Beamten, sehen nun ihre verbrieften Rechte verhöhnt. Was man ihnen bietet, das sind schöne Worte, sonst nichts. Es ist begreiflich, daß in einer Interpellation der Parteien der Rechten diese Besorgnisse heute zu lebhaftem Ausdruck kommen.

Die Antwort, die der sozialdemokratische Innenminister David erteilt, ist so fahrig wie die nervöse Anpreisung eines zahlungsunfähigen Geschäfts, für das der Chef nach dummen Teilhabern sucht. Er spricht von den glänzenden Aussichten, die die Beamten in dem freien Volksstaat hätten. Herrlichen Zeiten gingen sie entgegen. Sie seien nicht mehr Objekt, sondern Subjekt der Gesetzgebung. Sie dürften im Parlament frei und ungehindert opponieren. Sonderbar, höchst sonderbar. Als früher die agrarischen „Kanalrebellen" gerade wegen Opponierens ihrer Ämter entsetzt wurden, da jubelte die gesamte Linke. Sie ist also doch wohl nicht grundsätzlich für die Freiheit der Opposition. Nicht einmal innerhalb der eigenen Partei. „Wer sich nicht fügt, der fliegt!" heißt es bei den Sozialdemokraten. In der Staatsverwaltung haben sie es doch auch jetzt überall so gemacht und erprobte Beamte bisweilen sogar durch übelbeleumdete Subjekte ersetzt, die nur den einen Vorzug hatten, aus den Reihen der eigenen Partei zu stammen. Auch sind unter dem neuen System sämtliche obersten Stellungen dem Beamtentum genommen worden. Schon der Unterstaatssekretär, der Minister erst recht, kommt aus der Partei, und der Beamte, der jahrzehntelang umsonst gelernt und studiert und gedient hat, darf ihn gehorsamst umschwänzeln. In der Hauptsache haben die Interpellanten gefragt, wie es mit der Sicherung des materiellen

Daseins der Beamten stehe. Da weicht David aus wie der zungengeläufige Akquisiteur, der die letzte Bilanz dem neuen Teilhaber vorlegen soll. Er sei, so sagt er, ganz einig mit dem Finanzminister darüber, daß etwas geschehen müsse. Zur Zeit sei aber eine generelle Regelung leider nicht möglich; man müsse erst eine Statistik über den Bestand an Beamten und über die Leistungsfähigkeit von Reich und Ländern aufstellen.

Welch eine Heuchelei! Der mittlere Beamte bei der Reichspost bekommt heute 4500 Mark Jahresgehalt, der Arbeiter bei der Reichspost 6300 Mark Jahreslohn, und wir haben nichts davon gehört, daß mangelnde Statistiken da die sofortige Lohnerhöhung verhindert hätten. Wir haben Professoren mit 4200 Mark Einkommen und Berliner Müllkutscher mit 9300 Mark. Solch ein Müllkutscher wird von dem Professor vor dem Hause dabei betroffen, wie er ein Stück Spickaal verzehrt. „Guten Appetit," sagt er freundlich, „sehen Sie, so etwas kann ich mir nicht leisten." Der Müllkutscher aber kaut weiter und erwidert trocken: „Ja, da hätten Sie eben etwas Ordentliches lernen müssen!" Wir haben Forstassessoren, die noch im Alter von 40 Jahren vom Staate keinen Pfennig erhalten. Ein gelernter Dechiffreur im Auswärtigen Amt bekommt, wenn er eine ganze Nacht hindurch Dienst getan hat, die fürstliche Zulage von 2 Mark. Aber „unser" Fritz Ebert kann täglich, jawohl täglich, 1652 Mark und 25 Pfennige auf Reichskosten verzehren. Herr Erzberger beschimpft die Großindustrie, nachdem er sich an ihr vollgesogen, und bezieht als schwerreicher Mann doch noch 64 000 Mark Ministergehalt. Für ihn, den ehemaligen Volksschullehrer, ist das heute nur eine Lappalie, denn eine einzige Wochenrechnung seiner Familie in dem vornehmen Schweizer Hotel geht schon hoch in die Tausende; aber wenn ein richtiger Volksschullehrer, der seinen Beruf treu versieht und nicht zum parlamentarischen Maulaufreißer wird,

45 Dienstjahre hinter sich hat, so kann er von seiner Pension sich kaum ein Pfeifchen anständigen Tabak leisten. So sehen Theorie und Praxis im neuen Deutschland aus, wenn sie aufeinandertreffen. David sagt den Beamten, heute trüge jeder den Marschallstab im Tornister. Noch einmal: welch eine Heuchelei! Der Marschallstab ist für die Gesinnungsgenossen, die nichts gelernt zu haben brauchen; für den Beamten ist der Krückstock gut genug.

Der Sozialdemokratie, aber auch den Rednern der anderen Parteien, ist die heutige Interpellation der Rechten ersichtlich peinlich. Selbstverständlich schießen sie auch den uralten brüchigen und stumpfen Bolzen ab, daß es sich nur um eine parteipolitische Aktion bei dieser formalen Anfrage handle. Selbst wenn es so wäre: Wird nicht heute alles zur Partei gepreßt? Auch unser früher über den Parteien stehendes Beamtentum wird sich wandeln müssen. Es wird den Parteien zufallen, die so schnell und so energisch als nur möglich — das jetzige Parteiregiment vom Throne stoßen.

Man hat es durch die Verfassung nach allen Seiten versteift und gesichert. Die Oberbonzen haben sich sozusagen mit dem Hosenboden auf dem Thron festnähen lassen. Aber siehe da, es ist nur Papierstoff; Herr Loebe hat's gesagt.

Wie lange noch?

Weimar, 2. August

Die Erörterung in der Nationalversammlung über die „Enthüllungen" Erzbergers ist abgeschlossen. Wir haben dazu aber noch ein nicht unwichtiges Nachwort zu sprechen.

Von Kriegsbeginn an hatte Erzberger die Beeinflussung der öffentlichen Meinung im In- und Auslande „zugunsten Deutschlands" in seine Hand genommen und dazu eine runde

Anzahl von Millionen Mark vom Reiche zur Verfügung erhalten, wofür er sich mehr oder weniger einflußreiche Leute und mehr oder weniger geschickte Federn kaufte; er durfte reisen, wohin er wollte, er durfte reklamieren, wen er wollte, und sein Stempel und seine Unterschrift genügten laut Verfügung des Reichskanzlers v. Bethmann Hollweg, um jeden Brief ungefährdet ins Ausland gelangen zu lassen. Nun kam im Sommer 1917 für Erzberger der psychologische Moment, wo dieser vor Eitelkeit schier platzende geschäftige Politiker die Wahl hatte, ob er nach wie vor im Dienste der deutschen Regierung und im sehr gut bezahlten Dienste unserer Schwerindustrie weiterarbeiten oder sich auf die Seite Karls des Treubrüchigen von Österreich schlagen und dessen Politik betreiben sollte, die in einem Schmachfrieden für Deutschland und in einem Gewinstfrieden für die Habsburger durch Angliederung Polens ihr Ziel sah. Erzbergers Stellung als Aufsichtsrat bei Thyssen war bereits wacklig geworden; da war die Wahl nicht mehr schwer; wir bekamen den „Verständigungspolitiker" Erzberger.

In Biberach und sonstwo hielt er Reden, die derart waren, daß unsere militärischen Behörden (seitdem ist er ihr Feind) die Weiterverbreitung der Reden verbieten mußten, weil eine Gefährdung des Reiches vorliege; und gleichzeitig warnten sie Herrn Erzberger, statt ihn, was richtiger gewesen wäre, einfach zu verhaften, vor weiteren derartigen Reden, da er sonst belangt würde.

Das schor den Listenreichen und Allgewaltigen wenig. Er verbreitete fortan das Gift, nachdem ihm Deutschland verstopft war, im Auslande. Den Wortlaut seiner Rede, die er am 23. September in Ulm gehalten hatte, ließ er durch den Holländer van Blankensteyn dem „Nieuwe Rotterdamsche Courant" zugehen, der sie mit Vergnügen in seiner Nummer vom Dienstag, dem 9. Oktober 1917, verwertete. Darin findet sich die Enthüllung, daß Österreich vollkommen kriegsmüde

sei und Schluß machen müsse; daß wir in Deutschland hungerten; daß die Entente militärisch besser stünde als wir, da sie ja durch Wegnahme unserer Kolonien und durch Vordringen in Mesopotamien viel mehr erobert habe als wir; daß die Antwort Wilsons (in der unser Schuldbekenntnis und unser Wiedergutmachen in jeder Beziehung gefordert wurde) noch sehr günstig für uns sei; und daß wir schleunigst die belgischen Wünsche der Feinde zu erfüllen bereit seien.

Die Redaktion des „Nieuwe Rotterdamsche Courant" bemerkte dazu: „Das Belangreichste in der Rede ist vielleicht die Erklärung, daß die Regierung vollständig in den Händen der Friedenspartei ist. In jedem Falle sind diese Erklärungen des augenblicklich einflußreichsten Mitgliedes des Reichstages von mehr als gewöhnlicher Bedeutung."

Für die Entente ging aus den Mitteilungen des holländischen Blattes vom 9. Oktober 1917 hervor, daß der „einflußreichste" Mann Deutschlands Sache für verloren gab; dazu hatte sie als Beleg die ebenfalls von ihm stammenden Enthüllungen über die politische Lage in Österreich, die also er selber verraten hat, während er in der Nationalversammlung in Weimar noch anzudeuten wagte, es könne wohl die Oberste Heeresleitung gewesen sein, die die Wiener Stimmungen durch die „Rheinisch-Westfälische Zeitung" in die Öffentlichkeit gebracht habe. Dieser Verrat Erzbergers hat jede Möglichkeit eines Verständigungsfriedens, falls sie überhaupt bestand, zertrümmert. Wenige Tage nach dem Verrat konnte der französische Ministerpräsident auf der Führerkonferenz der Alliierten erklären, die gesunkene Stimmung innerhalb der Entente habe sich wieder gehoben, man habe nun Nachrichten, die den Endsieg verbürgten. Die Friedensresolution des Reichstages vom Juli 1917 galt nun erst recht als Zeichen von Angst und Schwäche. Erzbergers Wichtigtuerei und Eitelkeit, die die

Verbreitung seiner Reden, die in Deutschland als gefährlich verboten war, im Auslande durchgedrückt hatte, ist also daran schuld, daß die Entente durchhielt; und was von seinen Reden und Unterredungen in Deutschland bekannt wurde, das trug dazu bei, unser Volk mutlos zu machen, die Front durch Heimatbriefe ebenfalls anzustecken und so unsere Niederlage unabwendbar werden zu lassen.

Fast eine Million deutscher Toter, die seitdem gefallen sind, verklagen Erzberger.

Fast fünf Millionen Deutscher, die ihrem Mutterlande durch den Schmachfrieden entrissen sind, verdanken dies Erzberger.

Sechzig Millionen Deutscher kommen mit Kindern und Kindeskindern durch diesen einen Mann und seine Leichtfertigkeit, mit der er Staatsmännern und Feldherren ins Handwerk pfuschte, in äußerstes Elend.

Ganze Generationen können in harter Fron nicht wieder erarbeiten, was er verschleudert hat.

Wir fragen die Regierung, die immer noch dieselbe Bank mit ihm teilt, wann sie diesen Mann der irdischen Gerechtigkeit auszuliefern gedenkt oder ob sie mitschuldig werden will! Zur Ehre der deutschen Mehrheitssozialdemokratie, mit der wir sonst nichts gemein haben, sei es gesagt: durch sie ist während des Krieges keinerlei Verrat nach dem Auslande hin betrieben worden. Wie lange will sie sich noch von ihrem Vizekanzler Erzberger führen lassen?

Die zweite Kriegsabgabe

Weimar, 7. August

Da wären wir also wieder beisammen. Der bequeme Salonwagen hat die letzten Nachzügler der Regierung, Braun und

David und andere Regierungsmänner, hergerollt, aber selbst da haben diese Schwerarbeiter keine Ruhe gehabt. Ein Kino-Operateur war in den Zug bestellt und mußte die welthistorischen Minuten, wo sie das Regierungsgewerbe im Umherziehen betrieben, für kommende Geschlechter kurbeln. Wir nähern uns im Fluge den Gewohnheiten aus der absolutistischen Zeit des Sonnenkönigs Ludwigs XIV. Nächstens wird wohl das Lever der parlamentarischen Unterstaatssekretäre als Staatsaktion gefilmt werden.

Also da wären wir wieder beisammen. Auch der Fettfleck auf dem roten Tuch des Regierungspodiums, der Reichsminister Erzberger, ist immer noch auf seinem Platze; man sollte ihn eigentlich nicht mehr kritisieren, denn etwas besseres könnte sich die Opposition gar nicht wünschen als die Belastung der Regierung durch ihn noch bei den nächsten Wahlen. In der Ecke der Unabhängigen sieht man heute ein neues Gesicht. Ein unscheinbarer Mann sitzt da. Man glaubt es kaum, daß es Eichhorn ist, der polizeilich Langgesuchte, den die Regierung Ebert-Haase-Scheidemann einst zum Polizeipräsidenten von Berlin ernannt hat. Als er von dort verschwand, fand man ein von ihm bestelltes Sauerstoffgebläse zum Geldschrankknacken in seinem Amtszimmer. Jetzt ist er als Abgeordneter immun, unangreifbar. Diese Immunität mochte vor Menschenaltern, wo das freie Wort noch des Schutzes gegenüber einer halb absolutistischen Regierung bedurfte, am Platze sein; heute ist sie die größte Sinnlosigkeit des allein regierenden ganz souveränen Parlamentarismus.

Auf der Tagesordnung steht die nochmalige Kriegsabgabe von Mehreinkommen und Vermögenszuwachs. Es spricht für die allgemeine Opferfreudigkeit, daß beide Gesetze, obwohl die gestaffelte Abgabe bis zu 70 v. H. gehen soll, in zweiter Lesung sozusagen im Handumdrehen, in noch nicht

ganz drei Stunden, erledigt werden. Es ginge schneller noch, wenn nicht die Sozialdemokraten aus agitatorischem Bedürfnis zu verschiedenen Paragraphen neue Anträge eingebracht hätten. Sie haben gar keine Disziplin als Regierungspartei. Sie wollen bei den nächsten Wahlen damit paradieren, daß das gesamte Bürgertum „nur" bis zu 70 v. H. beim Wegbesteuern gegangen sei, während sie auf 80 v. H. beantragt hätten. Das ist eine sehr billige, aber erfolgreiche Methode. Wären 100 v. H. vorgeschlagen, also die vollkommene Konfiskation, so würden sie 110 v. H. fordern. Von verschiedenen bürgerlichen Seiten wird darauf hingewiesen, daß man im Begriffe sei, die Henne zu schlachten, die die goldenen Eier lege; die Gesetze träfen nicht nur die Kriegsgewinnler und Schieber, sondern auch die ehrliche Arbeit, und die vorgeschlagene Staffelung sei schon das äußerste, was man sich leisten dürfe, um nicht die Volkswirtschaft zu ruinieren. Die Sozialdemokraten antworten mit den alten Gemeinplätzen aus der Volksversammlung.

Man drängt zu schnellem Schlusse nicht nur aus Opferfreudigkeit, sondern auch aus Rücksicht auf das Weimarer Publikum, das heute von der sozialdemokratischen Partei auf neun Uhr abends zu einer Verfassungsfeier in das Landestheater geladen ist; und vorher müssen doch noch die Scheuerfrauen ans Werk. Jedermann hat heute abend freien Zutritt. Prolog, Festrede, Musik, es ist alles da, und sogar hervorragende Musik unter Leitung des Hoftapellmeisters Dr. Peter Rabe. Die Festrede hält der sozialdemokratische Innenminister David, die Musik folgt mit der fünften Symphonie in C-Moll von Beethoven. Dem Publikum geht es also so wie den kleinen Kindern: wenn man zuerst den Lebertran geschluckt hat, kriegt man zur Erholung etwas himmlisch Süßes hinterdrein.

Die große Unordnung

Weimar, 8. August

Von Davids Harfe ist am gestrigen Festabend kein wilder Rachepsalm gegen die Feinde der Sozialdemokratie erklungen. Es gab eine friedliche Stunde staatsbürgerlichen Unterrichts, eine für den Parteimann immerhin maßvolle Erklärung des Verfassungswerkes. So konnte das Volk von Weimar unbeschwerten Sinnes Bach und Beethoven lauschen. Fast kommt einem da das Haus heute wieder entweiht vor, wo man aus dem Traumreich in die jämmerliche Gegenwart zurückgeführt wird.

Die kleinen Anfragen, die auf der Tagesordnung stehen, werden von Woche zu Woche mehr zu einer Sammlung von Notschreien, von Anklagematerial gegen die seit dem Novemberumsturz bei uns vorherrschende Unordnung. Da stöhnt einer über den elenden Betrieb im Post- und Fernsprechwesen, ein anderer über Eisenbahnzüge voll schimmelnden Roggenmehles, ein dritter über die vom Reiche hilflos verlassenen Ostmarkflüchtlinge, ein vierter über große Ungerechtigkeiten bei der Zuteilung von Leim oder Zement oder anderen Dingen; mehrere unter den siebzehn heutigen Anfragen aber befassen sich mit noch etwas viel Kitzligerem, mit der immer noch bestehenden Nebenregierung durch die Arbeiter- und Soldatenräte in Deutschland. Diese maßen sich vielfach nicht nur behördliche Kontrollbefugnis, sondern zeitweilig sogar diktatorische Rechte im Wirtschaftsleben an, treten alle gesetzlichen Bestimmungen mit Füßen und besorgen sich durch Zwangsauflagen die Mittel zu gutem Leben. Es ist ganz lehrreich, daß der demokratische Abgeordnete Schiffer heute durch einen Fraktionsgenossen eine kleine Anfrage verlesen läßt, in der um Auskunft über die von den

Räten ungesetzlich verbrauchten Mittel ersucht wird. Als im Februar der deutschnationale Abgeordnete Graf Posadowsky in einer Rede die gleiche Anfrage stellte, zuckte der damalige Finanzminister Schiffer die Achseln und erwiderte burschikos: „Ja, das möchte ich auch gerne wissen!“ Eine tatsächliche Antwort erfolgte nicht. Heute, nach fast einem halben Jahre, entdeckt aber derselbe demokratische Parlamentarier plötzlich die vaterländische Notwendigkeit, in die Verwirtschaftung öffentlicher Gelder seinerseits hineinzuleuchten.

Er erhält vom Regierungstisch ausführliche Antwort. Danach ist von vielen Arbeiter- und Soldatenräten eine Abrechnung überhaupt nicht zu erlangen; manche dieser Reichsregenten sind auch spurlos verschwunden. Aus den von anderen eingereichten Belegen aber geht hervor, daß nur ein winziger Bruchteil der Gelder zu sachlichen Ausgaben gedient hat, das weitaus meiste für persönliche Entlohnung und ein Teil für parteipolitische Zwecke verbraucht ist. Das Reich, dessen Kasse das Geld mitunter einfach erpreßt oder geraubt wurde, hat, soweit man es übersehen kann, rund hundert Millionen Mark hergeben müssen, die Einzelstaaten und Gemeinden wohl noch viel mehr, und auch zahlreiche Private haben für die Sektgelage der kleinen örtlichen Gewalthaber geblutet. Die Hauptsache wird dabei noch vergessen. Vom Heereseigentum sind Bestände im Werte von über fünftausend Millionen Mark verschleudert, an belgische, polnische, deutsche Schieber verkauft worden, großenteils auch auf Befehl und zugunsten von Arbeiter- und Soldatenräten. Das alles wird nun wieder durch Steuern von uns eingetrieben. Eine weitere kleine Anfrage wäre nötig: Zu welcher Partei gehören alle diese Räte? Unseres Wissens sind sie so gut wie samt und sonders Sozialdemokraten.

Leute aus der gleichen Schicht sind ja heute auch vielfach Ministerialbeamte und verewigen auch dort die Unordnung,

indem sie — wir hier in Weimar können das häufig genug feststellen — den Post- und Telegraphen- und Fernsprechbetrieb mit ihren Privatangelegenheiten auf Staatskosten so belasten, daß der gewöhnliche Sterbliche nur noch mit dreifacher Taxe „dringend“ heran kann. Wir meinen nicht die fünfzigpfündige Hamsterkiste, die ein Minister als angebliche „Akten“ portofrei nach Hause geschickt hat, sondern vor allem die zahllosen „Dienstgespräche“ mit Frau und Kind und Kegel, die von hier aus geführt werden. An allen diesen Dingen sind nun wirklich weder Ludendorff noch die Alldeutschen noch die Schwerindustrie schuld; und wenn im Deutschen Reiche, dem früheren Musterlande der Zucht und Ordnung, allmählich mittelamerikanische Zustände einreißen, so wird man doch wohl sagen dürfen, das wäre vor dem 9. November nicht denkbar gewesen.

Die große Hoffnung, die demgegenüber immer wieder vor uns aufgepflanzt wird, heißt: die sozialisierte Wirtschaft im Zukunftsstaate. Mehr als eine Hoffnung ist das nicht. Der Schatzminister Mayer entwirft heute ein lockendes Bild von den Ergebnissen, die die verstaatlichte Elektrizitätswirtschaft haben wird. Mayer spricht wie einst Stephan. Ein kluger, organisatorisch veranlagter Kopf. Wir aber meinen, wenn irgendeine Sozialisierung wirklich einmal Erfolg haben sollte, dann wird die Entente die Ernte einheimsen. Die deutsche Republik hat ihr in dem Friedensvertrag ja jede Vollmacht dazu gegeben.

Reichsdraht

Weimar, 9. August

Der Freiballonsport ist schon heute durch die vielen Hochspannungsleitungen bedroht. Die Überlandzentralen mehren

sich. Auch das Landschaftsbild wird dadurch verschandelt, und wo die Natur noch wildprächtig sich uns zeigt, wie an den Imatra-Stromschnellen, da entsteht ein Elektrizitätswerk und zerstört den ganzen Zauber. Aber es hilft nichts. Wir werden über kurz oder lang nur noch einige Naturschutzparks besitzen, in die man wird gehen müssen, wenn man überhaupt noch seinen Goethe verstehen will. Alles andere aber wird überdrahtet, um elektrische Kraft, die schon heute von ihrem Erzeugungsort aus 250 Kilometer weit geschickt werden kann, bis in den kleinsten Weiler und bis zum letzten Flickschuster hinzubringen. So meinen die Utopisten. Mag sein, daß sie in ferner Zukunft Recht bekommen. Vorerst wird aber auch das Reich auf unrentablen Kraftversand sich kaum einlassen, also keinesfalls eine Leitung um Hunderttausende von Mark bis zu dem einsamen Flickschuster bauen. Freilich die Elektrisierung aller Eisenbahnen werden wir wohl noch erleben. Es ist ganz selbstverständlich, daß eine solche Angelegenheit vom Reiche in die Hand genommen wird, und die Vorarbeiten zu der sogenannten „Sozialisierung der Elektrizitätswirtschaft", die uns von der gegenwärtigen Regierung als Neuestes-Allerneuestes angepriesen wird, liegen schon um mehr als ein Jahrzehnt zurück.

Der Unabhängige Koenen hat ganz recht, wenn er in der heutigen Debatte über das Gesetz erklärt, man solle doch, wo es sich einfach um eine Art Monopol oder um eine Art Verstaatlichung handle, nicht von Sozialisierung sprechen. Oder — so fügen wir hinzu — wenn man das eine Sozialisierung nennt, so war schon Fürst Bismarck, der unser Eisenbahnwesen verstaatlichte, der größte Sozialist. Nur hat er das in einer Zeit des wirtschaftlichen Aufschwungs getan, während die heutige Regierung für ihre Pläne den allerungünstigsten Zeitpunkt sich ausgesucht hat, wo es an „Draht" für die Überdrahtung fehlt. Daher findet sie unbedingtes

Lob für die Vorlage, der im übrigen grundsätzlich alle Parteien zustimmen, nur bei den Mehrheitssozialisten. Die Redner aller bürgerlichen Fraktionen bezweifeln, sosehr sie die kommende wirtschaftliche Notwendigkeit der Vereinheitlichung des Kraftwerksandes einsehen, den finanziellen Erfolg der Maßregel in unserer Zeit der furchtbarsten Teuerung. Das Reich, das heute viel leichtherziger Milliarden ausgibt als früher Millionen, stellt eine Milliarde Mark für den elektrischen Reichsdraht zur Verfügung. Aber nicht nur der Fachmann der Deutschen Volkspartei, Geheimrat Weidtmann, sondern auch Abgeordnete anderer Fraktionen finden, daß ungezählte Milliarden notwendig sein würden; und auch dann sei die Rentabilität noch sehr zweifelhaft, da Staatsbetriebe immer teurer arbeiten als private, wie man an den Saargruben und anderen Unternehmungen sähe. Am wenigsten entzückt von dem Gesetze ist die demokratische Partei, deren Wortführer Dr.-Ing. Wieland die Schwächen des überhasteten Entwurfes darstellt und statt des alleinigen Staatsunternehmens, das die bestehenden Überlandzentralen aufkaufen müßte, eine gemischtwirtschaftliche Gesellschaft empfiehlt, in welche gegen Gewährung von Aktien die verschiedenen Elektrizitätswerke des Reiches, der Gemeinden, der Privatgesellschaften eingebracht werden sollten. In einem Ausschuß von 28 Mitgliedern, an den die Vorlage verwiesen wird, kann man sich weiter darüber unterhalten. Da wird denn auch praktische Arbeit geleistet werden, während heute noch der Sozialdemokratie, wie aus der Rede ihres Abgeordneten Kahmann hervorgeht, der gelernter Mechaniker und Gemeindeältester in Potschappel ist, nur an der agitatorischen Wirkung etwas liegt: Seht, wie schnell und wie gewaltig wir den Kapitalismus sozialisieren!

Unter dem sogenannten alten System hat man das alles schon gekannt, hat man das Postregal und die Staatseisen-

bahn eingeführt, die der Allgemeinheit einen sicheren Betrieb und große Überschüsse einbrachten. Auch die Überdrahtung Deutschlands von Reichs oder von Staats wegen wäre erfolgt. Derartige gemeinwirtschaftliche Unternehmungen fanden nur früher den ärgsten Widerstand bei der Linken unserer Parlamente. Gegen die Sozialisierung unserer Arbeiterversicherung haben selbst die Sozialdemokraten gestimmt; und es ist eine wenig bekannte Tatsache, daß Bismarck schon 1869 die erste Arbeiterschutzkonferenz einberufen wollte, damit aber an dem Widerstande des Handelsministers Itzenplitz und der übrigen Liberalen scheiterte. Die Bedeutung, welche die „weiße Kohle", die Elektrizität, für uns haben wird, war der alten Regierung genau so klar wie der heutigen. Aber daß wir nun nach Durchbringung des neuen Gesetzes der schwarzen Kohle entraten und fabelhaft billig im Zukunftsstaate elektrisch fahren, dreschen, heizen, kochen, bügeln könnten, darüber lächelt skeptisch — nur in der Nationalversammlung bleibt man ernst — schon jede Hausfrau, die in unseren Tagen die Preissteigerung des elektrischen Lichtes von Monat zu Monat erlebt.

Wucherbodensteuer und Rauchnotopfer

Weimar, 11. August

Wenn die große Verteilung allen Besitzes unter alle wirklich vorgenommen würde, so käme auf jeden einzelnen Deutschen schließlich ein Vermögen von nur 843 Mark, hat Eugen Richter in seiner Kritik des sozialistischen Zukunftsstaates geschrieben. Die Ziffer würde heute etwas anders aussehen. In der Sache aber behielte der alte demokratische Führer recht. Was er zum Ausdruck bringen wollte, war, daß die großen

Vermögen nur ein winziges Fettauge auf der riesigen Wassersuppe sind. Schöpft man es ab, um es in Portionen zu zerlegen, so hat so recht niemand etwas davon. Wir brauchen die Vermögen, damit sie unsere gesamte Volkswirtschaft beleben. Von den Steuern aber gilt dasselbe wie von dem Umsatz des Kaufmanns: die Masse muß es bringen. Wird im Laden eine einzelne Ware mit einem ungeheuerlichen Preise ausgezeichnet, so bleibt sie unverkäuflich, aber der kleine Aufschlag auf sämtliche Massenartikel bringt Geld. Das ist so ein Stückchen Lebensweisheit, das sich gegenüber aller Steuertaktik der Parteien immer wieder durchsetzt. Mit sozialistischer Moral ist da wenig zu machen. So müssen denn auch die heute Regierenden sich zur Billigung der indirekten Steuern bequemen, die die breite Masse des Volkes treffen, denn anders kann man nicht regieren.

Wir stehen erst am Anfang einer langen Reihe von Steuerschöpfungen, die zuletzt doch darauf hinauskommen müssen, daß die Steuern erarbeitet werden. Geld oder Besitz ist aufgespeicherte Arbeit früherer Geschlechter. Damit ist sehr schnell aufgeräumt, denn dieser Vorrat ist im Vergleich zur laufenden täglichen Arbeit ganz winzig. Man kann, um unter allen Umständen sozial zu erscheinen, die sogenannten starken Schultern enorm belasten, beispielsweise den vermaledeiten Hausbesitzer, aber aus der von seinen Einwohnern erarbeiteten Miete wird das doch wieder getragen. Es bleibt dabei: neue Steuern bedeuten neue Arbeit für das ganze Volk. Die Steuern für die Entente stehen dabei noch gar nicht auf der Tagesordnung. Beginnt über Jahr und Tag deren Erpressung, dann werden wir vom Sechsstundentag nicht mehr reden, sondern den Zwölfstundentag bekommen.

Vorerst wird wahllos jeder erreichbare Gegenstand, jedes Geschäft, jede Tätigkeit besteuert. Das neue Grunderwerbsteuergesetz, das heute in zweiter Lesung beraten wird, sieht

ganz gewaltige Abgaben vor. In dem krassesten Fall, den wir einmal anführen wollen, nämlich dem, daß ein Händler zu Parzellierungszwecken ein Gut erwirbt, das zu zwei Dritteln seines Wertes mit Hypotheken belastet ist, würde bei dem Verkauf eine Steuer von 24 vom Hundert dessen, was der Vorbesitzer sein Eigen nennt, fällig sein. In dem gelindesten Fall aber, wenn der Boden schuldenfrei und kein Händler der Erwerber ist, sind es immerhin noch 6 vom Hundert. Es ist sehr fraglich, ob solche Anspannung das gewünschte Ziel erreicht oder nicht vielmehr dazu führt, daß der Immobilienbesitzwechsel sich überhaupt sehr einschränkt, so sehr einschränkt, daß das finanzielle Mehrergebnis für den Staat gleich null ist. Die Bodengesellschaften werden auf die „Erschließung" neuen Geländes nun wohl vielfach verzichten müssen, vielleicht auf ihre ganze Tätigkeit. Mit den sogenannten Luxussteuern hat man es ja schon häufig genug erlebt. Sind sie allzu hoch, so hört der Luxus auf oder wendet sich anderen Dingen zu, und der Fiskus hat das Nachsehen. Damit sind aber dann gleichzeitig alle die Existenzen ruiniert, die von der Herstellung der Luxusware gelebt haben.

Die andere Steuer, die heute ebenfalls ihre zweite Lesung durchmacht, ist die auf den Tabak und die Tabakerzeugnisse. Alle Parteien lassen erklären, daß sie nur mit schwerem Herzen daran gingen. Aber es ist unbedingt erforderlich, daß das große Rauchnotopfer auf dem Altar des Vaterlandes verkohlt oder — wenn wir das schiefe Bild der Abgeordneten gebrauchen wollen — daß der Tabak blutet. Das berühmte Pfeifchen des armen Mannes, für das einst Eugen Richter in Wort und Bild gegen die böse Rechte gekämpft hat, findet heute nur noch bei den Deutschnationalen einen Verteidiger, aber sie sind in der Minderheit. Die hochbezifferte Banderole kommt fortan auch um die Zigarrenkiste, die Stummelpfeife mit Uckermärker Füllung steigt in die vornehmsten Kreise

empor, Zigaretten aber werden sich nur noch Berliner Müllkutscher und andere Schwerverdiener leisten können. Wer im Felde gesehen hat, wie das Stimulans des Rauchens immer wieder Mehrleistungen auch aus ermüdeten Truppen herausgeholt hat, der kann es sich denken, wieviel Energieverlust für unser Volk die neue Verteuerung des Rauchens bedeuten wird, wieviel Verlust auch an staatsbürgerlicher Zufriedenheit und leichter Lenkbarkeit. Aber es wird eben überall mit der Steuerzange zugepackt. Man will 450 Millionen Mark im Jahre von den Rauchern neu einziehen. Wenn das glücken will, muß es uns sehr gut gehen, denn wenn es uns schlecht geht, hört das Rauchen auf; auch da gibt es schließlich eine Grenze der Erschwinglichkeit, und weder Kriegsgewinnler noch Revolutionsgewinnler werden ewig dasein.

Das Herz ist den Abgeordneten der Mehrheit wirklich bedrückt. Sie müssen für Dinge stimmen, die gar nicht im Parteiprogramm stehen, und ihnen wird ganz flau, wenn sie an kommende Wahlversammlungen denken, wo man sie vielleicht fragen wird, wann denn endlich das versprochene goldene Zeitalter komme. Schon heute sind sie nervös und trauen einander nicht über den Weg. In einer langen Geschäftsordnungsdebatte kommt es zwischen den Schicksalsgenossen von heute, den roten und schwarzen Nutznießern der Revolution, zu spitzigen Anzweiflungen, ob sie das Rennen auch „durchstehen“ würden, für direkte und für indirekte Steuern, nicht nur für eine von beiden Sorten. Erzberger verspricht beides reichlich. Er ist bei vortrefflicher Laune.

Hypnose

Weimar, 12. August

Seit mehreren Tagen wird man an der Auffahrt zum Landestheater vom Publikum mit der Frage bestürmt, ob

Erzberger endlich reden werde. An der Börse für Eintrittskarten zur Nationalversammlung notiert man nämlich verschiedene Preise je nach den voraussichtlichen Rednern in der Sitzung. Am meisten „gefragt" war lange Zeit hindurch die Zietz. Jetzt ist in dem großen Popularitätsrennen Erzberger ihr schon an die Gurten gekommen und wird, wenn wir bei der Rennsprache bleiben wollen, ihr bald die Hufe zeigen. Es ist eine Art Kitzel, der an solchen Tagen die Leute zur Nationalversammlung treibt. Jedermann, wohl auch Erzberger selbst, weiß es, daß es nicht nur in der Burschenschafterbewegung „Unbedingte" gab, die zu jeder Tat bereit waren, sondern daß auch heute manches Gehirn wie ein Kohlenmeiler glüht. Die Landesjäger waren schon drauf und dran, Erzberger zu hängen, und es ist gar nicht ausgeschlossen, daß irgendein Fanatiker einmal den Versuch mit mehr Erfolg wiederholt. Da ist es denn — nicht wahr, gnädige Frau — fabelhaft interessant, wenn man diesen Mann vorher hat reden hören oder, wenn man nicht zuhört, durch das Opernglas sich mindestens seinen Hals angesehen hat.

Die Rede Erzbergers zum Reichsnotopfer und den übrigen großen Steuern ist heute fällig. Man erledigt vorher schnell durch Annahme das Zündholzmonopol und die Spielkartensteuer. Ganz zu Anfang aber gibt der Außenmüller Antwort auf eine kleine Anfrage Graefes, wie es um die Rücksendung unserer deutschen Kriegsgefangenen stünde. Eine lange Antwort mit Verlesung zahlreicher deutscher Eingaben, die den Eifer der Regierung in der Sache erweisen sollen. Wer etwas anderes behauptet, der ist schamlos, sagt Herr Müller. Nur gemach! Eifer bezeigt auch der dumme August beim Teppichrollen im Zirkus, aber in der Tat hilft er nicht dabei, sondern hindert nur; und wir sind so schamlos, zu behaupten, daß die Regierung, die durch ihren Waffenstillstand das ganze Unglück unserer armen Gefangenen überhaupt angerichtet

hat, durch ihre vielen Eingaben nur den Schein erweckt, als täte sie etwas. Warum setzt sie, die ja eine so große Praxis in „flammenden“ Aufrufen hat, nicht die gesamte Welt damit in Brand? Herr Erzberger hat doch während des Krieges mit den vielen vom Reiche ihm in blanco zur Verfügung gestellten Millionen angeblich eine riesenhafte Organisation zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung im Auslande geschaffen; da soll er sie doch einmal knarren lassen. Es ist geradezu kindisch, wenn uns vorerzählt wird, die deutsche Regierung habe gar keine anderen Mittel, die Herausgabe unserer Gefangenen zu beschleunigen, als die üblichen wehleidigen Bettelbriefe an Clemenceau. Wo ein Wille ist, da ist auch ein Weg. Aber es scheint wirklich, daß unsere neuen Regenten schon damit zufrieden sind, daß man für den sozialdemokratischen Minister Hoffmann in München seinen Sohn und für den Zentrumsminister Erzberger seinen Freund Hölzle losgebettelt hat. Das ist das Bakschisch, das die Entente unseren Hochmögenden zuwirft, weil sie im übrigen mit ihren Diensten außerordentlich zufrieden sein kann. Unsere übrigen Gefangenen aber, die schon seit Monaten zu Hause sein könnten, wird die Entente frühestens in diesem Herbst entlassen, nachdem sie die Ernte in Frankreich und Belgien und England eingebracht haben.

Wer heute auf die Tribüne der Nationalversammlung gelangt ist, der hat Glück, denn er erlebt jenen „anderen“ Erzberger, der zuerst als Benjamin des Reichstags durch seine Fixigkeit und Auffassungsgabe das Zentrum fasziniert hat und nun der Sozialdemokratie unentbehrlich geworden ist. Eine in ihrem gemeinverständlichen Aufbau glänzende, ungemein volkstümliche Rede über Finanzen und Wirtschaft und Steuern hält die Hörer in Bann. Schon sind zwei Stunden der Rede nach allem übrigen herum. Die Luft in dem Theater fängt an entsetzlich zu werden. Den Leuten im dritten

Rang stehen die Schweißperlen auf der Stirn, aber sie harren aus: noch niemals haben sie einen mit solch journalistischer Gewandtheit zusammengestellten klaren Vortrag über die an sich so schwierigen Themen gehört.

Im Grunde ist man über das Zahlenmüssen ja einig. Insofern hat Erzberger es leichter als alle seine Vorgänger im Kaiserreich. Aber es hat etwas besonders Beruhigendes, nun auch zu erfahren, warum und zu welchem Ende alles geschieht, und Erzbergers Optimismus ist von einer derartig hypnotischen Kraft, daß man die Heilwirkung dieser Rede, die sich übrigens von üblen Angriffen klugerweise freihält, ruhig durch Plakatieren erproben könnte. Die furchtbarsten Zahlen, wie die unserer schwebenden Schuld, die allein 76 Milliarden beträgt, ungerechnet die Kriegsanleihen, ungerechnet die Wiedergutmachung, werden ganz zahm. Der große Hypnotiseur regiert sie alle. Es ist jammerschade, daß diese Begabung just in einen Menschen gefahren ist, dem es so sehr an Charakter gebricht; jammerschade, daß er selbst heute sich von seiner alten Leichtfertigkeit nicht ganz freimachen kann und wieder Behauptungen aufstellt, die in ihrer Fixigkeit verblüffen, in ihrer Richtigkeit versagen. Er beweist uns haarklein, daß die Entente an das Reichsnotopfer nie heran könne. Mit derselben Bestimmtheit hat er einst bewiesen, daß die Entente uns nie die Handelsflotte nehmen könne. Es klingt sehr einleuchtend, wenn er sagt, im Grunde sei das Reichsnotopfer nur die Annullierung eines Teils der Kriegsanleihe, das Reich ziehe Schuldtitel als Steuer ein und vernichte sie; und an diesem Papierhaufen von Darlehnskassenscheinen, Anleihetalons, Schatzanweisungen liege unseren Feinden gar nichts, denn solche an sich wertlosen Papiere könnten wir ihnen nach Belieben in Massen drucken; nein, die Entente wolle Gold, wolle Waren, wolle Arbeit von uns. Mit Verlaub: was abgeliefert werden soll, das sind nicht nur

Papierhaufen, sondern Vermögenswerte. Zum Teil werden sogar auf 30 Jahre diese Forderungen des Reiches hypothekarisch auf den Besitz eingetragen; zum Teil erfolgt die Zahlung in Industriewerten und Bankaktien. Alles das ist vor dem Zugriff der Feinde nur solange sicher, als wir — Erzberger liest es selber aus dem Friedensvertrage vor — die Bedingungen des Vertrages erfüllen. Sie sind aber unerfüllbar. Und was sagt der Friedensvertrag sonst noch? § 248: „Der gesamte Besitz und alle Einnahmequellen des Deutschen Reiches haften an erster Stelle für die Wiedergutmachungskosten und alle sonstigen Lasten aus dem Friedensvertrage." § 244, Anm. 12b: „Alle Einkünfte Deutschlands einschließlich der für die Tilgung seiner inneren Anleihen bestimmten werden vorzugsweise für die Wiedergutmachungsschuld verwendet." Das weiß Erzberger doch! Es ist ihm ebenso bekannt, daß wir „bis an die Grenze unserer Leistungsfähigkeit" viele Menschenalter lang ausgepreßt werden sollen. Aus der Hypnose der geschickten Ministerrede werden wir bald erweckt werden; und dann ist Heulen und Zähneklappen.

Dann wird auch wieder und immer wieder die Frage gestellt werden: warum war das nötig? Und die Antwort wird lauten: weil der Scheidemann-Erzberger-Friede uns dazu zwang, weil wir von den Reichsverderbern seit 1917 einem Unterwerfungsfrieden zugetrieben wurden. Durch sie haben wir den Krieg verloren, durch sie sind wir zu Fronarbeitern geworden, durch sie sind Millionen Deutscher unnütz gefallen, durch sie müssen 800 000 deutsche Kriegsgefangene noch in Banden bleiben. Das ist der Kernpunkt der Sache. Hier steckt Erzbergers Kopf in der Schlinge, und daher gebärdete er sich in den abgelaufenen Wochen so wild und versuchte die Wahrheit totzuschlagen. Wenn er heute sagt, bis in Strumpf und Strohsack werde der Steuerexekutor uns

leuchten, so ist das nur eine verhältnismäßig erträgliche Folge des ganzen Schadens, den er und seine roten Bundesbrüder angerichtet haben. Wir sind nicht steuerscheu. Wir meinen sogar, daß nichts uns wieder so zur Wiedergenesung aus dem Taumel von 1918 bringen kann, als Jahrzehnte voll bitterster Not; auch zur Genesung von dem hypnotischen Rausch, in den der fingergewandte Erzberger uns heute zu versetzen versucht.

Nur keine Millionäre!

Weimar, 13. August

Des trockenen Tons ist sie nun satt. Die Sozialdemokratie möchte wieder ihr altes saftiges Tönchen aus der Zeit, wo sie noch nicht zu regieren brauchte, erschallen lassen. Es ist gräßlich, sich immer zusammennehmen zu müssen; man beneidet die Unabhängigen um ihre agitatorische Freiheit, um ihren lieben, vertrauten Sauherdenton. Schon der Meister vom Stuhl, Herr Bauer, fühlt sich an seinen Redetagen höchst ungemütlich, wenn er, um die Bedeutung der Stunde zu kennzeichnen, einen schwarzen Gehrock und knallgelbe Stiefel anzieht. Noch viel schwerer ist es, geistig sich zu maskieren, das ungewohnte Handwerk positiver Mitarbeit am Staate zu treiben. Die nötigen und richtigen Steuern werden von den bürgerlichen Parteien doch bewilligt werden, sagt sich jetzt die Sozialdemokratie. Also kann man sich schon einmal ganz unverantwortlich gehen lassen, sich einmal wieder rein demagogisch austoben. So versteigt sich denn ihr heutiger Debatteredner zum Steuerprogramm, Braun, zu dem lapidaren Satze: „Millionäre darf es künftig in Deutschland überhaupt nicht mehr geben!“

Lebhafter Beifall bei den Genossen. Blitzschnell überlegt sich jeder, wie trefflich dieses Wort für die Wiederkäuer in allen Volksversammlungen geeignet ist. Die Sozialdemokratie ist wieder einmal oben. Sie hat gegen die indirekten Steuern, gegen diese Belastung der „breiten Masse" gewettert, und sie hat's dem Kapitalismus wieder einmal ordentlich gegeben.

Bei den Zulukaffern gibt es auch keine Millionäre. Na also.

Die roten Weltumformer kommen gar nicht auf den Gedanken, daß wir Reichtum züchten müssen, wenn wir Kultur haben wollen. Wir brauchen einen ständigen Aufstieg durch Arbeit zu bescheidenem Besitz, durch Besitz zu Vermögen, und wenn dies durch Konfiskation grundsätzlich verhindert wird, so hört auch jeder Fortschritt auf. Materiell wie geistig. Unser Arbeiter wird dann zum Kuli.

Bei den bürgerlichen Parteien, einschließlich der Opposition, findet das Steuerprogramm kaum eine ernstliche Ausstellung. Für die Ausführungen des Staatsministers a. D. Becker-Hessen kann Erzberger sogar seinen Dank aussprechen, wobei er ihm freilich die Worte im Munde verdreht. Becker hat nicht etwa gesagt, wir sollten in der Öffentlichkeit nicht von der Möglichkeit sprechen, daß die Entente das Reichsnotopfer nehme, sondern nur auseinandergesetzt, daß sie rechtlich dazu nicht befugt sei. Das ist etwas ganz anderes. Dr. Becker denkt nicht daran, der nationalen Presse Schweigen über alle für Erzberger peinlichen Themen zu empfehlen.

Erzberger ist in diesem Saale des Beifalls stets sicher. Er findet zwischen sachlich nicht ungeschickten und vernünftigen Darlegungen, die der Sozialdemokratie höchst gleichgültig sind, immer noch Zeit dazu, den Genossen ein Kußhändchen zuzuwerfen. Aufstieg des Tüchtigen. Jeder bewährte mittlere Beamte kann Präsident im Landesfinanzamt werden. Oder auch jemand aus dem Publikum. Bitte sehr. Und die Be-

steuerung der Vermögen könne vom Plenum ja noch verschärft werden. Bitte sehr. Schon heute behält jemand, der im Laufe der letzten fünf Jahre ein Vermögen von 500 000 Mark erworben hat, nach der Versteuerung nur noch 156 180 Mark davon. „Das ist noch viel zu viel", rufen die Roten. Erzberger verbeugt sich. In der Tat: nur keine Millionäre!

Den deutschnationalen Wortführer Kraut-Stuttgart, der aber auch nur einige ganz sanfte Einwände gegen die Finanzpolitik von heute gemacht hat, greift Erzberger in seiner Erwiderung heftig an. Noch heftiger die Rechte überhaupt. Und ganz besonders derb den Abgeordneten Dr. Traub, denn diesen Volksredner fürchtet er bei weitem mehr als die Staatsmänner und Leisetreter.

In diesem Augenblick glimmt es in den halbgeschlossenen Lidern des Präsidenten Fehrenbach auf. Er ist auf den Mann dressiert. Wenn sein Matthias mit irgend jemand Streit bekommt, so hat es dieser Jemand mit Fehrenbach zu tun. Traub wehrt sich gegen Erzberger mit Zwischenrufen. Da springt Fehrenbach ihm durch ein Verbot jeden Zwischenrufs an die Kehle. Nun bekommt Erzberger neuen Mut — „stoßt zu, Herr Doktor, ich pariere!" — und wird unerhört ausfallend gegen Traub, spricht von glatter Unwahrheit, von Lüge, von frecher Erfindung, von Dreistigkeit, knattert ein Maschinengewehrfeuer von Beleidigungen. Aber Fehrenbach ist schon wieder in Lethargie zurückgesunken; kein Ordnungsruf erschallt.

Der Bericht bringt über diese Szene nichts, denn die Berichterstatter oben im dritten Rang verzeichnen nur noch Außergewöhnliches. Diese Amtsführung Fehrenbachs aber ist man nachgerade gewohnt geworden. Erzberger ist dreifach immunisiert: durch sein Mandat, durch seine moralische Rhinozeroshaut und durch Freund Fehrenbach.

Versickernde Debatten

Weimar, 14. August

Wenn der Haas' und der Swinegel um die Wette laufen, so gewinnt natürlich der Swinegel; das wissen wir schon aus der Fabel. Aber man sieht sich so was doch gerne an. Auch heute triumphiert Erzberger am Ziel über die Opposition; er hat wieder einmal alle übers Ohr gehauen. Selbst Herr Henke, der Unabhängige, schmunzelt in ästhetischem Genuß über den Vielgewandten und meint, wenn er so fortmache, würden ihm die Unabhängigen einen Platz in ihrer Partei freihalten. Dieses Lob verdankt er nicht nur der Art seiner Polemik, sondern auch seiner Anbiederung nach links. Er hat von den „namenlosen Leiden" der Arbeitermassen in den Industriezentren gesprochen, die während des Krieges „gerade nur noch wie ein Tier" hätten vegetieren können. Wir kennen aber keine Tiere, die Spickaal und Gänsebraten essen, wie unsere Kriegsarbeiter.

Die Sitzung hat das beiläufige Ergebnis, daß die eingebrachten Steuergesetze und die Postvorlagen den Ausschüssen überwiesen werden, aber ausgefüllt ist sie im wesentlichen durch das Schauspiel des alten Wettkampfes zwischen Erzberger und der Rechten. Mumm und Mittelmann halten gute Reden, ehrsam und tapfer. Aber im Grunde ist das alles so sinnlos. Der Kugelrunde ist ihnen in seiner Unverfrorenheit doch über. Seine Taktik ist immer unverändert. Über Unwiderlegliches, über sozusagen Vernichtendes turnt er hinweg, packt mitten im Purzelbaum einen gleichgültigen Satz des Gegners, dreht ihn um und stößt ein Siegesgeheul aus. Mumm weist dem Reichsfinanzminister nach, daß er seine berühmte, auf Kosten aller Steuerzahler jetzt verbreitete Rede,

die im ganzen und einzelnen eine einzige Unwahrheit ist, auch noch im Stenogramm nachträglich gefälscht habe. Das rührt Herrn Erzberger nicht im geringsten. Er geht darauf gar nicht ein. Er verkündet triumphierend, daß er fester sitze, denn je, und daß er seine Enthüllerrede bis in das letzte deutsche Haus bringen werde. In tiefem Ernst stellt Mittelmann fest, welch nationales Unglück Erzberger für uns sei, wie die Integrität unserer Beamtenschaft, wie unser Kredit und unser Ansehen in der Welt durch ihn leiden. Der Mann mit der eisernen Stirn aber erwidert, das Unglück bestehe im Gegenteil darin, daß man ihm, Erzberger, 1917 nicht Folge gegeben habe, sonst stünde es besser um das deutsche Volk; leider sei er damals der Militärdiktatur gegenüber machtlos gewesen. Er voltigiert eben über alles hinweg, was Michaelis und Wedell und Hindenburg, was die amtlichen Stellen in Rom und London und Paris über diese Epoche richtiggestellt haben, und wenn man ihm erklärt: „Also Sie sagen die Unwahrheit!“, so erwidert er womöglich: „Das freut mich, daß Sie einsehen, wie sehr ich im Recht bin!“ Seine Gegner apostrophieren ihn, er aber spricht an ihnen vorbei zur Galerie, zum Publikum, zur Masse. Es ist ihm ganz gleichgültig, was ihm nachgewiesen wird. Er denkt als skrupelloser Journalist und Meinungsmacher nur an die Wirkung draußen. Er bleibt an seinem Platze, bis eines schönen Tages wie ein Naturereignis das Gericht über ihn kommt.

Über die Steuern selbst ist heute in der versickernden Debatte so gut wie gar nicht mehr gesprochen worden. Fast noch mehr über einen Artikel Traubs in seinen „Eisernen Blättern“. Darin ist auch ein Dr. Victor Naumann als Erzbergers Günstling und als Zwischenträger zwischen ihm und dem Hause Parma erwähnt. Das war offenbar eine falsche Information. Auf diese Nebensächlichkeit stürzt sich nicht nur Erzberger, sondern auch der „Herr Minister Naumann“ er-

scheint am Rednerpult. Die Geschichte wird zum reinen Kolportageroman. Dieser Naumann steht in keinem Staatshandbuch. Er war schon als Korpsstudent anders als die Kommilitonen, wurde dann, wie es heißt, Mönch, Schauspieler, Theateragent, Pressedezernent, Gesandter in partibus infidelium. Ein moderner Odysseus, ein amüsanter Plauderer, in seiner Art — in einer ganz demokratisch-sozialdemokratischen Umgebung — auch ein deutscher Patriot. Nur hätte man vor dem November 1918 seinesgleichen wohl kaum am Regierungstisch gesehen.

Das Gespenst

Weimar, 15. August

In jedem Hause ist ein Skelett, sagt ein englisches Sprichwort.

Man kann es vergessen. Man kann fröhlich und guter Dinge sein oder kann einander zur Kurzweil die Schädel zerschlagen. Aber plötzlich stöhnt der Wind, irgendwo klappern Knochen, und das Gespenst schlürft über die Teppiche.

Auch über den roten Bodenbelag im Hause der Nationalversammlung. Monate hindurch ist es ferngeblieben. Man hatte andere Dinge zu tun. Die Regierung, die vergeblich uns einzureden versucht, sie werde von der Rechten provoziert, hat gleich zu Beginn, im Februar, wochenlang nichts anderes im Sinne gehabt, als Parteireden über das fluchwürdige alte System zu halten, den „Hasardeur" Ludendorff anzupöbeln, das Niewiederkommen der Monarchie auszurufen. Sie hat, gedrängt von ihrem schlechten Gewissen, dann wochenlang ein Scherbengericht über die angeblichen Frie-

densverderber abgehalten, damit sie selber, der Siegverderber, nicht vor dem Richterstuhl des Volkes zu erscheinen brauchte. Schließlich hat Erzberger, als die Vergewaltigung der Wahrheit mißlang, sich zur Fristung der nutzlosen Polemik auf irgendwelche Zeitschriftenartikel irgendeines Abgeordneten gestürzt, in denen irgendwelche Irrtümer über irgendeinen namenlosen neuen Regierungsmann enthalten sein sollen. Da kommt nun der Spätsommerwind gefahren. Das Gespenst ist da.

Kalkweiß wächst es empor: der nächste Winter!

Nicht jener Winter, der pausbäckigen Buben und Mädchen eine Lust ist, nicht der Winter mit der traulichen Lampe und den knisternden Bratäpfeln. Nein, der Nachtwinter, der Notwinter, wo alle Versäumnisse dieser gewissenlosen Regierung sich zu dem großen Leichentuch für uns zusammenweben werden. Dreimalhunderttausend entlassene Reichswehrsoldaten werden auf den Arbeitsmarkt gestoßen, achtmalhunderttausend entlassene Kriegsgefangene wollen Brot, vier Millionen Arbeiter verlieren ihren Verdienst: es ist keine Kohle da für Herd und Ofen, keine Kohle für den Betrieb der Fabriken. Spartakus schnellt empor. Die Entente verlangt gleichzeitig das Ihrige. Sie verlangt als regelmäßigen Tribut die Ablieferung eines großen Teiles von unserem Jahresertrag an Kohlen. Wir aber haben weiter nichts, als plakatierte Ministerreden voll Polemik gegen das alte System.

Die Kohleninterpellation der beiden Parteien der Rechten wird von Geheimrat Hugenberg begründet, dem früheren Generaldirektor von Krupp. Kein einziges Wort der Anklage gegen die Regierung kommt aus seinem Munde. Nichts könnte den furchtbaren Ernst sinnfälliger machen. Nur Zahl reiht sich an Zahl, Tatsache an Tatsache. Wenn er wollte, könnte Hugenberg den Ruf dieser Regierung, die Monate vertändelt und verzettelt hat, vernichten. Er gibt aber nur

photographisch getreue Momentbilder unserer Lage und richtet dann die förmliche Anfrage an die Regierung: was gedenke sie zu tun?

Der Reichswirtschaftsminister, der Sozialdemokrat Schmidt, starrt ratlos auf das Gespenst.

Er hatte in seiner Hilflosigkeit gehofft, Hugenberg selber werde angeben, wie man es machen müsse. Er gesteht das auch offen. Er selber weiß nichts. Er antwortet auch gar nicht auf die Frage, was die Regierung zu tun gedenke, sondern stellt nur fest, daß wir uns tatsächlich in einer höchst betrüblichen Lage befänden. Die Regierung untersucht, ob es möglich sei, mehr Arbeiter ins Ruhrkohlengebiet zu locken; sie appelliert in der großen Not an das Solidaritätsgefühl der Arbeiter; sie hofft, daß sie sich besinnen und freiwillig mehr Kohle fördern würden; im übrigen sehe sie „mit Entsetzen" dem kommenden Winter entgegen und sei für jede Anregung dankbar, die die Kohlennot behebe.

Wohl noch nie hat man in irgendeinem Parlament der Welt solches Bekenntnis der vollkommenen Unfähigkeit aus dem Munde einer Regierung gehört. Das einzige, was sie tun will, ist Einstellung des Personenverkehrs der Eisenbahn. Das ist Augenverblendung und weiter nichts, denn dieser Verkehr spielt prozentual überhaupt keine Rolle.

Der Redner der Deutschen Volkspartei, der Generaldirektor von Deutsch-Luxemburg, Voegler, fühlt menschliches Erbarmen mit dieser Regierung in ihrem Niederbruch. Er gibt ihr den guten Rat, etwas mehr arbeiten zu lassen, und wie man das praktisch einrichten und den Bergleuten plausibel machen könne. Etwa Wiedereinführung der Achtstundenschicht, dafür aber jeden zweiten Sonnabend frei. Der Wirtschaftsminister hört gierig hin. Die ganze Regierung lebt ja nur von dem bißchen positiver Mitarbeit der Leute des alten Systems; sie hätte ja ohne Oelbrück und Kahl

sogar ihre Verfassung ebensowenig zustandegebracht, wie das Parlament der Paulskirche seinerzeit die seinige.

Der Rest der Debatte wird, abgesehen von einer gewerkschaftlich sehr forschen Zentrumsrede, zu einem großen Hadern zwischen Unabhängigen und Sozialdemokraten. Beide aber stimmen in der Forderung Hues überein: „Nur kein Druck, kein Zwang, sondern gutes Zureden und vor allem gutes Essen."

Damit ist das Gespenst nicht zu scheuchen. Das weiße Skelett wird im Salonwagen der Regierung von Weimar mit nach Berlin übersiedeln. Im Winter schüttelt es seine Knochen über dem ganzen Reich.

Auf der Suche

Weimar, 16. August

Der Parlamentarismus hat gejungt. Das Junge heißt Reichsrat und darf besichtigt werden, denn es steht in der Verfassung, daß die Reichsratssitzungen öffentlich sind. Die Fruchtbarkeit des Parlamentarismus ist ganz außerordentlich, aber es ist immer dieselbe Chausseemischung: ob Gemeinderat oder Kreistag oder Provinziallandtag oder Landesversammlung oder Nationalversammlung oder Reichsrat, überall finden wir in der Republik nach demselben Wahlrecht dieselben Parteiverhältnisse und dieselben Parteireden.

Das ist schon fast naturwidrig, diese Gleichförmigkeit. Die Natur läßt das Mannigfaltige erstehen, die Maschine erzeugt dagegen den Einheitstyp, arbeitet nach der Schablone. Über sechs öffentliche Parlamente wird fortan jede Provinzzeitung zu berichten haben, über sechs Stätten derselben Geistlosigkeit. Dabei rechnen wir noch nicht einmal die andere Gruppe von Parlamenten mit, die erst im Erstehen

begriffen ist, die der Betriebsräte mit der obersten Spitze im Reichswirtschaftsrat.

Das Vielgestaltige der früheren Zeit fällt bei diesen Schablonenparlamenten weg. Die gleichen aus der Volksversammlung gesiebten Diätenhelden überall. Man mag gegen das frühere Preußische Herrenhaus sagen was man will: es war doch der Platz, auf dem auch unsere geistig Großen versammelt zu sehen waren, nicht nur die Großen der Krone; Gelehrte wie Harnack und Slaby neben Feldherren wie Haeseler und Goltz, dazu die Kirchenfürsten wie Kopp und Dryander, und in der Oberbürgermeisterfraktion unsere besten Verwaltungsmänner mit Adickes an der Spitze. Es ist sehr fraglich, ob der neue Reichsrat an Intelligenzen den alten Bundesrat erreicht, und ganz zweifellos, daß er die Höhe des ehemaligen Herrenhauses nicht erreicht.

Durch das Wolff-Bureau war verkündet worden, daß der Reichsrat heute seine erste öffentliche Sitzung abhalte. Nun wollte man sich natürlich das neue Parlamentjunge ansehen, sein erstes Blinzeln in die Welt, sein erstes Quäken miterleben, vor allem auch feststellen, wer alles in der Eile als preußischer Provinzialvertreter dahinein delegiert war. Man wurde ins sogenannte Fürstenhaus gewiesen, wo sonst der Weimarische Landtag haust. Alles dunkel. Man ging ins Schloß, nachdem man verschiedene Behörden antelephoniert hatte. Nichts da. Schließlich strömten die Vertreter der Presse dort zusammen, wo endlich der Schlupfwinkel ausgemacht war, im dritten Stock des Landestheaters vor den Ausschußsälen, um da zu erfahren, der Reichsrat habe seine heutige Sitzung — ausnahmsweise für vertraulich erklärt. Wie es scheint, ist in der Wochenstube noch nicht alles in Ordnung.

Von den Sitzungen des alten Bundesrats unter Bismarcks Leitung hat uns schon manch einzelstaatlicher Minister in seinen Erinnerungen allerlei erzählt. Der neue Reichsrat wird

wohl weniger fesselnden Stoff bieten. Der Sessel selbst, auf dem Bismarck saß, ist, als im neuen Reichstagsgebäude der Bundesratssaal auch neue Möbel bekam, in das Fraktionszimmer der Sozialdemokratie geraten. Paul Singer saß jahrelang darauf.

Während der vergeblich aufgesuchte Reichsrat, wie es heißt, heute das Friedensermächtigungsgesetz und die Betriebsrätevorlage bespricht, wird in der Nationalversammlung in dritter Lesung das ganze bisher vorgelegte Steuerbündel angenommen, mitsamt den Strafbestimmungen wider die Kapitalflucht. Es geht in der Sitzung heute merkwürdig gesittet zu, obwohl die Ziet und der Erzberger anwesend sind. In großer Einmütigkeit erklärt man sich für alles das, was den Steuerzahlern die Augen übergehen lassen wird. Es wird wirklich nicht nur in das bisher uneinsehbare Bankbuch und Schließfach, sondern auch bis in Strumpf und Strohsack gegriffen, das Papiergeldhamstern so gut wie unmöglich gemacht, außerdem jedermann, der über 10 000 Mark jährlich einnimmt, zu genauer Buchführung behufs gefälliger Einsicht für die Steuerbeamten gezwungen, während dies bisher nur der Kaufmann nötig hatte.

Mit jugendlichem Eifer stürmt der Goldsucher Erzberger voran; das artige Sümmchen von vielen Zehntausenden, das die Familie Erzberger in dem Schweizer Luxushotel in St. Moritz läßt, ist zwar nicht mehr wiederzukriegen, und auch noch viele andere Zehntausende von Mark werden wohl noch schleunigst verpraßt werden, obwohl der Finanzminister Erzberger bei seiner Antrittsrede am 8. Juli gegen die „schrankenlose Genußsucht" so schön gesprochen hat, aber manches wird man doch fassen können. Besonders, wenn man fortan jeden zweiten Deutschen zum Steuerbeamten ernennt und mit der Beaufsichtigung seines Nächsten betraut. Die Geschichte wird ungeheuer billig und einfach. Unser Reichsfinanzminister ist ein Tausendsassa.

Frauen im Parlament

Weimar, 17. August

Männer machen Geschichte. Männer machen Gesetze. Das war immer so und — das ist auch noch so. Trotz des aktiven und passiven Wahlrechts der Frau, die heute drei Dutzend Vertreterinnen in der Deutschen Nationalversammlung hat. Wenn wir auf die sechs Monate Weimar zurückblicken und uns vorstellen, es seien keine Frauen dabeigewesen, wäre da wirklich eine Lücke fühlbar? Die Frauen selbst werden das nicht zu behaupten wagen. Daß es einzelne gibt und stets gegeben hat, die keinem Manne an politischer Intelligenz nachstehen, wußte man schon vorher. Aber man könnte sämtliche in Weimar gehaltenen Frauenreden streichen, und niemand würde den Mangel merken.

Meist sind es überdies keine Reden gewesen, sondern Aufsätze. Am gewähltesten, nicht nur in ihrer Kleidung, sondern auch in ihrer Sprache, ist die demokratische Frau Dr. Bäumer. Eigentlich Fräulein Dr. Bäumer. Aber den weiblichen Abgeordneten wollte man ja ebenso wie den unehelichen Müttern durchaus den Frauentitel zuerkennen. Die Suffragetten unter ihnen, bei den Bürgerlichen links Dr. Bäumer, bei den Bürgerlichen rechts Dr. Schirmacher, legen Wert darauf; die liebe Behm dagegen, die trotz grauen Scheitels so urwüchsig frische, bleibt gerne das Fräulein. Die gewählte Sprache von Frau Dr. Bäumer ist wie ein laues Bad, angenehm, aber nicht herzhaft. Ihre Rede ist meist ein Drumherumgerede, reicht an die Sachlichkeit eines beliebigen männlichen Abgeordneten gleichviel welchen Standes nicht heran, ähnelt allenfalls den Reden Naumanns, die im Augenblick bezaubern und nach vierzehn Tagen Makulatur sind.

Dabei kann die Bäumer was. In der Debatte in der Volksversammlung steht sie ihren Mann. Während der Wahlbewegung hat sie in Sachsen-Weimar manchen männlichen Gegner von rechts in den Sand gesetzt, daß es nur so knirschte.

In ihrer Nähe sitzen weniger auffallende Wesen. Die Frauen des Zentrums haben allesamt etwas Mütterliches an sich. Der Begriff Charitas ist von ihrer Erscheinung untrennbar. Sie haben sich am meisten um eine interfraktionelle Einigung in der Gefangenenfrage bemüht. Politisch aber sind sie zumeist unmündig und schauen fragend den Nachbar Pfarrer an.

Hoch im zweiten Parkett bei der Deutschen Volkspartei sieht man Frau Mende, die etwas besitzt, was für die Politik ungemein wertvoll ist: Abstand zu den deutschen Dingen. Sie ist wohl über ein Jahrzehnt in Frankreich, in England, in Rumänien gewesen, hat den weiten Blick des Auslanddeutschen und besondere Kenntnisse der Geschichte des Parlamentarismus, ist daher innerhalb ihrer Fraktion auch die schärfste Vertreterin einer taktisch energischeren Opposition gegen die regierende Mehrheit. Leider ist aber ihr Verstand durchdringender, als im Plenum ihre Stimme. Darunter leiden überhaupt die meisten weiblichen Abgeordneten; man versteht sie schlecht, die Unruhe im Hause wächst, und nun versteht man sie erst recht nicht.

Auf die äußerste Rechte hat sich die radikalste Frauenrechtlerin geschlagen, Dr. Käte Schirmacher, die beste Kennerin französischen Geistes, französischer Art, französischer Politik. Ihre Kolleginnen zeigen mit Fingern auf sie, wenn sie einmal im Foyer erscheint. „Der Hut!“ „Das Kleid!“ Ihr Kapothütchen legt sie fast nie ab. Ihr arsenikgrünes Kleid steht auch in keinem Modejournal. Ein solches Gewand nennt man entweder Hängerkleid oder Reformkleid, je nach dem Alter der Trägerin; es ist wohl das typische Frauen-

rechtlerkostüm. Auch die Parlamentarierinnen bleiben meist Frauen und legen mehr Wert auf äußere Dinge, als gerade Dr. Käte Schirmacher. Ich erzähle einer Abgeordneten, ich hätte sie neulich da oder da gesehen. „Ist nicht wahr." „Doch!" „So? Was hatte ich denn für einen Hut auf?" Du liebe Güte, das weiß ich freilich nicht mehr. Der Mann sieht das Gesicht an. Die Frau die Toilette. Das ist der ewige Unterschied. Wer nun mit Dr. Käte Schirmacher näher bekannt wird, dem tun die losen Bemerkungen der Kolleginnen weh, denn sie ist ein Prachtmensch. Kurz, knapp, klar in jeder Bemerkung, in ihrer Konzentration auf das Entscheidende irgendeiner Sache ein Vorbild für jeden Mann, dabei von lodernder deutscher Gesinnung. In dem Maasschen Parlamentsalmanach haben die Abgeordneten neben ihrem Lebensabriß auch ihr Lebensziel angeben sollen. Da findet man viel langes und seichtes Geschwafel. Besonders das Wort „Menschheit" hat es manchem angetan. Für die hat jeder kleine Spießer sein Programm fertig. Als ob es politisch eine Menschheit überhaupt gäbe! Es gibt ebensowenig eine Menschheit, als eine Tierheit oder eine Baumheit. Es gibt nur einzelne Völker. Das hat Dr. Käte Schirmacher offenbar klar erkannt. Ihr Lebensziel setzt sie mit den wenigen prachtvoll monumentalen Worten hin: „Preußen-Deutschland wieder zu Macht und Ansehen zu verhelfen."

Bei den bürgerlichen Parteien haben insgesamt 18 Frauen, bei den beiden sozialdemokratischen auch 18 ein Mandat, und es ist bezeichnend, daß, soweit ich feststellen konnte, von den Sozialistinnen nur zwei unverheiratet, von den Bürgerlichen nur zwei verheiratet sind. Bei der Sozialdemokratie ist die politische Frau eben die Mitkämpferin ihres Mannes. Im Bürgertum ist sie heute noch vielfach Kämpferin gegen den Mann.

Der in der Nationalversammlung am häufigsten gehörte Frauenname ist der einer Abgeordneten der äußersten Linken,

weil er mit dem ersten Buchstaben des Alphabets anfängt. Alle Anträge der Unabhängigen kommen von „Frau Agnes und Genossen“. Frau Lore Agnes selbst geht nicht so schlafrockmäßig angezogen, wie meist etwa ihre Fraktionskollegin Zietz, sondern macht einen einfach-adretten und blitzsauberen Eindruck. Als sie jünger war, mag sie oft den Vers gehört haben: „Von allen Mädchen so blink und so blank gefällt mir am besten die Lore.“ Manchmal ist sie in ihrem Nichtsehenwollen der sonnenklarsten Dinge die Verzweiflung der Kollegen im Bureau. Im übrigen macht sie nie die Zietzschen Kreischorgien mit.

Die besten Frauen sind die, von denen man nicht spricht, pflegt man zu sagen. Das stimmt nicht immer. Hier in Weimar aber wohl, nur in einem ganz anderen Sinne. Man spricht von der oder jener Frau Abgeordneten. Man spricht kaum je von der Frau des oder jenes Abgeordneten. Und doch, — gerade die Gattinnen sind es, die Geschichte machen. Wie Antäus von der Erde immer neue Kraft im Kampfe empfing, so holt sich der Mann in dem zermürbenden parlamentarischen Leben immer wieder Stärkung bei seiner Frau. Ob es sich da um die Fürstin Bismarck handelt, die ihr „Ottochen“ hegte und pflegte, oder um irgendeine kleine Jüdin, deren Mann das Reich unterminiert, ist ganz gleich. Es ist rührend, das zu beobachten, etwa zu sehen, wie selbst Cohn und Wurm mit ihren Frauen jeden Schritt besprechen, um von den vielen ähnlichen Ehekameradschaften bei bürgerlichen Parteien gar nicht erst zu reden.

Der Schöpferische, Zeugende, Gesetzgebende bleibt immer der Mann. Aber er ist ein Nichts, wenn das Weib aus seinem Leben gestrichen wird. Nehmt dem Parlament die Frauen — ich selber empfehle das nicht einmal —, so ist noch nichts verloren. Nehmt sie Goethe, Wagner, Bismarck, und die Welt ist entgöttert.

Abhalfterung

Weimar, 18. August

Dem „Mann auf der Straße“ wird alles bewilligt, denn vor ihm allein hat die Regierung Angst. So kommt es, daß auch Zuhälter Arbeitslosenunterstützung erhalten. Wir andern müssen dafür die Steuern bezahlen. Weit weniger, aber immerhin noch einigermaßen, sorgt die Regierung für die Beamten. Am rücksichtslosesten wird mit den Angehörigen der Wehrmacht, Offizieren und Kapitulanten, umgesprungen. Da der Heeresdienst demnächst stillgelegt wird und bis auf eine kleine Polizeitruppe alles auseinanderläuft, braucht man vor ihm nämlich keine Furcht mehr zu haben.

Nun hält auch Noske die Zeit für gekommen, wo er, der bisher bei der großen Masse der Roten in schwerem Verruf stak, sich wieder in die Biereehrlichkeit zurückpauken kann. Die militärfreundliche Maske ist nicht mehr nötig. Die nationalen Zeitungen, die für die wohlerworbenen Rechte der Offiziere und gegen die einseitige Auflösung des Staatsvertrages mit ihnen eingetreten sind, nennt Noske heute „direkt nichtswürdig“. Noch vor wenigen Monaten aber wäre man ohne sie verloren gewesen. Den großen Erfolg ihrer Werbeanzeigen sah man gerne. Den jungen Offizieren, die um Weiterdienen in den Freiwilligenkorps angefleht wurden, versprach man alles mögliche. Heute aber setzt man sie alle, soweit sie nicht vor länger als fünf Jahren eingetreten sind — das sind nahezu 10 000 Mann — einfach auf die Straße und gibt denen, die bis zu 10 Dienstjahren hinter sich haben, auch nur eine karge Abfindung mit auf den neuen Lebensweg in das Ungewisse. Unter dem Beifall der Genossen leugnet Noske, daß man irgendeine Dankespflicht ihnen gegenüber habe,

obwohl gerade er in den Zeiten der Not überströmende Dankesworte für sie hatte. Davon ist ja aber gar nicht die Rede. Die Offiziere verlangen keinen Dank, sondern ihr Recht. Der Staat ist einen Vertrag mit ihnen eingegangen, darf sie nur dann mit Pension entlassen, wenn sie dienstunfähig geworden sind, und nun bricht er den Vertrag. Wer das, wie Abgeordneter v. Graefe, klar hervorhebt, der wird von Noske parteipolitischer Propaganda bezichtigt. Das ist die gewöhnliche Taktik. Die Sozialdemokratie tut alles aus reiner Nächstenliebe, aus Gerechtigkeitssinn, aus sozialem Verantwortungsgefühl heraus, wenn aber die nationalen Parteien für irgendeinen Stand eintreten, so ist es allemal Stimmenfang, auch dann, wenn sie, wie diesmal bei dem Entschädigungsgesetz für Offiziere und Kapitulanten, lediglich die Wiederherstellung der alten Regierungsvorlage verlangen, die erst im Ausschuß von den Regierungsparteien selbst zu ungunsten der entlassenen Heeresangehörigen verändert worden ist. Schönes Wetter heute, sehr schönes Wetter. Noske strahlt. Er braucht seine Stimme gar nicht anzustrengen. Es ist das erstemal seit Februar, daß er in der Nationalversammlung reden kann, ohne daß die Unabhängigen gegen ihn tumultuieren. Er und Erzberger versprechen bramsig, sie würden in Einzelfällen zur Milderung von Härten den Leutnants besondere Gnadenzuweisungen bewilligen. Da handelte der monarchische Staat doch vornehmer; als durch das Branntweinsteuergesetz eine große Zahl von Arbeitern zu einem Berufswechsel gezwungen wurde, gab es keine Almosen, forderte man auch nicht, wie jetzt bei den Offizieren, ein behördliches Armutszeugnis, sondern man zahlte wortlos die volle Entschädigung.

In dem uralten Soldatenliede, das aus dem Herzen der friderizianischen Grenadiere heraus gedichtet ist, heißt es: „Potz Mohrenelement, wer kriegt so prompt wie der Preuße

sein Traktament.“ Heute ist es anders; man hat umsonst gearbeitet und nicht einmal pour le Roi de Prusse, sondern für die Glücksritter der Revolution. Die Nationalversammlung nimmt die Vorlage in der Ausschußfassung ohne wesentliche Änderung an. Danach auch das Beamtenpensionierungsgesetz, das Raum für roten Nachwuchs schaffen soll.

Vor der Verabschiedung dieser Gesetze hat Erzberger sich für einmalige außerordentliche Ausgaben, die im einzelnen niemand kennt, neun Milliarden Mark bewilligen lassen. Schnell, schnell, sagt er, sonst müsse er den Staatsbankerott ansagen. So hat er es schon beim Friedensschluß gemacht. Schnell, schnell, sonst wird in den nächsten Stunden Berlin bombardiert. Gegen diese Überschüttung mit Gesetzen, gegen die Überhastung bei ihrer Annahme spricht Hugenberg ein bitterernstes Wort. Zur Verhinderung des nachgerade irrsinnigen Treibens — man hört ja in diesem Zirkus ständig Erzbergers Peitsche knallen — macht die Rechte einen schüchternen Versuch, durch Anzweiflung der Beschlußfähigkeit zu obstruieren. Sie ist aber darauf noch nicht geschult. Der Präsident hat bereits, da er in solchen Fällen von jugendlicher Gelenkigkeit ist, zur Abstimmung aufgefordert, und die Anzweiflung kommt zu spät. Bei diesem Präsidenten nützt es nichts, wenn man seine Absichten vorher deutlich zu erkennen gibt und sich dann rechtzeitig still durch Handaufheben zu Worte meldet. Man muß brüllen. Schon vorzeitig brüllen. Dieser Fehrenbach, der in den allerletzten Tagen sich ein wenig zurückhaltender benommen hat, ist heute wieder ganz der Einpeitscher seiner Mehrheit. Obwohl er Anträge ohne jede Kritik entgegenzunehmen und zur Abstimmung zu bringen hat, kann er es sich nicht versagen, der Rechten zuzurufen, durch die Begründung des Antrages werde die Annahme dem Hause sicher sehr schwer. Der alte Ruf der Unparteilichkeit unserer parlamentarischen Präsidenten —

Fehrenbach ist freilich Rechtsanwalt, also Parteivertreter von Beruf — wird vollkommen ruiniert. Es wird bei seinem Verhalten noch soweit kommen, daß man sich demnächst sagen wird: in dem oder jenem Hause könne man keinen Besuch machen; da verkehrten ja Minister, Parlamentspräsidenten und ähnliche Leute.

Gesetzgebungs-Hypertrophie

Weimar, 19. August

Das Parlament befindet sich in einem Zustand, den die Ärzte als „dysämische Verfettung" bezeichnen würden. Hochrot und kurzatmig sitzt der Abgeordnete da, stiert vor sich hin, versteht nichts mehr und wird trotzdem mit Gesetzen genudelt, genudelt vom Morgen bis zum Abend. Eine Stichprobe für einige Tage hat ergeben, daß man täglich $6\frac{1}{2}$ Pfund bedruckten Papiers vorgelegt bekommt. Die Reichsabgabeordnung allein hat 449 Paragraphen. Es ist physisch ausgeschlossen, dies alles auch nur zu schlucken, geschweige denn zu verdauen. Einige wenige Parlamentarier verschaffen sich einen Überblick über einzelne Teile und reden dazu. Die Masse stimmt besinnungslos ab. Um ein Haar wäre jüngst in einem Gesetz ein vollkommener Unsinn angenommen worden, weil im Druck eine Zeile ausgefallen war und niemand von der Regierung, niemand von der Mehrheit es gemerkt hatte; erst ein Mitglied der Rechten verhinderte, als es zufällig darauf stieß, in zuvorkommender Art die Blamage. Es geht dem Parlament schließlich so, wie einst dem Abteilungskommandeur eines Feldartillerieregiments in Mainz, der apathisch alles unterschrieb, was ihm vorgelegt wurde, darunter eines Tages auch folgendes Schriftstück: „Ich er-

kläre mich für tot und ernenne meinen Adjutanten, Leutnant Höckner, zu meinem Universalerben."

Erzberger ist als Rudelmeister unerbittlich. Er stopft, er schiebt, er drängt. Hie und da gibt es freilich noch Leute, die nicht nur den offenen Mund hinhalten. Der preußische Finanzminister Dr. Südekum und manche seiner Kollegen aus den übrigen Bundesstaaten erkennen voll Bitterkeit, was die Finanzgesetze bedeuten: eine völlige Entrechtung der Einzelstaaten. Die Reichsabgabeordnung, die in der Hauptsache und ohne erhebliche Änderung heute angenommen wird, muß dazu führen, daß das Reich der einzige Vermögensverwalter — fast möchte man sagen, Konkursverwalter — aller Deutschen wird. Einen Teil der Einnahmen gibt es den Ländern und Gemeinden ab. Deren Kulturarbeit ist von diesen Prozenten abhängig. Das Reich bestimmt also, weil es die Hand auf den Geldbeutel aller legt, über das innerste Dasein auch der Länder und Gemeinden und läßt ihnen außerordentlich wenig Eigenleben, denn es braucht den größten Teil der Mittel für sich selbst oder vielmehr zur Abführung an die Entente. Becker und Delbrück machen Bedenken geltend. Aber ein Paragraph nach dem anderen wird gestopft und heruntergewürgt. Auf die leichtfertige Art, wie Erzberger das Rudelgeschäft betreibt, weist der Demokrat Blunck, der Hamburger Rechtsanwalt, beiläufig hin. Bei seinem Drängen, daß er unbedingt bis morgen seine Finanzgesetze und seine neun Milliarden bewilligt erhalten müsse, habe der Minister offenbar nur gemeint, daß er ohne sie keine Deckung für seine Ausgaben hätte. Statt dessen habe er gesagt: ohne sie käme der Staatsbankerott. Draußen im Lande, auch im Auslande, verstehe man darunter etwas ganz anderes. Eine solche Äußerung könne das Vertrauen zu unseren Finanzen vollkommen erschüttern; zu einer Gesundung aber gehöre in erster Linie Vertrauen.

Um 10 Uhr früh hat man heute angefangen; und auf 10 Uhr abends geht die Uhr beim Schluß. Erzberger, der — das muß der Neid ihm lassen — bewundernswert frisch bleibt, da er ja nicht durch Unterernährung geschwächt ist, hat seine Augen und Ohren überall. Sein Fraktionskollege, der alte Weißbart Herold, hält noch in später Stunde eine lange Rede, ohne zu merken, daß alles laut stöhnt, daß Rufe des Unwillens laut werden und daß diejenigen, die nicht rufen, es nur deshalb nicht tun, weil sie nicht mehr die Kraft dazu aufbringen. Da schickt Erzberger einen Abgeordneten aus, der soll Herrn Herold den Mund stopfen. Dann einen zweiten Kollegen. Schließlich eilt er selber leichtfüßig ins Parkett und bläst den Zapfenstreich. Auch der Präsident Fehrenbach scheint von der allgemeinen Mattigkeit zur Strecke gebracht zu sein. Er kann nichts mehr zur Abkürzung der Debatte tun. Redner kommen und gehen, Paragraphen schwirren, Vorlagen werden Gesetze. Nicht nur die Reichsabgabeordnung, sondern auch die Postgebühren, die Tabaksteuer, das Gesetz über Wochenhilfe und Wochenfürsorge, bei dem den weiblichen Abgeordneten sämtlicher Fraktionen von den männlichen Gesetzgebern galant der Vortritt gelassen wird. Dazu eine Erklärung des Ministerpräsidenten über die polnische Frage, dazu ein Scheffel voll kleiner Anfragen; der Schrei nach Ferien wird allmählich elementar.

Auf dem Wege zur Verlumpung

Weimar, 20. August

In der guten alten Zeit war es höchst unpopulär, für neue Steuern zu stimmen. In der Wahlbewegung wurde von den

Parteien der Linken ſtets jeder gebrandmarkt, der die Belaſtung des Volkes vermehrt habe. Heute macht man ſich bei denſelben Parteien dann unpopulär, wenn man nicht Milliarden über Milliarden Steuern der Volkswirtſchaft entzieht. Ohne Wimperzucken, ohne Prüfung, mit vierter Geſchwindigkeit. „Hab' ich doch meine Freude dran!“, ſagt Mephiſto. Nein, Wurm. Die in zweiter und dritter Leſung angenommene Erbſchaftsſteuer, deren Sätze in beſtimmten Fällen mit 35 vom Hundert anfangen und bis 90 vom Hundert gehen, begrüßt der Unabhängige Wurm als erſten Schritt zur gründlichen Sozialiſierung des Eigentums. Die weiteren und „entſcheidenden“ Schritte würden von neuen Körperſchaften getan werden, die hoffentlich recht bald an die Stelle der Nationalverſammlung träten. Ward ſolcher Hohn ſchon je erhört? Der Kommunismus zieht ſein Fallbeil empor, das die Nationalverſammlung geſchliffen hat. „Gut gemacht,“ ſagt er ihr, „nun leg dich mal drunter!“

Die Mitglieder der Rechten, die ja ſoviel ehemalige Beamte zählt, die die ſogenannte poſitive Mitarbeit nicht laſſen können, wollten urſprünglich für die Erbſchaftsſteuer ſtimmen. Des Dienſtes ewig gleichgeſtellte Uhr erhält ſie im Geleiſe, und ſie haben ihre Weiche noch nicht umgeſtellt. Sie ſind noch immer nicht Oppoſition, ſondern Appoſition der regierenden Mehrheit. Aber die Änderung der Vorlage im Ausſchuß, die aus Wahlrückſichten erfolgte Erhöhung der Steuerſätze bis an die Grenze der Konfiskation hat die nationalen Parteien zur Beſinnung gebracht. Sie wollen, wie ſie erklären, ſich nicht zum Mitſchuldigen des Zuſammenbruchs, zu Schrittmachern der Kommuniſten machen. Sie ſtimmen gegen das Geſetz.

Dieſes Geſetz bedeutet eine weitere Etappe auf dem Wege zu unſerer Verlumpung. Die Freude am Schaffen im Gedanken an die Kinder wird ertötet. Über-

haupt der Drang zu wirtſchaftlichem und techniſchem Fortſchritt. Wer etwas erarbeitet, dem wird es durch irgendeine der neuen Steuern genommen.

Den Demokraten und Sozialdemokraten iſt nicht ganz geheuer, trotz alledem. Die Parteien der Steuereintreiber und Beſitzräuber werden es bei den nächſten Wahlen ſchwer haben. Aber man muß auch aus einer ſchlechten Konjunktur etwas herausholen können. Demokraten und Sozialdemokraten ſchmieden ſofort die zweckentſprechenden Schlagworte für die Wahlflugblätter. Es handle ſich nur um 450 Mark Unterſchied bei den Sätzen der Regierungsvorlage und denen des Ausſchuſſes, ſagt zweimal der demokratiſche Abgeordnete Blunck. Das iſt natürlich ein Einzelfall bei einer beſtimmten Vermögenshöhe im ganzen Tarif. Aber wie ſchön, wenn man nachher in Volksverſammlungen hinausſchmettern kann, um lumpiger 450 Mark willen, die die Kapitaliſten der Rechten krampfhaft im Portemonnaie hielten, hätten ſie das Vaterland in ſeiner Not im Stich gelaſſen! Der Sozialdemokrat Katzenſtein verrät noch mehr aus der Stiliſtik der nächſten Wahlen. Alſo die Kreiſe, ſagt er, die bereitgeweſen ſeien, Gut und Blut — der anderen zu opfern, ſtellten ſich ſchützend vor die großen Vermögen. Spiegelberg, ich kenne dich! Die Kreiſe, aus denen Herr Katzenſtein ſtammt, haben nicht allzuviel Blut im Kriege vergoſſen. Sie gehören ja nicht zur evangeliſchen oder zur katholiſchen, ſondern zur unabkömmlichen Konfeſſion. Auch ihr Gut haben dieſe Kreiſe während des Krieges nicht gerade geopfert. Seit den Zeiten der Pharaonen verſtehen ſie es, wenn ein Land unter Peſtilenz und Heuſchrecken oder unter Krieg und Kohlrüben ſeufzt, ihr Gold und Silber durch das Rote Meer davonzutragen.

Zu kurzer Mittagspauſe leert das Theater ſich ſchnell. Wenige Minuten ſpäter hört man eine wundervolle Tonflut daherrauſchen. Irgend jemand ſpielt die große Orgel.

Was denn los sei, fragen die Leute draußen. Eine kirchliche Feier natürlich. Herr Katzenstein will sich taufen lassen. Der Seniorenkonvent soll bestimmen, ob evangelisch oder katholisch. Oder jemand übt auf der Orgel für die morgige Krönungsfeier des Herrn Ebert. Es soll die Matthias-Passion gespielt werden.

Am Nachmittag werden die neun Milliarden für die Ausgaben der nächsten Monate bewilligt. Das ist aber nur eine Kleinigkeit. Bewilligt werden Herrn Erzberger auch die gesetzlichen Kampfmittel der Staatsgewalt, mit denen Besitztümer im Werte von Hunderten von Milliarden Mark, die an die Entente abzuführen sind, aus dem deutschen Volke herausgepeitscht werden können. Noch ist der Friede von unseren Feinden nicht ratifiziert. Aber schon steht Erzberger dienernd da und hat sein Enteignungsgesetz fertig. Es gibt keinerlei Besitz im ganzen Lande, der dem Zugriff des Reiches danach entzogen bliebe. Nach dem Wortlaut der Vorlage kann die letzte Kuh, die einzige Nähmaschine enteignet werden; und zwar nicht gegen „volle", sondern gegen „angemessene" Entschädigung. Zunächst werden freilich andere Dinge der Entente lieber sein: unsere Wälder, unser Grundbesitz, unsere Bergwerke, unsere Fabriken. Das Reich aber macht sich zum Büttel. Jetzt erst wird der Scheidemann-Erzberger-Friede wie das furchtbare Bild von Saïs enthüllt. Man bricht davor zusammen. Aus dem wohlhabenden, glücklichen Deutschland wird im Laufe eines einzigen Menschenalters eine Ententekolonie, bewohnt von einer zerlumpten hoffnungslosen Bevölkerung in feindlichem Frondienst.

Wen dann die Menge als Urheber des namenlosen Elends ansieht, der wird einst totgeschlagen wie ein toller Hund. Das wissen die Erzberger, Scheidemann und Genossen, diese Siegverderber, Kriegsverlängerer, Friedensvernichter. Sie kämpfen um ihr Leben. Du oder ich, heißt es jetzt. Her mit

dem Staatsgerichtshof! Die Wahrheit muß totgeschlagen werden, sonst ist ihr eigenes Leben keinen Pfifferling mehr wert. Ein parlamentarischer Untersuchungsausschuß, in dem nur 5 Mitglieder der beiden Fraktionen der Rechten, dagegen 23 der übrigen Parteien sitzen, wird heute gleich zusammengesetzt, der soll die „Schuldigen" an den Staatsgerichtshof überweisen. Das ist die offene Gewalt: Erzberger triumphans. Das ist auch der Tiefstand unserer moralischen Verlumpung. Der Abgeordnete Dr. Sinzheimer hält die Einführungsrede für die Mehrheit und empfiehlt den Staatsgerichtshof. Ein Rechtsanwalt der eleganten Sorte. Er spricht nie innerhalb der Redekanzel, sondern lehnt sich außen an sie, damit seine Bügelfalten zur Wirkung kommen. Wie er seine Rede hält, wie er mit den beweglichen Fingern den Knoten ständig schürzt und knüpft und wieder entwirrt, das muß man gesehen haben, da genügt das Hören alleine nicht. Der Gegenberichterstatter ist, so muß es sein, ein Germane, der deutschnationale Landgerichtsdirektor Warmuth, der der ernsten Frage mit Ernst in seiner fleißigen Studie zu Leibe geht und nicht in der spielerischen Art des Vorredners; wiederum stehen, wie so oft auch im Gerichtssaal, zwei Rassen widereinander. Ganz wundervolle Ausführungen, gleich groß vom Standpunkte des vaterländisch denkenden Deutschen wie auch von dem des gelehrten Professors der Rechte, gibt zu dem Thema der Wortführer der Deutschen Volkspartei, Abgeordneter Dr. Graf zu Dohna. Man wird gut tun, seine Worte im Stenogramm sich kommen zu lassen, um an der Hand dieser Rede erkennen zu können, welch ein Attentat hier vollführt wird.

Bevor über den Staatsgerichtshof beraten wird, sind dem Abgeordneten Erzberger die Vollmachten zur Ausplünderung des deutschen Volkes zugunsten der Entente erteilt worden. Der Abgeordnete Hugenberg, der als ehemaliger Geheimer

Finanzrat ein Mann von Fach ist, gibt eine eingehende und sehr scharfe Kritik der Erzbergerschen Vorschläge. Der Minister antwortet. In seiner bekannten Art. Unsere Leistungen, meint er, seien im Frieden genau umschrieben. Nur 140 000 Milchkühe hätten wir abzuliefern, also stehe doch nicht jede Kuh in Gefahr. Ebensowenig jede Maschine. Es seien doch nur 30 vom Hundert unseres Bestandes an Maschinen verlangt. Herr Hugenberg habe also maßlos übertrieben. Von der Rechten kommen Zwischenrufe. Es handele sich nur um „vorläufige" Forderungen der Entente, und was weiter verlangt werde, das wisse man heute noch gar nicht. Erzberger verwahrt sich wütend gegen diese Zwischenrufe. Die beiden auf Gedeih und Verderb verbundenen Parteien, Zentrum und Sozialdemokratie, wissen genau, was auf dem Spiele steht. Es geht nicht an, daß die Wahrheit, wenn auch nur durch Zwischenrufe, in die Öffentlichkeit gelangt. Und so greift man denn zum letzten äußersten Mittel.

Eine Knüppelgarde von Sozialdemokraten wandert von links nach rechts hinüber und baut sich neben den Deutschnationalen auf. Es sind lauter kaum bekannte Leute; keinen von ihnen hat man je im Hause reden hören, aber sie stehen mit über der Brust gekreuzten Armen da, wie zu einer Gruppenaufnahme des Stemmklubs Bizeps. Jeder Zuruf, der von der Rechten erschallt, wird durch laute Schimpfworte, „Lump", „Verbrecher", von der Knüppelgarde begleitet. Es hat minutenlang den Anschein, als werde schon hier in der Nationalversammlung ein „Staatsgerichtshof" konstituiert, der mit der Faust die großen Fragen der Weltgeschichte entscheidet. Nur dem Umstand, daß der deutschnationale Abgeordnete Richter, der Gutsbesitzer aus Ostpreußen, an der Ecke sitzt, verdanken wir es, daß die Knüppelgarde sich noch zurückhält. Er hat nämlich Handschuhnummer 9½ und hat gerade vierzehn Tage Erntearbeit hinter sich.

Der Eid

Weimar, 21. August

In seiner bekannten Leutseligkeit wünschte der Herr Reichspräsident Ebert, um einer zahlreicheren Menge seines geliebten Volkes das Fest zu gönnen, daß seine Vereidigung auf die Verfassung in Berlin vorgenommen werde. Die gesamte Regierung war derselben Meinung. Aber die sozialdemokratische Fraktion nicht; und auf die sozialdemokratische Fraktion kommt es an. Sie ließ „Eberten" sagen, es werde in Weimar geschworen, fertig. Wie es bei solchen Gelegenheiten zu geschehen pflegt, überzeugte sich nun auch die Regierung samt dem Herrn Reichspräsidenten sehr schnell, daß der feierliche Schlußakt in der Tat für Weimar das einzig Richtige sei.

Der Morgen des denkwürdigen Tages gehört dem patriotischen Straßenhandel. Das ist auch früher bei Kaiserparaden und Monarchenbesuchen so gewesen.

Nur werden diesmal nicht Fähnchen feilgeboten, sondern Bilder des neuen Landesvaters und seines Wehrministers Noske. Der Verlag Ullstein überschüttet Weimar damit. Jedermann kauft sich die dieswöchentliche „Berliner Illustrierte Zeitung", auf deren Titelseite die hochmögenden Herren prangen, schlicht republikanisch in Badehose. Die festliche Stimmung auf den Straßen wächst zusehends. Dafür hat der demokratische Verlag mit feinem Takte gesorgt.

Im Parlament wird noch gearbeitet. Das Betriebsrätegesetz, über das bei seiner zweiten Lesung noch einiges zu sagen sein wird, macht die erste Lesung durch und geht an den Ausschuß. Dann wird gestellt, gerückt, geschmückt. Am Nachmittag ist alles zur Feier bereit.

Vereidigung!

Einst ging uns das Wort durch Mark und Bein. Ich habe vor langen Jahren, Aug' in Auge gegenüber dem König, den Treueid geschworen, und dieser Eid steht noch wie ein Speerschaft da und ist nicht gesplittert. Heute aber gilt die Mark nur noch 19 Pfennige, und ein Eid keinen Sechser.

Als es sich darum handelte, ob Sozialdemokraten in das preußische Abgeordnetenhaus eintreten könnten, da sie doch dort vereidigt würden, meinte Bebel: „Über diesen Zwirnsfaden werden wir nicht stolpern!"

Als Scheidemann in das Ministerium eintrat, wußte er, daß er vorschriftsgemäß auf den Monarchen vereidigt werden müßte. Trotzdem trat er ein mit Verrat im Herzen. Bald darauf kam der Verrat in der Tat.

Aus den Splittern von hunderttausend gebrochenen Eiden wurde Eberts Thron gezimmert. Der neue Reichspräsident kann also unbesorgt schwören, denn der Eid ist längst von seinen eigenen Leuten entwertet, und kann ruhig darauf schlafen, auch wenn das heutige Krönungsmahl ihm nicht die nötige Bettschwere bringt.

Eine Ehrenkompagnie in weißen Paradebeinkleidern ist vor dem Theater aufmarschiert. Das Auto des Präsidenten kommt — „Achtung! Präsentiert das Gewehr!" — und rollt seitwärts achtlos vorbei. Da läßt der Hauptmann, obwohl die Kompagnie für die ganze Zeit der Vereidigung herbefohlen ist, Gewehr über nehmen und abmarschieren. Nur die Musik bleibt da, damit Volk dableibe. Sie hat bei Eberts Nahen nicht den Präsentiermarsch gespielt, aber auch nicht die Marseillaise, sondern: „Ich schieß' den Hirsch im wilden Forst."

Feierlich wird derweil Herr Friedrich Ebert in den Saal geleitet, wo die Großen seiner Krone ihn im Bratenrock erwarten. Neben diesem Präsidenten sieht Erzberger geradezu

apollinisch schlank aus. Das Haus weist große Lücken auf, nur Sozialdemokratie und Zentrum sind fast vollzählig da. Die Deutsche Volkspartei hat nur ein paar Herren als Beobachtungsposten geschickt. Die Deutschnationalen fehlen demonstrativ; einzig und allein Herr v. Graefe ist zu sehen, aber nur als Chronist seiner „Mecklenburger Warte“ bei den Berichterstattern auf der Galerie. Die Feier selbst, von Orgelklang — Krönungsfest in Rheims — eingeleitet und geschlossen, ist sonst prunklos und doch festlich und nicht ohne Würde. Das wollen wir gern feststellen. Es gibt zwar ein paar peinliche Augenblicke im Zeremoniell, denn man hat die Eidesformel für Ebert nicht gleich zur Hand, und Seine Exzellenz tritt eine ganze Weile verlegen von einem Fuß auf den andern, denn auswendig kann er die paar Sätze nicht sagen; aber das ist nicht schlimm, er wird in seine Würde noch hineinwachsen und die längsten Rauscherschen Festreden, immer mit einem Uhlandzitat, zu memorieren wissen.

Also Ebert beschwört die Verfassung. Man fragt sich im stillen, was länger halten wird, der Schwur oder die Verfassung.

Dann machen die drei süddeutschen Herren, der badische Zentrumsmann Fehrenbach, der badische Sozialdemokrat Ebert, der schwäbische Demokrat Payer, die nötige Beweihräucherung. Die große Brille und das Blättchen in der Brusttasche hat Ebert nicht vergessen; es geht alles gut. Kein Preuße spricht. Preußen ist zerfetzt im Osten und im Westen, Preußen hat die schwerste Blutrechnung zu bezahlen, Preußen soll noch weiter zerstückelt werden. In der Führung Deutschlands hat es schon längst abgedankt, und es ist mehr als ein Zufall, daß die drei Süddeutschen heute die Regie führen.

Die Reden halten sich von Verletzung der Andersdenkenden nicht frei. Auch an diesem Festtage wird Parteipolitik gemacht.

Noch einmal, und diesmal ganz leutselig mit „Ihr“ und „Euch“, spricht der Landesvater vom Balkon aus zu dem Volk draußen auf dem Platz vor dem Theater. Man empfindet das als eine störende Unterbrechung der Musik. Gleichgültig und ohne jede Kundgebung wird zugehört. Payer und einige andere Abgeordnete sind hinuntergelaufen und schicken wenigstens für ihre Person ein dünnes Bravo hinauf. Dann rettet die Musik die peinliche Situation. Sie spielt: „Deutschland, Deutschland über Alles“, und die Buben und Mädchen unten singen tapfer mit.

Der neue Herr ist aber nun auch vor allem Volk in Eid und Pflicht genommen. Er wird treu an der Verfassung und den Befehlen der sozialdemokratischen Fraktion festhalten. Oder nur an diesen? In der Verfassung stehen viele Dinge, die er nicht halten kann, so die Gewährleistung des Eigentums, das durch das Beschlagnahmegesetz bereits vogelfrei geworden ist.

Im Artikel 41 der von ihm beschworenen Verfassung heißt es: „Der Reichspräsident wird vom ganzen deutschen Volke gewählt.“ Ebert ist aber nur von seinen Getreuen in der Nationalversammlung gekürt, der Sozialdemokratie, der Demokratie, dem Zentrum; seine erste Tat müßte also, wenn er den Verfassungseid halten will, darin bestehen, daß er abdankt und die endgültige Präsidentenwahl durch Volksabstimmung anberaumt. Er wird sich aber wohl beherrschen können, trotz des soeben geleisteten Schwures, daß er die Verfassung „gewissenhaft erfüllen“ werde.

Und im Artikel 112 der Verfassung steht geschrieben: „Kein Deutscher darf einer ausländischen Regierung zur Verfolgung oder Bestrafung überliefert werden.“

Ehe der gallische Hahn dreimal kräht, hat Friedrich Ebert seinen Eid gebrochen.

Mit weißer Weste

Weimar, 22. August

Einer der wenigen Deutschen, die nicht in Viertelpfunden dachten, sondern in Kontinenten, war Karl Peters, der uns Ostafrika gab. Wir haben ihn in die Wüste hinausgestoßen. Denn auf seiner weißen Weste war ein kleiner Blutfleck.

Die damals am lautesten gröhlten, die Sozialdemokraten und das Zentrum, handeln heute ganz anders. Unter dem parlamentarischen System darf man ruhig bemakelt sein. In Breslau ist ein wegen Unterschlagung Vorbestrafter erst dieser Tage Polizeipräsident geworden. Im Weimarer Parlament aber herrscht der Vizekanzler Erzberger, dessen Valuta als Mann von Wort noch unter dem deutschen Papiergeld notiert. Nicht nur im Inlande, bis in die Kreise seiner eigenen Parteigenossen hinein, sondern auch in den fremden Staaten. Deswegen flieht der Schlaf ihn nicht. Er weiß, vielleicht als der einzige, was parlamentarisches System bedeutet: siegreiche Korruption. Ist nicht Clemenceau ein bezahlter übler Panamist gewesen? Und doch ward er zum Herrn über Frankreich.

Es kommt auf die Eisenstirn mehr an, als auf die Untadeligkeit. Mit dieser Eisenstirn hat Erzberger vollends Bresche in das bröckelnde Mauerwerk Deutschlands geschlagen. Nicht der vorige November, sondern das halbe Jahr Weimar hat uns erst die eigentliche Revolution gebracht. Nach Monarchie und Heer und Staat ist jetzt auch die deutsche Wirtschaft ruiniert. Von dem Kriege hätten wir uns erholen können. Die Erzbergersche Sozialisierung allen

deutſchen Beſitzes und die Räteregierung aller deutſchen Betriebe würgt uns aber zu Tode.

Das iſt das eigentliche Werk von Weimar. Die Verfaſſung, die als Großtat geprieſen wird, iſt demgegenüber kaum von Bedeutung. Ein Verein, der ſeit November 1918 bereits beſteht, hat ſich Satzungen gegeben. Daraus ſollte man nicht viel Weſens machen.

Nach außen hin wird das freilich gefeiert, denn alles Formale, alles Methodiſche beſticht deutſche Augen. Wenn man mit Paragraphen gefüttert wird, kann man im übrigen ruhig hungern. An dem „großen Werk“ mitgearbeitet zu haben, iſt ein Stolz der Beteiligten. Bei dem Krönungsmahl Eberts am geſtrigen Abend, deſſen redneriſche Unkoſten wieder drei Süddeutſche der drei regierenden Parteien beſtritten, wurde ſogar die Rechte um ihrer Mitarbeit willen belobt.

Das iſt bitter, ſehr bitter.

Dieſelben Leute, die in ihrer Schildbürgerei ein Dorf anzünden, um eine Katze zur Strecke zu bringen, und das Deutſche Reich zerſtören, um das „alte Syſtem“ unter den Trümmern zu begraben, freuen ſich der willkommenen Hilfe. Je dümmer und je unanſtändiger ſie ſelber ſind, deſto mehr feixen ſie über die kluge und anſtändige Oppoſition. In der ſitzen lauter Männer mit weißer Weſte. Es gibt ſogar Leute unter ihnen, die das geſtrige Fernbleiben der Deutſchnationalen von der Schwurkomödie für taktlos erklären. Sie wiſſen nicht mehr, wie die Sozialdemokratie jahrzehntelang gegen jedes Kaiſerhoch demonſtriert und die wüſteſten Szenen im Reichstage aufgeführt hat. Die Wüſtheit iſt nicht nötig, aber derſelbe Wille zum Siege, mit allen erfolgreichen Mitteln: man muß den Feind mit ſeinen eigenen Waffen ſchlagen, ſtatt für ihn an ſeinem Werke „poſitiv mitzuarbeiten“. Sonſt bildet ſich über kurz oder lang eine neue radikale Partei der Rechten, eine Partei

der „Unbedingten“, und die Arbeit der bisherigen monarchischen Parteien ist verloren. Es ist Sorge um sie und nicht Kritiksucht, die mich das am Ausgang von Weimar feststellen läßt.

Früher ist von der sozialdemokratischen Opposition das Privatleben der herrschenden Klassen stets mit der Blendlaterne abgeleuchtet worden. Dasselbe jetzt gegenüber den Prassern aus dem Weimarer Schloß zu tun sind wir aber viel zu vornehm.

Wir haben immer noch nicht genug von dem Gegner gelernt. Wir ziehen uns die weiße Weste prall und sind zufrieden. Dann kann man aber nicht, was wir in Weimar allmählich begriffen haben sollten, Kanalräumer werden. Und so verkommen wir denn unter dem gehäuften Unrat der Revolution, bis vielleicht einst ein Herkules an den Augiasstall herangeht, nachdem wir selber längst darin verdorben und gestorben sind.

Ich wünschte, ich erlebte diesen Herkules noch.

Vorerst glauben wir, wunder was erreicht zu haben, wenn einer der Reichsverderber von der Bühne abtritt. So ist Scheidemann in den Alpenkulissen verschwunden und hat sich zweieinhalb Monate lang dort im Stile der Kriegs- und Revolutionsgewinnler erholt, nachdem ihm die Reichskasse für seine Mühewaltung bis zum Juli rund 50 000 Mark ausbezahlt hat; so wird auch Erzberger, wenn die Nationalversammlung im Herbst die Schlinge auch der letzten Finanzgesetze an unserem Galgen geknüpft hat, sein Amt aufgeben und eine kleine Badereise an das Meer der Vergessenheit antreten, wie es unter dem Parlamentarismus so Brauch ist. Das erhält körperlich und politisch gesund.

Dieses gelegentliche Verschwinden der Reichsverderber braucht uns keinen Jubel zu entlocken, denn ihr System wird durch den Wechsel der Akteure nicht berührt; es ist wie im

Wetterhäuschen, wo die beiden Männlein gehen und kommen, aber es sind immer dieselben, und sie stehen fest auf ihrer Drehbühne.

Das ganze fluchwürdige System muß von dem deutschen Volke gesteinigt werden. Aber selbstverständlich empfehlen auch wir keine Restauration „im Heugabelsinne der Gewalt". Sie soll eine natürliche Folge der unermüdlichen Aufklärungsarbeit sein, der wir uns ohne Rücksicht auf Schmutzspritzer zu unterziehen haben. Eines Tages können wir dann, ganz ohne Blutvergießen, zu den heute Regierenden — wie Vater Wrangel, als er mit seinen Truppen einmarschiert war, zu der Berliner Bürgerwehr — sprechen: „Nanu verduftet!"

Die Angst vor dem weißen Terror, vor der blutigen Gegenrevolution, die in Scheidemanns Träumen spukt, ist eitel. Eines Tages ziehen wir uns die weiße Weste aus, streifen die Ärmel hoch, und die Novemberleute verschwinden lautlos, weil sie — keine Gefolgschaft mehr haben. Nur ist inzwischen leider alles, was die Monarchie in arbeitreichen Jahrhunderten geschaffen hat, zerstört worden; aber diese Zerstörung ist für unser betörtes Volk nötig, damit ihm in seinem Elend die Augen aufgehen, damit es geheilt wird. Dann erst können wir an den Wiederaufbau herangehen. Und in das gereinigte und wieder wohnliche Haus wird das Volk im Triumphzug den deutschen Kaiser heimholen.

Anzeigen-Anhang

Von demſelben Verfaſſer erſchien im
„Verlag Politik“, Berlin W. 56:

Schafft ein Heer!

Von

Major Stein

Preis M. 2.50

Vielleicht das Köſtlichſte, was wir Soldaten in die Hände, in die Köpfe, in die Herzen der Jüngeren geben können, das iſt die Schrift „Schafft ein Heer!“ von Major Stein, eine Broſchüre, die vielleicht auch der kommende Geſchichtsſchreiber, der Deutſchlands Erhebung von tiefſtem Fall einſt zu ſchildern hat, nicht übergehen wird. Es iſt eine meſſerſcharfe Anklageſchrift, voll handfeſten Materials für Gebildete und Volksredner; ſo ſchafft ſie Klarheit und Wahrheit über die Zeit vom Juli bis zum November 1918 und darüber hinaus bis in die jüngſten Tage. Sie hat etwas Aufpeitſchendes; ſie weckt alle Schlafmützen. Aber der prachtvolle Fluß der aufbauenden Gedanken iſt doch das Schönſte an der Schrift. Nicht oft haben wir von gedruckten Worten einen ſo ſtarken Eindruck empfangen. Deutſches Offiziersblatt.

Ähnliche Urteile in der „Tägl. Rundſchau“, „Deutſch. Ztg.“, „Deutſch. Tagesztg.“, „Kreuzzeitung“ u. a. Blätt.

Verlag der Täglichen Rundschau, Berlin

Freiheit

Roman von Hans Wilhelm

1.—20. Tausend. Vornehm gebunden M. 8.50

Der Roman ist ein heller Heroldsruf jungdeutschen Sturms und Dranges. Mit entseeltem Literatentum und vertrockneter Wissenschaft kämpfend, schafft sich der Held ein eigenes Weltbild, das der Zukunft, und wird zu einem Führer der Erwachenden. Schöpferische Lebenserhöhung statt des unpersönlichen Forschertums, Kraft und Güte der Seele, durch den Geist gebändigt und verklärt, an Stelle des alles verhöhnenden Intellekts, Aufhebung der Schranken zwischen Leben und Kunst, das sind einige der Ergebnisse, zu denen der Roman gelangt. Das Buch ist ein Werk der Jugend. Niemand wird dies richtende, fördernde, aufbauende Buch ohne Ergriffenheit aus den Händen legen.

Jeder Leser wird ein Verkünder sein!

Stockprügel und Gavotten

Rokokonovellen

von Friedrich v. Lettow-Vorbeck

Mit Zeichnungen von Christa v. Lettow-Vorbeck

In Halbleder M. 30.— In Halbleinwd. M. 8.—

Das Bezeichnende und Fesselnde an diesen Novellen ist das Verhältnis der Form zum Gehalt. Sie wahren mit bedeutender und stellenweise fast gelehrter Geschicklichkeit den Ton des achtzehnten Jahrhunderts. Sie sind anmutig, zierlich, schelmisch und selbst im Grauenhaften noch von maßvoller Gehaltenheit. Aber sie verkörpern deutsches Rokoko, das heißt, der Anmut gesellt sich Frische, der Zierlichkeit Derbheit, der Schelmerei handfester Humor, und im Ernsten wie im Heitern offenbart sich der deutsche Drang zu unbestechlicher Wahrhaftigkeit. Der Band enthält vier Geschichten, die mit Ausnahme der ersten eine fröhliche Stimmung atmen. Man liest mit Behagen und grüßt den Verfasser als einen Dichter, der die Herzen seiner Menschen bis in die letzten Winkel kennt und in der Welt, in der sie atmen, als seiner eigenen zu Hause ist. — Sehr fein wird das ganz im Geschmack der Zeit gedruckte Buch von ungemein stimmungsvollen, im Ton des Textes mitschwingenden Rokokozeichnungen begleitet.

Verlag der Täglichen Rundschau, Berlin

Jürnjakob Swehn
Der Amerikafahrer

Von Joh. Gillhoff

111.—120. Tausend — Fein geb. M. 11.50

Das Buch bringt den Lebenslauf eines Deutsch-Amerikaners. Als Dienstknecht wanderte er, der Sohn eines mecklenburgischen Tagelöhners, nach drüben. Als Großfarmer vertauschte er den Pflug mit der Feder, fand Gefallen am Buchstabenmalen und berichtete seinem alten Lehrer über sein Leben und Wirken. In diesen seinen Briefen ward viel verhaltene, gesammelte Kraft offenbar. Wenn der lange amerikanische Winter Fenz und Farm mit Schnee verbaute, da saß er und schrieb mit breit hingequetschter Feder Seite um Seite und Bogen um Bogen, bis der Acker wieder nach dem Pfluge schrie. — Die deutsche Presse urteilte über das Werk:

Es ist ein Buch, das den Preis einer Meisterleistung verdient.

Von Prof. H. E. Linde-Walther, illustr. Ausgabe.

In Halblwd. M. 15.— — In Halbleder M. 30.—

Australische Skizzen

Von Stefan v. Kotze

6.—9. Tausend — Geb. M. 8.50

Vergnügte Aufzeichnungen eines Weltenbummlers, Anekdoten, Bilder, Komisches und Tragisches aus dem australischen Busch. Beschreibungen von Erlebnissen im Stile von Mark Twain, meisterhafte Skizzen aus dem Süden, aus der Steppe, aus Städten, Bergwerken, Farmen. Daneben wertvolle Aufschlüsse über die Kultur und die Einwohner dieses fernen Landes. Alle tagebuchartig vermerkt, unter dem ersten Eindruck geschrieben, daher voll Temperament und Lebendigkeit. Ein brillantes Erzählertalent weiß hier aus Steinen Saft zu drücken, das sterile Australien mit humorvollen Skizzen zu befruchten.

Verlag der Täglichen Rundschau, Berlin

Die Gedichte des Properz

Deutsche Nachdichtung von Paul Mahn

Mit umfassender Einleitung über das Leben der Zeit

In ital. Pergament gebunden M. 8.50

3. Auflage

Wie tief Paul Mahn sich in die römische Dichtung hineingelebt hat, davon geben die Einleitungskapitel glänzendes Zeugnis. Die Vorgänger werden gänzlich in Schatten gestellt durch diese ungemein gründliche und feinfühlige Nachdichtung ... Die Hauptsache ist die wundervolle Treffsicherheit in Wiedergabe der Stimmung, der Gedankenfolge und des Ausdrucks all der mannigfaltigen Gemütswallungen, die uns dieser heißblütige Römer in seinen Liedern hinterlassen hat. Jetzt erst haben wir einen deutschen Properz, also auch eine Bereicherung unserer Literatur und eine Ergänzung zum Werke Goethes!

Geh. Rat Prof. Alfred Biese im „Deutschen Philologenblatt".

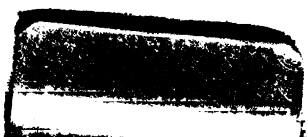
Kamerad Petrenz

Ausgewählte Blätter von Adolf Petrenz

Herausgegeben von Friedrich Huffong

Gebunden M. 8.50

Ein Buch voller Laune, Farbe und spielenden Humors. Rascher Witz und schwerer Ernst. Lachen und Pathos. In allem und über allem die Persönlichkeit eines prächtigen deutschen Menschen, der zuletzt mit seinem Blut und Leben für sein Lachen und sein Pathos einstand. — „... Das funkelt und glitzert wie in einem Juwelierladen, aber niemals ist der Witz um des Witzes willen herbeigequält, er stäubt ihn bei jeder Bewegung vom Ärmel, wie der Bäcker das Mehl. Dabei ein ‚Journalist', der sich wieder begeistern kann. Das macht, er ist ein Dichter. Eine Mischung von Lichtenberg und Liliencron mit einem Schuß Ulrich Hutten ..."

Velhagen & Klasings Monatshefte.

YC 37486